

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
HOHE BEHÖRDE

REGIONAL- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STUDIENREIHE

2. ENTWICKLUNGS- UND UMSTELLUNGSPROGRAMME

IX

PROBLEME DER WIRTSCHAFTSSTRUKTUR DES SAARLANDES

J. Heinz Müller

o. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg

unter Mitarbeit von

Paul Klemmer
Klaus Rittenbruch
Günter Strassert
Ulrich Thumm

EUROPÄISCHE VERLEGER-VEREINIGUNG
FÜR RECHT UND WIRTSCHAFT
EUROLIBRI

VERÖFFENTLICHUNGSDIENSTE
DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN



LUXEMBURG 1967

1. Die industrielle Umstellung in Europa

Berichte und Referate der Regierungskonferenz über die „Umstellung der von Zechenstilllegungen betroffenen Gebiete“, die vom Ministerrat und der Hohen Behörde der Montanunion vom 27. September bis 1. Oktober 1960 in Luxemburg veranstaltet wurde.

(In 4 Bänden)

- I. Die Politik der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Umstellung und der regionalen Entwicklung *Erschienen 1961*
- II. Mittel und Wege der industriellen Umstellung *Erschienen 1961*
- III. Die Finanzierung der Investitionen und die sozialen Aspekte der Umstellung *Erschienen 1963*
- IV. Durchführung von Umstellungsmaßnahmen an Ort und Stelle *Erschienen 1963*

VERSCHIEDENE AUTOREN

- V. Der Industriebau in der regionalen Entwicklungspolitik *Erschienen 1966*
- VI. Regionale Aktionsgremien *Erschienen 1966*
- VII. Standortbestimmung und Erschließung von Industriegelände
 - Band 1: In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, in Großbritannien und den Vereinigten Staaten gesammelte Erfahrungen *Erschienen 1967*
 - Band 2: Vorgeplante Industriekomplexe in den Vereinigten Staaten *Erschienen 1966*
- VIII. Vergleichende Analysen der sozial-ökonomischen Struktur von Stahl- und Bergbaugebieten *In Vorbereitung*
- IX. Verzeichnis der Umstellungsmaßnahmen in den Stahl- und Bergbaurevieren der Gemeinschaft *In Vorbereitung*
- X. Die Finanzierung der industriellen Umstellung *Erschienen 1965*
- XI. Neue Produkte *Erschienen 1965*

EUROPAISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
HOHE BEHÖRDE

REGIONAL- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STUDIENREIHE

2. ENTWICKLUNGS- UND UMSTELLUNGSPROGRAMME

IX

PROBLEME
DER WIRTSCHAFTSSTRUKTUR
DES SAARLANDES

J. Heinz Müller

o. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg

unter Mitarbeit von

Paul Klemmer
Klaus Rittenbruch
Günter Strassert
Ulrich Thumm

LUXEMBURG 1967

VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer Untersuchung, die die Hohe Behörde der Montanunion gemäß Beschluß vom 11. Februar 1964 dem Institut für Regionalpolitik und Verkehrswissenschaft der Universität Freiburg unter meiner Leitung übertragen hat. Ihre Aufgabe war es, die ausschlaggebenden und spezifischen Probleme der saarländischen Wirtschaftsstruktur im einzelnen zu analysieren, eine Prognose über die Entwicklung der Beschäftigungssituation bis zum Jahr 1980 zu geben sowie Ansatzpunkte zur Verbesserung der saarländischen Wirtschaftsstruktur aufzuzeigen.

Die vorliegende Regionalstudie gibt entsprechend den Wünschen des Auftraggebers in einem ersten Teil einen ausführlichen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes in Vergangenheit und Gegenwart. Hierbei werden die wichtigsten Entwicklungsfaktoren analysiert und mit übergeordneten Raumeinheiten bzw. ähnlich strukturierten Regionen verglichen. Der zweite Teil versucht, hierauf aufbauend unter alternativen Annahmen die wahrscheinlichen Entwicklungstendenzen der Beschäftigung bis zum Jahr 1980 abzuschätzen, wobei die Montansektoren einer besonders detaillierten Betrachtung unterzogen werden.

Bei der Bearbeitung standen dem Institut als Experten für die Bereiche Kohle und Stahl Direktor F. Bettag und Dr. habil. R. Wasmuth zur Verfügung. Ihre von detaillierter Sachkenntnis getragenen Auskünfte und ihre ausdauernde Bereitschaft zum persönlichen Gespräch haben Wesentliches zum Gelingen dieser Untersuchung beigetragen. Ihnen sind wir zu besonderem Dank verpflichtet. Unser Dank gilt auch dem Bundesministerium für Wirtschaft, den verschiedenen Ministerien der Saarregierung, dem Statistischen Amt des Saarlandes sowie vielen saarländischen Kammern, Wirtschaftsverbänden und sonstigen Institutionen, die uns auf unsere vielen Fragen stets bereitwilligst Antwort gegeben haben. Schließlich sei auch den vielen Mitarbeitern der verschiedenen Generaldirektionen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für die Bereitstellung von Material und die Erteilung von Auskünften gedankt.

Besonders fühle ich mich aber den auf dem Titelblatt genannten Mitarbeitern sowie Dipl.-Volkswirt W. Karaschewski, der zeitweilig ebenfalls mitgewirkt hat, verpflichtet. Ohne ihren steten Einsatz hätte diese Studie nicht durchgeführt werden können.

Freiburg, Dezember 1966

J. Heinz Müller

INHALT

Einleitung: Zum Gang der Untersuchung	9
<i>Teil I: Bisherige Entwicklung und gegenwärtige Situation der saarländischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur</i>	<i>11</i>
A — Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung an der Saar	11
I. Die geographisch-historischen Ursachen	11
II. Die Auswirkungen im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau (Charakterisierung anhand verschiedener Kennziffern)	16
B — Die Analyse der Produktionsfaktoren	27
I. Die Bevölkerung	27
1. Die Bevölkerungsstruktur	27
a) Wachstum und gegenwärtiger Stand der Gesamtbevölkerung	27
b) Bevölkerungsdichte	29
c) Altersaufbau und Sexualproportion	30
d) Wanderungen	35
2. Die Erwerbstätigkeit im Saarland	37
a) Erwerbsquote	37
b) Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen	39
3. Die Pendelmobilität	42
II. Die Infrastruktur	44
1. Verkehrswesen	44
a) Straßenverkehr	44
b) Schienenverkehr	50
c) Luftverkehrsnetz	51
2. Energieversorgung	53
3. Wohnungswesen	53
4. Bildungswesen	55
5. Gesundheitswesen	59
III. Die Produktionsstruktur	60
1. Die Struktur der saarländischen Wirtschaft nach Bereichen	60
2. Die intersektoralen Liefer- und Empfangsverflechtungen (Input-Output-Tabelle)	64
3. Die Wirtschaftsbereiche im einzelnen	69
a) Landwirtschaft	69
aa) Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur	69
ab) Flurzersplitterung	72
ac) Beschäftigte im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft	75
b) Dienstleistungssektor	76
ba) Überblick	76

bb) Die Zentralisierung von Dienstleistungen in bestimmten saarländischen Orten	78
c) Industrie	78
ca) Allgemeine Übersicht über die Entwicklung und die Struktur der saarländischen Industrie	78
caa) Die Entwicklung der industriellen Nettoproduktion	78
cab) Die industrielle Spezialisierung an der Saar	82
cac) Die Streuung des industriellen Wachstums	88
cad) Die Faktoren des Industriestrukturwandels	90
cb) Strukturprobleme der Industriezweige	94
cba) Situationsanalyse für die Industriezweige des Montanbereichs	94
cbaa) Der Kohlenbergbau	94
cbab) Eisenschaffende Industrie	99
cbb) Strukturprobleme der Industriezweige des Nicht-Montanbereichs	104
cbba) Überblick	104
cbbb) Einzeldarstellung	105
C — Analyse der Standortlage des Saarlandes	108
I. Die Lage des Saarlandes in bezug auf seine Absatz- und Liefermärkte	108
II. Güterbewegungen zwischen dem Saarland und seinen europäischen Handelspartnern	112
D — Zusammenfassende Beurteilung der Saarwirtschaft	113
I. Der Einfluß der Wirtschaftsstruktur auf die Entwicklung	113
1. Die Wirtschaftsstruktur als Ursache der Entwicklungsschwäche	113
a) Die relative Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche	113
b) Verflechtungsbetrachtung	117
II. Führung der Verkehrswege und Tarifgestaltung der Verkehrsmittel als verstärkende Faktoren der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung	120
1. Nachteile im Massengütertransport	120
2. Nachteile im übrigen Transportwesen	121
III. Geringe Ausnutzung des saarländischen Arbeitskräftepotentials als Ursache und Folge der besonderen saarländischen Verhältnisse	122
1. Geringe Erwerbstätigkeit	122
a) Geringe Frauenarbeit und männliche Frühinvalidität als Folge der besonderen saarländischen Wirtschaftsstruktur	122
b) Die Erwerbsmentalität der weiblichen Bevölkerung	123
2. Leistungsschmälerung durch Pendelwanderung	123
3. Entwicklungsbedingte und entwicklungsbedingende Wanderungsverluste	124
IV. Rückstände im Bildungswesen	125
 <i>Teil II: Die Entwicklungsaussichten der Saarwirtschaft in den nächsten 15 Jahren — Tendenzen und Möglichkeiten der positiven Beeinflussung</i>	
<i>127</i>	
A — Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung und des Arbeitskräftepotentials bis 1980	127
I. Ziel und Methode der Prognose	127

II. Prognose über die demographische und wirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 1980	129
1. Prognose der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials	129
a) Prognose der Gesamtbevölkerung bis 1980	129
b) Prognose des Arbeitskräftepotentials bis 1980	131
2. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis 1980	132
a) Prognose der Entwicklung der Eisenschaffenden Industrie bis 1980	132
aa) Die Produktion der Eisenschaffenden Industrie bis 1980	132
ab) Die Beschäftigung in der Eisenschaffenden Industrie 1980	136
b) Prognose der Entwicklung des Bergbaus bis 1980	137
ba) Die Produktion des Bergbaus 1980	137
bb) Die Beschäftigung im Bergbau 1980	139
c) Die Beschäftigung in der übrigen Wirtschaft des Saarlandes im Jahr 1980	139
ca) Das Berechnungsverfahren	139
cb) Die Beschäftigung in der übrigen Wirtschaft 1980	141
d) Zusammenfassung: Die Beschäftigung (Arbeitsplätze) in der saarländischen Wirtschaft 1980	142
3. Vergleich von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage im Jahr 1980	142
B — Ansatzpunkte zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung	144
I. Die Attraktivität peripherer Gebiete im Wachstumsprozeß	144
II. Das Standortangebot des Saarlandes	145
1. Das globale Angebot	145
2. Standortangebot auf Gemeindeebene	147
a) Der Standortkatalog als Instrument zur Erfassung lokaler Entwicklungsmöglichkeiten	147
b) Das Standortangebot ausgewählter saarländischer Gemeinden	151
C — Empfehlungen für regionalpolitische Maßnahmen	153
I. Maßnahmen zur Steigerung der saarländischen Standortattraktivität	153
1. Im Verkehrswesen	153
2. Im Bildungswesen	156
II. Maßnahmen zur Auflockerung der Industriestruktur	156
1. Vorschläge zur Förderung bestimmter Industriezweige	156
2. Die räumlichen Aspekte der Umstrukturierung	162
III. Wichtige Einzelfragen der Umstrukturierung	163
D — Zusammenfassung	166
Anhang	
Erläuterungen zur Erstellung der Input-Output-Tabellen	169
Tabellen A 1 bis A 8	172
Hinweise	181
Verzeichnis der Verkehrsgebiete	182
Karten A 1 bis A 9	183
Fragebogen zur Erfassung des Standortangebots	192

Verzeichnis der Schaubilder und Karten

Schaubild 1	— Gesamtes Steueraufkommen pro Einwohner für ausgewählte Gebiete 1960—1964	21
Schaubild 2	— Pro-Kopf-Einnahmen an Steuern vom Einkommen 1960 bis 1964	22
Schaubild 3	— Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen (6. 6. 1961)	41
Schaubild 4 a, b	— Entfernungen der Wohnungen vom jeweiligen Arbeitsplatz für die Arbeiter des Steinkohlenbergbaus in verschiedenen Revieren	43
Schaubild 4 c, d	— Entfernungen der Wohnungen vom jeweiligen Arbeitsplatz für die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie in verschiedenen Montanrevieren	45
Schaubild 5	— Prozentuale Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) auf landwirtschaftliche Betriebe nach Betriebsgrößenklassen	71
Schaubild 6	— Saarländische land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit . . . Teilstücken in v. H. der Gesamtzahl der Betriebe, dargestellt nach Betriebsgrößenklassen	73
Schaubild 7	— Abweichung der Industriestrukturen des Saarlandes und der Bundesrepublik von einer „gleichmäßigen Struktur“	85
Schaubild 8	— Darstellung des relativen Wachstums der Industriezweige, Saar/BRD, 1964/1960	89
Schaubild 9	— Entwicklung der saarländischen Rohstahlproduktion 1950 bis 1964 und ihre produktionstechnisch mögliche Weiterentwicklung bis 1980	134
Karte 1	— Die Wohnbevölkerung des Saarlandes	31
Karte 2	— Die saarländischen Orte mit Einpendlerüberschuß und deren Einzugsbereich	47
Karte 3	— Die Lage des Saarlandes im Fernstraßennetz	49
Karte 4	— Die Lage des Saarlandes im Eisenbahnnetz	50
Karte 5	— Telefondichte im Saarland	79
Karte 6	— Bevölkerungsdichte in Mitteleuropa (Stand 1955)	109
Karte 7 a	— „Natürliche“ Absatzgebiete für Kohle und Kohleprodukte . . .	110
Karte 7 b	— „Natürliche“ Absatzgebiete für Eisen- und Stahlerzeugnisse . .	111
Karte 8 a	— Versand der EGKS-Erzeugnisse insgesamt vom Saarland in 1000 t	114
Karte 8 b	— Empfang aller EGKS-Erzeugnisse im Saarland in 1000 t	115
Karte 9	— Mit Standortkatalog untersuchte Gemeinden	149

Abkürzungsverzeichnis

A E R	= American Economic Review
B I P	= Bruttoinlandsprodukt
Rev. of Econ. and Stat.	= Review of Economics and Statistics
Stat.	= Statistische(s)
Stat. Berichte	= Statistische Berichte des Statistischen Amtes des Saarlandes
Stat. Jb. BRD 19 . .	= Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 19 . .
Stat. Jb. NRW 19 . .	= Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 19 . .

EINLEITUNG: ZUM GANG DER UNTERSUCHUNG

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Untersuchung der saarländischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur. Das aus der Untersuchung zu ziehende Fazit soll als Grundlage für strukturpolitische Maßnahmen zur Lösung der spezifischen saarländischen Probleme dienen.

Vor Beginn der eigentlichen Untersuchung soll der mit den Problemen des Saarlandes weniger Vertraute ganz kurz in geographische und historische Gegebenheiten des Saarlandes eingeführt werden: Diese Besonderheiten sollen den Hintergrund beleuchten, vor dem die Lage der saarländischen Wirtschaft zu sehen ist.

Die Studie ist in zwei Teile gegliedert: in einem ersten Teil wird die saarländische Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur analysiert; daran schließt sich im zweiten Teil eine Vorausschätzung wahrscheinlicher Entwicklungen an, woraus das Fazit für eventuelle wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ziehen sein wird.

Die Strukturanalyse im ersten Teil geht im wesentlichen nach dem „Faktorenprinzip“ vor, d. h. sie betont den Produktionszusammenhang der Wirtschaft und untersucht in getrennten Abschnitten die Produktionsfaktoren „Arbeit“ und „Kapital“⁽¹⁾. Die Untersuchung der Bevölkerung ist hauptsächlich auf deren Eigenschaft als Produktionsfaktor ausgerichtet, auf den Altersaufbau und die Sexualproportion als entscheidende Faktoren der Erwerbstätigkeit. Neben der Eigenschaft als Produktionsfaktor ist aber die Bevölkerung als Nachfrager nicht zu vernachlässigen. In diesem Zusammenhang sind Marktaspekte – im weitesten Sinn – zu untersuchen.

Die Untersuchung des Faktors „Kapital“ läßt sich aufspalten in: a) die Untersuchung des „öffentlichen Kapitals“ und b) die des „privaten Kapitals“. Unter „öffentlichem Kapital“ wird die Infrastruktur (beschränkt auf ihren materiellen Teil) verstanden. Zu durchleuchten sind also das Verkehrswesen, die Energieversorgung, das Wohnungs-, das Gesundheits- und das Bildungswesen. Im Rahmen des „privaten Kapitals“ werden die einzelnen Wirtschaftsbereiche untersucht: Landwirtschaft, Dienstleistungssektor, Industrie, wobei naturgemäß das Schwergewicht auf der saarländischen Industrie liegt.

(1) Der Produktionsfaktor „Boden“ kann im Rahmen dieser Untersuchung im großen und ganzen außer Betracht bleiben, da die Landwirtschaft für das Saarland wirtschaftlich keine bedeutende Rolle (mehr) spielt und sich von den Bodenschätzen keine grundsätzlichen Änderungen für die saarländische Entwicklung erwarten lassen. Grundstücksfragen bei Industrieansiedlungen u. ä. werden im zweiten Teil berücksichtigt.

Die Tendenz, die Produktionsfaktoren hervorzuheben, setzt sich im zweiten Teil der Arbeit fort, wenn Schätzungen über die wirtschaftliche Entwicklung angestellt werden. So ist etwa die Bevölkerungsvorausschätzung hauptsächlich als Mittel zur Schätzung des Arbeitskräftepotentials zu verstehen. Dieser Prognose wird eine Schätzung der wahrscheinlichen wirtschaftlichen Entwicklung entgegengestellt, wie sie ohne spezielle strukturpolitische Maßnahmen wahrscheinlich ist, aus der sich dann der wahrscheinliche Arbeitskräftebedarf ableiten läßt.

Die Beurteilung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur und ihrer wahrscheinlichen Entwicklung gibt dann Anhaltspunkte für die wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Teil I

BISHERIGE ENTWICKLUNG UND GEGENWÄRTIGE SITUATION DER SAARLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

A — Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung an der Saar

I. *Die geographisch-historischen Ursachen* (1)

Als Gebietseinheit existiert das Saarland erst seit dem Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919: der südliche Teil des preußischen Regierungsbezirks Trier und der westliche Teil der bayrischen Rheinpfalz wurden zu einem „Gebiet des Saarbeckens“ (im Sprachgebrauch später amtlich: Saargebiet; seit 1945: Saarland) (2) zusammengefügt.

Das so entstandene Saarland bildet keine Einheit im Sinn einer natürlichen Landschaft. Landschaften des Karbon und des Rotliegenden, Buntsandsteingebiete, Muschelkalkhochflächen und sogar ein Stück des rheinischen Schiefergebirges, Landstriche mit unterschiedlichen Siedlungsformen und Dialekten sind vereinigt, so daß die Bezeichnung „Saarbecken“ im Sinn einer naturräumlichen Einheit eigentlich falsch ist. Dennoch liegt ihm in gewisser Weise ein einheitliches Prinzip zugrunde: die Einheit einer Industrielandschaft, die sich von dem Umland durch eine große Industriedichte (und als deren Folgen: eine große Bevölkerungsdichte) abhebt.

(1) Die Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf folgende Schriften: Industrie- und Handelskammer des Saarlandes (Hrsg.): *Wirtschaft zwischen den Grenzen, Saarbrücken 1963/64*; C. Troll: *Die geographischen Grundlagen des Saargebiets, in: Lage und Raumbeziehungen der Gebiete um die mittlere Saar und der Nachbarlandschaften. Niederschrift über die Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung in Zweibrücken vom 26.—29. Oktober 1955, Bonn 1956, S. 1—6*; F. Hellwig: *Saar zwischen Ost und West. Die wirtschaftliche Verflechtung des Saarindustriebezirks mit seinen Nachbargebieten, Bonn 1954*; P. Weiant: *Wirtschaftliche Grundprobleme der Saar, in: Beiträge zur geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Industriegebietes an der mittleren Saar. Niederschrift über die Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung in Saarbrücken vom 25.—28. April 1956, Bonn 1956, S. 68—77*; R. Capot-Frey: *La région industrielle sarroise. Territoire de la Sarre et bassin houiller de la Moselle. Etude géographique, Paris 1934.*

(2) Der Gebietsstand wechselte allerdings in größerem Ausmaß: 1919 betrug die Fläche 1913 qkm. 1946 erreichte das Saarland mit 2866 qkm seine größte Ausdehnung. Seit 1949 schließlich umfaßt das Gebiet 2567 qkm.

In naturgeographischer Sicht liegt das Saarland in einem Gebiet, das sich zwischen rheinischem Schiefergebirge (im Norden), Pariser Becken (im Westen) und Vogesen (im Süden) ausdehnt. Nach der Oberflächenform lassen sich in diesem Gebiet das Saar-Nahe-Bergland (von der mittleren Saar nach Nordosten) und das pfälzisch-lothringische Stufenland (in einem Halbkreis vom Pfälzer Wald im Südosten zum Saar-Mosel-Raum im Nordwesten) unterscheiden.

Die klimatischen Verhältnisse des Saarlandes weisen keine Extreme auf; trockene und warme Becken- und Tallandschaften fehlen ebenso wie sehr feuchte und kühle Mittelgebirgslagen. Entsprechend ist das Pflanzenkleid: in den kühleren und feuchteren Zonen des Schwarzwälder-Hochwaldes, des Saarkohlenwaldes und des Pfälzer Waldes finden sich Buchen- und Laubmischwälder, die wegen der armen Böden kaum durch bäuerliche Rodung verdrängt wurden (erst in jüngerer Zeit dringen Industrieanlagen und Arbeitersiedlungen in den Buchenhochwald vor); in den tieferen und weniger feuchten Lagen wachsen wärmeliebende Wälder, die allerdings heute weitgehend dem Kulturland Platz gemacht haben.

Die Entwicklung der Industrie vollzog sich im wesentlichen im Anschluß an die Erschließung der Steinkohle. Allmählich entstand an der mittleren Saar eine ausgeprägte Industrie- und Bergbaulandschaft, die – grob gesehen – in zwei Teile zerfällt: in das Kohlenbergbaugesamt und in die „Eisenhüttenstraße“.

Das Kohlenbergbaugesamt zieht sich – entsprechend dem Verlauf des Saarbrücker Sattels – von Frankenthal und Bexbach bis zur Saar zwischen Saarbrücken und Saarlouis und weiter unter Buntsandsteinbedeckung durch den Warndt bis über die lothringische Grenze hin. Die Eisenhüttenstraße verläuft zwischen Saarbrücken und Völklingen und erreicht noch isolierte Zentren bei Homburg im Osten und Dillingen im Nordwesten.

Diesem bergbaulichen und industriellen Kernbezirk steht das gesamte Saarland als Wohn- und Einzugsgebiet gegenüber.

Es soll nun diesem knappen geographischen Abriss ein streiflichtartiger Überblick über die saarländische Geschichte folgen.

Vom Ende des 17. Jahrhunderts bis heute war das „Saarland“ insgesamt viermal von Deutschland getrennt und Frankreich angeschlossen: von 1680–1697, von 1792–1815, von 1920–1935 und von 1947–1957/59. Seit dem Ersten Weltkrieg ist das Saarland – trotz seiner geographischen Lage in der Mitte Westeuropas – ein Grenzland. Der Grenzlandcharakter hat die Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung bis in die jüngste Vergangenheit entscheidend geprägt.

Die Anfänge des Industrialismus an der Saar fallen in die „deutsche“ Zeit des 18. Jahrhunderts. Die älteste Industrie an der Saar ist die Eisenverhüttung, die sich weit zurückverfolgen läßt und deren Grundlage dürftige Eisenerzvorkommen bei St. Ingbert und im Köllertaler Wald waren. Die zweitälteste Industrie ist die Glasindustrie, basierend auf Quarzsand. Die moderne Industrie entstand jedoch erst im Zusammenhang mit der Kohle. Als wichtigstes Datum

ist hier das Jahr 1754 zu nennen, als der Landesfürst Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken eine bergmännische Administration schuf, die die kleinen Bauerngruben einzog und einen geregelten Abbau einleitete.

Von 1792 bis 1815 war die Saar „französisch“ (bestätigt im Frieden von Lunéville 1801). In dieser Zeit nahm die Wirtschaft eine günstige Entwicklung durch den Anschluß an ein großes Staatsgebiet vom Atlantik bis zum Rhein. Das Land an der Saar war nicht länger Grenzland, was insbesondere zum Tragen kam, als unter Napoleon I. die Verkehrsverbindungen erheblich verbessert wurden.

Nach 1815 wurde die Saar wieder „deutsch“, und zwar wurde der größte Teil des Landes Preußen zugeschlagen, während der östliche Teil zu Bayern (Rheinpfalz) kam. Die wirtschaftliche Entwicklung des preußischen Teils verlief relativ günstig, da er zu einem großen, nicht von Zollschranken zerschnittenen Wirtschaftsraum gehörte. Dagegen war die Pfalz nur politisch, nicht auch wirtschaftlich ein Bestandteil Bayerns. Die Abschnürung führte in diesem Landesteil zu einem wirtschaftlichen Rückgang und zur Verarmung der Bevölkerung.

Durch den Deutschen Zollverein wurden die Hemmnisse im innerdeutschen Handel beseitigt; ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung schloß sich an. Für den Aufschwung der Saar war insbesondere der Ausbau der Verkehrsverbindungen von großer Bedeutung: 1848 wurde die Eisenbahnverbindung Ludwigshafen–Homburg aufgenommen, die im Jahr 1852 bis Saarbrücken fortgeführt wurde; eine weitere Verkehrsverbindung wurde mit der Kanalisierung der Saar und einem Anschluß an den Rhein-Marne-Kanal (in französisch-preußischer Gemeinschaftsarbeit) geschaffen. Das wirtschaftliche Klima dieser Zeit war günstig, so daß sich vor allem Bergbau und Hüttenindustrie als entscheidende Träger der Wirtschaft an der Saar rasch entwickelten.

Eine starke, wenn auch kurze Beeinträchtigung brachte der deutsch-französische Krieg von 1870/71. Dafür war die wirtschaftliche Entwicklung nach Beendigung des Krieges um so günstiger. Elsaß und Lothringen wurden dem Deutschen Reich zugeschlagen; dadurch wurde die Saar aus ihrer Grenzlage befreit. Die Grundlage für ein „Südwest-Industriegebiet“ (bestehend aus dem Saarkohlenrevier und dem lothringischen Kohlen- und Erzgebiet) war geschaffen. Außerdem ermöglichte das Thomasverfahren (1879) eine Zusammenführung von Minette und Saarkohle in großem Umfang — es gestattete die Umwandlung phosphorreichen Roheisens in schiedbaren Stahl —, so daß die Rohstoff Sorge, bedingt durch das Versiegen einheimischer Erzquellen, beseitigt wurde. Eine kräftige Expansion der Wirtschaft (insbesondere der Kohlengruben) ging in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg mit einem raschen Bevölkerungsanstieg einher.

Eine scharfe Zäsur bildete das Ende des Ersten Weltkriegs. Die „französische“ Zeit von 1920 bis 1935 wurde eingeleitet durch das Versailler Saarstatut; das Saargebiet — erstmals als politische Einheit geschaffen — wurde wieder Grenzland (mit allen Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung). Im Jahr 1920 wurde das Saargebiet unter Treuhänderverwaltung des Völkerbundes gestellt,

der eine internationale Kommission einsetzte, die die Regierungsgewalt übernahm. Nach dem Versailler Vertrag gingen die Kohlengruben in französischen Besitz über. Nach einer fünfjährigen zollfreien Übergangszeit wurde das Saargebiet 1925 in das französische Zollsystem eingegliedert. Vorher schon (1923) wurde die französische Währung eingeführt.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg entbrannte ein Kampf zwischen lothringischer und saarländischer Industrie um die Selbstbehauptung in einem Wirtschafts- und Zollgebiet, das für beide gleichzeitig nicht genug Raum bot. Das Problem wurde weder durch die fünfjährige Übergangsfrist, die dem Saarland zur Umstellung eingeräumt wurde, noch durch den Versuch gelöst, mit dem Einsatz französischen Kapitals in den meisten saarländischen Hütten saarländische und lothringische Hüttenindustrie unter eine Führung zu bringen; lediglich der deutsche Absatz bildete in gewissem Umfang eine Stütze. Der lothringische Steinkohlenbergbau (der auf den gleichen natürlichen Grundlagen beruht wie der Saarbergbau) wurde bis zum Ersten Weltkrieg – unter Beteiligung der Saarindustrie – mit Nachdruck entwickelt. Nach 1920 wurde die wirtschaftliche Interessengemeinschaft zerschlagen, die Entwicklung des lothringischen Bergbaus mit der Absicht forciert, einen Ersatz bis zum etwaigen Wiederauscheiden des Saargebiets aus dem französischen Bereich in Lothringen zu schaffen. So wurde der lothringische Kohlenabbau von 1924 an auf Felder im Warndt ausgedehnt, die der französische Staat auf 99 Jahre an zwei französische Gesellschaften verpachtete.

Im Versailler Saarstatut war nach Ablauf einer Frist von 15 Jahren eine Volksabstimmung vorgesehen, die am 13. Januar 1935 stattfand. Die Saarbevölkerung entschied sich für den Anschluß an Deutschland. Die Rückgliederung erfolgte rasch: politisch am 1. März 1935, wirtschaftlich in Etappen durch die Umstellung unter die deutsche Zollhoheit am 18. Februar 1935 und die Einführung der deutschen Währung am 1. März 1935.

Die Grenze lag nun wieder im Westen des Saarlandes wie vor 1871. Die Saarwirtschaft verlor über Nacht den französischen Markt; von deutscher Seite kam ein erheblicher Konkurrenzdruck vor allem von der noch nicht wieder vollbeschäftigten Ruhr-Industrie, welche die nicht so gut rationalisierte Saarwirtschaft stark bedrängte. So entstand eine sehr schwierige Situation an der Saar, wo es zudem noch eine beträchtliche Arbeitslosigkeit gab.

Erleichtert wurde die Lage der Saarwirtschaft etwas durch Kredithilfen, Steuerermäßigungen und die bevorzugte Zuteilung öffentlicher Aufträge. Die Umstellung wurde dann im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs durch die deutsche Aufrüstung beschleunigt.

Im Zweiten Weltkrieg litt das Saarland schwer, zumal es zu Anfang und kurz vor Ende des Krieges zum direkten Kriegsschauplatz wurde. Im Jahr 1945 wurde das Saarland zunächst von Amerikanern, dann von Franzosen besetzt. Die Verwaltung übernahm eine französische Militärregierung, erneut Auftakt zu einer „französischen Zeit“.

Im Jahr 1946 wurde eine Regierungskommission des Saarlandes gebildet. 1947 folgte eine verfassungsgebende Versammlung. Die Verfassung enthielt zwei grundlegende Ziele: Unabhängigkeit vom Deutschen Reich und wirtschaftlicher Anschluß an Frankreich (Währungs- und Zolleinheit). Im November 1947 wurde dann die wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes eingeleitet.

Die Kohlenfrage war aber auch nach diesen Schritten noch ungelöst. Erst im Berliner Abkommen vom Januar 1948 erklärten sich die beiden anderen West-alliierten mit der sukzessiven Entlassung der Saarkohle aus dem gemeinsamen Kohlenpool und ihrer Überführung in das französische Wirtschaftssystem einverstanden. Der wirtschaftliche Anschluß des gesamten Saarlandes war dadurch allerdings noch nicht anerkannt.

Der wirtschaftliche Anschluß an Frankreich wurde mit der Herstellung der saarländisch-französischen Zolleinheit (freier saarländisch-französischer Handel, Verschiebung der Zollgrenzen) am 30. März 1948 abgeschlossen. In den folgenden Jahren sorgte man hauptsächlich für eine Konsolidierung dieser Entwicklung. Später bemühte man sich um eine Europäisierung der Saar, die im Saarstatut ihren Niederschlag fand.

In der Zeit des wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich wurde der saarländische Bergbau von Frankreich in Regieverwaltung übernommen (direkte Abhängigkeit von der Leitung des nationalisierten französischen Bergbaus), die Hütten erhielten eine Sequesterverwaltung. Die wirtschaftliche Entwicklung war hier in starkem Maß politisch bestimmt und für das Saarland nicht gerade günstig.

Ein Beispiel dafür liefert die Abwicklung der Marshallplanhilfe⁽¹⁾. Von 780 Mrd. frs Wirtschaftshilfe für Frankreich — davon 90 % als Geschenk — erhielt die Saar nur 2,7 Mrd. frs als Geschenk; weitere 22,5 Mrd. frs wurden in Form von Krediten vergeben (wobei Zinsen und Amortisation der Saarregierung überlassen wurden). Die Wirtschaftshilfe war dennoch erheblich unterdosiert. Die Saarregierung hatte unter Berücksichtigung der relativen Größe von Bevölkerung und Wirtschaftspotential ihren Anspruch — der sich aus der französischen Verpflichtung gegenüber den USA herleitete, die Saar in angemessener Weise an den Marshallplanzuweisungen zu beteiligen — auf 46 Mrd. frs angesetzt und 90 % dieser Summe als Geschenk gefordert. Auch bei anderen Investitionsmitteln kam das Saarland etwas zu kurz, so daß die Investitionstätigkeit darunter litt. So wurde etwa der Energiesektor lange Zeit vernachlässigt, was zeitweise einen Importüberschuß an Energie im Kohlenland Saar nach sich zog.

„Die Benachteiligung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Saar nicht in die französische Wirtschaftsplanung einbezogen wurde. Nichts führt aber sicherer zur Desintegration zweier Wirtschaftsgebiete als die Ausklammerung eines Gebietsteils aus den Gesamtplanungen und Investitionszuteilungen. So gesehen scheint es fast, als ob Frankreich von allem Anfang an nicht daran geglaubt hat, die Saar für dauernd halten zu können“⁽¹⁾.

⁽¹⁾ Siehe P. Weiant, a.a.O., S. 70 u. S. 71.

Die zweite Volksabstimmung an der Saar fand am 23. Oktober 1955 unter Aufsicht einer internationalen Kommission statt. Abzustimmen war über das (europäische) Saarstatut. Die Fragestellung weitete sich jedoch zu der Frage der Rückkehr nach Deutschland aus. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnte das Saarstatut ab.

Nach der Volksabstimmung wurden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich eingeleitet, die im Abschluß des deutsch-französischen Saarvertrags vom 27. Oktober 1956 in Luxemburg gipfelten. Der Saarvertrag enthält wichtige Regelungen, die eine baldige politische Rückgliederung vorsahen (die dann auch am 1. Januar 1957 erfolgte); während einer dreijährigen Übergangszeit sollten saarländische Waren (mit bestimmten Ausnahmen) von Zöllen und der Umsatzausgleichssteuer in der Bundesrepublik befreit sein; Investitionsgüter — außerhalb der handelsvertraglich festgelegten Kontingente — sollten zollfrei aus der Bundesrepublik eingeführt werden; für die Zeit nach der wirtschaftlichen Rückgliederung wurde ein zollfreier Warenaustausch mit Frankreich im Rahmen vereinbarter Kontingente vorgesehen.

Die wirtschaftliche Rückgliederung erfolgte noch vor Ablauf der Dreijahresfrist am 5. Juli 1959. Der Zeitpunkt war relativ günstig gewählt, weil die Wirtschaft der Bundesrepublik noch im Zeichen der Hochkonjunktur stand, während sich in Frankreich eine beträchtliche Abschwächung vollzog. Trotz der Übergangszeit und der relativ günstigen Begleitumstände hatte die saarländische Wirtschaft (vor allem die Klein- und Mittelbetriebe) jedoch mit erheblichen Umstellungsschwierigkeiten zu kämpfen, die sich deutlich in der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen und auf die im Rahmen der Untersuchung immer wieder hinzuweisen sein wird.

Im Interesse der vorliegenden Untersuchung wäre es von Vorteil, wenn man quantitativ erfassen könnte, in welchem Maß der heutige Zustand der Saarwirtschaft und ihre jüngste Entwicklung durch das wechselvolle politische Schicksal der Saar belastet ist. Eine solche Rechnung erscheint jedoch unmöglich, ja jede Schätzung kaum vertretbar, weil sie von zu vielen Imponderabilien belastet wäre. Daß jedoch diese politische Entwicklung eine schwere Beeinträchtigung der Saarwirtschaft dargestellt hat — und auch in abnehmendem Maß heute noch darstellt —, kann nicht bezweifelt werden.

II. *Die Auswirkungen im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau (Charakterisierung anhand verschiedener Kennziffern)*

Das Zurückbleiben des Saarlandes hinter der Entwicklung in anderen Gebieten (Bundesrepublik, Bundesländer) soll zunächst anhand einiger Kennziffern beleuchtet werden.

Einer der am häufigsten verwandten Indikatoren des Entwicklungsniveaus ist das Pro-Kopf-Einkommen (meistens aufgefaßt als Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einwohner). Zu einem ersten Überblick über die Entwicklung der saarländischen Wirtschaft in den letzten Jahren sollen daher die Ziffern über die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen herangezogen werden. Dafür steht allerdings keine durchgehende Zeitreihe zur Verfügung; die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes und die damit verbundene Währungsumstellung im Jahr 1959 verursachten einen Bruch.

Die Zahlen unten haben jedoch so lange nur geringe Aussagekraft, wie nicht Vergleiche mit anderen Wirtschaftsgebieten angestellt werden.

Tabelle 1 a — Die Entwicklung des saarländischen Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen je Einwohner für die Jahre 1952 bis 1958

Jahr	Absolut (in 1000 frs)	Index (1952 = 100)
1952	309,8	100
1953	311,3	101
1954	316,5	102
1955	343,5	111
1956	369,7	119
1957	432,0	139
1958	479,6	155

Quelle: Stat. Handbuch für das Saarland 1955, S. 157 f.; 1958, S. 232 f.; Stat. Amt des Saarlandes, Saarländische Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen, 1957/58, S. 178 f.

Tabelle 1 b — Die Entwicklung des saarländischen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner (in laufenden Preisen und konstanten Preisen von 1954) für die Jahre 1960 bis 1964

Jahr	1960	1961	1962	1963	1964
In laufenden DM-Preisen	4966	5217	5455	5730	6120
1960 = 100	100	105,1	109,8	115,4	123,2
In konstanten Preisen von 1954	4096	4163	4182	4281	4453
1960 = 100	100	101,6	102,1	104,5	108,7

Quelle: Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1964, Stuttgart/Mainz 1964, S. 147; Stat. Amt des Saarlandes, Sozialprodukt des Saarlandes 1960—1964, S. 11.

Tabelle 2 a — Vergleich des saarländischen Bruttosozialprodukts pro Kopf mit dem Frankreichs für die Jahre 1952 bis 1958

Jahr	Saarland		Frankreich	
	Absolut	1952 = 100	Absolut	1952 = 100
1952	309,8	100	340,0	100
1953	311,3	101	352,6	104
1954	316,5	102	370,6	109
1955	343,5	111	394,0	116
1956	369,7	119	431,5	127
1957	432,0	139	477,6	140
1958	479,6	155	537,5	158

Absolute Werte in 1000 frs.

Quelle: Stat. Handbuch für das Saarland 1955, S. 157 f.; 1958 S. 232 f.; Saarl. Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen 1957/58, S. 178 f.; Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1962, S. 14 f.; Annuaire Statistique de la France, S. 8 und S. 440.

Schon ein Vergleich mit Frankreich (siehe *Tab. 2 a*) auf der Basis des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen pro Kopf der Bevölkerung für die Jahre 1952 bis 1958 fällt zuungunsten des Saarlandes aus (sowohl hinsichtlich des Niveaus als auch des Wachstums). Das Wachstum des saarländischen Sozialprodukts beschleunigte sich jedoch seit 1956 beträchtlich. Das Gesamtwachstum von 1952 bis 1958 war deshalb im Saarland mit 55 % nur wenig geringer als in Frankreich.

Für den folgenden Zeitraum erlauben die vorhandenen Zahlen (siehe *Tab. 2 b*) erst vom Jahr 1960 an einen Vergleich des Saarlandes mit der Bundesrepublik und den Bundesländern.

Das Saarland erreichte im Jahr 1960 mit 4 966,— DM (Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einwohner) 92,8 % des Bundesdurchschnitts, um jedoch über 89,7 % im Jahr 1961, 88,0 % im Jahr 1962 und 87,4 % im Jahr 1963 auf 86,9 % im Jahr 1964 zurückzufallen. Das Saarland wies somit relativ schwache Wachstumsraten auf: 1961 betrug der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner 5,1 % gegenüber 8,5 % im Bundesdurchschnitt, 1962 4,6 % gegenüber 7,0 %; 1963 erreichte die Zuwachsrate mit 5,0 % den Bundesdurchschnitt.

Bemerkenswert ist, daß sich von den fünf Bundesländern, deren Bruttoinlandsprodukt im betrachteten Zeitraum 1960—1964 unter dem Bundesdurchschnitt lag, alle mit Ausnahme des Saarlandes an den Durchschnitt angenähert haben. Einzig das Saarland entfernte sich stetig vom Durchschnitt und fiel damit in der Rangfolge der elf Bundesländer nach der Höhe ihres Pro-Kopf-Einkommens in diesen fünf Jahren vom siebenten auf den neunten Platz zurück.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner weist in den einzelnen Kreisen des Saarlandes erhebliche Unterschiede auf (siehe *Tab. 3*). Es bewegt sich zwischen 11 568,— DM im Stadtkreis Saarbrücken und 2 163,— DM im Landkreis St. Wen-

*Tabelle 2 b — Entwicklung des Sozialprodukts der Bundesländer 1960—1964
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner*

Land	Jahr	1960		1961		1962		1963 (1)		1964 (1)	
		In DM	Bundes- republik = 100	In DM	Bundes- republik = 100	In DM	Bundes- republik = 100	In DM	Bundes- republik = 100	In DM	Bundes- republik = 100
Schleswig-Holstein		4317	80,6	4758	81,8	5195	83,3	5502	84,5	5850	83,0
Niedersachsen		4627	86,4	5072	87,2	5477	87,9	5762	88,5	6190	87,8
Nordrhein-Westfalen		5852	109,3	6264	107,7	6674	107,1	6924	106,3	7450	105,7
Hessen		5359	100,1	5911	101,6	6380	102,4	6726	103,3	7440	105,5
Rheinland-Pfalz		4108	76,7	4478	77,0	4774	76,6	5107	78,4	5520	78,3
Baden-Württemberg		5485	102,4	6066	104,3	6508	104,4	6736	103,4	7320	103,8
Bayern		4706	87,9	5171	88,9	5546	89,0	5838	89,6	6400	90,8
Saarland		4966	92,8	5217	89,7	5482	88,0	5695	87,4	6120	86,8
Hamburg		9309	173,9	9911	170,4	10750	172,5	11162	171,4	12010	170,4
Bremen		7295	136,3	7416	127,5	7909	126,9	8213	126,1	8910	126,4
West-Berlin		5506	102,8	6032	103,7	6435	103,2	6752	103,7	7260	103,0
Bundesgebiet		5351	100,0	5814	100,0	6233	100,0	6513	100,0	7050	100,0

(1) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftsstruktur der Bundesländer 1965, Stuttgart/Mainz 1965, S. 164 f.

del. Wenn man das Bruttoinlandsprodukt auf die Wirtschaftsbevölkerung ⁽¹⁾ bezieht, so reduziert sich die Schwankungsbreite sehr stark. Während im Saarland als Gesamtheit die Wohnbevölkerung nicht erheblich von der Wirtschaftsbevölkerung abweicht, liegen in den einzelnen Kreisen wegen der starken inner-saarländischen Pendelwanderung zum Teil große Unterschiede vor (besonders im Stadtkreis Saarbrücken).

Tabelle 3 — Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Kopf der Wohnbevölkerung bzw. Wirtschaftsbevölkerung nach saarländischen Kreisen 1961

Gebiet	BIP je Kopf der Wohnbevölkerung		BIP je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung	
	In DM	Saarland = 100	In DM	Saarland = 100
Saarbrücken-Stadt	11 568	221,7	6 548	128,5
Homburg	5 140	98,5	5 117	100,4
Merzig-Wadern	4 126	79,1	4 633	90,9
Ottweiler	4 298	82,4	4 326	84,9
Saarbrücken-Land	5 104	97,8	5 086	99,8
Saarlouis	3 956	75,8	4 679	91,8
St. Ingbert	4 727	90,6	5 576	109,4
St. Wendel	2 163	41,5	2 972	58,3
Saarland	5 217	100,0	5 095	100,0

Berechnung nach: Sozialproduktberechnungen der Länder, Heft 1, Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik 1957 und 1961, Gemeinschaftsveröffentlichung der Stat. Landesämter, 1964, S. 46. f. Für das Saarland liegt nur eine Berechnung für das Jahr 1961 vor.

Als weiterer Indikator des Entwicklungsniveaus wurde das Pro-Kopf-Aufkommen bei verschiedenen Steuern gewählt. Mit dem Steueraufkommen soll einerseits die Leistungsfähigkeit des saarländischen Steuerzahlers ausgedrückt werden, und zwar gemessen am Pro-Kopf-Aufkommen der gesamten Bundes-, Länder- und Gemeindesteuern oder auch der Steuern von Einkommen u. a., andererseits die Finanzkraft als Möglichkeit zur Ausgabenfinanzierung mit eigenen Mitteln, gemessen am Pro-Kopf-Aufkommen an Landessteuern.

Beim Pro-Kopf-Aufkommen an den gesamten Bundes-, Länder- und Gemeindesteuern rangiert das Saarland unter den Bundesländern an letzter Stelle (siehe *Schaubild 1*) ⁽²⁾. Im Jahr 1960 erreichte es 66,2 % des Bundesdurchschnitts (72,1 % des Durchschnitts der Länder ohne Stadtstaaten) und fiel in den folgenden Jahren weiter zurück, 1961 auf 65,6 % (71,3 %), 1962 auf 61,9 % (67,4 %) und 1963 auf 60,5 % (66,3 %). Bei den einzelnen Steuern fällt das Ergebnis ähnlich aus (siehe *Schaubild 2*) ⁽³⁾. Es zeigt sich, daß die Steuerkraft des Saar-

⁽¹⁾ Die Wirtschaftsbevölkerung stellt die um den doppelten Pendlersaldo korrigierte Wohnbevölkerung dar.

⁽²⁾ Quelle: Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1965, S. 133.

⁽³⁾ Quelle: ebenda, S. 138.

Schaubild 1 — Gesamtes Steueraufkommen pro Einwohner für ausgewählte Gebiete 1960—1964

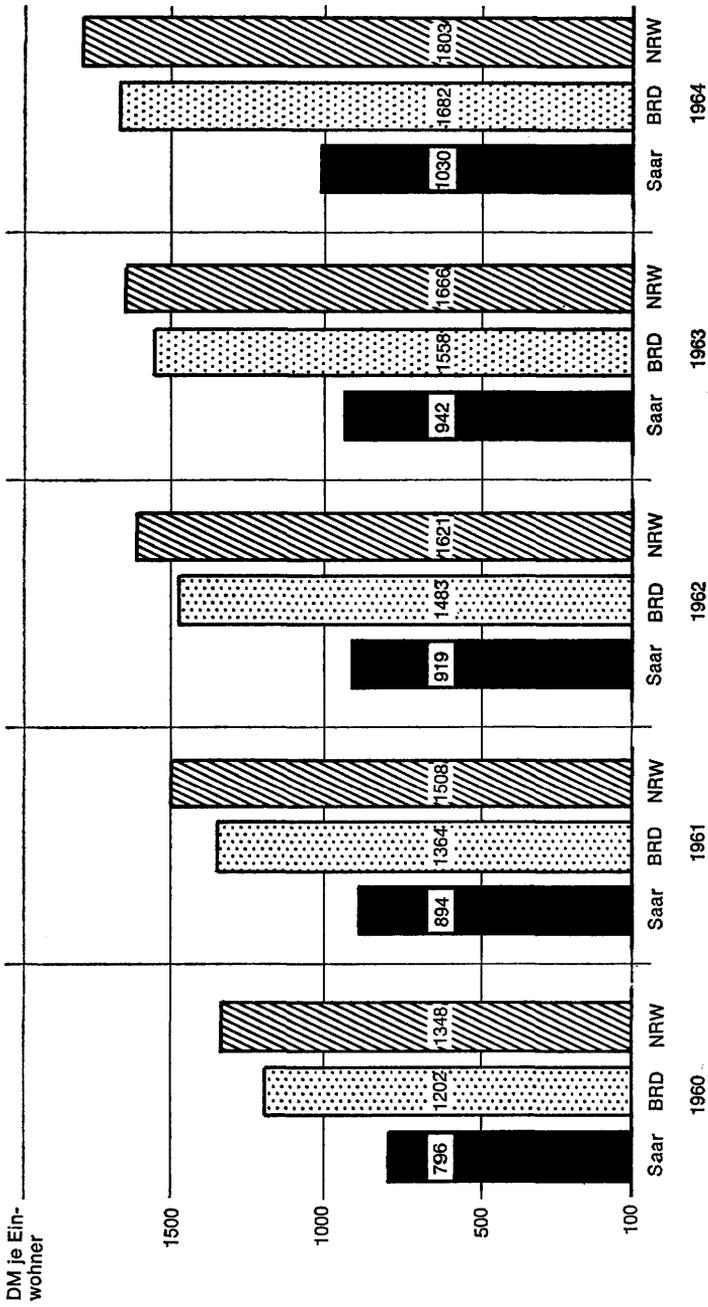
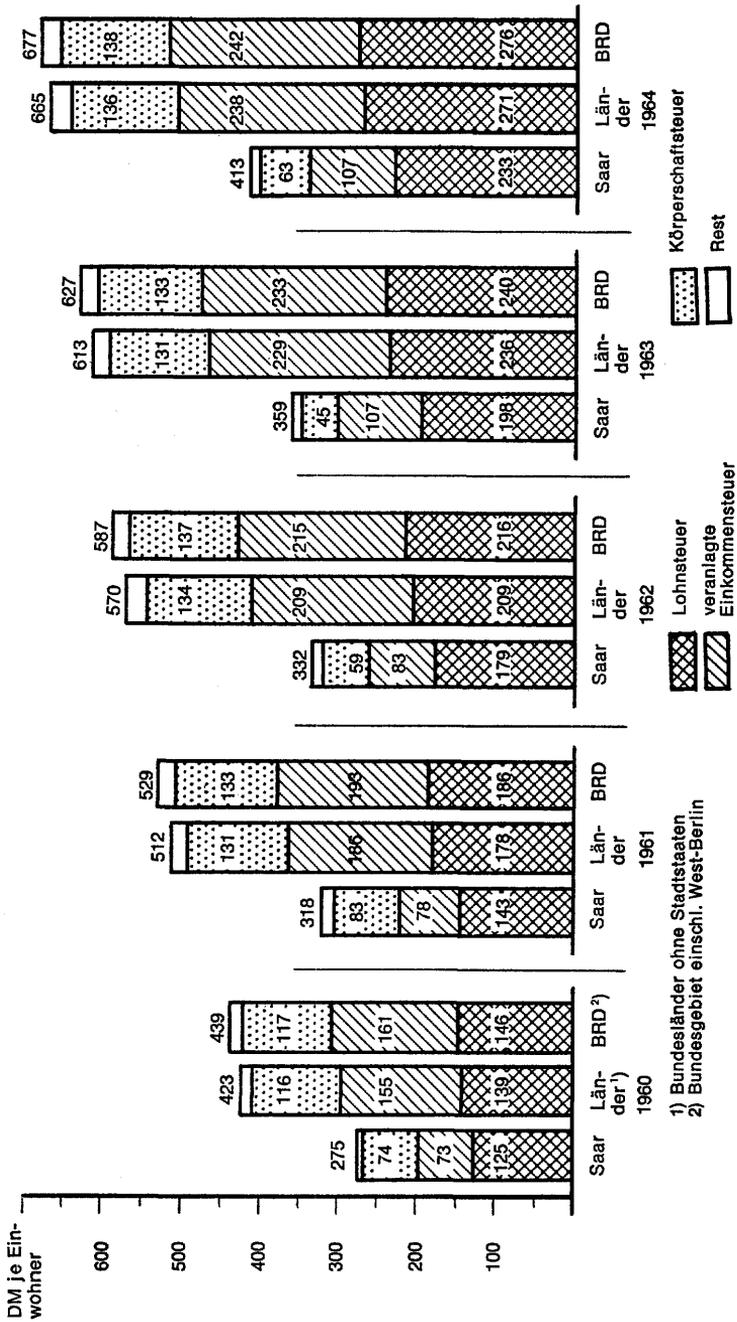


Schaubild 2 — Pro-Kopf-Einnahmen an Steuern vom Einkommen 1960—1964



landes nicht nur geringer ist als die durchschnittliche im Bund, sondern auch langsamer wächst.

Besondere Beachtung verdient die Entwicklung der Körperschaftsteuer und der veranlagten Einkommensteuer. Während nämlich die Pro-Kopf-Einnahmen an Lohnsteuern im Saarland nur geringfügig hinter den Einnahmen von Bund und Ländern zurückbleiben — der Abstand vergrößerte sich allerdings etwas im Zeitraum von 1960 bis 1964 —, liegen die Einnahmen an den beiden vorgenannten Steuerarten im Saarland zum Teil beträchtlich unter den betreffenden Werten in Bund und Ländern, wobei sich auch hier die Abstände von 1960 bis 1964 noch vergrößerten. Das fällt besonders bei den Pro-Kopf-Einnahmen an Körperschaftsteuern auf, die von 1960 bis 1961 leicht anstiegen, bis 1963 stark zurückfielen, um erst dann wieder anzusteigen auf einen Wert, der noch immer unter dem von 1960 liegt. So ist aus der Steuerstruktur zu entnehmen, daß sowohl bei den Kapitalgesellschaften wie bei den Personalgesellschaften und den Personen, die ansonsten noch zur Einkommensteuer veranlagt werden, die Einkommen — bezogen auf die Zahl der Bevölkerung — sehr erheblich niedriger lagen als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Das könnte daran liegen, daß die Zahl dieser Steuerpflichtigen im Saarland besonders niedrig ist, könnte aber auch darauf zurückzuführen sein, daß ihre Einkommen unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik liegen.

Wahrscheinlich ist beides der Fall. Hierbei ist besonders darauf zu verweisen, daß ein großer Teil der im Saarland tätigen Kapitalgesellschaften in anderen Staaten bzw. Ländern körperschaftsteuerpflichtig ist. Es ist bezeichnend, daß sich dieser Zustand im Laufe der statistisch belegbaren Zeit noch verschärft hat.

Auch beim Pro-Kopf-Aufkommen an Ländersteuern erreichte das Saarland im Jahr 1960 nur 69,6 % des Bundesdurchschnitts (72,3 % des Durchschnitts der Länder ohne Stadtstaaten) und fiel auch hier zurück auf 68,6 % (71,1 %) im Jahr 1961, 66,7 % (68,7 %) im Jahr 1962, 65,7 % (67,8 %) im Jahr 1963 und stieg 1964 dann wieder auf 68,0 % (69,5 %) ⁽¹⁾.

Ebenfalls einen Indikator des Entwicklungsniveaus bildet als eine Sonderform der Produktivitätsziffern das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Beschäftigten. Die Zahlen können — mit gewissen Einschränkungen — einen Hinweis auf den Rationalisierungszustand der saarländischen Wirtschaft geben ⁽²⁾.

Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche erreichte das Saarland mit 12 133,— DM Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten 97,3 % des Bundesdurchschnitts (siehe *Tab. 4*). Das saarländische verarbeitende Gewerbe liegt als einziger Wirtschaftsbereich mit 14 131,— DM je Beschäftigten über dem Bundesdurchschnitt, während die anderen Wirtschaftsbereiche zum Teil erheblich darunter liegen, ohne daß sie allerdings in der Regel für das Saarland von großer Be-

(1) Berechnet nach: Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1963, S. 112 f. und S. 18 f.; Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1965, S. 134 f. und S. 24 f.

(2) Vorsicht ist allerdings geboten, weil die Zahlen nur für das Jahr 1961 vorliegen. Außerdem handelt es sich nicht um echte Produktivitätsziffern; besser wären Werte, die auf die geleisteten Arbeitsstunden bezogen sind.

deutung wären. Man wird – mit Vorsicht – aus den Zahlen schließen können, daß die saarländische Wirtschaft im Durchschnitt nicht ganz den Rationalisierungsstand der bundesdeutschen Wirtschaft erreicht, was teilweise – z. B. bei Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau – durch Besonderheiten ihrer Wirtschaftsstruktur bedingt ist.

Tabelle 4 – Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Beschäftigten im Saarland 1961

Wirtschaftsbereiche	Absolut (DM)	Meßziffern (Bund = 100)
0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4574	76,7
1 Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	14842	71,1
2 Verarbeitendes Gewerbe	14131	104,4
3 Baugewerbe	9927	91,3
4 Handel	9728	81,2
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11268	84,9
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	19147	92,2
7 Wohnungsvermietung und Nutzung von Eigenwohnungen	—	—
8 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	6992	71,6
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	12543	91,3
10 Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	6572	59,2
Zusammen	12133	97,3

Quelle: Stat. Handbuch für das Saarland 1963, S. 266.

Schließlich – um das Bild noch etwas abzurunden – soll auch der Konsum als ein Indikator für den Wohlstand der Bevölkerung eines Gebiets herangezogen werden. Von den Konsumgütern wurde dasjenige ausgewählt, das heute eine gewisse Wohlstandssymbolkraft besitzt: der Personenkraftwagen. Als Kennziffer dient der Bestand an Pkw pro 1000 Einwohner.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern liegt das Saarland am Ende der Skala. Das Saarland erreichte 1960 mit 69,8 Pkw pro 1000 Einwohner nur 91,6 % des Bundesdurchschnittswerts; es nahm an der allgemeinen „Wohlstandssteigerung“ nicht im Maß des Bundesdurchschnitts teil und fiel bis zum Jahr 1964 auf 87,5 % des Durchschnittswerts der Bundesrepublik zurück. Im Laufe der Entwicklung von 1960 bis 1964 ist es noch von Rheinland-Pfalz, das 1960 noch den geringsten Pkw-Besatz pro 1000 Einwohner aufwies, überholt worden (siehe *Tab. 5*).

Tabelle 5 — Pkw pro 1000 Einwohner in den Bundesländern

Land	1960		1961		1962		1963		1964	
	Absolut	Bundesrepublik = 100								
Schleswig-Holstein	70,3	92,3	83,3	93,0	98,1	93,5	114,1	95,5	128,9	96,8
Hamburg	90,1	118,2	104,0	116,1	120,0	114,4	134,1	112,2	147,2	110,6
Niedersachsen	71,2	93,4	83,8	93,5	99,1	94,4	113,8	95,2	128,1	96,2
Bremen	78,7	103,3	90,5	101,0	103,6	98,8	116,0	97,1	127,3	95,6
Nordrhein-Westfalen	74,5	97,8	87,7	97,8	102,9	98,1	116,7	97,7	130,0	97,7
Hessen	81,3	106,7	95,5	106,6	112,2	107,0	127,3	106,5	141,3	106,2
Rheinland-Pfalz	69,3	90,9	82,3	91,9	97,2	92,7	111,7	93,5	125,2	94,1
Baden-Württemberg	81,1	106,4	94,9	105,9	110,3	105,1	125,9	105,4	140,1	105,3
Bayern	78,0	102,4	91,6	102,2	106,8	101,8	122,0	102,1	136,1	102,3
Saarland	69,8	91,6	81,6	91,1	94,4	90,0	106,0	88,7	116,4	87,5
Bundesrepublik (ohne West-Berlin)	76,2	100,0	89,6	100,0	104,9	100,0	119,5	100,0	133,1	100,0

Quelle: Stat. Jb. BRD 1961, S. 56 u. 358; 1962, S. 34 u. 362; 1963, S. 33 u. 352; 1964, S. 34 u. 356; 1965, S. 34 f. u. 366.

Mit den besprochenen Indikatoren sind nur wenige aus der Vielfalt der möglichen Kennzahlen herausgegriffen. Interessant (und aufschlußreich) wäre etwa noch die Berechnung von Kapitalkoeffizienten (bzw. Kapitalproduktivitäten) oder die Feststellung der Entwicklung der regionalen Terms of Trade. Die Wahl der Indikatoren des Entwicklungsniveaus wurde jedoch durch das vorhandene statistische Material beschränkt.

Sieht man von den Produktivitätsziffern (die — wie bereits erwähnt — vorsichtig zu interpretieren sind) ab, so ergibt sich ein ziemlich einheitliches Bild: Das Saarland schneidet bei einem Vergleich mit anderen Regionen schlecht ab, so problematisch ein Vergleich im Einzelfall auch sein mag; sein Entwicklungsniveau liegt unter dem der Bundesrepublik (im Durchschnitt).

Wenn man zu solchen Vergleichen greift, sollte man sich jedoch ihrer grundsätzlichen Problematik bewußt sein. Vergleiche sind zunächst wertfrei. Der Vergleich soll einfach ein „Anderssein“ feststellen. Vergleicht man etwa einen Wert mit einem Durchschnittswert, so hat dieser Durchschnittswert keinen normativen Charakter. Erst wenn man den Zweck der Vergleiche und der Untersuchung mit einbezieht (wobei der Zweck der Untersuchung etwa im Empfehlen geeigneter Maßnahmen besteht), nimmt der Durchschnittswert (oder jeglicher Vergleichswert) Normcharakter an: Aus dem einfachen „höher“ bzw. „niedriger“ wird ein „zu hoch“ bzw. „zu niedrig“.

Allein auch der „nur“ positive Charakter der Vergleiche enthält noch Fragen genug:

- a) Das Hauptproblem liegt im Auffinden geeigneter Vergleichsmaßstäbe. Um nicht nur das „Anderssein“ einer Region (des Saarlandes) feststellen, sondern auch die Gründe für das „höher“ oder „niedriger“ (etwa des Pro-Kopf-Einkommens) finden zu können, sollten als Vergleichsmaßstäbe Gebiete gesucht werden, die eine möglichst ähnliche Wirtschaftsstruktur aufweisen (also etwa: ein Vergleich mit dem Ruhrgebiet oder mit dem schwerindustriellen Teil Lothringens, nicht mit ganz Nordrhein-Westfalen oder ganz Lothringen). Bei dieser Art von Vergleich könnte man Gründe für das „höher“ oder „niedriger“ außerhalb der Strukturunterschiede etwa in geringerer Rationalisierung, schlechterer Ausrüstung, Standortnachteilen (Marktkferne), ungenügender Erwerbstätigkeit u. v. a. m. suchen.
- b) Will man die Strukturunterschiede hervorheben, so sind auch Vergleiche mit strukturverschiedenen Räumen durchaus sinnvoll (Vergleich des Saarlandes mit der gesamten Bundesrepublik oder mit dem gesamten Frankreich).
- c) Hat man sich für eine der beiden Vergleichsmethoden entschieden oder wendet man auch beide an, so ergeben sich im Einzelfall bei einem Vergleich immer wieder Schwierigkeiten, von denen einige angedeutet werden sollen.

Hat man sich für den Vergleich strukturverschiedener Räume entschieden, so taucht z. B. das Problem der Vergleichbarkeit der Einkommensgrößen auf. Bei der Berechnung landwirtschaftlicher Einkommen wird z. B. der Selbstverbrauch in der Regel zu Erzeugerpreisen bewertet. Eine Bewertung zu

Einzelhandelspreisen würde die Vergleichbarkeit von Agrar- und Industriegebieten erhöhen (1).

- d) Bei Vergleichen entsteht die Frage, ob absolute oder relative Zahlen (die Differenzen in der Bevölkerungszahl, in der Zahl der Erwerbspersonen usw. ausschalten) gewählt werden sollen. Oftmals wird man den Relativzahlen den Vorzug geben müssen, doch auch ein Vergleich absoluter Zahlen kann durchaus sinnvoll sein.
- e) Problematisch ist auch der Vergleich jeglicher Wertziffern (absolute Zahlen oder Gliederungszahlen, die auf der Grundlage von Wertziffern errechnet werden), da sich unkontrollierbare Wirkungen durch unterschiedliche Preisniveaus in den Vergleichsgebieten ergeben können. Das Problem tritt besonders bei internationalen Vergleichen auf und ist damit auch für das Saarland von Bedeutung.

Trotz der genannten Probleme müssen aber Vergleiche angestellt werden, da andere Möglichkeiten zur Kennzeichnung der Besonderheiten einer Region fehlen.

Die oben angeführten Kennziffern sind so als erste Anhaltspunkte zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Saarlandes zu verstehen. Die folgende Untersuchung analysiert das Entwicklungsniveau intensiver anhand einer Einzeluntersuchung der Produktionsfaktoren und versucht, Gründe für das niedrige Gesamtentwicklungsniveau bei den einzelnen Faktoren herauszuarbeiten. Hierauf aufbauend wird versucht, das Entwicklungspotential abzuschätzen, d. h. die positiven Faktoren, insbesondere die Wachstumsfaktoren, anzugeben, die das Saarland heute aufweist.

B – Die Analyse der Produktionsfaktoren

I. Die Bevölkerung

1. Die Bevölkerungsstruktur

a) Wachstum und gegenwärtiger Stand der Gesamtbevölkerung

Die Bevölkerung des Saarlandes ist seit 1939 stetig gewachsen. *Tabelle 6* zeigt die – zur besseren Vergleichbarkeit auf den Gebietsstand vom 1. Januar 1963 bezogenen – Bevölkerungszahlen, gegliedert nach Kreisen. Danach betrug die Wohnbevölkerung am 17. Mai 1939 889 455 Personen; bei der Volkszählung am 6. Juni 1961 1 072 600 Personen. Durch Fortschreibung wurde der Stand für den 1. Juli 1965 mit 1 124 676 Personen ermittelt. (Um einen Vergleich der Bevölkerungszahlen dieses Industriegebiets mit anderen zu geben,

(1) H. Giersch, Probleme der regionalen Einkommensverteilung, in: Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF Bd. 14, 1959, S. 89.

Tabelle 6 — Die Wohnbevölkerung des Saarlandes nach Kreisen

Kreis	Fläche in qkm Stand 1. 1. 63	Wohnbevölkerung am						Einwohner pro qkm am	
		nach dem Gebietsstand vom 1. 1. 1963						17. 5. 39	31. 7. 65
		17. 5. 39	14. 11. 51	6. 6. 61	31. 7. 65	17. 5. 39	31. 7. 65		
Saarbrücken-Stadt	53,03	absolut 1939 = 100	131285 100,0	111450 84,9	130705 99,6	134322 102,3	2476	2533	
Homburg	238,59	absolut 1939 = 100	54256 100,0	60632 111,8	72376 133,4	78527 144,7	227	329	
Merzig-Wadern	550,73	absolut 1939 = 100	76371 100,0	81824 107,2	91857 120,3	97533 127,7	139	177	
Ottweiler	259,37	absolut 1939 = 100	135663 100,0	153912 113,5	164955 121,6	170966 126,0	523	659	
Saarbrücken-Land	334,10	absolut 1939 = 100	215016 100,0	244470 113,7	260012 120,9	270322 125,7	640	809	
Saarlouis	440,74	absolut 1939 = 100	148271 100,0	159155 107,3	189587 127,9	200103 135,0	336	454	
St. Ingbert	206,88	absolut 1939 = 100	58557 100,0	65110 111,2	75739 129,3	80196 137,0	283	388	
St. Wendel	483,93	absolut 1939 = 100	70036 100,0	78860 112,6	87369 124,7	92707 132,4	145	192	
Saarland	2567,37	absolut 1939 = 100	889455 100,0	955413 107,4	1072600 120,6	1124676 126,4	346	438	

Quelle: Einzelschriften des Stat. Amtes des Saarlandes Nr. 22, Amtliches Gemeindeverzeichnis, 10. Aufl. Saarbrücken 1963, S. 9; Stat. Berichte A I 1 m — 7/65.

seien kurz die entsprechenden Zahlen für das Ruhrgebiet und Lothringen genannt: Bevölkerung des Ruhrgebiets 1963 5 036 300 Einwohner; Bevölkerung Lothringens 1962 2 199 000 Personen.) Setzt man die Bevölkerung des Saarlandes im Jahr 1939 gleich 100, so ist die des Jahres 1965 gleich 126. Diese Wachstumsrate liegt weit unter der der Bundesrepublik für den gleichen Zeitraum. Das ist vorwiegend ein Ausfluß der politischen Situation. Durch die Abtrennung des Saarlandes vom übrigen Deutschland nahm es nicht so viele Flüchtlinge auf wie die übrigen Bundesländer, bei denen die Flüchtlingszahlen doch ein bedeutender Faktor für das Wachstum der Wohnbevölkerung gewesen sind.

Eine Untergliederung nach Kreisen erlaubt weitere Einblicke. Besondere Beachtung verdient die Entwicklung des Kreises Saarbrücken-Stadt. Hier war bei der Volkszählung vom 6. Juni 1961 noch nicht wieder die Wohnbevölkerung des Jahres 1939 erreicht. Erst 1963 lag die Wohnbevölkerung geringfügig über der des Jahres 1939. Diese Entwicklung dürfte wesentlich durch den letzten Weltkrieg bedingt sein, der eine Evakuierung der Stadt Saarbrücken erforderte und große Kriegszerstörungen brachte, Ereignisse, die nicht so schnell überwunden werden konnten.

Die übrigen Kreise entwickelten sich demgegenüber sehr viel stetiger. Die Wachstumsrate für die einzelnen Kreise schwanken jedoch beachtlich. An der Spitze liegt der Kreis Homburg mit fast 45 % Bevölkerungswachstum für die Zeit von 1939–1965. Merzig-Wadern, Ottweiler und Saarbrücken-Land wuchsen dagegen nur um ca. 25 %, was etwa dem saarländischen Durchschnitt entspricht.

b) Bevölkerungsdichte

Ebenso wie der Stand und die Entwicklung der Wohnbevölkerung von der Wirtschaftsstruktur eines Gebietes abhängen, so gilt das in besonderem Maß auch für die Bevölkerungsdichte, die ja im Grunde nur einen genaueren Einblick in die Verteilung der Wohnbevölkerung bietet. Als Industriegebiet zeichnet sich das Saarland durch eine hohe Bevölkerungsdichte aus. Betrug die Bevölkerungsdichte (Einwohner pro qkm) im Saarland 1939 noch 346, so ist sie seither (bis 31. 7. 1965) auf 438 angewachsen. Mit diesem Wert liegt das Saarland weit über dem Bundesdurchschnitt (226 am 6. 6. 1961) und wird nur von Berlin, den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie Nordrhein-Westfalen (468 am 6. 6. 1961) übertroffen. Im Vergleich zum engeren Ruhrgebiet muß die Bevölkerungsdichte allerdings als gering erscheinen, denn dort belief sie sich am 30. 6. 1961 auf 1502 Einwohner pro qkm ⁽¹⁾. Gegenüber Lothringen (1962 nur 140 Einwohner pro qkm) ⁽²⁾ weist das Saarland eine erheblich höhere Bevölkerungsdichte auf. Innerhalb des Saarlandes variiert die Bevölkerungsdichte beträchtlich (siehe *Tab. 6*). Den höchsten Wert erreicht naturgemäß der Stadtkreis Saarbrücken mit 2533 (31. 7. 1965). Aber auch innerhalb der Landkreise sind die Unterschiede

(1) Innerhalb des Ruhrgebiets weisen die einzelnen Stadt- und Landkreise erhebliche Dichteunterschiede auf, die von 5030 (Wanne-Eickel) bis 186 (Lüdinghausen) reichen.

(2) Als repräsentativ für Lothringen wurden die beiden Departements Moselle und Meurthe-et-Moselle gewählt. Vgl. INSEE, *Annuaire Statistique de la France* 1964, Paris 1964, S. 14.

beachtlich. Die vorwiegend industriebestimmten Kreise wie Saarbrücken-Land, Ottweiler und Saarlouis liegen noch über dem Landesdurchschnitt von 438. Es folgen St. Ingbert (388) und Homburg (329). Weit weniger dicht besiedelt sind die vorwiegend agrarisch ausgerichteten Kreise St. Wendel (192) und Merzig-Wadern (177).

Haben wir damit einen Überblick über die Bevölkerungsdichte nach Kreisen erhalten, so wird die Besiedlungsdichte im einzelnen erkennbar durch eine Übersicht der Bevölkerungsdichte (Einwohner je qkm) nach Gemeinden. Wir wollen hier allerdings in *Karte 1* eine Darstellung der Wohnbevölkerung der einzelnen saarländischen Gemeinden geben. Diese Übersicht ist hier insofern auch als eine Annäherung an eine Bevölkerungsdichtedarstellung geeignet, als im Saarland eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Bevölkerungsdichte⁽¹⁾ und Größe der Wohnbevölkerung gegeben ist. So kann *Karte 1* auch als Darstellung der unterschiedlichen Bevölkerungskonzentration in den einzelnen saarländischen Gemeinden angesehen werden.

Aus der Karte ist unmittelbar die hohe Bevölkerungskonzentration im Saar- und Fischbachtal ersichtlich, die sich nach Osten hin bis Homburg fortsetzt; sie ist zunächst durch die Kohlenlagerstätten und die damit zusammenhängende Schwerindustrie zu erklären. Eine geringe Bevölkerung zeigt die Karte – wie schon oben erwähnt – für die vorwiegend landwirtschaftlich strukturierten Kreise St. Wendel und Merzig-Wadern. Aber auch in anderen Kreisen (insbesondere Saarlouis, St. Ingbert und Homburg) sind gerade die an den Grenzen des Saarlandes gelegenen Gemeinden nur gering besiedelt. Bis auf die Gegend um Saarbrücken/Völklingen und Homburg (Stadt) ist so das innere Saarland von einem Kranz dünnbesiedelter Gemeinden umgeben. Die relativ dünne Besiedlung setzt sich auch über die Landesgrenzen nach Rheinland-Pfalz, nach Lothringen und nach Luxemburg fort. Ausnahmen bilden nur die Homburg benachbarten rheinland-pfälzischen Gemeinden, die Gegend um Zweibrücken und die Gegend um Sarreguemines und Forbach⁽²⁾. In der relativ dünn besiedelten Umgebung des Saarlandes zeigt sich in besonderem Maß seine Abkapselung, die im wesentlichen durch drei Faktoren bedingt ist: die Lagerstätten der Bodenschätze, die geographischen Gegebenheiten und die politische Entwicklung.

c) Altersaufbau und Sexualproportion

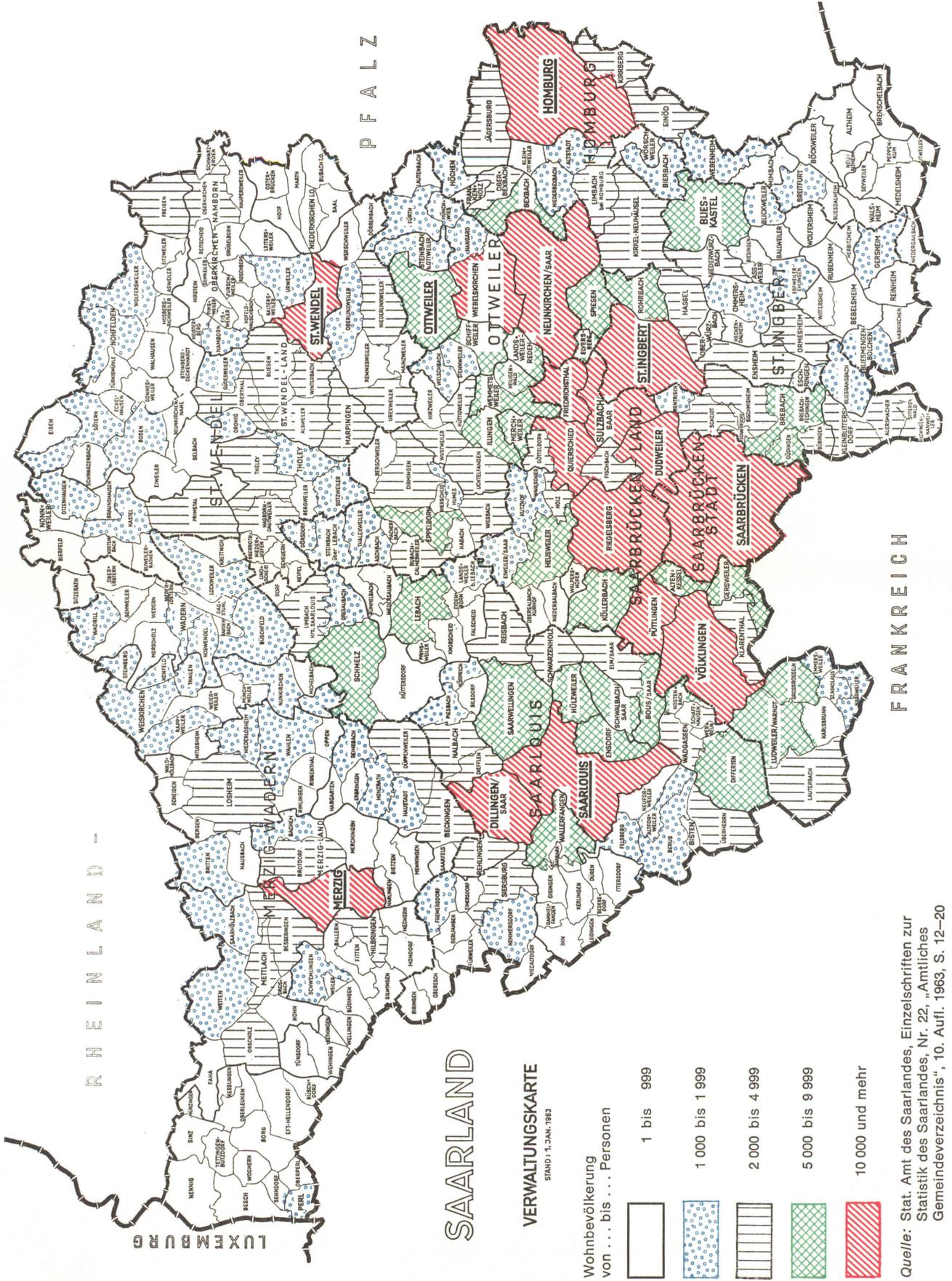
Eine wichtige Komponente bei der Erfassung demographischer Tatbestände bildet der Altersaufbau der Bevölkerung, lassen sich doch aus ihm Rückschlüsse auf die Entwicklung der Erwerbsfähigkeit, insbesondere das wichtige Verhältnis von Erwerbsfähigen zu Nichterwerbsfähigen ziehen. Um dieses erfassen zu können, wurden vier Altersgruppen gebildet:

- a) Personen, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter stehen (die bis unter 15 Jahre alten);
- b) die jüngeren Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre);

(1) Eine Karte der Bevölkerungsdichte der saarländischen Gemeinden (Einwohner pro qkm) findet sich im Deutschen Planungsatlas, Bd. X: Saarland, Hannover 1965, Karte Bevölkerungsdichte 1964.

(2) Deutscher Planungsatlas, a.a.O.

Karte 1 – Die Wohnbevölkerung des Saarlandes



VERWALTUNGSKARTE
STAND: 1. JAN. 1963

Wohnbevölkerung
von ... bis ... Personen

-  1 bis 999
-  1 000 bis 1 999
-  2 000 bis 4 999
-  5 000 bis 9 999
-  10 000 und mehr

Quelle: Stat. Amt des Saarlandes, Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes, Nr. 22, „Amtliches Gemeindeverzeichnis“, 10. Aufl. 1963, S. 12–20

Tabelle 7 — Die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Altersgruppen

Altersgruppe	Von 1000 Personen gehören den vorstehenden Altersgruppen an											
	Saarland					Bundesrepublik (ohne West-Berlin) (%)					Frankreich (%)	
	1939 (1)	1951	1961	1939 (2)	1950 (4)	1961	1939 (2)	1950 (4)	1961	1. 1. 1951	1. 1. 1961	
unter 5 Jahre	101	83	92		70	81		70	81	97	87	
5 bis unter 10 Jahre	82	64	83		75	71		75	71	66	86	
10 bis unter 15 Jahre	86	94	73		91	68		91	68	66	90	
0 bis unter 15 Jahre	268	241	248	237	236	220	237	236	220	229	263	
15 bis unter 20 Jahre	92	80	61	90	73	66	90	73	66	74	63	
20 bis unter 25 Jahre	46	79	85	58	75	85	58	75	85	76	64	
25 bis unter 30 Jahre	96	79	72	91	74	70	91	74	70	77	70	
30 bis unter 35 Jahre	100	60	72	91	52	70	91	52	70	50	71	
35 bis unter 40 Jahre	90	67	73	84	75	68	84	75	68	66	71	
40 bis unter 45 Jahre	70	81	52	69	81	52	69	81	52	73	46	
15 bis unter 45 Jahre	494	446	415	483	430	411	483	430	411	416	384	
45 bis unter 50 Jahre	55	81	62	59	77	65	59	77	65	73	59	
50 bis unter 55 Jahre	49	69	71	54	66	72	54	66	72	65	64	
55 bis unter 60 Jahre	43	50	66	49	53	68	49	53	68	53	61	
60 bis unter 65 Jahre	36	39	52	45	45	56	45	45	56	48	52	
45 bis unter 65 Jahre	184	238	251	207	241	261	207	241	261	239	236	
65 bis unter 70 Jahre	25	32	35	31	37	42	31	37	42	42	40	
70 bis unter 75 Jahre	16	23	25			31			31	34	33	
75 bis unter 80 Jahre	9	14	16			20			20	23	23	
80 bis unter 85 Jahre	3	5	7			11			11	11	13	
85 und mehr Jahre	1	1	3			5			5	5	7	
65 Jahre und älter	54	75	86	73	93	109	73	93	109	115	116	

(1) Ständige Bevölkerung, Gebietsstand 1939. Quelle: Stat. Berichte AO—VZ—1961 — 7, S. 3.

(2) Quelle: Beilage zum Stat. Jb. BRD 1963, S. 5—6; Stat. Jb. BRD 1954, S. 41 u. 1952, S. 26.

(3) Gebietsstand am 13. 9. 50.

(4) Gebietsstand am 13. 9. 50.

(5) Quelle: Annuaire Statistique de la France, 1961, 67e Volume, p. 28; 1962, 68e Volume, p. 9—10.

- c) die älteren Personen im erwerbsfähigen Alter (45 bis unter 65 Jahre);
 d) die Alten, die das 65. Lebensjahr überschritten haben.

Diese Gruppeneinteilung wird gewählt, da sie unter Berücksichtigung der Schuldauer und des Pensionierungsalters einen Vergleich der Erwerbsfähigen mit den Nichterwerbsfähigen zuläßt, der angibt, wieviel Personen insgesamt von den Erwerbsfähigen unterhalten werden müssen.

Die *Tabelle 7* ermöglicht einen Zeitvergleich, wonach sich das Verhältnis von Erwerbsfähigen zu Nichterwerbsfähigen von 1951 bis 1961 im Saarland und in Frankreich verschlechtert hat, während es in der Bundesrepublik fast unverändert blieb. Dennoch nahmen 1961 die alten Personen im Saarland einen wesentlich geringeren Anteil ein als in Nordrhein-Westfalen, der Bundesrepublik und Frankreich; der Anteil der Kinder war höher als in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik, allerdings geringer als in Frankreich. Der Anteil der Erwerbsfähigen ist im Saarland zwar geringer als in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik insgesamt, jedoch höher als in Frankreich. Im gegenwärtigen Zeitpunkt müssen somit im Saarland noch relativ mehr Nichterwerbsfähige von einem Erwerbsfähigen unterhalten werden als in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik insgesamt.

Die Verteilung der Wohnbevölkerung auf Altersgruppen für die einzelnen saarländischen Kreise ist der nachfolgenden *Tabelle 8* zu entnehmen.

Die Altersverteilung zeigt, daß im Kreise Saarbrücken-Stadt der Anteil der bis unter 15jährigen gering und der Anteil der über 65jährigen sehr hoch ist. In den vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten Kreisen Merzig-Wadern und St. Wendel ist dagegen der Anteil der unter 15jährigen hoch und der Anteil der über 65jährigen gering. In den saarländischen Kreisen finden sich so die typischen Unterschiede in der Altersstruktur zwischen industrialisierten und landwirtschaftlichen Gebieten.

*Tabelle 8 — Die Wohnbevölkerung in den Kreisen nach Altersgruppen
 (Stand 6. 6. 1961)*

Von 1000 Personen gehören den Altersgruppen an (1)									
Kreis \ Altersgruppe	Saarbrücken-Stadt	Homburg	Merzig-Wadern	Ottweiler	Saarbrücken-Land	Saarlouis	St. Ingbert	St. Wendel	Saarland
0 bis unter 15 Jahre	203	247	267	246	241	265	258	281	248
15 bis unter 45 Jahre	411	423	404	407	418	419	421	408	415
45 bis unter 65 Jahre	283	246	243	258	256	237	242	229	251
65 Jahre und älter	102	83	85	89	85	79	80	82	86

(1) Bei Addition können Rundungsfehler auftreten.

Quelle: Stat. Berichte, AO — VZ 1961 — 7, S. 10 f.

Hinsichtlich der Sexualproportion (Verhältnis von männlichen und weiblichen Personen) sind im Saarland insgesamt keine bedeutenden Abweichungen zu Vergleichsgebieten (Bundesrepublik, Ruhr) festzustellen. Auch im Saarland nahm der Frauenüberschuß in der Nachkriegszeit leicht ab, bedingt durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen in den fünfziger Jahren, den Überschuß der Knaben- über die Mädchengeburten und das stärkere Absterben von Jahrgängen mit Frauenüberschuß.

Innerhalb des Saarlandes bestehen jedoch beachtliche Unterschiede in der Sexualproportion. So errechnet sich der höchste Frauenüberschuß für Saarbrücken-Stadt, der niedrigste für St. Wendel. Eine vermutete Korrelation zwischen Sexualproportion und Industrialisierungsgrad ⁽¹⁾ läßt sich allerdings nicht eindeutig bestätigen (Tab. 9).

Tabelle 9 — Sexualproportion und Industrialisierungsgrad in den saarländischen Kreisen (Stand 6. 6. 1961)

Kreis	Auf 100 männliche Personen kommen . . . weibliche	Industriebeschäftigte je 100 Einwohner
Saarbrücken-Stadt	114,6	23,3
Homburg	107,3	15,6
Merzig-Wadern	109,5	12,8
Ottweiler	108,8	17,6
Saarbrücken-Land	106,6	22,5
Saarlouis	105,8	12,2
St. Ingbert	107,4	13,5
St. Wendel	105,2	3,1
Saarland	108,0	16,5

Quelle: Stat. Berichte AO — VZ 1961 — 4, S. 2 und Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes.

d) Wanderungen

Den Wanderungen kommt bei der Entwicklung der Wohnbevölkerung eines Gebietes besondere Bedeutung zu, da durch Wanderungen die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geburten, Sterbefälle) stark verändert werden kann. Gleichzeitig lassen die Wanderungsbewegungen Rückschlüsse auf die Anziehungskraft der Region zu.

Im Saarland trat in den letzten Jahren zunächst ein Wanderungsgewinn auf, der in den Jahren 1958 und 1961 mit jeweils über 11 000 Personen Höhepunkte erreichte, seitdem sehr schnell abfiel und bereits 1963 in einen Wanderungsverlust umschlug. Allerdings war der Gesamtwanderungssaldo des Saarlandes 1964 wieder positiv. Wie die Übersicht zeigt (siehe Tab. 10), war der Wanderungsgewinn hauptsächlich auf Zuzüge über die Grenzen des Bundes-

(1) Der Industrialisierungsgrad wird hier gemessen als Industriebeschäftigte je 100 Einwohner.

Tabelle 10 – Wanderungsbilanz des Saarlandes 1957–1964

Jahr	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Saldo aus der Wanderung innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik	-1924	-1280	4254	3379	760	- 759	-1615	- 753
Saldo aus der Wanderung über die Grenzen der Bundesrepublik	3701	9144	3973	7242	10536	4402	1455	2017
Wanderungssaldo insgesamt ⁽¹⁾	5368	11858	8708	10625	11340	3639	- 160	1266
Darunter Personen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren	3668	7280	5214	6712	6882	2397	- 566	711

(1) Auftretende Differenzen zwischen dem Wert des Wanderungssaldos insgesamt und der Summe aus dem Saldo der Wanderungen innerhalb der Grenzen sowie dem aus der Wanderung über die Grenzen der Bundesrepublik entsprechen der Differenz der in den Zuzugsländern ermittelten Zuzüge zu den in den Fortzugsländern ermittelten Fortzügen.

Quelle: Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1965, Stuttgart und Mainz 1965, S. 40 f.

gebiets (Ausländer) ⁽¹⁾ zurückzuführen. So hatten am 6. Juni 1961 20 699 Ausländer ihren Wohnsitz im Saarland, das waren 1,9 % der Wohnbevölkerung (Bundesrepublik nur 0,9 %) ⁽²⁾. An den unselbständig Beschäftigten waren die Ausländer 1961 mit 6,3 % beteiligt (Bundesrepublik 1961 nur 2,3 %). Von den Ausländern waren zu diesem Zeitpunkt über die Hälfte Italiener und etwa 1/4 Franzosen. Der größte Teil der Ausländer war männlichen Geschlechts und fiel in die Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre. Aber auch die Gruppe 25 bis unter 45 Jahre war noch stark besetzt, so daß die Ausländer einen bedeutenden Anteil gerade der jüngeren Erwerbsfähigen stellten.

In dem hier betrachteten Zeitraum erbrachten nur die Jahre 1959–1961 einen positiven Wanderungssaldo über die Grenzen der Bundesrepublik. Inzwischen ist dieser jedoch so stark negativ geworden, daß er den geringen positiven Außenwanderungssaldo im Jahr 1963 übertrifft. Das Saarland war so 1963 das einzige Bundesland mit einem negativen Gesamtwanderungssaldo. Negative Binnenwanderungssalden stellten sich dagegen auch in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie in jüngster Zeit auch in Hamburg ein.

Welches sind nun die Gründe für die stark schwankende Wanderungsbewegung im Saarland? Die politische Situation vor der Rückgliederung er-

(1) Dazu müssen aus statistischen Gründen auch die Vertriebenen und Flüchtlinge aus der SBZ gezählt werden.

(2) Zu diesen und folgenden Zahlen vgl. Stat. Berichte AO — VZ 1961 — 14, S. 5 und Stat. Jb. BRD 1962, S. 149; Stat. Handbuch des Saarlandes 1963, S. 91; Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1963, S. 50.

schwerte zunächst die Zuwanderung aus der Bundesrepublik. Personen, die vorher — zum Teil mit zweitem Wohnsitz im Saarland — eingependelt waren, verlegten nach 1958 ihren Hauptwohnsitz in das Saarland. Desgleichen wurden erst jetzt dem Saarland Flüchtlinge und Vertriebene in größerem Ausmaß zugewiesen, die dann einen bedeutenden Anteil am positiven Binnenwanderungssaldo hatten. Seit 1962 ist jedoch der Binnenwanderungssaldo negativ.

2. Die Erwerbstätigkeit im Saarland

a) Erwerbsquote

Wenn in der Untersuchung die Bevölkerung als Produktionsfaktor Arbeit im Vordergrund steht, so kommt der erwerbsfähigen sowie der tatsächlich erwerbstätigen Bevölkerung besondere Bedeutung zu. Die Messung der Erwerbstätigkeit geschieht dabei am häufigsten durch die Zahl der Erwerbspersonen ⁽¹⁾ und deren Anteil an der Bevölkerung (Erwerbsquote).

Bei der Volkszählung am 6. Juni 1961 wurden im Saarland 434 706 Erwerbspersonen gezählt; das ergibt (bezogen auf die gesamte Wohnbevölkerung) eine Erwerbsquote von 40,5 %. Obwohl 1951 die absolute Zahl der Erwerbspersonen niedriger war, lag die Erwerbsquote höher (42,9 %). Die weibliche Erwerbsquote blieb mit 1951 = 23,4 % und 1961 = 23,0 % ziemlich konstant. Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen nahm allerdings trotz des oben erwähnten Rückgangs des Frauen-

Tabelle 11 — Die Erwerbsquote in den Bundesländern (Stand 6. 6. 1961)

Land	Von je 100 Personen der Wohnbevölkerung waren Erwerbspersonen		
	insgesamt	männlich	weiblich
Schleswig-Holstein	42,5	58,0	28,7
Hamburg	48,7	65,4	34,4
Niedersachsen	45,5	61,0	31,5
Bremen	45,3	63,5	29,2
Nordrhein-Westfalen	45,1	63,9	28,0
Ruhrgebiet	42,0	63,7	22,2
Hessen	48,3	63,9	34,3
Rheinland-Pfalz	47,1	62,0	33,8
Baden-Württemberg	51,8	64,4	40,2
Bayern	49,4	61,4	38,9
Saarland	40,5	59,4	23,0
Bundesgebiet (ohne West-Berlin)	47,2	62,8	33,2

Quelle: Stat. Berichte AO — VZ 1961 — 15, S. 2 und Stat. Jb. NRW 1964, S. 99 f.

(1) Unter Erwerbspersonen werden alle Personen verstanden, die in irgendeiner Weise am Erwerbsleben teilnehmen, wobei die Art der Tätigkeit oder die geleistete Wochenarbeitszeit für die Zuordnung zu den Erwerbspersonen ohne Bedeutung ist. Die Erwerbspersonen können aufgeteilt werden in Erwerbstätige und Erwerbslose.

überschusses von 1951 bis 1961 um 1 % von 28,5 % auf 29,5 % zu, was wahrscheinlich auf den allmählichen Wandel der Wirtschaftsstruktur zurückzuführen ist.

Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der weiblichen Wohnbevölkerung ist im Saarland jedoch noch immer sehr niedrig. Während die weibliche Erwerbsquote am 6. Juni 1961 im Bundesgebiet 34,9 % betrug, in Baden-Württemberg sogar 40,2 %, lag sie im Saarland mit 23,3 % ähnlich niedrig wie im Ruhrgebiet (22,2 %) (siehe auch *Tab. 11*).

Dieser geringe Anteil ist in großem Maß durch das Vorherrschen der Grundstoffindustrie bestimmt, die weiblichen Arbeitskräften nur geringe Erwerbsmöglichkeiten bietet. Ein anderer Grund liegt darin, daß die saarländischen Frauen nach der Eheschließung meist in Familie und Haus arbeiten, wozu noch ein Ressentiment gegen eine Beschäftigung von Frauen in der Industrie kommen dürfte (1).

Dies zeigt sich darin, daß die Erwerbsquoten der jungen Mädchen kaum vom Bundesdurchschnitt abweichen, während die Quoten mit Eintritt in das heiratsfähige Alter an der Saar stark absinken (siehe *Tab. 13*).

Die mit 40,5 % recht niedrige Gesamterwerbsquote (2) (Ruhr 42,4 %) ist so zum Teil auf die geringe Erwerbstätigkeit weiblicher Personen zurückzuführen. Das wird besonders deutlich bei der Untersuchung der einzelnen saarländischen Kreise (siehe *Tab. 12*).

Hier schwankt die Erwerbsquote beachtlich, wobei die männliche Quote nur um knapp 4 Prozentpunkte differiert (höchster Wert Saarbrücken-Stadt mit

Tabelle 12 — Die Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben in den Kreisen (Stand 6. 6. 1961)

Kreis	Von je 100 Personen der Wohnbevölkerung waren Erwerbspersonen		
	insgesamt	männlich	weiblich
Saarbrücken-Stadt	43,2	61,2	26,7
Homburg	41,4	59,9	24,3
Merzig-Wadern	44,1	59,8	29,8
Ottweiler	38,4	58,4	19,9
Saarbrücken-Land	39,6	60,0	20,4
Saarlouis	40,3	59,9	21,7
St. Ingbert	42,1	60,8	24,7
St. Wendel	41,1	58,8	24,4
Saarland	40,5	59,4	23,0

Quelle: Stat. Berichte, AO — VZ 1961 — 15, S. 2.

(1) Siehe auch Arbeitskammer des Saarlandes (Hrsg.), Menschen an der Saar — Eine Bestandsaufnahme des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft, Bad Godesberg 1962, S. 19.

(2) Sämtliche Erwerbspersonen bezogen auf die gesamte Wohnbevölkerung.

62,1 %; niedrigster Wert Ottweiler mit 58,4 %), die weibliche dagegen um fast 10 Prozentpunkte. Ein hoher Wert zeichnet Saarbrücken-Stadt (26,7 %) als Dienstleistungszentrum mit erhöhten Erwerbsmöglichkeiten für weibliche Personen aus. Einen niedrigen Wert von nur 19,9 % erreicht Ottweiler. Die höchste weibliche Erwerbsquote mit 29,8 % – wohl bedingt durch die hohe Zahl der mithelfenden Frauen in der Landwirtschaft – wurde für den Kreis Merzig-Wadern ermittelt.

Auch die männliche Erwerbsquote liegt im Saarland noch unter dem Bundesdurchschnitt. Ein Grund hierfür dürfte die in den schwerindustriellen Berufen recht häufig anzutreffende Frühinvalidität sein. Dies wird bei einem Vergleich der altersspezifischen Erwerbsquoten der Männer an der Saar und in der Bundesrepublik deutlich: bis zum 35. Lebensjahr sind kaum Unterschiede in den Quoten festzustellen, dagegen fällt nach dem 35. Lebensjahr die männliche Erwerbsquote des Saarlandes gegenüber dem Bundesdurchschnitt deutlich ab (siehe *Tab. 13*). Ein weiterer Grund für die niedrige saarländische männliche Erwerbsquote wird in den in Schwerindustrieregionen fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten für alte (über 65jährige) Personen zu suchen sein.

b) Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen

In der Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen spiegelt sich die Wirtschaftsstruktur eines Gebietes. *Schaubild 3* gibt einen Überblick über die unterschiedliche Aufgliederung der Erwerbspersonen im Saarland und anderen zum Vergleich herangezogenen Gebieten. Während in allen drei Gebieten ca. 45 % der Erwerbspersonen auf die Wirtschaftsabteilungen 3-9 entfallen und auch die prozentuale Aufteilung nur geringfügige Abweichungen zeigt, sind größere Unterschiede bei den ersten drei Wirtschaftsabteilungen festzustellen. Als besonders klein erweist sich im Saarland der Anteil der Erwerbspersonen im verarbeitenden Gewerbe (Saarland 35 %, Bundesrepublik 38 %, Nordrhein-Westfalen 41 %). Demgegenüber fällt dem Bergbau im Saarland im Vergleich zur Bundesrepublik, ja auch im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen, ein erheblich größeres Gewicht zu (Saarland 13 %, Bundesrepublik 3 %, Nordrhein-Westfalen 7 %).

Die Bedeutung der weiblichen Erwerbstätigkeit ist aus *Schaubild 3* ebenfalls ersichtlich. Da die Anteile der weiblichen Erwerbspersonen in den Wirtschaftsabteilungen 3–9 in allen drei Vergleichsgebieten fast nicht voneinander abweichen, wird durch das *Schaubild 3* nochmals bestätigt, daß die niedrige weibliche Erwerbsquote in bedeutendem Maß durch die Industriestruktur bedingt ist.

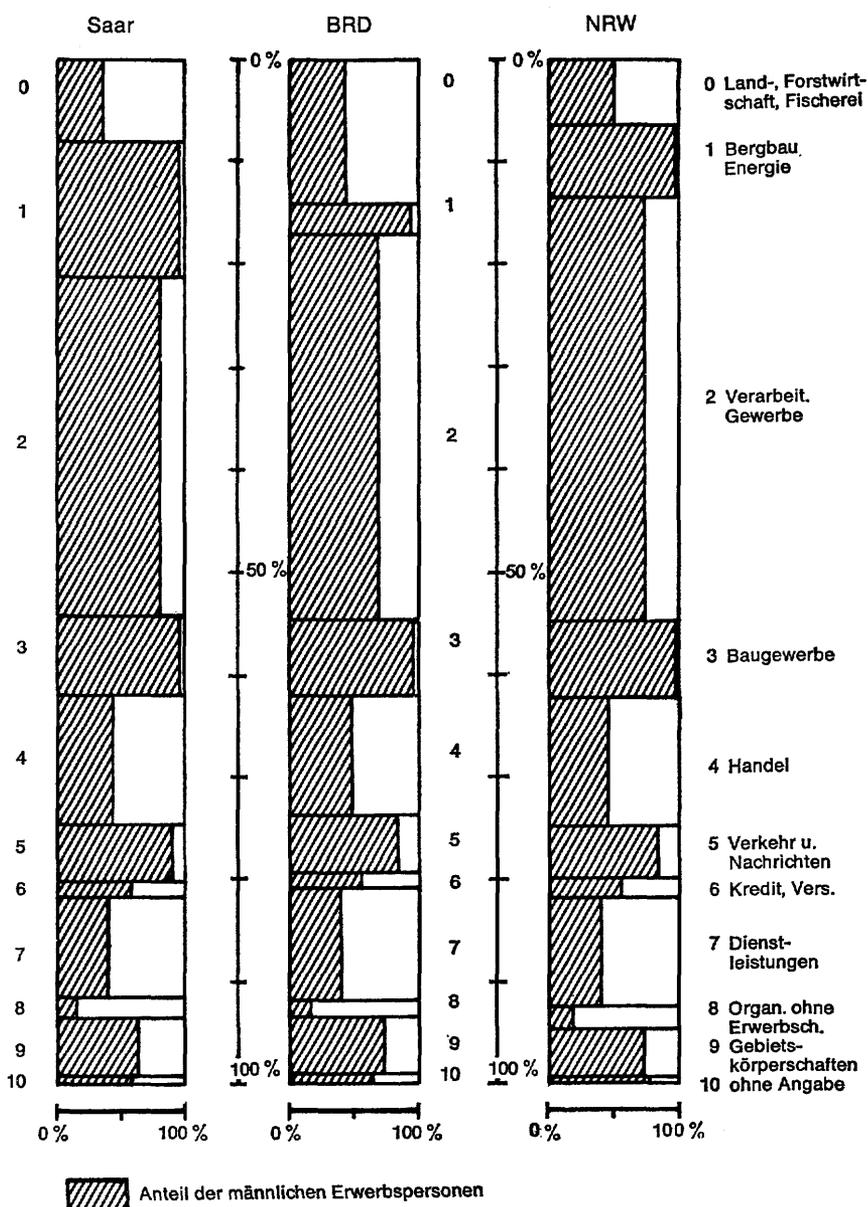
Ein Strukturvergleich zwischen 1951 und 1961 ist wegen verschiedener Definitionen der Wirtschaftsabteilungen nur sehr unvollkommen möglich. Beachtlich ist der Rückgang im Bergbau von ca. 67 000 Beschäftigten im Jahr 1951 auf etwa 52 000 im Jahr 1961 (1964 weiterer Rückgang bis auf ca. 42 000 Be-

Tabelle 13 — Die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten im Saarland und in der Bundesrepublik (6. 6. 1961)

Altersklasse	Erwerbsquoten im Saarland in v. H.			Erwerbsquoten in der Bundesrepublik in v. H.		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	0 bis unter 15	1,33	1,45	1,21	2,53	2,60
15 bis unter 20	80,32	84,69	75,75	80,06	81,50	78,60
20 bis unter 25	69,83	87,69	51,27	81,78	91,38	71,68
25 bis unter 35	64,27	97,70	28,52	72,69	97,34	47,03
35 bis unter 45	59,94	92,75	30,23	67,58	97,52	45,38
45 bis unter 55	54,97	92,19	25,74	63,59	94,90	39,48
55 bis unter 65	38,90	61,85	17,40	51,65	81,54	27,07
65 und älter	9,90	14,72	6,42	14,44	23,13	8,55
Insgesamt	40,52	59,42	23,03	47,92	63,96	33,20

Quelle: Beilage zum Stat. Jb. BRD 1963, S. 9 f. und Stat. Berichte, AO — VZ 1961 — 12, S. 4.

Schaubild 3 – Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen (6. 6. 1961)



Quelle: Stat. Berichte AO — VZ 1961 — 8, S. 2; Beilage zum Stat. Jb. f. d. BRD 1963, S. 11; Stat. Jb. Nordrhein-Westfalen 1964, S. 98.

schäftigte) sowie der Rückgang der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen (1) von 1951 mit 61 000 auf 35 700 im Jahr 1961.

3. Die Pendelmobilität

In keinem anderen Bundesland liegt der Anteil der Berufspendler (2) an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen so hoch wie im Saarland. Am 6. Juni 1961 wurden 46,3 % der Erwerbspersonen im Saarland als Berufspendler erfaßt (Bundesdurchschnitt 24,1 %, Ruhrgebiet 18,4 %) (3). Den höchsten Anteil an Berufspendlern hat die Wirtschaftsabteilung Bergbau und Energiewirtschaft mit 78 % ihrer Erwerbspersonen aufzuweisen.

Nun könnten natürlich die Relationen dadurch verzerrt sein, daß die saarländischen Gemeinden kleiner sind als in den Vergleichsgebieten und dadurch statistisch Personen als Pendler erfaßt werden, die in einer Großstadt selbst bei dem gleichen Weg zur Arbeitsstätte keine wären. Hierdurch dürfte auch im Saarland ein Teil der Pendelbewegungen zu erklären sein. Daß aber im Saarland diese Bewegung doch sehr viel größer ist, zeigt die Untersuchung der benötigten Zeit vom Wohn- zum Arbeitsort und der zurückgelegten Kilometer. Eine solche Untersuchung wurde als Zufallsstichprobe im Jahr 1958 von der Hohen Behörde der Montan-Union für die Arbeiter in den Montanindustrien der EGKS-Staaten vorgenommen (4). Danach legen von den Arbeitern im saarländischen Kohlenbergbau 17,2 % täglich mehr als 30 km von der Wohnung zum Arbeitsort zurück, 27,5 % zwischen 10 und 30 km (5). 13 % der Arbeiter benötigen für die einfache Strecke von der Wohnung zum Arbeitsort mehr als 90 Minuten; 37,5 % benötigen mehr als 45 Minuten und lediglich 45,4 % weniger als 30 Minuten (6).

Diese weiten Wege zur Arbeit werden zu einem erheblichen Teil deshalb in Kauf genommen, weil 57,4 % der Wohnungen dem Arbeiter selbst oder einem anderen Mitglied seines Haushalts gehören (7). So wirkt sich die ansonsten sozialpolitisch sehr positiv zu bewertende starke Hinneigung der saarländischen Berg- und Hüttenarbeiter zum Eigenheim in Form durchschnittlich erheblicher Pendelwanderungen sehr negativ auf die Zeiten aus, die sie täglich nicht an ihrem Wohnort anwesend sind. Die angefertigten Schaubilder (siehe *Schaubilder 4 a* und *4 b*) zeigen einen Vergleich ausgewählter Bergbaureviere. Das Saarland erweist sich danach als das Land mit den zeitlich längsten und weitesten Pendlerströmen.

Die Pendelbewegungen der Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie sind nicht ganz so bedeutend wie die der Bergleute. Das Saarland liegt allerdings

(1) Aus statistischen Gründen mußten einmal Beschäftigte, ein andermal Erwerbspersonen gewählt werden.

(2) Erst die Trennung zwischen Wohngemeinde und Arbeitsgemeinde bestimmt den Pendelwanderer, wie ihn die Statistik erfaßt.

(3) Siehe Stat. Jb. BRD 1964, S. 154 und Stat. Jb. NRW 1964, S. 99 f.

(4) Siehe EGKS-Hohe Behörde, Stat. Informationen 1959, S. 61—138 und S. 419—522.

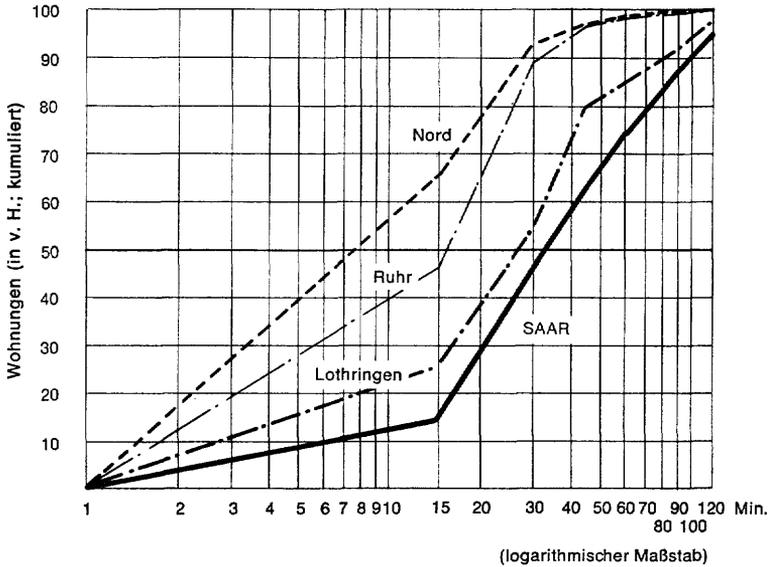
(5) Siehe ebenda, S. 517.

(6) Siehe ebenda, S. 514.

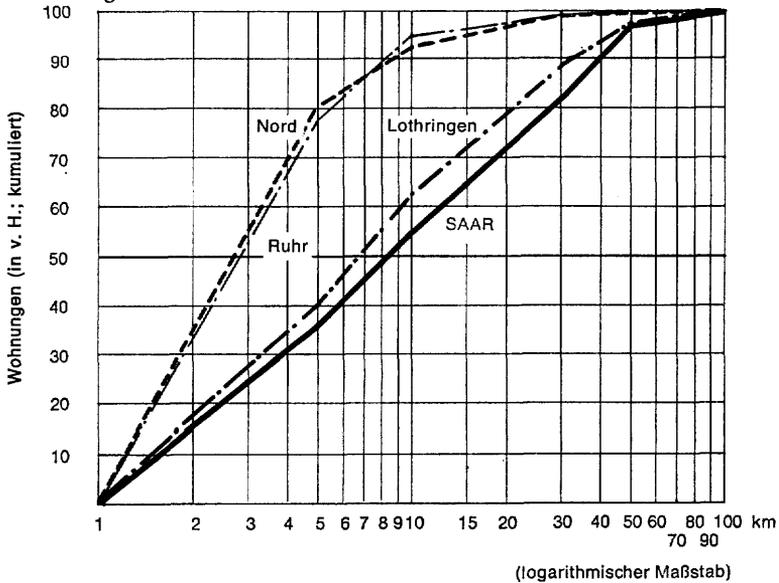
(7) Siehe ebenda, S. 481.

Schaubild 4 – Entfernungen der Wohnungen vom jeweiligen Arbeitsplatz für die Arbeiter des Steinkohlenbergbaus in verschiedenen Revieren

a) Entfernung in Minuten



b) Entfernung in Kilometer



auch hier noch ungünstig (siehe *Schaubilder 4c* und *4d*). Es ist im übrigen festzuhalten, daß der Prozentsatz der Pendelwanderer insgesamt 1961 gegenüber 1951 nahezu konstant geblieben ist (1). Bei der Pendelmobilität ist noch die Zahl der Ausbildungspendler (2) zu berücksichtigen. Diese ist im Saarland mit 11,4 % relativ gering (Niedersachsen z. B. 13,2 %; Bayern 13 %).

Die Pendlerströme lassen sich in der Weise ordnen, daß man die Pendler einzelner saarländischer Gemeinden bestimmten Haupteinzugsorten zuweist. Als Haupteinzugsorte wurden dabei die Orte angesehen, die einen Pendlerüberschuß (Zahl der Einpendler größer als die Zahl der Auspendler) aufweisen. Das sind insgesamt nur wenige Orte (3). Der Einflußbereich dieser Orte läßt sich dabei wie folgt abgrenzen: Die einzelnen saarländischen Gemeinden werden jeweils dem Ort mit einem Pendlerüberschuß zugewiesen, nach dem der größte Anteil der Pendler auspendelte (4). *Karte 2* zeigt die so ermittelten Einflußzonen.

II. Die Infrastruktur

1. Verkehrswesen

a) Straßenverkehr

Die Ausstattung einer Region mit Verkehrswegen sowie ihre Verbindung mit Liefer- und Absatzmärkten bilden einen der wichtigsten Punkte ihrer Infrastruktur. So soll zunächst die innersaarländische Straßenverkehrssituation anhand einiger Kennziffern (siehe *Tab. 14*) erfaßt werden (5). Mit einer Straßenlänge von 2,0 km pro qkm liegt das Saarland über dem Bundesdurchschnitt von 1,6 km pro qkm. Da 37,6 % aller Straßen klassifiziert sind (Bund 38,6 %), diese mit 0,75 km pro qkm eine höhere Dichte aufweisen als der Bundesdurchschnitt (0,61 km pro qkm), scheint das Saarland einigermaßen günstig zu liegen, insbesondere auch, wenn man beachtet, daß ca. 30 % der klassifizierten Straßen Bundesstraßen und Bundesautobahnen sind.

Diese Kennziffern reichen jedoch nicht aus zu einer umfassenden Beurteilung. Die Tatsache, daß eine Straße klassifiziert ist, bedeutet ja nicht unbedingt, daß sie auch besser ausgebaut ist und höhere Verkehrsleistungen zuläßt. Zu berücksichtigen ist ferner der im Saarland besonders hohe Anteil von Ortsdurchfahrten, der mit 63,4 % aller Straßenlängen (einschl. Gemeindestraßen) nur von den Stadtstaaten übertroffen wird und weit über dem Bundesdurchschnitt liegt (39,2 %). Da die Ortsdurchfahrten der Bundesfernstraßen, zumindest bisher, in den wenigsten Fällen kreuzungsfrei ausgebaut wurden, entstehen an dieser Stelle

(1) Siehe Stat. Berichte, AO — VZ 1961 — 6, S. 1.

(2) Gemessen in v. H. aller nichterwerbsfähigen Schüler und Studenten.

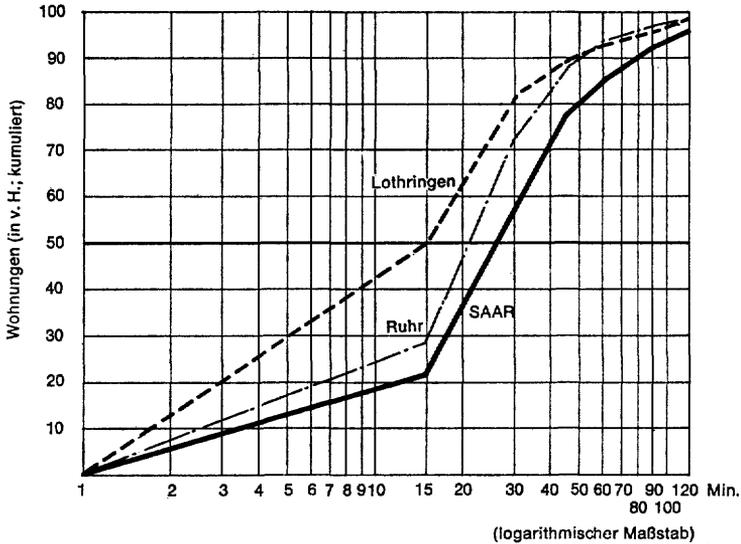
(3) Siehe die Orte mit einem Pendlerüberschuß im Planungsatlas, Band Saarland, a.a.O., Karte Pendlerbilanz 1961.

(4) Infolge einer bislang nur unvollständig vorliegenden Aufschlüsselung der saarländischen Pendler nach Herkunfts- und Zielgemeinden dürfte die Abgrenzung mit gewissen — allerdings nicht allzu erheblichen — Fehlern behaftet sein.

(5) Eine detaillierte Untersuchung nach Ausbaugrad einzelner Straßenabschnitte, Kreuzungen, Bahnübergänge, wie sie z. B. F. F. Voigt, *Theoretische Grundlagen einer regionalen Verkehrsplanung*, Hamburg 1964, S. 168, vorsieht, kann hier nicht vorgenommen werden.

Schaubild 4 – Entfernungen der Wohnungen vom jeweiligen Arbeitsplatz für die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie in verschiedenen Montanrevieren

c) Entfernung in Minuten



d) Entfernung in Kilometer

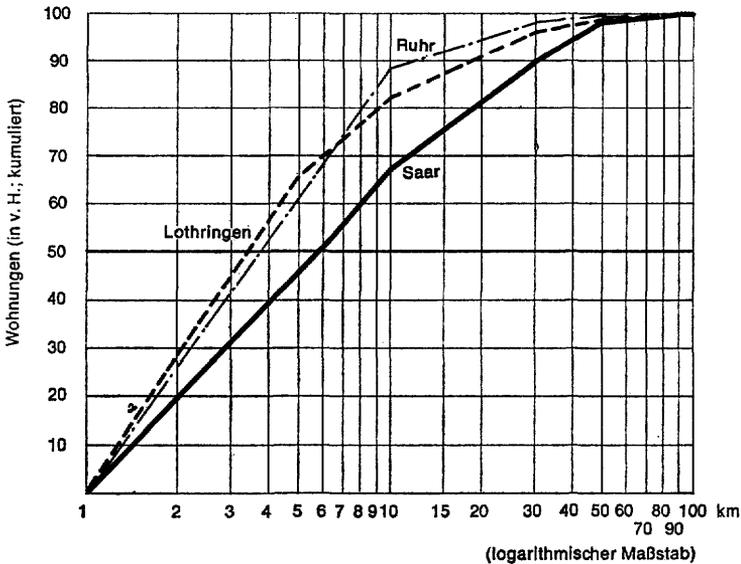
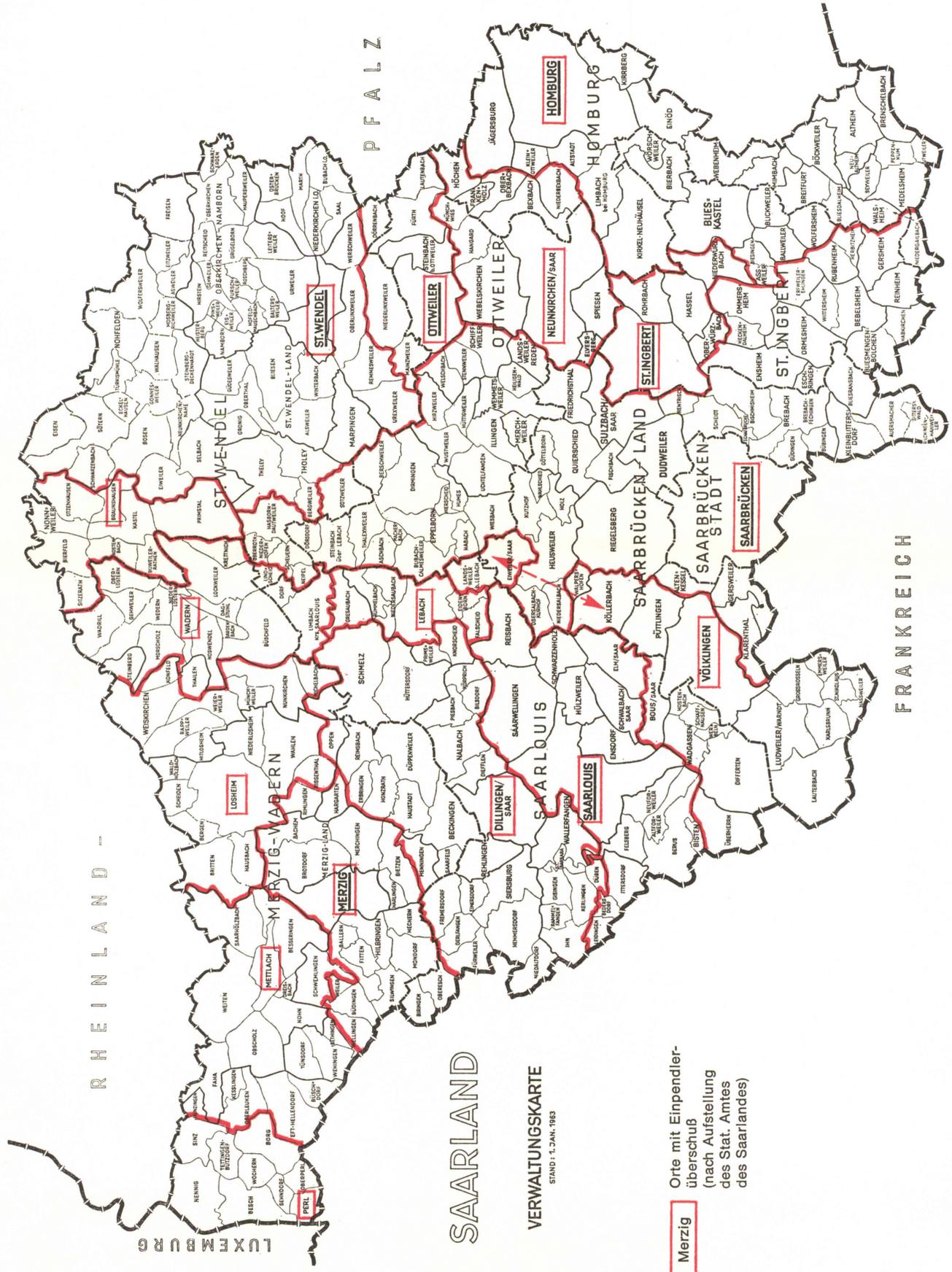


Tabelle 14 — Kennziffern zur Straßenverkehrssituation in den Bundesländern (Stand 1. 1. 1964)

	Straßenlänge in km (alle Straßen) pro qkm	Orsdurchfahrten in % aller Straßen	Klassifizierte Straßen pro qkm	Klassifizierte Straßen in % aller Straßen	Einwohner pro Straßen- kilometer	Kfz pro Straßen- kilometer	Einwohner pro Kfz
Schleswig-Holstein	1,49	30,8	0,52	34,7	101,6	18,0	5,6
Hamburg	4,04	98,1	0,25	6,3	612,7	106,6	5,8
Niedersachsen	1,19	37,7	0,52	43,7	119,7	21,6	5,5
Bremen	3,40	91,5	0,52	15,2	524,8	80,6	6,5
Nordrhein-Westfalen	2,34	45,4	0,79	33,8	204,8	33,7	6,1
Hessen	1,41	48,3	0,74	52,2	167,1	32,8	5,1
Rheinland-Pfalz	1,62	36,0	0,89	54,9	109,1	20,3	5,4
Baden-Württemberg	1,66	39,3	0,72	43,5	136,5	27,0	5,1
Bayern	1,43	30,3	0,44	30,7	97,3	20,0	4,9
Saarland	2,01	63,4	0,75	37,6	213,8	35,5	6,0
West-Berlin	5,19	96,7	0,23	4,4	872,3	112,2	7,8
Bundesrepublik	1,58	39,2	0,61	38,6	146,6	26,7	5,5

Quelle: Stat. Jb. BRD 1964, S. 37 und 354.

Karte 2 – Die saarländischen Orte mit Einpendlerüberschuß und deren Einzugsbereich



VERWALTUNGSKARTE
STAND: 1. JAN. 1983

Orte mit Einpendler-
überschuß
(nach Aufstellung
des Stat. Amtes
des Saarlandes)

Merzig

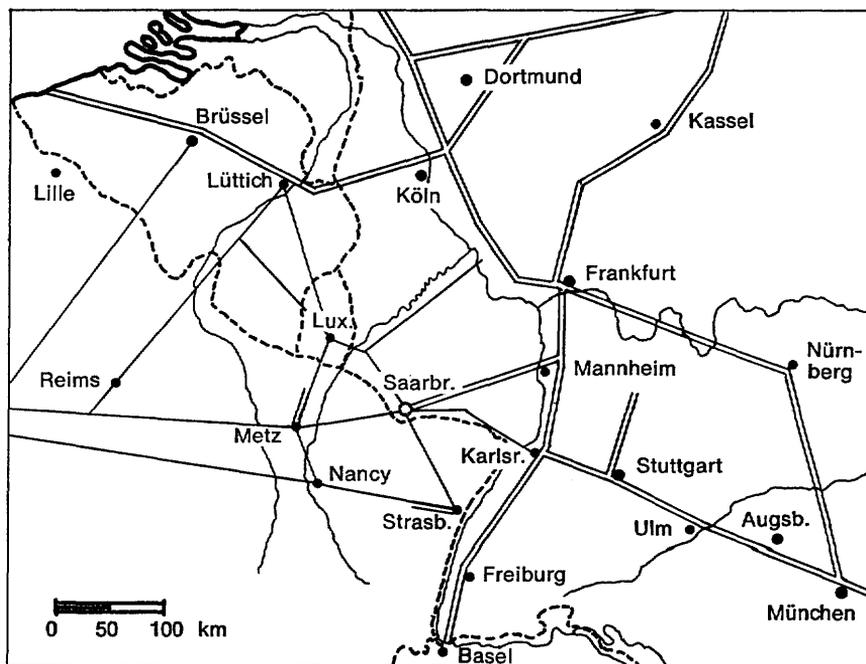
für den Durchgangsverkehr entscheidende Verkehrshemmnisse, ganz abgesehen auch von den Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 50 km/h selbst in den Außenbezirken.

Einige weitere Kennziffern lassen die innersaarländische Verkehrssituation ebenfalls nicht in einem besonders günstigen Licht erscheinen. In der Kennzahl Einwohner pro Straßenkilometer liegt das Saarland mit 213,8 an der Spitze der Bundesländer (ohne Stadtstaaten) und auch weit über dem Bundesdurchschnitt (146,6). Das gilt auch für die Kraftfahrzeugdichte. Mit 35,5 Kfz pro km (Stand 1963) übertrifft das Saarland alle Bundesländer (ohne Stadtstaaten) und den Bundesdurchschnitt (26,7). Berücksichtigt man noch die Zahl der Einwohner pro Kfz (siehe *Tab. 14*), so zeigt sich insgesamt doch ein ziemlich ungünstiger Aspekt für das Saarland.

Geben diese Ziffern einen Einblick in die innersaarländische Straßenverkehrssituation, so soll *Karte 3* die Lage des Saarlandes im zentraleuropäischen Fernstraßennetz verdeutlichen.

Durch die Fertigstellung der Autobahn bis Saarbrücken wurde das Saarland an das deutsche Schnellstraßennetz angeschlossen. Ein Hauptabsatzgebiet des Saarlandes (der Raum Mannheim/Ludwigshafen) ist so besser erreichbar geworden.

Karte 3 — Die Lage des Saarlandes im Fernstraßennetz



==== Autobahnen

—— Wichtige Fernstraßen

Die kürzeste Verbindung zum süd- und südwestdeutschen Raum über Zweibrücken nach Karlsruhe ist jedoch bislang nur zweispurig ausgebaut. Der Anschluß zum Mittelrhein- und Ruhrgebiet über die Hunsrückhöhenstraße ist ebenfalls nicht besonders günstig gestaltet. Auch nach Lothringen, Straßburg und Paris sind noch keine mehrspurigen kreuzungsfreien Schnellstraßen fertiggestellt.

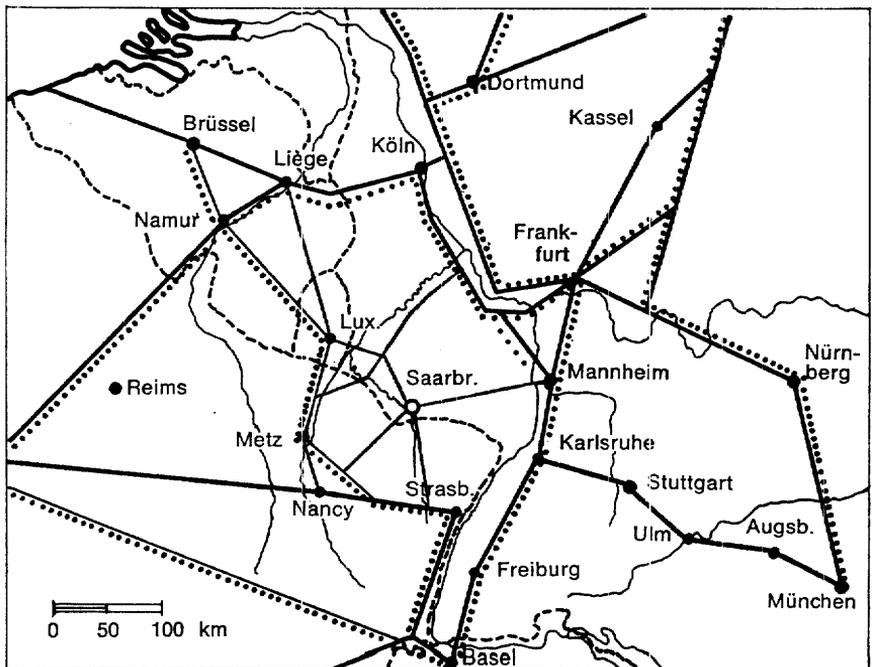
b) Schienenverkehr

Das innersaarländische Schienennetz ist recht gut ausgebaut. Nachteile ergeben sich jedoch zum Teil im Industriezentrum – dem Kohlenabbaugebiet – infolge Langsamfahrstellen wegen Bergschäden.

Ähnlich ungünstig wie die Lage im Fernstraßennetz liegt jedoch das Saarland im mitteleuropäischen Schienennetz. Die Hauptstrecken des europäischen Durchgangsverkehrs berühren das Saarland nicht (siehe *Karte 4*).

Das Saarland ist durch die im wesentlichen geographisch bedingte Linienführung der Schienenwege benachteiligt. Das ist aus dem Verhältnis von tatsächlicher Entfernung in Bahnkilometer zur Entfernung in Luftlinie abzulesen, das für Saarbrücken im allgemeinen einen recht hohen Wert ergibt, wie Vergleiche zeigen, die für zwei andere Städte (Köln und Frankfurt/M.) angefertigt wurden.

Karte 4 – Die Lage des Saarlandes im Eisenbahnnetz



- Hauptstrecken des europäischen Durchgangsverkehrs
- Andere wichtige Strecken
- TEE-Verbindungen

den (siehe *Tab. 15*). Gerade bei nicht sehr weit entfernten Orten ergibt sich für Saarbrücken ein schlechtes Verhältnis (vgl. Trier, Bingerbrück, Karlsruhe, Straßburg, Luxemburg). Nur für die Strecke nach Mannheim liegt der Wert Bahnentfernung zu Luftlinie unter 120 %. Zwar sind die Werte für Köln im allgemeinen nicht entscheidend besser; diejenigen für Frankfurt sind es jedoch in beachtlichem Maß. Für Köln und Frankfurt sprechen aber zusätzlich die weitaus höheren Zuggeschwindigkeiten. Die Hauptstrecken sind in fast allen Richtungen elektrifiziert, weniger kurvenreich und erlauben so den Einsatz schneller Züge. Das führt dazu, daß für Köln trotz ähnlich ungünstiger Verhältniszahlen von Bahnentfernung zu Luftlinie die auf die Luftlinie umgerechnete Zuggeschwindigkeit in vielen Fällen sogar über der tatsächlichen Reisegeschwindigkeit der Züge von Saarbrücken aus liegt. Für Frankfurt errechnen sich besonders günstige Werte, da sich hier gute Streckenführung und hohe tatsächliche Reisegeschwindigkeit kumulieren.

Wenn man weiter noch die Zughäufigkeit in Betracht zieht (Zahl der täglichen Verbindungen mit den aufgeführten Orten), so wird das Bild für Köln und Frankfurt noch günstiger und eine gewisse Ausklammerung Saarbrückens — insbesondere aus dem Nord-Süd-Verkehr — deutlich.

Über die Fahrpläne der Güterzüge können hier keine Angaben gemacht werden ⁽¹⁾. Da der Güterzugverkehr des Saarlandes über die gleichen Strecken geleitet wird wie der Personenverkehr, wirkt sich auch hier die Linienführung aus, die ein schlechtes Verhältnis von tatsächlicher Entfernung in Bahnkilometer und Entfernung in Luftlinie bedingt.

Zwar können diese Ausführungen nicht als völlig repräsentativ angesehen werden; jedoch werfen sie ein Schlaglicht auf die insgesamt als nicht besonders gut zu bewertende Lage Saarbrückens und damit des gesamten Saarlandes im Eisenbahnnetz Mitteleuropas.

c) Luftverkehrsnetz

Trotz eines Flughafens in Saarbrücken-Ensheim war das Saarland nach dem Krieg zunächst nicht mehr an das europäische und interkontinentale Luftverkehrsnetz angeschlossen. Der saarländische Luftverkehrsbedarf wurde weitgehend von den Flughäfen Frankfurt/M., Luxemburg, Straßburg und Paris befriedigt. Allein die Bodenreisezeiten dorthin erfordern aber wegen der im großen und ganzen nicht sehr schnellen (zum Teil auch zeitlich ungünstigen) Erdverbindungen ziemlich viel Zeit. Daß auch für das Saarland ein Flughafen ein durchaus ausreichendes Aufkommen verspricht, dürfte Victor Porger nachgewiesen haben ⁽²⁾. Zwischenzeitlich wurde zwar der Flugverkehr nach Düsseldorf aufgenommen, wobei von einer umfassenden Bedienung des Flughafens Saar-

(1) Ausführungen über die Transportkosten sowie beförderte Gütermengen, die zwar in den Bereich des Verkehrswesens, aber nicht unter die Infrastruktur fallen, finden sich noch in Teil C, S. 108 ff.

(2) Siehe Victor Porger, Möglichkeiten und Aussichten einer Nutzung des saarländischen Luftverkehrspotentials - Eine marktanalytische Studie, Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, 30. Jg., Heft 2, 1959, S. 99—123.

Tabelle 15 – Vergleich der tatsächlichen Entfernungen in Bahnkilometer mit der Entfernung in Luftlinie für ausgewählte Orte sowie Ermittlung der Reisedauer und Zuggeschwindigkeiten

von Saarbrücken nach	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	
	Bahn- kilometer	Luftlinie in km	(1) : (2) Bahn zu Luft	Reisedauer in Min.(²)	Zuggeschwindigkeit in km/h	
					(¹)	(²)
Trier	88	59	149,1	68	77,6	52,1
Köln	268	187	143,3	232	69,3	48,4
Bingerbrück	142	105	135,2	138	61,7	45,7
Frankfurt/M.	209	150	139,3	184	68,2	48,9
Karlsruhe	148	102	145,0	155	57,3	39,5
Mannheim	134	113	118,6	92	87,4	73,7
Stuttgart	264	169	156,2	190	83,4	53,4
München	506	355	143,3	356	85,3	59,8
Hamburg	728	520	140,0	535	81,6	58,3
Basel						
(via Mannheim)	392	187	209,6	236	99,7	47,5
Brüssel	361	260	138,8	260	83,3	60,0
Straßburg	116	88	131,8	126	55,2	41,9
Luxemburg	141	75	188,0	109	77,6	41,3
Paris	432	355	129,0	265	97,8	75,8
von Köln nach						
Aachen	71	60	118,3	43	99,1	83,7
Paris	494	400	123,5	342	86,7	70,2
Frankfurt/M.	223	150	148,7	143	93,6	62,9
München						
(via Würzburg)	635	450	141,1	402	94,8	67,2
Basel	525	375	140,0	281	112,1	80,1
Hamburg	460	360	127,8	290	95,2	74,5
Brüssel	226	183	123,4	162	83,7	67,8
Luxemburg						
(via Eifel)	231	160	144,4	225	61,6	42,7
von Frankfurt/M. nach						
Brüssel (via Köln)	459	315	145,7	320	86,1	59,1
Paris	641	470	136,1	380	101,2	74,2
Mannheim	78	70	111,4	52	90,0	80,8
Basel	337	295	114,2	199	101,6	88,9
München	413	355	116,3	259	95,7	82,2
Hamburg	534	390	136,9	335	95,6	69,8

(1) Reisedauer ausgewählter Reisezüge (vorwiegend TEE-Züge und F-Züge).

(2) Tatsächliche Reisegeschwindigkeit (einschl. aller Halte).

(3) Reisedauer umgelegt auf die Entfernung in Luftlinie.

Quelle: Fernkursbuch der DB, Winter: 1965/66, Essen 1965.

brücken aber noch nicht die Rede sein konnte. Dieser Flugbetrieb ist nun seit Anfang 1966 sogar wieder eingestellt worden (1).

2. *Energieversorgung* (2)

Die Elektrizitätsversorgung (3) des gesamten Saarlandes ist durch ein umfassendes Leitungsnetz gesichert. Hochspannungsleitungen von 110 und 220 kV, die zudem an das europäische Verbundnetz angeschlossen sind, überziehen das Land. Außerdem ist die Errichtung einer neuen 380-kV-Leitung geplant. So ausgerüstet sind keinerlei durch das Leitungsnetz bedingte Engpässe in der saarländischen Elektrizitätsversorgung zu erwarten (4).

Günstig ist auch das Bild der Gasversorgung, da ebenfalls eine gute Durchdringung des Landes mit Gasleitungen nebst Anschluß an das überregionale Verbundnetz besteht. Nur der nördliche Teil des Saarlandes ist hier noch nicht in gleichem Maß erschlossen.

Ein Anschluß an eine Pipeline besteht zur Zeit noch nicht.

3. *Wohnungswesen*

Am 31. Dezember 1963 wurden im Saarland 192 670 Wohngebäude mit 350 202 Wohnungen gezählt. Das ergibt einen Wert von 1,82 Wohnungen pro Wohngebäude (siehe *Tab. 16*). Dieser Wert liegt unter dem Bundesdurchschnitt von 2,25 Wohnungen pro Wohngebäude und ist nach dem Wert für Rheinland-Pfalz der zweitniedrigste unter den Bundesländern. Das bedeutet, daß der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser im Saarland besonders hoch ist. Mit 84,8 % liegt er mit 20 Prozentpunkten weit über dem Bundesdurchschnitt und an der Spitze aller Bundesländer (5). Die Anteile der Mehrfamilienhäuser sind dementsprechend gering und liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt. In diesen Zahlen findet die Tatsache ihren Ausdruck, daß im Saarland die Zahl der Eigenheime besonders hoch liegt.

Weitere wichtige Meßziffern sind die Einwohner pro Wohngebäude und die Einwohner pro Wohnung (Wohndichte). Bei den Einwohnern pro Wohngebäude ist der saarländische Wert nach dem rheinland-pfälzischen wiederum der zweitniedrigste mit 5,72 Personen pro Wohngebäude (Bund 7,24; NRW 8,23; siehe *Tab. 16*).

Auch mit der Zahl der Personen pro Wohnung liegt das Saarland mit 3,15 unter dem Bundesdurchschnitt von 3,22. Der Anteil der Ein- und Zweizimmerwohnungen an den Normalwohnungen ist mit 13,1 % im Saarland geringer als in der Bundesrepublik (15,3 %). Die Verteilung nach Wohnräumen ist ansonsten nur sehr wenig verschieden von der Verteilung in der Bundesrepublik. Nur die Gruppe der Wohnungen mit sechs Normalwohnräumen ist im Saarland etwas

(1) Zu den saarländischen Planungen den Flugverkehr betreffend wird im Teil II Stellung genommen.

(2) Im Rahmen dieses Teils über die saarländische Infrastruktur ist nur das Leitungsnetz angesprochen.

(3) Siehe dazu Deutscher Planungsatlas, Band Saarland a.a.O., Karte Öffentl. Elektrizitäts- und Gasversorgung 1965.

(4) Nach Auskunft des Saarländischen Wirtschaftsministeriums.

(5) Berechnet nach Stat. Jb. BRD 1964, S. 280.

Tabelle 16 — Vergleich der Belegungen der Wohngebäude und Wohnungen in den Bundesländern (Stand 31. 12. 1963)

Bundesland	Wohnungen pro Wohngebäude	Einwohner pro Wohngebäude	Einwohner pro Wohnung
Schleswig-Holstein	1,96	6,3	3,20
Hamburg	3,66	11,2	3,06
Niedersachsen	1,95	6,7	3,43
Bremen	2,61	7,8	3,00
Nordrhein-Westfalen	2,52	8,2	3,26
Hessen	2,17	6,8	3,15
Rheinland-Pfalz	1,77	5,7	3,19
Baden-Württemberg	2,02	6,6	3,29
Bayern	2,05	6,8	3,30
Saarland	1,82	5,7	3,15
West-Berlin	6,60	16,1	2,43
Bundesgebiet	2,25	7,2	3,22

Quelle: Stat. Jb. BRD 1964, S. 43 und 280.

stärker besetzt (Saar 27,4 %, Bundesrepublik 24,9 %) ⁽¹⁾, wohl auch ein Ausdruck der guten Ausstattung des Saarlandes auf dem Wohnungssektor.

Für die Beurteilung des Wohnungswesens ist weiter das Baualter der Gebäude wichtig, da die sanitäre Ausstattung und vor allem die Bequemlichkeit der Wohnungen in entscheidendem Maß vom Baujahr abhängen. An Bauten, die vor 1870 errichtet wurden, weist das Saarland nur den verhältnismäßig geringen Wert von 8,1 % auf (Bund 12,8 %). Über dem Bundesdurchschnitt liegend sind die Anteile der Bauten, die in der Zeit von 1870 bis 1918 (29,3 %) und in der Zeit von 1919 bis 1948 (26,7 %) errichtet wurden. Knapp unter dem Bundesdurchschnitt (36,8 %) liegt der Anteil der nach 1948 errichteten Bauten (Saarland 35,9 %) ⁽²⁾. Die Neubautätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg führte dazu, daß in keinem Kreis weniger als 30 % der Bauten Neubauten sind. Auch hier zeigt sich der recht günstige Stand des Saarlandes.

Die Ausstattung der saarländischen Wohnungen ist recht positiv zu beurteilen, denn hinsichtlich der Wasserversorgung der Wohngebäude liegt der saarländische Wert mit 99,4 % aller Wohnungen mit Anschluß an das Wassernetz weit über dem Bundeswert von 83,9 % ⁽³⁾. Das gilt selbst für die land-

⁽¹⁾ Berechnet nach Stat. Jb. BRD 1964, S. 282.

⁽²⁾ Ebenda.

⁽³⁾ Berechnet nach Stat. Jb. BRD 1964, S. 270 f.

wirtschaftlich ausgerichteten Kreise, denn die niedrigsten Werte für die Wasserversorgung durch das öffentliche Netz liegen mit 99,2 % (Merzig-Wadern, St. Wendel) noch immer weit über dem Bundeswert (1).

Ein ähnlich günstiges Bild für das Saarland ergibt sich bei einer Untersuchung der Abwässerbeseitigung. Auch hier liegen die saarländischen Werte — selbst in den ländlichen Kreisen — über dem Bundesdurchschnitt.

Ein hier nicht erfaßter Nachteil besteht für das saarländische Wohnungswesen in den Auswirkungen von Bergschäden auf den Zustand von Wohngebäuden. Wenn die Bergschäden auch nur im Bergbauggebiet eine Rolle spielen und lediglich in Einzelfällen zu Unbewohnbarkeit und Abbruch führen, so verhindern sie doch oftmals in größerem Umfang eine Erweiterung oder eine Neuerschließung von Wohngebieten (2).

4. Bildungswesen

Da die qualitative Struktur der Bevölkerung (Ausbildungsstand, personelle Infrastruktur) anhand der veröffentlichten Statistiken nicht belegt werden kann, werden ersatzweise Daten über die Verhältnisse im saarländischen Schulwesen herangezogen.

Hinsichtlich der allgemeinbildenden Schulen zeigt sich bei einem Vergleich mit den übrigen Bundesländern und dem Bundesdurchschnitt, daß im Jahr 1962 im Saarland neben Rheinland-Pfalz sowohl auf eine Schülerklasse als auch auf eine Lehrkraft die meisten Schüler kamen. Daneben ist die Verschlechterung der saarländischen Werte seit 1958 besonders hervorzuheben (siehe *Tab. 17*). Der im Verhältnis zu den anderen Bundesländern schlechte saarländische Wert blieb auch weiterhin (bis 1964) erhalten (3).

Vergleicht man die Anteile der Schüler der allgemeinbildenden Schulen, so stellt man fest, daß der Anteil an Volksschülern im Saarland weitaus am höchsten ist. Lediglich 10,1 % der Schüler besuchten 1961 eine höhere Schule, während es z. B. in Baden-Württemberg 14,6 %, im Bundesdurchschnitt 12,6 % waren (siehe *Tab. 18* und *19*).

Dementsprechend ist die Neigung zum Besuch einer höheren Schule (4) im Saarland nur etwa halb so groß wie in Baden-Württemberg. Der Anteil der Schüler der Oberstufe an den höheren Schulen ist im Saarland relativ gering, wie ein Querschnittsvergleich zeigt. Dementsprechend liegt auch der Anteil der

(1) Berechnet nach Stat. Handbuch für das Saarland 1963, S. 151.

(2) Siehe Arbeitsausschuß zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft bergbaugeschädigter Gemeinden und Gemeindeverbände: Unterlagen zu Buchstabe b des Beschlufantrags des Saarländischen Landtags vom 27. 11. 1963, betreffend die Neufassung des Bergbaurechts (Drucksache Nr. 747), vorzulegen dem Ausschuß für öffentliche Arbeiten und Wiederaufbau, Saarbrücken 1964, passim.

(3) Siehe P. Springer: Bildungspolitik als ökonomische Aufgabe, Die Arbeitskammer, 13. Jg., Heft 12, Dez. 1965, S. 309. Bisher noch unveröffentlichte Angaben für den Zeitraum 1965/66 deuten auf eine leichte Verbesserung hin. Vergleiche mit anderen Bundesländern konnten allerdings nicht mehr durchgeführt werden.

(4) Die Neigung zum Besuch einer höheren Schule läßt sich durch den Anteil der Sextaner an sämtlichen Schülern des 5. Schuljahrs messen.

Tabelle 17 – Allgemeinbildende Schulen in den Bundesländern

Land	Schüler					
	auf eine Schülerklasse			auf eine Lehrkraft		
	1958	1960	1962	1958	1960	1962
Schleswig-Holstein	31	30	29	30	28	28
Hamburg	34	32	30	27	25	25
Niedersachsen	32	32	32	31	31	30
Bremen	34	33	31	29	28	26
Nordrhein-Westfalen	37	36	35	34	35	34
Hessen	35	34	32	32	31	28
Rheinland-Pfalz	37	38	38	34	35	35
Baden-Württemberg	33	34	33	31	32	31
Bayern	34	35	35	29	30	30
Saarland	34	36	37	32	34	35
Bundesgebiet (ohne West-Berlin)	34	35	34 ⁽¹⁾	31	32	31 ⁽¹⁾

(1) Einschl. West-Berlin

Quelle: Stat. Jb. BRD 1960, S. 96; 1962, S. 92; 1964, S. 92.

Tabelle 18 – Zahlen zum Schulwesen (Stand Mai 1962)

	Schulen je 100 000 Einwohner	Schüler je		
		10 000 Einwohner	Schüler- klasse	Hauptberufl. Lehrer
Volksschulen				
Saarland	54,4	1 197	39	39
Bund (ohne West-Berlin)	58,1	980	36	37
Sonderschulen				
Saarland	2,7	20	17	20
Bund (einschl. West-Berlin)	2,1	26	20	20
Mittelschulen				
Saarland	0,7	43	36	24
Bund (ohne West-Berlin)	2,0	70	33	24
Gymnasien				
Saarland	2,9	140	28	20
Bund (ohne West-Berlin)	3,2	149	27	18

Quelle: Stat. Jb. BRD 1964, S. 92 ff.

*Tabelle 19 a – Verteilung der Schüler auf die allgemeinbildenden Schulen
(Stand 1961)*

	Schüler in v. H. an			
	Volks- schulen	Sonder- schulen	Mittel- schulen	Höheren Schulen
Schleswig-Holstein	74,3	2,6	11,7	11,5
Hamburg	75,4	4,4	7,2	13,0
Niedersachsen	77,9	1,9	8,8	11,4
Bremen	73,9	3,8	8,7	13,5
Nordrhein-Westfalen	78,6	2,8	6,2	12,4
Hessen	80,2	1,6	4,0	14,2
Rheinland-Pfalz	84,7	1,2	2,2	11,2
Baden-Württemberg	80,5	1,6	3,2	14,6
Bayern	82,2	1,2	4,6	12,0
Saarland	85,6	1,3	3,0	10,1
Bundesrepublik (ohne West-Berlin)	79,8	2,0	5,6	12,6

Quelle: Stat. Jb. BRD 1963, S. 88 ff.

Tabelle 19 b – Kennziffern für die Intensität der Schulausbildung in den Bundesländern (1961)

	Anteil der Mit- telschüler im 5. Schuljahr in v. H. aller Schüler dieses Schuljahrgangs	Anteil der Sex- taner an sämt- lichen Schülern im 5. Schuljahr- gang (in v. H.)	Anteil der Abi- turienten an den Schülern der Oberschulen (in v. H.)	Anteil der Schüler im 11., 12.,13.Schuljahr an der Gesamt- zahl der Schüler an höheren Schulen (in v. H.)
Schleswig-Holstein	19,9	13,0	7,7	28,2
Hamburg	—	15,1	7,2	27,8
Niedersachsen	14,6	12,2	7,6	28,1
Bremen	—	11,8	8,5	32,6
Nordrhein-Westfalen	10,8	15,7	5,9	22,3
Hessen	6,6	16,4	8,0	28,1
Rheinland-Pfalz	3,8	16,6	5,5	19,8
Baden-Württemberg	6,0	18,9	5,8	21,4
Bayern	0,1	15,3	6,7	22,5
Saarland	3,2	9,3	5,2	21,3
Bundesrepublik (ohne West-Berlin)	7,6	15,2	6,5	23,8

Quelle: Stat. Jb. BRD 1963, S. 88 ff.

*Tabelle 20 — Die saarländischen Volksschulen nach der Zahl ihrer Klassen
(Stand 1. 5. 1964)*

Kreis	Schulen			
	insgesamt	davon (in %)		
		9klassig	3- bis 8klassig	1- und 2klassig
Saarbrücken-Stadt	30	76,7	20,0	3,3
Homburg	54	16,7	44,4	38,9
Merzig-Wadern	84	10,7	46,4	42,9
Ottweiler	80	33,8	41,3	24,9
Saarbrücken-Land	131	27,5	54,2	18,3
Saarlouis	88	40,9	31,8	27,3
St. Ingbert	45	20,0	57,8	22,2
St. Wendel	83	10,8	47,0	42,2
Saarland	595	26,6	44,7	28,7

Quelle: Aufstellung des Stat. Amtes des Saarlandes.

Tabelle 21 — Berufsschulwesen der Bundesländer (Stand November 1963)

	Berufsschulen pro 100 000 Einwohner	Regelschüler pro 10 000 Einwohner	Regelschüler pro Klasse	Klassen pro Lehrer	Schüler pro Lehrer
Schleswig-Holstein	2,5	277	20,8	2,0	41,3
Hamburg	2,5	303	23,7	1,7	39,9
Niedersachsen	2,8	237	20,4	1,9	39,2
Bremen	2,2	339	21,4	2,0	43,4
Nordrhein-Westfalen	2,2	323	24,0	2,1	51,2
Hessen	2,2	303	23,4	1,0	45,2
Rheinland-Pfalz	2,4	316	24,1	1,7	40,1
Baden-Württemberg	11,2	273	22,7	1,6	35,7
Bayern	4,5	324	26,4	1,4	35,8
Saarland	3,3	244	22,6	1,3	28,5
West-Berlin	2,3	192	23,5	1,7	41,0
Bundesgebiet	4,0	295	23,6	1,8	41,5

Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Reihe 10: Bildungswesen, II. Berufsbildende Schulen 1963 Vorbericht, S. 4—7.

Abiturienten gemessen an der Gesamtzahl der Oberschüler unter dem Bundesdurchschnitt.

Zur Ergänzung mögen noch die Zahlen der *Tabelle 20* dienen; sie zeigen, daß nur etwa 27 % der saarländischen Volksschulen voll ausgebaut sind, während rd. 29 % nur über ein bis zwei Klassen verfügen. Dieses Strukturbild ist weitgehend durch die gerade in den nördlichen, vorwiegend landwirtschaftlichen dünn besiedelten Gemeinden der Kreise Merzig-Wadern und St. Wendel wie auch durch den Wunsch nach Konfessionsschulen geprägt, der dazu führt, daß die geringe Schülerzahl kleiner Gemeinden noch weiter aufgesplittert wird.

Im Berufsschulwesen liegt das Saarland hinsichtlich des relativen Schulbesuchs mit 244 Regelschülern pro 10 000 Einwohner weit unter dem Bundesdurchschnitt (295) (siehe *Tab. 21*). In den Berufsschulen sind die Privatschulen und die Werkberufsschulen enthalten, so daß das geringe Ergebnis nicht etwa durch die häufigere Ausbildung außerhalb der staatlichen Berufsschulen im Saarland (Schulen der Saarbergwerke usw.) erklärt werden kann. Hinsichtlich der Klassenfrequenzen (22,6 Schüler pro Klasse gegenüber 23,6 im Bundesdurchschnitt) und der Schüler pro Lehrer (28,5 gegenüber 41,5 im Bundesdurchschnitt) sieht das Ergebnis für das Saarland jedoch relativ günstig aus, so daß eine größere Effizienz in der Berufsschulbildung erreicht werden kann, die wenigstens teilweise den geringeren relativen Schulbesuch ausgleicht.

5. Gesundheitswesen

Für die Versorgung eines Gebietes mit Dienstleistungen auf dem Sektor des Gesundheitswesens lassen sich bestimmte Relationen berechnen. Für Vergleiche (und eine darauf basierende Beurteilung des Versorgungsniveaus) sind solche

Tabelle 22 – Zahlen zum Gesundheitswesen (1)

Art des Dienstes	1957 (2)		1962 (2)		Saarland (3)	
	Saarland	Bundesrepublik	Saarland	Bundesrepublik	1957	1962
Ärzte ohne Facharztausbildung	65,9	85,7	63,3	82,2	76,9	77,0
Fachärzte	40,2	51,4	53,9	61,0	78,2	88,4
Zahnärzte und Dentisten	42,7	58,6	42,5	57,0	72,9	74,6
Apotheken	116,5	135,7	160,4	171,0	85,9	93,8
Krankenanstalten	4,3	6,5	4,1	6,4	66,2	64,1
Planmäßige Betten	92,6	106,2	91,6	107,2	87,2	85,4

(1) Stand jeweils 31. 12.

(2) Zahlen bezogen auf 100 000 Einwohner.

(3) Relativzahlen: Bundesrepublik jeweils gleich 100.

Quelle: Stat. Jb. BRD 1959, S. 39 und 73; 1964, S. 34 und 86.

Relationen — etwa Ärzte oder Apotheken je 100 000 Einwohner — jedoch nicht voll befriedigend und aussagekräftig, da über Qualitätsunterschiede keine Aussagen gemacht werden.

Tabelle 22 zeigt, daß das Saarland bei allen Kennziffern (praktische Ärzte, Fachärzte, Zahnärzte, Apotheken, Krankenanstalten und Krankbetten jeweils je 100 000 Einwohner) unter dem Niveau des Bundesdurchschnitts (und auch unter dem Niveau Nordrhein-Westfalens) liegt. Zwischen 1957 und 1962 hat sich jedoch der Abstand des Saarlandes zum Bundesdurchschnitt auf einigen Gebieten verringert, so bei den praktischen Ärzten, den Fachärzten, den Zahnärzten und den Apotheken. Auf eine Verbesserung der Versorgung kann man aus dem relativen Anstieg jedoch nicht (unbedingt) schließen, da die absoluten Zahlen (etwa Pro-Kopf-Versorgung mit praktischen Ärzten und Zahnärzten) — wenn auch nur geringfügig — zurückgingen.

Trotz der Problematik einer Beurteilung wird man die Versorgungslage im saarländischen Gesundheitswesen schlechter als die Lage im Durchschnitt der Bundesrepublik einschätzen müssen: Die rein zahlenmäßigen Unterschiede sind zum Teil erheblich; sie könnten durch bessere Qualitäten, falls sie — was keineswegs sicher ist — vorhanden wären, kaum wettgemacht werden.

Wenn man die Durchschnittswerte der Bundesrepublik als Richtwerte nimmt — obwohl, wie allgemein bekannt ist, die Versorgung auch hier keineswegs immer den Bedürfnissen entspricht —, hat das Saarland zum Teil noch beachtliche Rückstände aufzuholen.

III. Die Produktionsstruktur

1. Die Struktur der saarländischen Wirtschaft nach Bereichen

Ein erster Überblick über die Struktur der Wirtschaftsbereiche soll mit Hilfe der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts (Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt) gegeben werden. Die Darstellung der einzelnen Wirtschaftsbereiche geht im weiteren näher auf saarländische Strukturbesonderheiten ein.

Die Strukturuntersuchung kann aufgrund des vorhandenen statistischen Materials sinnvollerweise erst mit dem Jahr 1960 beginnen. Ein Verfolgen der Strukturentwicklung vom Jahr 1952 an ist praktisch unmöglich, da die Zeitreihe des „Sozialprodukts“ einen Bruch aufweist, und zwar in zweifacher Hinsicht: für die Jahre 1952 bis 1958 wurde das „Sozialprodukt“ in ffrs ausgewiesen, während die Bewertung ab 1960 in DM-Preisen erfolgt. Selbst die Berechnung von Strukturziffern (Gliederungszahlen) kann diesen Bruch nicht heilen, da Strukturverschiebungen als Folge unterschiedlicher Preisrelationen in Frankreich und in der Bundesrepublik nicht ausschließbar sind. Ferner wurde in den Jahren 1952 bis 1958 auf der Entstehungsseite stets das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten berechnet, während nach 1960 — nach der Konvention des

Arbeitskreises für Sozialproduktberechnungen der Länder — das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ausgewiesen wird.

Der grobe Überblick über die saarländische Wirtschaftsstruktur soll für die Jahre nach 1960 auf der Basis eines Vergleichs mit der Bundesrepublik und ausgewählter Bundesländer gegeben werden.

Betrachtet man zunächst die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen, so zeigt sich ein relativ bescheidenes Wachstum der saarländischen Wirtschaft (siehe *Tab. 23 a*): Das Saarland wies von 1960 bis 1961 eine Wachstumsrate von 7,2 % auf (Bundesrepublik 10,1 %; NRW 8,5 %; BW 13,0 %), von 1961 bis 1962 eine Rate von 6,8 % (Bundesrepublik 8,6 %; NRW 7,9 %; BW 9,6 %). Im Zeitraum von 1962 bis 1963 glichen sich dann die Wachstumsraten an (Bundesrepublik 6,2 %; Saar 5,4 %; NRW 5,4 %; BW 5,9 %). Insgesamt blieb daher aber das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts des Saarlandes von 1960 bis 1963 hinter dem in allen Vergleichsgebieten zurück. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche lassen jedoch größere Unterschiede erkennen. Überdurchschnittliches Wachstum im Vergleich zur Bundesrepublik und den beiden Bundesländern zeigen nur einige Dienstleistungsbereiche. Das Baugewerbe blieb nur wenig, das verarbeitende Gewerbe schon mehr im Wachstum zurück. Recht negativ ist das Bild für den Wirtschaftsbereich Energiewirtschaft und Bergbau.

Der Einfluß, den das unterschiedliche Wachstum der Wirtschaftsbereiche auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts hatte, wird deutlich, wenn wir uns ein Bild über die gewichtsmäßige Verteilung der Wirtschaftsbereiche im Saarland machen. *Tabelle 23 b* zeigt die Entwicklung der Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt. Ein Strukturvergleich zeigt deutlich das relativ große Gewicht der saarländischen Energiewirtschaft und des Bergbaus. Zwar geht dieser Bereich in seiner Bedeutung zurück, doch waren ihm 1963 noch immer 13,6 % des saarländischen Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen zuzurechnen (gegenüber 4,7 % im Bundesdurchschnitt, 8,8 % in NRW und 1,8 % in BW). Demgegenüber ist das verarbeitende Gewerbe an der Saar nur unterdurchschnittlich vertreten. Seit 1960 stieg sein Anteil an der saarländischen Bruttowertschöpfung allerdings leicht an und erreichte 1962 39,6 % (gegenüber 41,3 % im Bundesdurchschnitt, 43,2 % in NRW und 48,5 % in BW). Wegen des sehr schwachen Wachstums dieses Bereiches im Zeitraum von 1962 bis 1963 (siehe *Tab. 23 a*) fiel der Anteil dieses Bereiches nun jedoch wieder auf 37,9 % zurück. Auch der gesamte Dienstleistungsbereich (Wirtschaftsbereiche 4 bis 10) ist im Saarland schwächer vertreten. Sein Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt betrug 1963 nur 37,5 % (gegenüber 42,2 % im Bund, 39,6 % in NRW und allerdings nur 37,1 % in BW). Seit 1960 ist wegen des im Verhältnis zum Gesamtwachstum des Bruttoinlandsprodukts des Saarlandes z. T. überdurchschnittlichen Wachstums der Dienstleistungsbereiche der Anteil am Bruttoinlandsprodukt gestiegen.

Mit diesem kurzen Überblick und Strukturvergleich konnte nur ein grober Hinweis auf spezifische Merkmale der saarländischen Wirtschaftsstruktur gegeben werden. Weitere Einsichten sollen die nachfolgenden Untersuchungen ermöglichen.

Tabelle 23 a — Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftsbereichen (1960 = 100) in der Bundesrepublik, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg von 1960 bis 1963

Wirtschaftsbereiche	Bundesrepublik			Saarland			NRW			BW		
	1961	1962	1963	1961	1962	1963	1961	1962	1963	1961	1962	1963
	0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	101,2	101,4	109,3	99,4	95,0	106,3	95,3	92,2	103,7	103,3	105,4
1 Energiewirtschaft und Bergbau	101,4	107,0	112,3	100,8	96,3	103,1	101,3	105,4	111,1	112,2	114,8	116,6
2 Verarbeitendes Gewerbe	110,9	120,2	124,9	108,0	117,9	118,9	110,5	118,2	121,4	113,0	123,5	128,7
3 Baugewerbe	114,5	130,3	140,9	107,9	119,7	135,5	105,7	119,6	127,3	124,9	141,9	152,0
4 Handel	109,4	122,8	128,8	106,7	115,7	120,9	107,2	119,4	125,6	110,7	125,6	132,1
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	106,3	111,7	119,7	107,5	114,3	121,5	101,0	108,5	113,5	109,2	111,3	120,0
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	109,6	122,5	135,1	119,2	130,4	137,6	111,2	124,0	135,5	112,1	124,2	136,3
7 Wohnungsvermietung	122,5	132,0	151,7	120,6	122,2	130,0	120,8	130,3	148,8	123,7	134,6	156,1
8 Sonstige Dienstleistungen	110,3	121,6	131,3	96,7	107,0	118,1	112,5	125,0	133,7	109,3	122,9	131,5
9 Staat	115,0	126,1	139,4	114,8	132,0	148,0	114,3	125,0	138,6	117,3	131,2	145,4
10 Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	106,7	113,3	122,4	108,6	117,1	127,1	109,6	119,0	129,9	107,5	114,9	124,6
Bruttoinlandsprodukt	110,1	119,6	127,0	107,2	114,5	120,7	108,5	117,1	123,4	113,0	123,9	131,2

Quelle: Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1965, S. 163 ff. und S. 166 ff.

Tabelle 23 b — Die Anteile der Wirtschaftsbereiche in v. H. am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in der Bundesrepublik, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg von 1960 bis 1963

Wirtschaftsbereiche	Bundesrepublik				Saarland				NRW				BW			
	1960	1961	1962	1963	1960	1961	1962	1963	1960	1961	1962	1963	1960	1961	1962	1963
	0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau	6,0	5,5	5,1	5,1	3,1	2,8	2,5	2,7	3,2	2,8	2,5	2,7	6,1	5,6	5,2
1 Energiewirtschaft	5,3	4,9	4,7	4,7	15,9	15,0	13,4	13,6	9,8	9,2	8,8	8,8	2,0	2,0	1,9	1,8
2 Verarbeitendes Gewerbe	41,2	41,5	40,5	38,5	38,8	39,6	37,9	42,8	43,6	43,6	43,2	42,1	48,6	48,6	48,5	47,7
3 Baugewerbe	6,8	7,1	7,4	7,6	7,3	7,3	7,6	8,2	6,6	6,4	6,7	6,8	7,2	7,9	8,2	8,3
4 Handel	13,2	13,1	13,6	13,4	11,2	11,2	11,3	11,2	13,2	13,0	13,4	13,4	11,2	10,9	11,3	11,3
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6,5	6,3	6,1	6,1	5,1	5,1	5,1	5,1	5,5	5,1	5,1	5,1	5,1	4,9	4,6	4,7
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	3,0	3,0	3,1	3,2	2,4	2,7	2,7	2,7	3,0	3,0	3,1	3,3	2,9	2,9	3,0	3,1
7 Wohnungsvermietung	2,7	3,0	3,0	3,2	3,4	3,9	3,7	3,7	2,5	2,8	2,8	3,0	2,8	3,0	3,0	3,3
8 Sonstige Dienstleistungen	6,3	6,4	6,4	6,6	4,1	3,7	3,8	4,0	5,8	6,0	6,1	6,2	5,9	5,7	5,8	5,9
9 Staat	7,4	7,7	7,8	8,2	7,7	8,2	8,8	9,4	6,2	6,5	6,6	7,0	6,9	7,1	7,3	7,6
10 Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	1,6	1,5	1,5	1,5	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,6	1,3	1,2	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Fehler in den Summen durch Runden.

Quelle: Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1965, S. 161 ff.

2. Die intersektoralen Liefer- und Empfangsverflechtungen (Input-Output-Tabelle)

Die Produktionsstruktur kann auch durch die produktionsbedingten industriellen Liefer- und Empfangsverflechtungen ausgedrückt werden; eine solche Input-Output-Tabelle bietet im Rahmen einer Bestandsaufnahme vor allem die Vorteile, daß

- Interdependenzen sichtbar werden,
- die Beziehungen quantifiziert sind und daß
- die gesamte Produktionssphäre eingefangen wird.

Die vorliegenden Tabellen über die intersektoralen Verflechtungen im Saarland geben in diesem Sinn einen Teilaspekt der saarländischen Produktionsstruktur in den Jahren 1960 und 1963 wieder. Es sind jedoch wichtige Vorbehalte zu machen: Die angewandte Berechnungsmethode kann nur Näherungswerte liefern. Ferner ist eine relativ hohe Aggregation nicht zu vermeiden. Hinzu kommt, daß es nicht möglich war, innerhalb der Endnachfrage den saarländischen Konsum und die saarländische Bruttoinvestition sowie die Importe aus der Bundesrepublik zu erfassen ⁽¹⁾.

Bei der Betrachtung und Interpretation ist wichtig, daß die Input-Output-Tabelle spaltenweise gelesen und interpretiert wird. Es ist also zu fragen, wie sich der Gesamtinput pro Sektor nach Lieferbereichen zusammensetzt oder welche Rolle die jeweiligen Liefersektoren innerhalb der Inputstruktur eines Sektors spielen.

Eine zeilenweise Interpretation ist nicht sinnvoll, weil

- zwischen saarländischen und außersaarländischen Lieferungen nicht unterschieden wird und
- die Höhe der absoluten Lieferwerte eines Sektors von dem Gewicht, d. h. von der Höhe des Bruttoproduktionswertes des empfangenden Sektors, stark abhängt.

Einen aufschlußreichen Einblick in die Entstehung des saarländischen Bruttoproduktionswertes vermittelt die Input-Output-Tabelle für 1960 ⁽²⁾, wenn man den Verflechtungsbereich zunächst außer acht läßt und nur die Summenzeilen der Tabelle betrachtet. Diese geben Auskunft darüber, wie sich der gesamte saarländische Bruttoproduktionswert und dessen Hauptkomponenten – die gesamten Vorleistungen und der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt – auf die einzelnen Sektoren verteilen.

Diese Zusammenhänge werden in der Übersicht *Tabelle 26* gesondert dargestellt. Pro Sektor wird angegeben, welchen prozentualen Anteil am Bruttoproduktionswert einerseits die Vorleistungen (als Maßstab für die Lieferantenabhängigkeit) und andererseits der jeweilige Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt

(1) Derivative Berechnungen erschienen hier zu problematisch. Erläuterungen zur Berechnung sowie die nähere Bestimmung der Sektoren sind im Anhang zu den Input-Output-Tabellen enthalten (siehe S. 169 ff.).

(2) Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf die Tabelle für 1960. Die Schlußfolgerungen aus der Tabelle für 1963 wären in diesem Zusammenhang im wesentlichen die gleichen.

Tabelle 24 — Die intersektoralen Verflechtungen im Saarland (Bezugsjahr 1960) (in Mill. DM)

Input saarländischer Sektoren → saarländischer und außersaarländischer Output der Sektoren →	I Bergbau und Energie							II Eisenschaffende Industrie							III Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie							IV Grundstoffindustrie							V Verbrauchsgüterindustrie							VI Nahrungs- u. Genußmittelindustrie							VII Dienstleistungen							Zwischennachfrage							Ausfuhr ins Inland							Ausfuhr ins Ausland							Ausfuhr insgesamt												
	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III	IV	V	VI	VII																				
	90	513	52	39	6	16	48	165	144	288	13	19	35	217	51	145	82	40	23	50	230	9	17	44	24	108	25	103	15	10	20	11	40	469	83	102	225	183	42	42	112	587	448	1070	973	171	238	710	1281	830	600	720	210	200	440	2220	1278	1670	1693	381	438	1150	3501	764	253 ⁽¹⁾	321	354	811	329	650	321	811	1378	881	621	58	178	574	1378	650	178	113	89 ⁽²⁾
Summe der Vorleistungen	448	1070	973	171	238	710	1281	830	600	720	210	200	440	2220	1278	1670	1693	381	438	1150	3501	764	253 ⁽¹⁾	321	354	811	329	650	321	811	1378	881	621	58	178	574	1378	650	178	113	89 ⁽²⁾																																										
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt	830	600	720	210	200	440	2220	1278	1670	1693	381	438	1150	3501	764	253 ⁽¹⁾	321	354	811	329	650	321	811	1378	881	621	58	178	574	1378	650	178	113	89 ⁽²⁾																																																	
Bruttoproduktionswert	1278	1670	1693	381	438	1150	3501	764	253 ⁽¹⁾	321	354	811	329	650	321	811	1378	881	621	58	178	574	1378	650	178	113	89 ⁽²⁾																																																								

(1) Ohne Energie (Exportüberschuß: 19,6 Mill. DM).

(2) Ohne Land- und Forstwirtschaft.

Tabelle 25 — Die intersektoralen Verflechtungen im Saarland (Bezugsjahr 1963) (in Mill. DM)

Input saarländischer Sektoren →	saarländischer und außersaarländischer Output der Sektoren →											Ausfuhr ins Ausland	Ausfuhr ins übrige Inland	Ausfuhr insgesamt
	Ia Kohlenbergbau	Ib (Erzbergbau und) Öffentliche Energie	II Eisenschaffende Industrie	III Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie	IV Grundstoffindustrie	V Verbrauchsgüterindustrie	VI Land- und Forstwirtschaft Nahrungs- u. Genuß- mittelindustrie	VII Dienstleistungen	Zwischennachfrage	Ausfuhr ins übrige Inland	Ausfuhr ins Ausland			
Ia Kohlenbergbau (1)	15	86	299	25	32	3	9	21	490	259	283	542		
Ib Erzbergbau und Öffentliche Energie	1	6	204	48	29	7	12	42	349	11(2)	9	1298		
II Eisenschaffende Industrie	16	-	25	421	3	-	4	16	485	528	770			
III Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie	147	35	133	473	21	34	41	290	1174	617	387	1004		
IV Grundstoffindustrie	37	18	134	132	63	38	63	304	789	96	145	241		
V Verbrauchsgüterindustrie	3	7	16	74	36	202	34	137	509	194	43	237		
VI Land- und Forstwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrie	14	3	9	32	17	71	596	109	851	159(3)	12(3)	171		
VII Dienstleistungen	80	24	208	279	66	74	146	797	1674					
Summe der Vorleistungen	313	179	1028	1484	267	429	905	1716	6321					
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt	654	202	569	911	276	294	517	2885	6308					
Bruttoproduktionswert	967	381	1597	2395	543	723	1422	4601	12629					

(1) Die Zweiteilung des Sektors konnte für 1963 vorgenommen werden, da Originärdaten des Kohlenbergbaus zur Verfügung standen.

(2) Exportüberschuß.

(3) Ohne Land- und Forstwirtschaft.

Tabelle 26 — Lieferantenabhängigkeit, Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt und relative Bedeutung pro Sektor 1960

	Anteil der Vorleistungen am Bruttoproduktionswert je Sektor	Anteil des Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt am Bruttoproduktionswert je Sektor	Anteil eines Sektors an der gesamten saarländischen Bruttoproduktion
I Bergbau und Energie	35,0%	65,0%	12,6%
II Eisenschaffende Industrie	64,0%	36,0%	16,5%
III Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie	57,5%	42,5%	16,7%
IV Grundstoffindustrie	44,9%	55,1%	3,8%
V Verbrauchsgüterindustrie	54,4%	45,6%	4,3%
VI Land- und Forstwirtschaft			
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	61,8%	38,3%	11,4%
VII Dienstleistungen	36,8%	63,4%	34,6%

(als Maßstab für die Bruttowertschöpfung) ausmachen. Aus der obenstehenden Übersicht ist auch die relative Bedeutung der Sektoren zu entnehmen. Diese wird durch den jeweiligen Anteil eines Sektors an der gesamten saarländischen Bruttoproduktion ausgedrückt.

Die absolute Bedeutung der Sektoren im Hinblick auf die Lieferantenabhängigkeit und den Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt ist unmittelbar aus der Tabelle für 1960 ersichtlich. Auffallend ist die geringe relative Bedeutung der Sektoren Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrie.

Nimmt man den jeweiligen Anteil des Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt am Bruttoproduktionswert eines Sektors als (groben) Maßstab für die Fähigkeit eines Sektors, zur saarländischen Einkommensentstehung beizutragen, so ist unter diesem Aspekt der Sektor I (Bergbau und Energie) am günstigsten (65 %) und der Sektor II (Eisenschaffende Industrie) am ungünstigsten (36 %) zu beurteilen. Inwieweit sich der Einkommens-schaffende Effekt eines Sektors quantitativ auswirkt, hängt vom Gewicht des betreffenden Sektors ab, d. h. hier vom Anteil eines Sektors an der saarländischen Gesamtproduktion. Wie die *Tabelle 26* zeigt, beträgt dieser Anteil 1960 für den Sektor I (Bergbau und Energie) 12,6 %. Damit liegt dieser Sektor unter den unterschiedlichen sieben Sektoren an vierter Stelle. Absolut gesehen wird der Einkommens-schaffende Effekt des Sektors I (Bergbau und Energie) vom Sektor VII (Dienstleistungen) weit übertroffen, weil die quantitative Bedeutung des Sektors VII (Dienstleistungen) sehr viel größer ist und der Anteil des Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt am Bruttoproduktionswert des Sektors VII mit 63,4 % nur wenig unter dem entsprechenden Anteil des Sektors I (65 %) liegt.

Über ein Drittel (34,6 %) der saarländischen Gesamtproduktion entfällt auf den Sektor VII (Dienstleistungen). Die quantitative Bedeutung des nächst-

größeren Sektors (III, Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie) ist mit 16,7 % über die Hälfte geringer. In diesem Zusammenhang fällt die untergeordnete Bedeutung der Sektoren IV (Grundstoffindustrie, 3,8 %) und V (Verbrauchsgüterindustrie, 4,3 %) auf. Beide Sektoren nehmen sowohl in bezug auf den Einkommens-schaffenden Effekt als auch in bezug auf die Lieferantenabhängigkeit Mittelstellungen ein. Aufgrund der relativ schwachen Bedeutung dieser Sektoren fallen deren diesbezügliche Effekte jedoch kaum ins Gewicht.

Betrachtet man die Lieferantenabhängigkeit der Sektoren und nimmt dafür als Maßstab den Anteil der gesamten Vorleistungen am Bruttoproduktionswert jedes Sektors, so ergibt sich in bezug auf die Sektoren I und II ein genau umgekehrtes Bild: diesmal ist der Sektor II (Eisenschaffende Industrie) mit 64 % am günstigsten und der Sektor I (Bergbau und Energie) mit 35 % am ungünstigsten zu beurteilen. Die „Lieferantenabhängigkeit“ im oben definierten Sinn gibt jedoch nur einen ersten Anhaltspunkt dafür, inwieweit ein Sektor durch seine produktionsbedingte Nachfrage mit anderen Sektoren verflochten ist.

Um herauszufinden, wie stark die Verflechtung mit anderen Sektoren ist und welche gegenseitigen Wirkungen auf die Produktion daraus resultieren, ist es jedoch erforderlich, den Verflechtungsbereich (Transaktionsmatrix) einer Input-Output-Tabelle näher zu betrachten und auszuwerten. (Siehe die folgenden Ausführungen sowie die entsprechenden Ausführungen im Teil I, Gliederungspunkt D I, 1 b.)

Die Input-Output-Tabelle für 1960 (siehe *Tab. 24*) läßt die enge Verflechtung der Sektoren I (Bergbau und Energie), II (Eisenschaffende Industrie) und III (Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie) erkennen: Fragt man pro Sektor nach dem wichtigsten Lieferbereich, so zeigt sich, daß der Sektor I (Bergbau und Energie) in der Inputstruktur des Sektors II (Eisenschaffende Industrie) quantitativ die größte Rolle spielt, während dieser (Sektor II) bei dem Sektor III (Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie) am stärksten ⁽¹⁾ ins Gewicht fällt und dieser wiederum das größte Gewicht in der Inputstruktur des Sektors I (Bergbau und Energie) hat.

Man kann daher jeweils folgende Hauptlieferanten feststellen:

- für die Eisenschaffende Industrie den Sektor Bergbau und Energie,
- für die Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie diese selbst und die Eisenschaffende Industrie und
- für den Sektor Bergbau und Energie die Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie.

Hierbei ist jedoch wiederum zu berücksichtigen, daß die Lieferungen dieser Sektoren nicht nur Produkte des Saarlandes, sondern auch Erzeugnisse aus dem übrigen Inland und dem Ausland enthalten.

(1) In der Tabelle für 1963 ergibt sich hier eine Abweichung: den größten Anteil am Gesamtinput der Weiterverarbeitenden Eisen- und Stahlindustrie hat dieser Sektor selbst. Der Anteil der Eisenschaffenden Industrie ist allerdings nur etwa 20 % geringer.

Diese Modifikation gegenüber 1960 kann auf eine Gewichtsverschiebung zurückgeführt werden: während der Bruttoproduktionswert der Eisenschaffenden Industrie 1963 gegenüber 1960 leicht zurückging, ist für den Bruttoproduktionswert der Weiterverarbeitenden Eisen- und Stahlindustrie 1963 im Vergleich zu 1960 eine kräftige Steigerung zu verzeichnen (siehe hierzu *Tab. 24* und *25*).

Auffallend ist, daß der Sektor VII (Dienstleistungen) in allen Inputstrukturen der übrigen Sektoren eine relativ große Rolle spielt. Das ist einerseits darauf zurückzuführen, daß dieser Sektor das quantitativ bedeutungsvollste Aggregat darstellt (wie ein Vergleich der Bruttoproduktionswerte zeigt); andererseits enthält dieser Sektor u. a. die Wirtschaftszweige Handel, Verkehr und auch das Baugewerbe, welche im allgemeinen ein relativ größeres Gewicht innerhalb der Inputstrukturen der beziehenden Sektoren aufweisen ⁽¹⁾. Der relativ hohe Anteil des Sektors VI (Land- und Forstwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrie) an den Gesamtinputs der Sektoren V (Verbrauchsgüterindustrie) und VII (Dienstleistungen) ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Sektor VI auch die Forstwirtschaft enthält. Da der Sektor V (Verbrauchsgüterindustrie) u. a. die gesamte Holzindustrie und der Sektor VII (Dienstleistungen) das Baugewerbe umfassen, so dürften insbesondere die Bezüge von Holz vom Sektor VI ins Gewicht fallen.

Eine knappe analytische Auswertung der hier vorgelegten Verflechtungstabellen wird im Rahmen der zusammenfassenden Beurteilung am Schluß des ersten Teils dieser Studie (siehe Teil D I) versucht werden.

3. Die Wirtschaftsbereiche im einzelnen

a) Landwirtschaft

aa) Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur

Der landwirtschaftliche Bereich ist im Saarland relativ unbedeutend. Mit 152 Mill. DM erreichte er im Jahr 1962 nur 2,6 % des saarländischen Bruttoinlandsprodukts (Bundesrepublik 5,1 %) ⁽²⁾. Da sich aber dieser Bereich schon seit längerem in einem starken Umwandlungsprozeß befindet, der auch gerade durch die Entwicklung in der EWG eher noch verstärkt wird, soll diesem im Saarland weniger bedeutsamen Bereich hier doch etwas mehr Raum gewidmet werden, um einen Überblick über die Konsequenzen für die saarländische Landwirtschaft zu erhalten.

Ein Vergleich der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und deren landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) zwischen 1948 und 1960 ⁽³⁾ zeigt eine Abnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Von 1948 bis 1960 schrumpfte die Zahl der Betriebe von 38 971 um 27 % auf 28 396 ⁽⁴⁾ im Jahr 1960. Der Rückgang entspricht damit fast genau der Entwicklung im Bundesgebiet (ohne Saar). Für die Zeit von 1960 bis 1964 läßt sich noch die Entwicklung der Betriebszahlen mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche verfolgen ⁽⁵⁾. Im Saarland belief sich die Zahl der Betriebe 1960 auf 26 700 (das waren 93 % aller Betriebe), in der Bundesrepublik auf 1 629 900 (das waren 95,2 % aller Betriebe). Diese Zahlen

(1) Bezüglich der Sektordefinitionen siehe Anhang S. 170 f.

(2) Siehe *Tab. 23*.

(3) Siehe Stat. Amt des Saarlandes, Saarländische Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen, 11./12. Jg. 1959/1960, S. 28 f.; Stat. Berichte, CO/S — 1/61.

(4) Berücksichtigt sind nur die Betriebe mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche.

(5) Entnommen aus Stat. Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1965, S. 71.

der Betriebe mit 0,5 und mehr ha waren bis zum Frühjahr 1964 sowohl in der Bundesrepublik insgesamt als auch im Saarland rückläufig. Der Rückgang im Saarland war mit 12,6 % auf 23 300 Betriebe allerdings erheblich größer als in der Bundesrepublik (7,9 % auf 1 498 400), wohl ein Ausfluß der noch weiterhin relativ ungünstigen Struktur der saarländischen Landwirtschaft.

Der Rückgang der LN von 1948 bis 1960 war mit 17,5 % im Saarland allerdings geringer als der Rückgang der Betriebszahlen. Dadurch stieg die durchschnittliche LN pro Betrieb von 2,79 ha im Jahr 1948 auf 3,16 ha im Jahr 1960. Der saarländische Durchschnittswert liegt aber trotzdem noch immer weit unter dem Bundesdurchschnitt (1960 = 7,7 ha) (siehe auch *Schaubild 5*)⁽¹⁾. Die geringe durchschnittliche LN pro Betrieb resultiert hauptsächlich aus der kleinbäuerlichen Struktur der saarländischen Landwirtschaft: Noch 1960 hatten 85 % aller Betriebe über 0,5 ha Betriebsfläche nur eine LN von weniger als 5 ha, sicherlich ein Ausfluß der saarländischen Erbregelung (Realteilung).

Betrachtet man die Entwicklung von 1950 bis 1960 nach Betriebsgrößenklassen gegliedert, so ergibt sich folgendes Bild: Die Zahl der Betriebe in der Klasse von 0,01 bis unter 2 ha LN hat nur um 15,5 % (3332) abgenommen, in der Klasse von 2 bis unter 5 ha jedoch um 46,9 % (5276). In diesen Größenklassen dürfte die Mehrzahl der Betriebe zu den Nebenerwerbsbetrieben zählen⁽²⁾. Der hohe Anteil an Betriebsaufgaben ist folgendermaßen zu erklären:

1. Kurz nach dem Krieg mußten wegen des Mangels an Nahrungsmitteln auch solche Flächen genutzt werden, deren Bodengüte heute keine rentable Bewirtschaftung erlaubt;

2. die Industriearbeit erbringt Löhne, die einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb nicht mehr so lohnend erscheinen lassen; andererseits ist ein Nebenerwerb physisch oft gar nicht möglich.

Abgenommen haben ferner die Betriebe in der Größenklasse von 5 ha bis unter 10 ha (um 1741 = 45,1 %). Der hohe Prozentsatz an Betriebsaufgaben auch in dieser Größenklasse kann darauf zurückzuführen sein, daß ihre Größe als Nebenerwerbsbetrieb bereits zu hoch ist, andererseits als Vollerwerbsbetrieb nicht ausreicht. Zugenommen haben die großbäuerlichen Betriebe (20 bis unter 100 ha LN). Von den Großbetrieben (über 100 ha LN) sind von den 12 im Jahr 1948 vorhandenen bis zum Jahr 1960 11 bestehengeblieben.

Der außerordentlich hohe Anteil an Kleinbetrieben im Saarland — 85 % der Betriebe haben nur bis zu 5 ha LN — darf aber nicht ohne weiteres negativ beurteilt werden, da die Größe der LN kein eindeutiges Kriterium dafür ist, ob ein Betrieb als Vollerwerbsbetrieb ausreicht. Um eine solche Aussage machen zu können, muß die LN im Zusammenhang mit dem Produktionsprogramm gesehen werden: Ein Sonderkulturbetrieb oder intensiver Hackfruchtbaubetrieb etwa zählt mit 20 ha LN bereits zu den Großbetrieben, ein extensiver Viehzuchtbetrieb von 20 ha LN noch zu den Mittel- und Kleinbetrieben.

(1) *Schaubild 5* gezeichnet nach Daten des Stat. Jb. BRD 1964, S. 169.

(2) Siehe W. Rabe, Die Agrarstruktur des Saarlandes, Diss. Bonn 1964, S. 60.

Das Produktionsprogramm läßt sich in erster Annäherung aus der Statistik der Bodennutzung entnehmen, die 13 Kategorien ausweist. Die Untersuchung zeigt (siehe *Tab. 27*), daß die Struktur im Saarland etwa der Struktur im Bundesgebiet entspricht⁽¹⁾. Bemerkenswert ist, daß ein Übergewicht der Sonderkulturbetriebe und der gemischten Hackfruchtbaubetriebe (einschl. Gemüsebau) — was angesichts der Marktnähe im Saarland zu erwarten wäre — nicht nachgewiesen werden kann; der Anteil dieser Betriebe ist sogar etwas niedriger als im Bund.

Da also einerseits der weitaus überwiegende Teil der saarländischen Betriebe nur eine Größe bis zu 5 ha LN hat, dem aber andererseits ein in gar keiner Weise entsprechender Anteil an Sonderkulturbetrieben gegenübersteht, kann gefolgert werden, daß ein Großteil der saarländischen Betriebe mit ihrer LN (in Verbindung mit den Produktionsprogrammen) als Vollerwerbsbetriebe nicht ausreicht, so daß ein weiterer Rückgang der Betriebszahlen zu erwarten ist.

Im Saarland wurde im Jahr 1960 ein beachtliches Ausmaß nicht genutzter landwirtschaftlicher Fläche festgestellt: Mit fast 25 000 ha LN (das ist ein Fünftel der gesamten LN) hat die „Sozialbrache“ einen erheblichen Umfang angenommen⁽²⁾. Da die Sozialbrache gerade in den Betrieben unter 5 ha LN, deren Eigentümer — wie oben nachgewiesen — verstärkt ihre Betriebe aufgeben, weit verbreitet ist, ist es möglich, diese Flächen für eine Aufstockung und bei der Flurbereinigung zu nutzen. Bislang scheiterte dies allerdings öfter daran, daß die Eigentümer der Kleinbetriebe sich nicht zu einer Veräußerung bereit fanden. Eine weitere Möglichkeit bietet sich noch in der Verwendung brachliegender Felder für die Industrieansiedlung, wobei natürlich nur günstig gelegene Grundstücke dafür in Betracht kommen.

ab) Flurzersplitterung

Eine Belastung der saarländischen Landwirtschaft stellt die durch Realerbteilung⁽³⁾ hervorgerufene Zersplitterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche dar. Der Durchschnitt der Teilstücke pro Betrieb beträgt im Bund 9,6, im Saarland 10,7. Gemessen an landwirtschaftlich besser strukturierten Gebieten wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit 4 bzw. 4,8 Teilstücken pro Betrieb, erscheint der saarländische Wert sogar ausgesprochen hoch. Zu beachten ist noch, daß im Saarland immerhin 59 Betriebe (0,2 %) über 100 Teilstücke haben, während Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (in beiden Bundesländern gibt es absolut sehr viel mehr landwirtschaftliche Betriebe) keine Betriebe mit über 100 Teilstücken aufweisen⁽⁴⁾.

Schaubild 6 zeigt die Betriebsflächenstückelung nach Betriebsgrößenklassen: Bis zur Größenklasse 10 bis unter 15 ha LN erhöht sich die Stückelung — die Betriebe setzen sich mit zunehmender LN in der Regel aus immer mehr Teilstücken

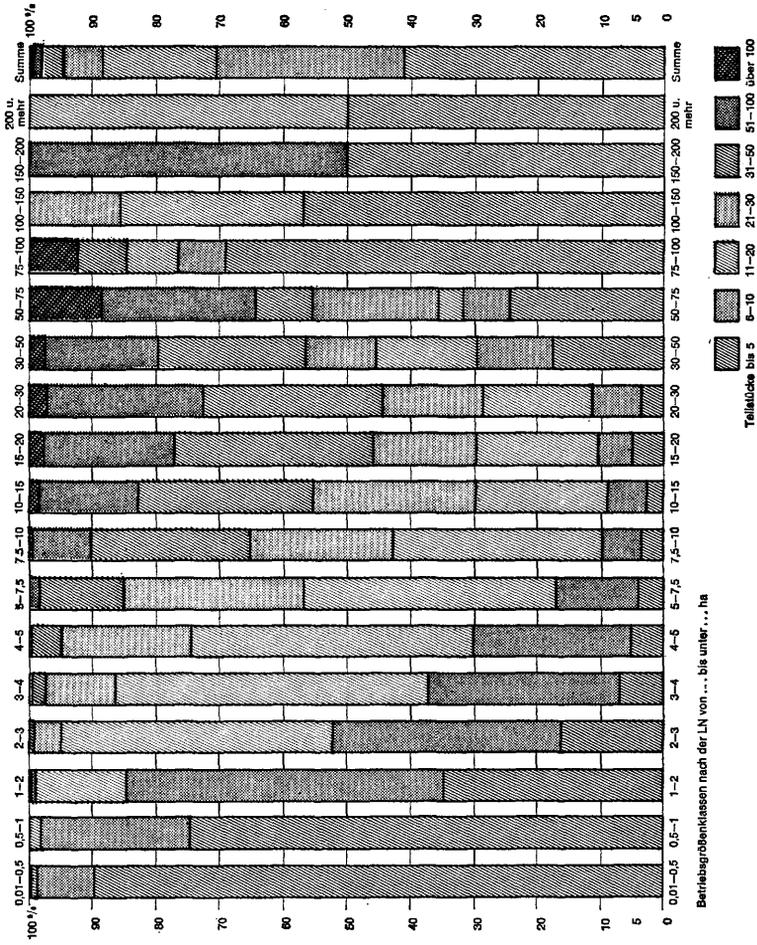
(1) Das Ergebnis ist allerdings mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren wegen des im Saarland recht hohen Anteils von Betrieben mit unbestimmten Anbauverhältnissen.

(2) Siehe dazu W. Vollmar, Die Entwicklung des Arbeiter-Bauernturns im Saarland, in: Landwirtschaft im Industrieland, Beitrag zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. vom 21. bis 31. 5. 1964 in Saarbrücken, S. 24 f.

(3) Oftmals wurde jede Parzelle unter alle Erben aufgeteilt. Siehe W. Rabe, *a.a.O.*, S. 80.

(4) Siehe Stat. Jb. BRD 1963, S. 161.

Schaubild 6 — Saarländische land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit ... Teilstücken in v. H. der Gesamtzahl der Betriebe, dargestellt nach Betriebsgrößenklassen



zusammen —, während sie bei größeren Betrieben wieder zurückgeht. Zu betonen ist, daß in der Größenklasse 7,5 bis unter 10 ha LN nur 42,5 % der Betriebe weniger als 21 Teilstücke aufweisen, in den folgenden Größenklassen bis zu 30 ha LN nur jeweils ca. 30 %. Wenn einigermaßen leistungsfähige bäuerliche Betriebe geschaffen werden sollen, ist eine Flurbereinigung unumgänglich. Sie ist denn auch im Saarland bereits mit Erfolg in Angriff genommen, sollte aber weiter mit Nachdruck betrieben werden.

ac) Beschäftigte im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft

Mit dem zahlenmäßigen Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ging ein starker Rückgang der Erwerbspersonen in diesem Wirtschaftsbereich einher (siehe *Tab. 28*).

Tabelle 28 — Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft 1951 und 1961

1951				
Erwerbspersonen	Insgesamt	Davon		
		Selbständige	Mithelfende	Abhängige
Insgesamt	61288	17576	40091	3621
Davon männlich	19166	13183	3240	2743
1961				
Insgesamt	36164	13103	20524	2537
Davon männlich	12978	9259	1864	1855

Quelle: W. Bungert, *Das Saarland in Zahlen*, in: *Landwirtschaft im Industrieland*, a.a.O., S. 10.

Der Rückgang der gesamten Erwerbspersonen in diesem Bereich betrug zwischen 1951 und 1961 41 % und war damit stärker als in der Bundesrepublik (Rückgang dort 30 %) (1).

In den einzelnen Gruppen war der Rückgang unterschiedlich:

bei den Selbständigen 25,5 %,

bei den Mithelfenden 48,8 % (= fast 20 000),

bei den Abhängigen 30 %.

Beachtenswert ist auch die Altersstruktur der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen (siehe *Tab. 29*). Auffallend ist der hohe Anteil der älteren Personen. Dies ist wahrscheinlich einerseits dadurch bedingt, daß sich viele „Arbeiterbauern“ mit ihren Nebenerwerbsbetrieben nach ihrer Pensionierung als landwirtschaftliche Erwerbspersonen melden; andererseits dürfte sich in diesen Zahlen

(1) Siehe Stat. Jb. BRD 1964, S. 147.

Tabelle 29 — Altersstruktur der Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft am 6. Juni 1961

Erwerbspersonen						
		Insgesamt absolut	Davon in %			
			bis unter 15 Jahre	15 - unter 45 Jahre	45 - unter 65 Jahre	65 Jahre und älter
Ackerbauer, Tier- zücht., Gartenbauer	m	11 176	0,1	21,6	56,2	22,1
	w	4 498	0,3	25,5	74,2	16,0
	Insg.	15 674	0,2	22,6	56,7	20,5
Mithelfende, Familien- angehörige	m	1 864	1,2	58,3	19,0	21,4
	w	18 660	0,2	47,1	46,5	6,1
	Insg.	20 524	0,3	47,9	44,1	7,6

Quelle: Stat. Berichte, AO-VZ 1961 — 19, S. 12.

die Abwanderung aus der Landwirtschaft niederschlagen, wobei die alten Personen zurückbleiben.

b) Dienstleistungssektor

ba) Überblick

Unter Dienstleistungen sollen hier die Wirtschaftsbereiche 4–10 der Wirtschaftsbereichssystematik der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts verstanden werden. Eine Vorstellung von der Bedeutung dieser Wirtschaftsbereiche gibt die folgende Aufstellung über deren Anteile bei der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen 1961 und 1964.

Der Dienstleistungssektor weist an der Saar in allen Bereichen etwas geringere Anteile am BIP auf als in der Bundesrepublik. Gemessen an den Erwerbspersonen liegen die saarländischen Strukturziffern jedoch etwa auf der gleichen Höhe wie in der Bundesrepublik (1). Das bedeutet, daß mit etwa dem gleichen Anteil an Erwerbspersonen in den Dienstleistungsbereichen im Saarland eine relativ geringere Bruttowertschöpfung erstellt wurde, das heißt aber gleichzeitig, daß mit einem geringeren Anteil an Erwerbspersonen im Warenproduzierenden Gewerbe ein gegenüber der Bundesrepublik höherer Anteil am Bruttoinlandsprodukt erzeugt wurde, ein Ausdruck der insgesamt höheren Produktivität der

(1) Siehe *Schaubild 3*, S. 41.

Tabelle 30 – Anteile der Dienstleistungsbereiche am Bruttoinlandsprodukt

Wirtschaftsbereich	1961		1964	
	Saar	Bundesrepublik	Saar	Bundesrepublik
0 Land- und Forstwirtschaft	2,8	5,5	2,1	4,9
1–3 Warenproduzierendes Gewerbe	61,1	53,5	59,8	53,1
4 Handel	11,2	13,1	} 16,2	} 19,1
5 Verkehr und Nachrichten	5,1	6,3		
6 Banken und Versicherung	2,7	3,0	} 21,9	} 22,9
9 Staat	8,2	7,8		
7/8/10 Übrige Dienstleistungen	8,9	10,8		
4–10 Dienstleistungen insgesamt	36,1	41,0	38,1	42,0
Bruttoinlandsprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quellen: Stat. Handbuch für das Saarland 1963, S. 265; Sozialprodukt des Saarlandes 1960 bis 1964, S. 17; Stat. Jb. BRD 1965, S. 555.

Bereiche 0–3 im Saarland, die allerdings im wesentlichen auf die relativ hohe Produktivität des Verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen sein dürfte (siehe auch *Tab. 4*, S. 24).

Es handelt sich also um den schon oben (siehe S. 22 f.) festgestellten Tatbestand der geringeren „Produktivität“ des saarländischen Dienstleistungssektors.

Für eine weitere Beurteilung der Situation im Dienstleistungsbereich kann nur auf Beschäftigten- oder Erwerbspersonenzahlen zurückgegriffen werden ⁽¹⁾. Die prozentuale Verteilung auf die einzelnen Dienstleistungsbereiche weist ebenfalls nur geringe Abweichungen gegenüber dem Bund auf. Auch gegenüber NRW sind die Abweichungen nur gering. Während der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen knapp 30 % beträgt, liegt der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen in den Dienstleistungsbereichen mit 47,3 % recht hoch. Im Handel erreicht er sogar über 50 % der Erwerbspersonen. Nur im Verkehrs- und Nachrichtensektor ist er relativ gering.

Schließlich soll noch der Anteil der Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor an den gesamten Erwerbspersonen untersucht werden. Die Entwicklung verlief „normal“ (im Sinn des Gesetzes von Fourastié): Der Anteil der Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen entwickelte sich von 30,2 % im Jahr 1935 über 29,5 % im Jahr 1951 auf 37,4 % im Jahr 1961. Die Entwicklung vollzog sich damit ähnlich wie in der Bundesrepublik (1951 33,4 %, 1961 38,6 %) ⁽²⁾.

(1) Siehe *Schaubild 3*, S. 41.

(2) Berechnungen nach Stat. Handbuch für das Saarland 1963, S. 79; Stat. Jb. BRD 1965, S. 151.

Entsprechend den allgemeinen Erfahrungen ist zu erwarten, daß sich die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor auch im Saarland in Zukunft weiter erhöhen wird. Zieht man etwa den Wert der USA als Maßstab heran, wonach die Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor einen Anteil von 58,3 % an den gesamten Erwerbspersonen haben ⁽¹⁾, so wäre im Saarland noch eine bedeutende Umstrukturierung der Beschäftigten zu erwarten.

bb) Die Zentralisierung von Dienstleistungen in bestimmten saarländischen Orten

Die unterschiedliche Bedeutung des Dienstleistungssektors in den saarländischen Landkreisen und den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern zeigt *Tabelle 31*. Diese Aufstellung liefert so zugleich einen Maßstab für die Zentralität größerer saarländischer Orte. Besonders fallen folgende Städte auf, in denen der Dienstleistungssektor weit stärker als im saarländischen Durchschnitt ausgeprägt ist: Saarbrücken, Merzig, Sulzbach, Saarlouis und St. Ingbert. Diese Orte müssen als zentrale Orte ⁽²⁾ im Saarland angesehen werden.

Gerne wird auch als Maßstab der Zentralität die Telefondichte verwendet, da die Ausstattung mit Fernsprechan Schlüssen ein Indikator für die wirtschaftliche Aktivität von Gebieten ist. *Karte 5*, die die Telefondichte im Saarland nach Knotenamtsbereichen zeigt, kennzeichnet Saarbrücken, St. Ingbert, Merzig und St. Wendel als zentrale Orte. Neben diesen zeichnen sich noch Saarlouis, Völklingen, Sulzbach, Neunkirchen und Homburg durch eine hohe Fernsprechdichte aus. Es zeigt sich also eine beachtliche Übereinstimmung beider Indikatoren.

Des weiteren deuten noch die Einkaufsbeziehungen für verschiedene Gemeinden auf die Zentralität einzelner Orte hin. Diese Einkaufsbeziehungen wurden für das Saarland im Jahr 1964 vom Geographischen Institut der Universität des Saarlandes erfaßt und im Landesplanungsatlas kartographisch ausgewertet ⁽³⁾. Aus dieser Untersuchung, die zu erfassen suchte, in welchen Städten vorwiegend der Bedarf an Konsumgütern größerer Lebensdauer befriedigt wird, geht ebenfalls eindeutig die Zentralität der obengenannten Gemeinden hervor. Aus dieser Untersuchung sind nur noch zusätzlich die Orte Lebach und Wadern als Orte mit einer gewissen Zentralität zu entnehmen.

c) Industrie

ca) Allgemeine Übersicht über die Entwicklung und die Struktur der saarländischen Industrie

caa) Die Entwicklung der industriellen Nettoproduktion

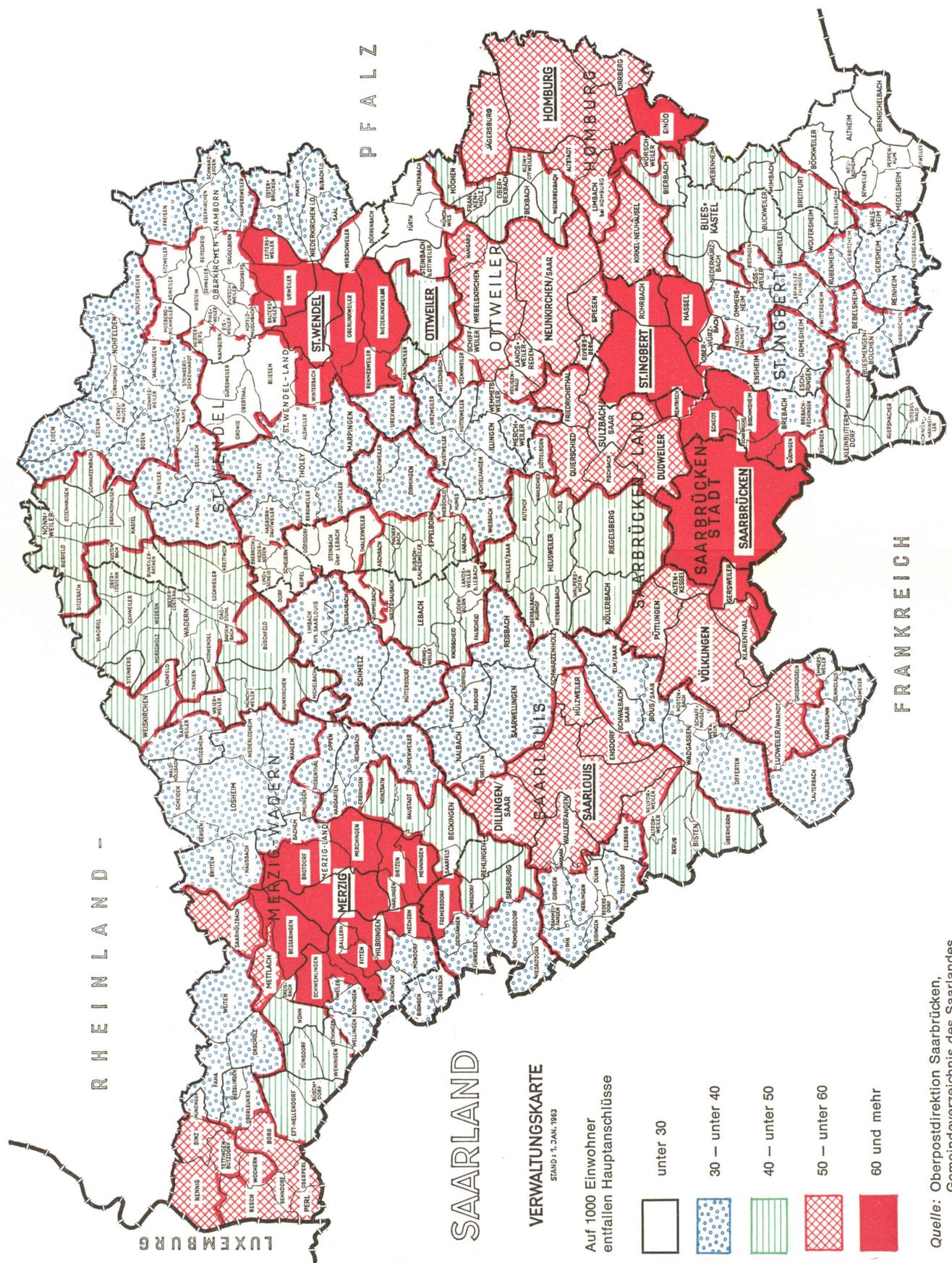
Für einen ersten Überblick über die Entwicklung der saarländischen Industrie sollen die Indexziffern der industriellen Nettoproduktion herangezogen werden. Danach entwickelte sich die saarländische Industrie in den letzten Jah-

(1) Berechnungen nach Stat. Jb. BRD 1964, S. 39*.

(2) Zentrale Orte hier verstanden im Sinn von Christaller als Dienstleistungszentrum, nicht etwa als zentrale Orte des Zentrale-Orte-Programms. In diesem Programm werden allerdings vorwiegend Orte ausgewählt, die die obigen Bedingungen erfüllen, d. h. die Dienstleistungszentren sind.

(3) Siehe Deutscher Planungsatlas, Saarland a.a.O., Karte Einkaufsorte und Einkaufsbeziehungen 1964.

Karte 5 — Telefondichte im Saarland



SAARLAND

VERWALTUNGSKARTE
STAND: 1. JAN. 1983

Auf 1000 Einwohner entfallen Hauptschlüsse

-  unter 30
-  30 — unter 40
-  40 — unter 50
-  50 — unter 60
-  60 und mehr

Quelle: Oberpostdirektion Saarbrücken, Gemeindeverzeichnis des Saarlandes

Tabelle 31 — Die Beschäftigten im Dienstleistungssektor ⁽¹⁾ im Saarland nach kreisfreien Städten, Landkreisen und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern

Gebiet	(1) Beschäftigte insgesamt	(2) Beschäftigte im Dienst- leistungssektor	(3) (2) in v. H. von (1)
Saarland insgesamt	422060	168200	39,9
Kreisfreie Stadt Saarbrücken	110223	64496	58,5
Kreis Homburg	28126	9677	34,4
Homburg-Stadt	19921	6357	31,9
Kreis Merzig-Wadern	27298	9961	36,5
Merzig-Stadt	7733	3584	46,3
Kreis Ottweiler	60590	19906	32,9
Neunkirchen-Stadt	35231	10572	30,0
Wiebelskirchen	4836	914	18,9
Kreis Saarbrücken-Land	101104	26453	26,2
Dudweiler	14886	2766	18,6
Friedrichsthal	7445	1135	15,2
Püttlingen	3041	1032	33,9
Quierschied	1947	1109	57,0
Riegelsberg	1970	842	42,7
Sulzbach-Stadt	6049	3335	55,1
Völklingen-Stadt	32713	7308	22,3
Kreis Saarlouis	55252	20805	37,7
Dillingen-Stadt	14209	3982	28,0
Saarlouis-Stadt	11814	6987	59,1
Kreis St. Ingbert	23029	8130	35,3
St. Ingbert-Stadt	6436	4251	66,1
Kreis St. Wendel	16338	8772	53,7
St. Wendel-Stadt	15860	4192	26,4

(1) Der Dienstleistungssektor ist dabei definiert als: (4) Handel, (5) Verkehr und Nachrichtenübermittlung, (6) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, (7) Dienstleistungen, soweit sie von Unternehmen und freien Berufen erbracht werden, (8) Organisationen ohne Erwerbscharakter, (9) Gebietskörperschaften.

Quelle: Stat. Amt des Saarlandes, Die nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung im Saarland am 6. 6. 1961, Saarbrücken 1965, S. 64 ff.

ren schwächer als die Industrie der übrigen Bundesrepublik. Während der Netto-produktionsindex dort von 1958 (= 100) bis 1963 auf 137 kletterte, erreichte er im Saarland nur 106,1 Punkte (siehe *Tab. 32*).

Das langsamere Wachstum der saarländischen Industrie ist in erster Linie im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Rückgliederung zu sehen. Die Rückgliederung brachte für die Wirtschaft erhebliche Unsicherheiten, die der Entwicklung nicht förderlich waren. Entscheidend war, daß die saarländische Industrie nach 1958 auf dem bundesdeutschen Markt einer wesentlich schärferen Konkurrenz ausgesetzt war als vorher auf dem französischen Markt. Die Konkurrenz hatte zur Zeit der Rückgliederung ein hohes Produktionsniveau aufzuweisen und war modern ausgerüstet, nicht zuletzt infolge der Mittel aus dem Marshall-Plan, wie sie — so wird behauptet ⁽¹⁾ — in gleichem Maß der saarländischen Wirtschaft nicht zugeflossen sind. Trotz finanzieller Hilfen der Bundesregierung konnte in der Zeit zwischen der politischen und wirtschaftlichen Rückgliederung der Rückstand der Saarwirtschaft nicht aufgeholt werden. Die saarländische Wirtschaft hatte daher nach der wirtschaftlichen Rückgliederung mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die zwar durch das günstige Wirtschaftsklima in der Bundesrepublik, den im Saarvertrag vereinbarten zollfreien Warenaustausch mit Frankreich und gewisse finanzielle Hilfe des Bundes erleichtert wurden.

Betrachtet man die Entwicklung einzelner Industriegruppen und -zweige, so fällt die wesentlich breitere Streuung des Wachstums im Saarland auf. Die einzelnen Industriezweige hatten also in recht unterschiedlichem Maß mit Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen ⁽²⁾. Die Entwicklung der Eisenschaffenden Industrie wurde dank der Regelung der Montanunion von der Rückgliederung nicht so schwer betroffen; in den Jahren der „Umstellung“ (1958 und 1959) setzte sogar eine Belebung ein.

Neben den Umstellungsschwierigkeiten bei der Rückgliederung ist ein wichtiger Grund für die langsame Entwicklung der gesamten saarländischen Industrie in der einseitigen Strukturierung, im großen Gewicht des rückläufigen Bergbaus zu suchen.

In den folgenden Abschnitten wird versucht, mit Hilfe verschiedener Methoden die spezifische Industriestruktur des Saarlandes deutlich zu machen.

cab) Die industrielle Spezialisierung an der Saar

Die Industrie des Saarlandes wird allgemein als sehr spezialisiert hingestellt. Mit einigen Methoden soll daher hier versucht werden, die saarländische Industriestruktur in ihrer Abweichung von Vergleichsstrukturen (insbesondere etwa der Bundesrepublik) zu erfassen. Mit Hilfe von Spezialisierungskurven ⁽³⁾ läßt sich ein erster optischer Eindruck vom Grad der Spezialisierung einer Region

(1) Siehe etwa: LZB im Saarland: Wirtschaftsbericht 1961, S. 4; IHK des Saarlandes (Hrsg.): Wirtschaft zwischen den Grenzen, a.a.O., S. 151; P. Weiant, a.a.O., S. 71; s. auch S. 15 f. dieser Untersuchung.

(2) Siehe dazu die Untersuchungen zu den einzelnen Industriezweigen.

(3) Zur Methode s. W. Isard, *Methods of Regional Analysis: An Introduction to Regional Science*, New York and London 1960, S. 270 ff.

Tabelle 32 — Indexziffern der industriellen Nettoproduktion für das Saarland und die Bundesrepublik (1958 = 100)

Industriegruppen und -zweige	1959		1960		1961		1962		1963		1964	
	Saar	Bundes- republik										
Kohlenbergbau	98,0	95,0	96,0	96,1	98,0	97,4	89,2	97,7	90,3	98,9	91,8	99,3
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	104,1	112,7	113,1	128,6	114,7	135,2	113,2	141,2	112,9	148,2	126,2	167,5
Industrie der Steine und Erden	95,4	112,4	87,2	119,3	84,9	129,2	91,4	136,3	96,6	139,4	97,5	156,0
Eisenschaffende Industrie	106,0	110,5	115,3	128,5	118,6	127,2	114,9	123,8	114,1	119,4	130,8	141,1
Eisen- und Stahlgießereien	100,1	105,6	108,6	119,9	102,5	121,3	103,7	116,0	96,8	109,9	100,7	123,0
Sägewerke und Holzbearbeitung	104,6	108,2	125,1	122,7	133,3	126,2	124,5	127,0	116,7	126,4	106,9	138,2
Investitionsgüterindustrien	94,9	106,9	89,5	123,8	100,1	134,5	113,9	138,2	113,0	141,4	110,9	152,6
Stahlbau (einschl. Waggonbau)	96,5	94,8	92,1	104,5	97,7	116,8	100,9	118,6	88,6	120,3	99,1	124,4
Maschinenbau	102,2	103,7	97,0	118,3	115,6	130,2	123,8	132,7	110,7	128,8	97,2	136,4
Stahlverformung	99,6	115,5	79,6	139,6	86,6	147,4	134,3	160,0	140,2	181,7	116,9	192,1
EBM-Industrie	81,4	111,2	88,7	127,9	82,2	135,7	73,2	139,7	74,9	143,9	75,6	159,5
Verbrauchsgüterindustrien	99,3	107,5	102,2	117,8	107,6	124,3	122,8	132,3	124,3	136,0	132,0	144,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	103,3	102,1	90,1	105,2	102,3	111,1	112,5	117,6	118,5	124,0	125,5	129,3
Ernährungsindustrie	106,9	104,8	96,7	110,9	111,0	117,3	122,8	125,1	129,8	132,4	137,9	138,4
Tabakverarbeitende Industrie	75,1	95,0	40,9	90,1	33,0	94,8	31,3	98,1	29,9	102,1	27,8	105,2
Industrie insgesamt	100,5	107,4	101,6	119,2	104,5	126,8	105,7	132,4	106,1	137,5	112,7	149,2

Quelle: Stat. Amt des Saarlandes, Die saarländische Industrie im Jahr 1964, S. 38 f.; Stat. Jb. BRD 1965, S. 246 ff.

geben. Danach ist eine Region um so spezialisierter, je weiter die sie repräsentierende Kurve von der Gleichheitslinie (1) entfernt ist. *Schaubild 7* vergleicht die Industriestrukturen der Bundesrepublik und des Saarlandes im Jahr 1962. Auch in der Bundesrepublik liegt naturgemäß keine völlig gleiche Verteilung der Beschäftigten auf alle Industriezweige vor. Diese Tatsache ist daher auch dem *Schaubild* zu entnehmen. Deutlich wird aber auch, daß die Struktur des Saarlandes wesentlich einseitiger zu nennen ist als die der Bundesrepublik. Diese Feststellung ist Anlaß, die in ihrem Gewicht besonders starken Industriezweige zu ermitteln und dann in besonderen Untersuchungen näher auf ihre Entwicklungsaussichten (Wachstum, Konjunkturanfälligkeit) einzugehen.

Da das Konzept der Spezialisierungskurven nur eine Aussage über den Grad der Spezialisierung der gesamten Industrie zuläßt, ist es — gerade wegen der oben angeschnittenen Frage der Spezialuntersuchung — wünschenswert, das Gewicht der Industriezweige im einzelnen darzulegen. Es kommt hinzu, daß sich bei Lorenz-Maßen — und zu ihnen gehören auch die hier verwendeten Spezialisierungskurven — Strukturunterschiede, die bei den beschäftigungsstärksten Industrien liegen, auf den gesamten Kurvenverlauf auswirken.

Ein geeignetes Maß zur Kennzeichnung der Bedeutung der einzelnen Industriezweige für eine Region liegt in den Standortquotienten vor. Diese messen die Abweichungen der regionalen Verteilung der Industriezweige (anhand von Beschäftigten) von der Verteilung dieser Industriezweige in der übergeordneten Gesamtwirtschaft (2). Die Kennzahlen für das Saarland wurden in *Tabelle 33* für mehrere Jahre zusammengestellt. Die hohen Werte für den Kohlenbergbau sowie die Eisenschaffende Industrie fallen besonders auf. Bis auf den Stahlbau sind gerade die Wachstumsindustrien (Elektroindustrie, Chemie) nur schwach vertreten. Aus den Zahlen dieser Jahre lassen sich bereits gewisse leichte Strukturveränderungen entnehmen, so der seit 1960 einsetzende leichte Rückgang im Bergbau, die weitere relative räumliche Konzentration in der Eisenschaffenden Industrie, gekennzeichnet durch einen im Zeitablauf steigenden Standortquotienten, und etwa die im Zuge einer Umstrukturierung beachtliche Ausweitung der elektrotechnischen Industrie. Eine Strukturverbesserung im Sinn einer Auflockerung läßt sich auch in der Bekleidungsindustrie feststellen, wo der Wert von 1958 bis 1964 um 30,9 % stieg. Ein Anstieg von 23,4 % ist auch bei der expandierenden Ernährungsindustrie zu verzeichnen. Dies dürfte im wesentlichen auf die Strukturverbesserungsmaßnahmen zurückgehen, die somit als erfolgreich angesprochen werden können, obwohl insgesamt bislang nur eine mäßige Abschwächung der Einseitigkeit erreicht werden konnte.

Weitere Informationen über die strukturelle Situation und Entwicklung der saarländischen Wirtschaft bieten Umsatzzahlen (siehe *Tab. 34*). Wie zu erwar-

(1) Die Gleichheitslinie darf hier nicht als erstrebenswertes Ideal verstanden werden. Sie ist einzig ein Maßstab, an dem die Strukturunterschiede gemessen werden.

(2) Ein Wert von eins zeigt an, daß die Region einen Anteil an der betreffenden Industrie hat, wie ihn die Gesamtwirtschaft ebenfalls aufweist. Ein Wert von größer als eins für eine Region deutet auf eine gewisse räumliche Konzentration dieser Industrie in der Region hin. Entsprechend zeigt ein Wert von kleiner als eins eine schwächere Besetzung an.

Zur Methode siehe im einzelnen ebenfalls W. Isard, a.a.O., S. 123—126.

Schaubild 7 – Abweichung der Industriestrukturen des Saarlandes und der Bundesrepublik von einer „gleichmäßigen Struktur“ (1962)

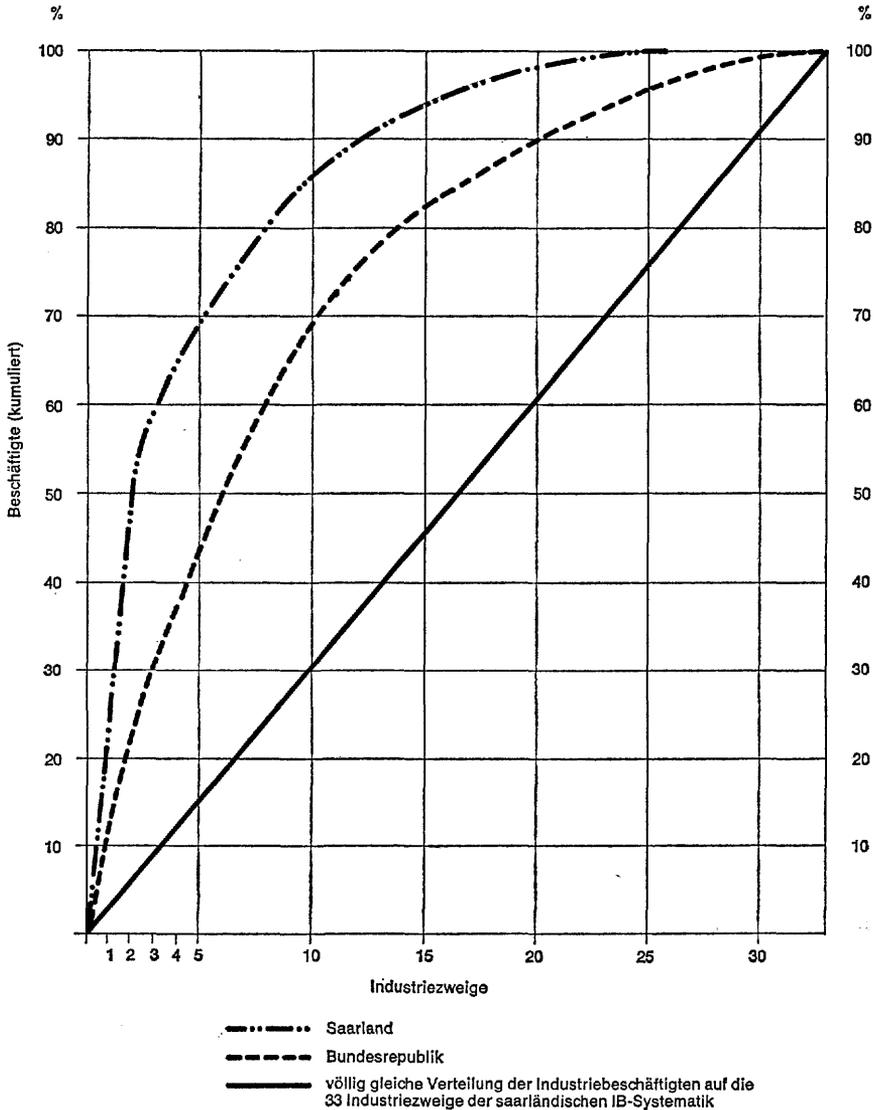


Tabelle 33 — Standortquotienten ⁽¹⁾ für ausgewählte saarländische Industriezweige von 1958—1964

Industrie	1958	1960	1962	1964
Kohlenbergbau	3,83	4,21	4,13	4,14
Eisenschaffende Industrie	4,67	5,48	5,74	5,93
Industrie der Steine und Erden	0,65	0,61	0,53	0,53
Ziehereien und Kaltwalzwerke	1,51	1,42	1,48	1,50
Chemische Industrie	0,16	0,14	0,14	0,13
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	1,21	1,24	1,25	1,23
Stahlbau (einschl. Leichtmetallbau)	1,99	1,93	2,05	2,21
Maschinenbau	0,44	0,44	0,51	0,54
Elektrotechnische Industrie	0,25	0,25	0,34	0,40
Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie	0,82	0,77	0,73	0,73
Holzverarbeitende Industrie	0,65	0,50	0,46	0,46
Textilindustrie	0,06	0,07	0,09	0,09
Bekleidungsindustrie	0,55	0,55	0,70	0,72
Ernährungsindustrie	0,64	0,72	0,79	0,79

(1) Berechnung der Standortquotienten wie folgt:

Division des prozentualen Anteils der Beschäftigten eines Industriezweigs im Saarland an den Gesamtbeschäftigten dieses Industriezweigs durch den prozentualen Anteil der Gesamtbeschäftigten der saarländischen Industrie an den Industriebeschäftigten in der Bundesrepublik insgesamt.

ten, zeigt sich auch hier das Übergewicht des Montansektors. Während 1958 in der Bundesrepublik auf den Bergbau nur 3,8 % des Umsatzes und auf die Eisenschaffende Industrie nur 7,1 % entfielen, auf den Montanbereich insgesamt also nur etwa 11 %, war dieser Anteil im Saarland mit über 50 % des Gesamtumsatzes erheblich höher, wobei allein auf die Eisenschaffende Industrie 33,7 % entfielen. Bis zum Jahr 1960 stieg der Anteil des Montansektors am saarländischen Umsatz sogar bis auf über 55 %. Erst seit diesem Jahr macht sich in der Eisenschaffenden Industrie, besonders aber im Bergbau, infolge der Strukturkrise ein Rückgang bemerkbar, so daß 1964 der Anteil des Montansektors nur noch 46,7 % betrug. Dennoch besteht im Saarland im Vergleich zur Bundesrepublik nach wie vor ein beachtliches Übergewicht des Montansektors. Allerdings hat sich sowohl im Saarland als auch in der Bundesrepublik der Anteil der Investitionsgüterindustrien am Umsatz erhöht. Im Saarland war er aber auch 1964 noch weit geringer als im Bund (Saar 20,9 %; Bundesrepublik 35,1 %). Wenn also bislang die Gewichte der einzelnen Industriezweige im Saarland und in der Bundesrepublik noch immer außerordentlich verschieden sind, so verläuft doch die Entwicklung der Anteile der Industriezweige am Umsatz etwa in gleicher Richtung.

Der Absatz der gesamten saarländischen Industrie wuchs — verglichen mit der bundesdeutschen — wesentlich langsamer: von 1960 (= 100) stieg er über 103,4 im Jahr 1961 (Bundesrepublik 107,6), 108,9 im Jahr 1962 (Bundesrepu-

Tabelle 34 — Vergleich der saarländischen Industriestruktur mit der der Bundesrepublik insges. anhand von Umsatzzahlen

Industriegruppe oder -zweig	1958		1959			1960		1961		1962		1963		1964	
	Saar	Bundes- repu- blik (1)	Saar		Bundes- repu- blik (1)	Saar	Bundes- repu- blik (1)	Saar	Bundes- republik	Saar	Bundes- republik	Saar	Bundes- republik	Saar	Bundes- republik
			1. Halb- jahr	2. Halb- jahr											
Kohlenbergbau Übriger Bergbau	18,5 —	3,8 0,8	18,8 —	20,3 —	3,4 0,8	19,6 —	3,4 0,8	18,4 —	3,3 0,6	16,8 —	3,1 0,7	17,3 —	3,1 0,6	14,8 —	2,7 0,5
Grundstoff- industrien	44,8	29,3	45,4	45,3	30,1	47,2	30,9	45,2	30,3	42,4	29,3	40,6	28,4	43,5	29,1
davon: Eisenschaffende Industrie	33,7	7,1	34,7	34,3	6,9	36,0	7,3	34,2	7,0	31,6	6,3	29,7	5,5	31,9	5,9
Investitions- güterindustrien	18,9	31,8	19,2	16,5	32,3	15,7	33,1	17,6	34,2	20,8	34,7	21,0	35,0	20,9	35,1
Verbrauchsgüter- industrien	8,5	18,9	7,2	7,4	18,6	7,6	18,3	8,4	18,2	9,3	18,5	9,9	18,4	9,6	18,4
Nahrungs- und Genußmittel- industrien	9,3	15,4	9,4	10,5	14,8	9,9	13,5	10,4	13,4	10,7	13,7	11,2	14,5	11,2	14,2
Gesamte Industrie	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) 1958 bis 1960 Bundesrepublik ohne Saar, ab 1961 einschl. Saar.

Quellen: Stat. Jb. BRD 1959, S. 175; 1961, S. 219; 1962, S. 234; 1963, S. 229; 1965, S. 243; Stat. Anr. des Saarlandes, Die saarländische Industrie im Jahr 1958 ff.

blik 117,8) auf 109,4 im Jahr 1963 (Bundesrepublik 122,1) – auffallend die weitgehende Stagnation von 1962 bis 1963. Von 1963 bis 1964 zeigte sich dann allerdings ein kräftiger Aufschwung (auf 119,3 gegenüber 1960), was darauf hindeutet, daß die durch die wirtschaftliche Rückgliederung bedingten Anpassungsschwierigkeiten überwunden waren (1).

Einen noch eingehenderen Überblick über die strukturellen Wandlungen bieten die folgenden Abschnitte.

cac) Die Streuung des industriellen Wachstums

In *Schaubild 8* ist es durch die besondere Art der Darstellung gelungen, auf einen Blick festzustellen, wie sich die einzelnen Industrien sowohl im Saarland als auch in der Bundesrepublik entwickelten.

Zunächst ist ersichtlich, daß die Gesamtentwicklung im Saarland (gemessen an den Beschäftigungszahlen) rückläufig war, in der Bundesrepublik dagegen positiv. Sämtliche Punkte, die im Quadranten A liegen, stellen sowohl „Wachstumsindustrien“ (der Beschäftigtenzahl nach) für die Bundesrepublik als auch

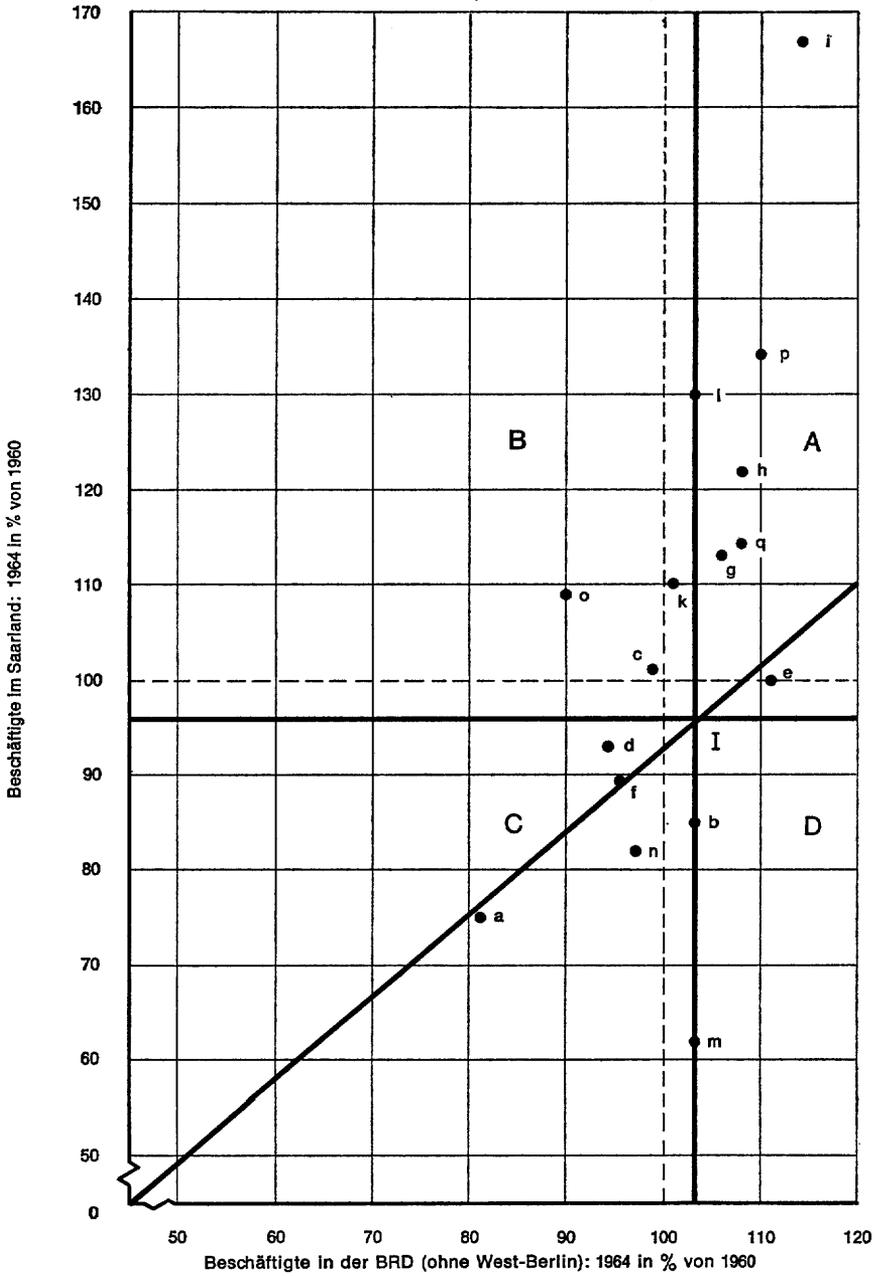
Tabelle 35 – Entwicklung der Industriebeschäftigten im Saarland und in der Bundesrepublik (absolut und 1964 in v. H. von 1960)

Industriezweig	Bezeichnung der Industrie in Schaubild 8	Saarland		Bundesrepublik (ohne West-Berlin)	
		1960	1964 in % von 1960	1960	1964 in % von 1960
Kohlenbergbau	a	55772	75	546325	81
Steine und Erden	b	3387	85	254055	103
Eisenschaffende Industrie	c	42094	101	355262	99
Ziehereien und Kaltwalzwerke	d	2312	93	75055	94
Chemische Industrie	e	1391	100	453297	111
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	f	2260	89	84214	96
Stahlbau (einschl. Leichtmetallbau)	g	8937	113	194941	106
Maschinenbau	h	9314	122	935640	108
Elektrotechnische Industrie	i	4534	167	728433	114
Feinmechanik und Optik	k	99	110	148220	101
Stahlverformung	l	4075	130	133429	103
EBM-Industrie	m	4704	62	394034	103
Holzverarbeitende Industrie	n	2431	82	219523	97
Textilindustrie	o	910	109	613765	90
Bekleidungsindustrie	p	4219	134	332174	110
Ernährungsindustrie	q	6973	114	426922	108
Industrie insgesamt	I	174917	96	7776001	103

Quelle: Stat. Jb. BRD 1961, S. 210 f.; 1965, S. 238 f.

(1) Berechnungen der Ziffern nach Stat. Jb. BRD 1962, S. 234; 1964, S. 240.

Schaubild 8 – Darstellung des relativen Wachstums der Industriezweige, Saar/BRD, 1964/1960 (siehe Tabelle 35)



für das Saarland dar ⁽¹⁾. Dazu gehören: die chemische Industrie, Stahlbau und Stahlverformung, der Maschinenbau, die elektrotechnische Industrie, die Bekleidungsindustrie sowie die Ernährungsindustrie.

Diese Industrien sind an der Saar in dem Beobachtungszeitraum zum Teil sehr stark gewachsen, stärker als in der Bundesrepublik. In der Regel ist dies auf die Ansiedlung neuer Betriebe zurückzuführen ⁽²⁾. Ausschlaggebend für die Ansiedlung waren in vielen Fällen die – gegenüber der übrigen Bundesrepublik – günstigeren Arbeitsmarktverhältnisse sowie bedeutende Arbeitskraftreserven innerhalb der weiblichen erwerbsfähigen Bevölkerung.

Sämtliche Punkte, die im Quadranten B liegen, sind „Wachstumsindustrien“ für das Saarland, jedoch Industrien, die in der Bundesrepublik hinter dem Gesamtwachstum der Industrie zurückblieben oder gar rückläufig waren. Dies sind die Eisenschaffende Industrie, die feinmechanische und optische Industrie und die Textilindustrie.

Im Quadranten C liegen jene Industrien, die sowohl im Saarland als auch in der Bundesrepublik rückläufig waren: der Kohlenbergbau, die Ziehereien und Kaltwalzwerke, die Sägewerke und die Holzbearbeitung sowie die Holzverarbeitung. Relativ stark geschrumpft sind im Saarland ferner die Industrie der Steine und Erden und die EBM-Industrie, während diese in der Bundesrepublik mit der Entwicklung der gesamten Industriebeschäftigten Schritt halten konnte.

Im Quadranten D lägen die Industrien, die in der Bundesrepublik stärker gewachsen sind als die Gesamtindustrie, im Saarland dagegen geschrumpft sind. In unserer Untersuchung (die sich auf wenige Industriezweige beschränkte) ergab sich jedoch keine solche Industrie, wenn man von den Grenzfällen absieht.

cad) Die Faktoren des Industriestrukturwandels

Interessante Anhaltspunkte für die Beurteilung des Wandels der saarländischen Industriestruktur gewinnt man, wenn man die branchenspezifischen Veränderungen auf zwei rechnerisch zu erfassende Ursachen zurückführt, nämlich auf relative Standortverlagerungen der Branchen innerhalb eines Systems von Regionen und auf eine gegenüber der nationalen (bundesrepublikanischen) Branchenstruktur abweichende Branchenstruktur der Region (des Saarlandes) ⁽³⁾.

(1) In diesem Sonderfall, wo das Wachstum der saarländischen Industriebeschäftigten negativ war, heißt das: Sämtliche Industrien, die zwischen der 100%- und der 96%-Linie liegen, sind zwar seit 1960 in ihrer Beschäftigungszahl zurückgegangen, ihre Entwicklung war jedoch weniger rückläufig als die der gesamten saarländischen Industriebeschäftigten. Im übrigen ist der Begriff der „Wachstumsindustrie“ vorsichtig zu behandeln. Die Industriezweige sind in der Statistik noch ziemlich stark aggregiert; ihre Zusammensetzung nach einzelnen Produkten kann daher in den Regionen variieren, so daß es nicht ungewöhnlich ist, daß eine Branche in der einen Region zu den Wachstumsindustrien zählt, in der anderen aber zu den stagnierenden oder gar schrumpfenden Industrien.

(2) Zum Teil ergeben sich für das Saarland natürlich besonders hohe Zuwächse wegen relativ niedriger Ausgangswerte.

(3) Zur Methode siehe Egon R. Baumgart, Der Einfluß von Strukturveränderungen auf die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Industrie seit 1950, Berlin 1965, passim. Gewisse methodische Einwände bei der Anwendung dieses Verfahrens auf saarländische Probleme (insbesondere der „Bruch“ in der Entwicklung durch die Rückgliederung sowie teilweise fehlendes Zahlenmaterial aus Gründen der statistischen Geheimhaltung) sollen hier zurückgestellt werden, da trotz dieser Einwendungen das Verfahren wichtige Hinweise auf die saarländische Entwicklung zuläßt. Anzumerken ist noch, daß die Struktur der Branchen hier in Beschäftigtenzahlen gemessen wird, da die Statistiken in diesem Bereich relativ am vollständigsten sind.

Die relativen Standortverschiebungen sind zu verstehen als Ergebnis der regionalen Verschiebungen (Konzentration oder Auflockerung im Hinblick auf die gesamte Bundesrepublik) einzelner Branchen (1). Zahlenmäßig sind sie recht einfach zu ermitteln.

Man geht von der plausiblen Annahme aus, daß eine bestimmte Branche anteilmäßig auf die einzelnen Regionen dann gleich verteilt bleibt, wenn die bestimmte Branche in allen Regionen mit der gleichen Wachstumsrate wächst, d. h. wenn sie in allen Regionen mit der durchschnittlichen Wachstumsrate für alle Regionen wächst. Dann ist innerhalb einer jeden Branche am Ende der Periode der Anteil der saarländischen Beschäftigten an der Zahl der Branchenbeschäftigten in der Bundesrepublik genau so groß wie am Anfang der Periode. Eine relative Verschiebung hat in diesem Fall nicht stattgefunden. Wenn nun die regionalen branchenspezifischen Wachstumsraten nicht gleich sind, wird es zu einer relativen Verschiebung der Branchen von einer Region in eine andere kommen. Der aus einer solchen relativen Standortverschiebung resultierende absolute Beschäftigungseffekt ist dann die Differenz aus der hypothetischen Beschäftigung am Ende der Periode (bei gleichem Wachstum in der Region wie in der Nation) und der tatsächlichen Beschäftigung in dieser Branche in der Region am Ende der Periode.

Ein zweiter wichtiger Struktureffekt ist durch die von der nationalen Struktur abweichende regionale Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Branchen bedingt. Selbst bei gleichem branchenspezifischen Wachstum in Region und Nation (das, wie gezeigt wurde, nicht zu einer Änderung der regionalen Verteilung einzelner Branchen führt) kann die Region einen Beschäftigungsgewinn (-verlust) gegenüber der Nation erzielen, wenn in der Region Wachstums-(Schrumpfungs-)industrien in relativ stärkerem Maß vertreten sind als in der Nation insgesamt. Durch den höheren Anteil von Wachstums-(Schrumpfungs-)industrien wird das Ergebnis (d. h. die Zahl der Gesamtbeschäftigten) für die Region positiv (negativ) beeinflusst (2).

Tabelle 36 zeigt sowohl die Gesamtauswirkungen der beiden Effekte für die Industriebeschäftigung des Saarlandes als auch deren Einzelkomponenten für alle Industriezweige. Der Gesamteffekt hat sich auf die Gesamtbeschäftigung

(1) Wir sprechen von relativen Verschiebungen, weil in einer wachsenden Wirtschaft sich die Verteilung einer Branche auf die Regionen bereits ändert, wenn sie in einer Region etwa aufgrund von Standortvorteilen wächst, während sie in einer anderen stagniert. Es hat dann keine tatsächliche Verlagerung einer Branche von einer Region in eine andere stattgefunden.

(2) Das Aufzeigen dieses Struktureffekts erfordert mehr Rechenaufwand als im ersten Fall, da rechnerisch die relativen Standortverlagerungen ausgeschaltet werden müssen, um den Wachstumseffekt aus unterschiedlicher Branchenstruktur sichtbar zu machen. Es ist sogar möglich, daß die Region einen rechnerischen Gewinn (Verlust) an Beschäftigten in bestimmten Branchen hat, obwohl diese Branchen in der betreffenden Region gar nicht vertreten sind. Dieses Ergebnis mag seltsam erscheinen, ist aber dadurch gerechtfertigt, daß z. B. bei Fehlen einer Schrumpfungindustrie in der Region diese Region einen Vorteil in der Branchenstruktur aufweist. In der Nation insgesamt führt die Schrumpfungindustrie zu einem Beschäftigungsrückgang, in der Region ergibt sich aber gerade wegen ihres Fehlens rechnerisch ein positiver Wert (rechnerischer Beschäftigungsgewinn, beruhend auf einer günstigen Ausgangsstruktur der Region gegenüber der Nation).

Tabelle 36 — Der branchenspezifische Wandel in der Industriestruktur des Saarlandes und die ihn verursachenden Faktoren für die Zeit von 1958 bis 1964

Nummer der Industriegruppe	Industriegruppe	Industrie- beschäftigte 1958 (MD)	Industrie- beschäftigte 1964 (MD)	Struktur- effekt insgesamt	Davon durch	
					abweichende Branchen- struktur	relative Standort- verschiebung
2111/14	Kohlenbergbau	64500	41718	— 24576	— 16694	— 7882
2130/40/50	Sonstiger Bergbau	—	—	+ 610	+ 610	—
2160	Erdöl- und Erdgasgewinnung	—	—	+ 106	+ 106	—
2170/80	Flußspat, Schwerspat, Graphit, Torf	—	—	+ 90	+ 90	—
25	Industrie der Steine und Erden	3832	2864	— 1260	+ 30	— 1290
27	Eisenschaffende Industrie	36322	42421	+ 1901	+ 2449	— 548
2910	Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	5395	4981	— 842	— 77	— 765
3010	Ziehereien und Kaltwalzwerke	2519	2158	— 476	— 67	— 409
28	NE-Metallindustrie	77 ⁽¹⁾	117	+ 13	— 19	+ 32
2950	Metallgießereien	342	395	— 11	— 12	+ 1
2210/30/50	Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffe	71	140 ⁽¹⁾	+ 44	— 16	+ 60
40	Chemische Industrie	1717	1391	— 1605	— 922	— 683
53	Sägewerke u. holzverarbeitende Industrie	2404	2012	— 403	— 49	— 354
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier, Pappe	127 ⁽¹⁾	119 ⁽¹⁾	+ 391	+ 387	+ 4
59	Kautschuk- und Asbestverarbeitung	725 ⁽¹⁾	987	— 152	— 234	+ 82
31	Stahlbau	9979	10066	— 909	+ 12	— 921
32	Maschinenbau	9090	11353	— 484	— 1056	+ 572

33/34	Fahrzeug- und Schiffsbau	862	3 231	+	192	-	1 921	+	2 113
35	Luftfahrzeugbau	-	-	-	441	-	441	-	-
36	Elektrotechnische Industrie	4 252	7 560	-	464	-	2 530	+	2 066
37	Feinmechanische, optische, Uhrenindustrie	134	109	+	108	+	141	-	33
3020	Stahlverformung	4 150	5 295	+	642	+	37	+	605
38	EBM-Industrie	5 520	2 900	-	3 161	-	0	-	3 161
51/52	Feinkeramische und Glasindustrie	8 771	8 753 ⁽¹⁾	-	587	-	341	-	246
54	Holzverarbeitende Industrie	3 453	2 005	-	1 014	+	279	-	1 293
39	Musikinstrumente, Spiel-, Sportgeräte	-	-	+	175	+	175	-	-
56	Papier, Pappe verarbeitende Industrie	744 ⁽¹⁾	767	-	519	-	314	-	205
57	Druckerei und Vervielfältigungsindustrie	1 658	1 500 ⁽¹⁾	-	525	-	125	-	400
58	Kunststoffverarbeitung	168 ⁽¹⁾	185	-	1 019	-	908	-	111
61/6210/50	Ledererzeugung, -verarbeitung, Schuhindustrie	814	605 ⁽¹⁾	+	511	+	654	-	143
63	Textilindustrie	805	991	+	3 240	+	2 965	+	275
64	Bekleidungsindustrie	4 362	5 650	+	439	-	190	+	629
68	Ernährungsindustrie	6 279	7 953	+	698	-	135	+	833
69	Tabakverarbeitende Industrie	1 134	437	-	88	+	197	-	285
	Industrie insgesamt	180 206	168 663	-	29 376	-	17 919	-	11 457

(1) Geschätzt.

negativ ausgewirkt, und zwar sowohl aufgrund abweichender Branchenstruktur als auch aufgrund relativer Standortverschiebungen. Einige Industriezweige sollen hier näher erläutert werden.

Die Entwicklung im Kohlenbergbau fällt besonders auf. Dieser Industriezweig stellt in der Bundesrepublik infolge der Strukturkrise einen stark schrumpfenden Zweig dar. Da dieser Zweig im Saarland gegenüber der Bundesrepublik stark überwiegendes Gewicht hat, ist der saarländische Beschäftigungsrückgang schon aus abweichender Branchenstruktur besonders groß. Durch die zusätzliche relative Standortverschiebung (siehe Tab. 36) dieses Industriezweigs vom Saarland fort ergab sich ein weiterer Beschäftigungsverlust. Der Kohlenbergbau ist nämlich im Saarland relativ weit stärker zurückgegangen als in der Bundesrepublik insgesamt.

Die Eisenschaffende Industrie (im Untersuchungszeitraum in der Bundesrepublik hinsichtlich der Beschäftigung eine Wachstumsindustrie) ist im Saarland ebenfalls relativ stärker vertreten als im Bund insgesamt. Dieser Industriezweig wies daher im Saarland einen Beschäftigungsgewinn aus abweichender Branchenstruktur auf, wegen relativer Verlagerung aus dem Saarland fort jedoch einen Verlust, der allerdings den positiven Effekt aus der abweichenden Branchenstruktur nicht kompensierte, so daß der Gesamtbeschäftigungseffekt für diesen Industriezweig noch positiv war.

Es sei noch kurz eine Wachstumsindustrie herangezogen: die chemische Industrie. Diese ist im Saarland unterproportional vertreten. Sie hat daher wegen der abweichenden Branchenstruktur zu einem unterproportionalen Wachstum der saarländischen Gesamtbeschäftigung in der Industrie beigetragen. Des weiteren fand noch eine relative Verlagerung aus dem Saarland fort statt, so daß für den untersuchten Zeitraum dieser im Bundesgebiet als Wachstumsindustrie geltende Industriezweig im Saarland als Schrumpfungindustrie bezeichnet werden muß. Einige Gründe für dieses Ergebnis sind der nachfolgenden Einzeluntersuchung zu entnehmen.

Hingewiesen werden soll noch auf einzelne Industriezweige, für die das Saarland Standortvorteile bot. Es sind dies insbesondere der Fahrzeug- und Schiffsbau, die elektrotechnische Industrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie. Auch hier werden bei der Einzeldarstellung der Entwicklung der Industriezweige des Nicht-Montanbereichs einige Hinweise auf die Besonderheiten zu geben sein. Eine weitere Interpretation der Tabelle dürfte sich daher hier erübrigen.

- cb) Strukturprobleme der Industriezweige
- cba) Situationsanalyse für die Industriezweige des Montanbereichs
- cbaa) Der Kohlenbergbau ⁽¹⁾

(1) Aufgrund seiner detaillierten Sachkenntnis auf dem Kohlensektor stellte uns Direktor F. Bettag für diesen Abschnitt wichtige Unterlagen zur Verfügung, die eine wesentliche Grundlage der vorliegenden Ausarbeitung bilden.

Die saarländischen Kohlevorkommen bilden mit abbauwürdigen Vorräten von rd. 1,8 Mrd. t ein beachtenswertes europäisches Steinkohlenrevier und stehen zusammen mit den lothringischen Vorkommen innerhalb der EGKS an zweiter Stelle hinter dem Ruhrrevier. Mit rd. 14,7 Mill. t Kohlenförderung bzw. 4,5 Mill. t Koksproduktion entfielen im Jahr 1964 etwa 48,5 % der Kohlenförderung bzw. rd. 42 % der Koksproduktion des Montandreiecks auf das Saarland. Bezogen auf die Gesamtproduktion der Montanunion lagen die entsprechenden Anteile bei 6,4 bzw. 7,4 %.

Der saarländische Kohlenbergbau liegt fast vollständig in den Händen der aufgrund des deutsch-französischen Saarvertrags im September 1957 gegründeten „Saarbergwerke Aktiengesellschaft“, an deren Grundkapital die Bundesrepublik mit 74 % und das Saarland mit 26 % beteiligt sind.

Aufgegliedert nach Kohlenarten setzt sich die Gesamtförderung der Saarbergwerke wie folgt zusammen:

Fettkohle A	ca. 45 % mit 33–36 % fl. Bestandteilen,
Fettkohle B	ca. 20 % mit 35–38 % fl. Bestandteilen,
Flammkohle	ca. 10 % mit 37–39 % fl. Bestandteilen,
Edelflammkohle	ca. 25 % mit 39–41 % fl. Bestandteilen.

Das Schwergewicht liegt somit bei einer gasreichen Kohle, die in der Fettkohlengruppe (bei niedrigem Schwefelgehalt) eine Backfähigkeit nach der Rogamethode von 80–86 und einen Swelling-Index von 7,5–8,5 aufweist und bei den Flammkohlen in der Gruppe der „Edelflammkohle“ eine gute, nicht backende Hausbrandqualität liefert. Diese qualitative Zusammensetzung der Vorkommen macht bei der Erzeugung von Hüttenkoks einen Zusatz von nicht-saarländischer Magerungskohle erforderlich (1964 rd. 739 000 t von der Ruhr und Aachen, d. h. rd. 5 % der verwertbaren Förderung der Saarbergwerke).

Die Förderung der Saarbergwerke AG betrug in ihrem Gründungsjahr 1957 rd. 16,3 Mill. t und sollte gemäß einem zum gleichen Zeitpunkt aufgestellten langfristigen Förderprogramm bis auf 22,3 Mill. t im Jahr 1975 gesteigert werden. Die Strukturwandlungen auf dem Energiemarkt führten jedoch, verbunden mit spezifischen Entwicklungen auf den Absatzmärkten der Saarkohle, bis zum Jahr 1965 zu einem Förderrückgang von 12,8 % (gegenüber 1957) auf rd. 14,2 Mill. t. Der Absatz an die Endverbraucher sank im gleichen Zeitraum von rd. 16,5 Mill. t (1) um 18,8 % auf rd. 13,4 Mill. t ab. Die schon vorher bestehenden Absatzschwierigkeiten haben sich im ersten Halbjahr 1966 noch erheblich verstärkt. Insbesondere sind die Bezüge der süddeutschen Länder in diesem Zeitraum gegenüber der ersten Jahreshälfte 1965 um rd. 20 % weiter zurückgegangen.

(1) 1957 lag wegen eines Lagerabbaus der Absatz an Endverbraucher über der Jahresförderung.

Die laufenden Absatzprobleme bewirkten schon bald eine Revision des ursprünglich auf Expansion abgestellten langfristigen Förderprogramms. Es wurde zunächst im Rahmen eines „Generalplans“ beschlossen, für 1967/68 durch Stilllegungen unwirtschaftlicher Anlagen, Zusammenlegung kleinerer Förderseinheiten und dgl. eine Gesamtförderung von nur 13,5 Mill. t anzustreben. Die Maßnahmen sahen innerhalb des Generalplans eine Umschichtung und Neuordnung der Förderung auf sieben Zentralförderanlagen vor; sie sind heute bereits größtenteils verwirklicht.

Mit dieser Umorganisation war eine Steigerung der Untertageleistung verbunden, und zwar von ca. 1800 kg/MS (1957) auf 2879 kg/MS im Dezember 1965 bzw. 3028 kg/MS im Februar 1966. Die vergleichbaren Zahlen für die EGKS und den Bund (Dezember 1965: 2428 bzw. 2745 kg/MS) zeigen, daß in dieser Hinsicht die Saarbergwerke im europäischen Bergbau mit an der Spitze liegen.

Die gesamten Maßnahmen haben jedoch nicht ausgereicht, die Auswirkung der laufenden Steigerung der Personalaufwendungen (inkl. der Arbeitszeitverkürzungen) auf die Produktionskosten aufzufangen. Die Personalkosten je Beschäftigten sind seit 1959/60 (Währungsumstellung) laufend gestiegen; sie haben sich trotz aller Produktivitätsfortschritte je t verwertbarer Förderung um 12 bis 13 % erhöht. Es mußten daher die Preise, die nicht mehr kostendeckend waren, erhöht werden (zuletzt am 1. 1. 1965).

Trotz großer Rationalisierungserfolge gelang es somit nicht, den Absatz auf dem erhofften Niveau zu halten. Ende 1965 waren die Haldenbestände auf rd. 1,352 Mill. t angewachsen.

Beleuchtet man die Probleme der Saarkohle von der Absatzseite her, so kommen für die Steinkohlen- oder Kokslieferungen primär drei große Märkte in Frage:

- das Saarland selbst,
- das benachbarte Frankreich und
- die süddeutschen Länder (Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern).

Mehr als die Hälfte der verwertbaren Steinkohlenförderung der Saarbergwerke wird im Saarland verbraucht. Ein gewisser Teil (1965 rd. 16 %) entfällt auf den Selbstverbrauch der Gruben, auf den Verbrauch der Gruben-Kraftzentralen mit öffentlicher Stromabgabe und die Deputatkohle. Bei den inner-saarländischen Lieferungen an Dritte steht als Großabnehmer vor allem die Eisen- und Stahlindustrie (Hüttenkokskohle) im Vordergrund (1965 rd. 74 % der innersaarländischen Kohlenlieferungen an Dritte). Schwächen im Eisen- und Stahlbereich beeinträchtigen daher entscheidend den Kohlenabsatz. Stark rückläufig ist infolge des steigenden Einsatzes von Dieselloks und der zunehmenden Elektrifizierung der Kohlenverbrauch der Bundesbahn. Abnehmende Tendenz weisen auch die Bezüge der übrigen Industrie, der Kleinverbraucher und der

Haushalte auf. Der Absatz an die innersaarländischen Elektrizitätswerke weist im Zeitraum 1957–1965 recht schwankende Werte auf. So stiegen z. B. die abgenommenen Mengen von rd. 490 000 t im Jahr 1960 auf 964 000 t im Jahr 1964, um 1965 wieder auf 554 000 t abzusinken. Dies beruht auf Schwankungen der Wasserdarbietung und auf der Konkurrenz nichtsaarländischer Kohlenlieferanten.

Der Kohlenabsatz nach Frankreich wird durch die Bestimmungen des Saarvertrags vom Oktober 1956 geprägt. Gemäß den darin festgelegten Abnahmeverpflichtungen ist Frankreich bis Ende 1982 zu einer Abnahme von rd. 30 % der zum Verkauf verfügbaren Kohlenförderung verpflichtet (1). Die Steinkohlenlieferungen umfaßten im Jahr 1964 rd. 2,7 Mill. t bei gleichzeitigem Absatz von rd. 960 000 t Koks.

Der süddeutsche Markt, der nach dem Saarland und Frankreich dritt-wichtigste Abnehmer der Saarbergwerke, stellt ein traditionelles Absatzgebiet der Saarkohle dar. Trotz der großen Marktnähe im Vergleich zu anderen Revieren kann man jedoch nicht von einer Beherrschung des Marktes durch die Saarbergwerke sprechen. Ein Vergleich der Franko-Preise Saar/Ruhr zeigt z. B., daß sich die Preise von Ruhr und Saar häufig sogar im „trockenen“ Gebiet Süddeutschlands weitgehend die Waage halten, da die Frachtvorsprünge der Saar gerade ausreichen, um die Differenz zwischen den Ruhrpreisen und den höheren Saarpreisen auszugleichen. In den industriellen Ballungsräumen, die überwiegend im Einflußbereich des süddeutschen Wassereinzugsgebiets liegen, befindet sich die Saarkohle mangels direkter Wasserverbindung — selbst nach Einführung der „Als-ob-Tarife“ — noch öfter im Nachteil.

Der Kohlenabsatz der Saarbergwerke nach Süddeutschland wurde bereits kurz nach 1957 von der Verbilligung der amerikanischen Importkohle betroffen. Noch gravierender wirkte sich aber langfristig die Substitutionskonkurrenz des Erdöls aus. Die absinkenden cif-Preise für ausländisches Rohöl und die Inbetriebnahme neuer Raffinerien bei abnehmenden Durchsatzkosten führten insbesondere in den letzten 4 Jahren trotz Heizölsteuer zu einem absinkenden Ölpreis in allen größeren süddeutschen Verbrauchszentren, dem steigende Kohlen- bzw. Kokspreise gegenüberstanden.

Nimmt man das dem Saarland am nächsten gelegene Bundesland, nämlich Rheinland-Pfalz, so befinden sich die meisten potentiellen Kohलगroßabnehmer (z. B. Versorgungsbetriebe, Zementindustrie, chemische Industrie usw.) in der Rheinebene bzw. am Rhein. Sie werden größtenteils auf dem Wasserweg von der Ruhr beliefert. Auch die Einführung der „Als-ob-Tarife“ für Saarkohle hat hieran wenig geändert. In der chemischen Industrie wird außerdem laufend die Petrobasis ausgedehnt. Aber selbst dort, wo die saarländische Kohle frachtlieh gesehen noch gewisse Vorteile hätte, ist sie im Nachteil, da ihre Fett-A-Kohle teurer (bis zu DM 5,— je t) als Ruhrkohle ist.

(1) Die vertraglichen Regelungen sind im einzelnen etwas komplizierter, insbesondere auch im Hinblick auf die Warndt-Förderung.

Noch bedeutender für die Saarbergwerke ist Baden-Württemberg, das innerhalb des süddeutschen Marktes mehr als die Hälfte der Kohlenlieferungen abnimmt. Darum wirkt sich gerade hier der Absatzrückgang von 1961 bis 1964 um rd. 19 % mengenmäßig (etwa 276 000 jato) besonders stark aus. Wäre es nicht gelungen, innerhalb dieses Zeitraums die Lieferungen an die Elektrizitätswerke zu steigern (um insgesamt 180 000 jato), so wäre der Verlust noch höher gewesen. Negativ hat sich hier vor allem die Absatzminderung bei den Gaswerken von rd. 71 % (1964 gegenüber 1961) bemerkbar gemacht. Die Ursache für diese Entwicklung liegt entscheidend im Vordringen des Öls, wobei insbesondere auch der steigende Öleinsatz bei den Kraftwerken hervorzuheben ist.

In dem revierfernen Bayern, wo die Saar nach 1945 zusammen mit der Ruhr und Aachen die durch den Ausfall schlesischer Kohle entstandenen Lücken deckte, ist in den jüngsten Jahren durch zahlreiche Raffineriebauten, die über Pipelines ihr Rohöl erhalten, ein wichtiger Strukturwandel auf dem Energiemarkt eingetreten. Der damit verbundene Rückgang des Bezugs von Kohle und Koks beträgt im Zeitraum von 1960 bis 1964 rd. 1,25 Mill. t, wovon die Saarbergwerke mit über 200 000 jato betroffen sind. Auch hier hat sich der fast völlige Verlust des Absatzes an die Gaswerke zusammen mit der verminderten Abnahme der Sektoren Hausbrand und Kleinverbrauch sowie der Industrie für die Saarbergwerke sehr nachteilig ausgewirkt.

Wie alle westeuropäischen Steinkohlenbergbaugebiete sind also auch die Saargruben von der Strukturkrise des Bergbaus stark betroffen, die im wesentlichen auf das Vordringen des Heizöls als Substitut für die Steinkohle zurückzuführen ist. Dieses Vordringen des Heizöls ist insbesondere auf den traditionellen Märkten der Saarkohle im süddeutschen Raum zu beobachten. Durch mehrere Raffineriebauten ist dort das Angebot an Substitutionsenergie besonders groß. Infolge günstigerer Preise des Heizöls mußte auch bei den Großverbrauchern häufig eine Umstellung auf Ölzusatz bzw. Heizölbefuerung verzeichnet werden.

Betreffen diese Substitutionsprobleme sämtliche Steinkohlenreviere, so kommt für den Saarbergbau erschwerend hinzu, daß die Saarkohle trotz größerer Marktnähe heute in stärkerem Maß im süddeutschen Raum mit dem Kohlenangebot der Ruhr und Aachen rechnen muß. Geringe Transportkostenvorteile der Saarkohle werden im trockenen Gebiet häufig durch höhere Ab-Zechen-Preise kompensiert. In den großen Wassereinzugsgebieten führt dies sogar zu einer Schlechterstellung der Saarkohle. Auch die Als-ob-Tarife der Deutschen Bundesbahn haben bei der Kohle keine entscheidende Absatzbelebung hervorgerufen.

Erschwerend kommt hinzu, daß einer der Hauptabnehmer der saarländischen Kohle, die Eisenschaffende Industrie der Saar, sich gegenwärtig ebenfalls in einer schweren Krise befindet. Langfristig dürfte auch hier mit einem Absinken des spezifischen Kohlenbedarfs zu rechnen sein.

Allein der Absatz nach Frankreich zeichnet sich noch durch eine gewisse Stabilität aus. Er beruht auf vertraglichen Verpflichtungen und ist aufgrund der Festlegungen des Saarvertrags größtenteils mit dem gesamten Förderungsvolu-

men verknüpft. Für die weitere Zukunft, d. h. für die Zeit nach dem Auslaufen des Saarvertrags im Jahr 1982, zeichnet sich aber auch hier ein erhebliches Unsicherheitsmoment ab.

cbab) Eisenschaffende Industrie ⁽¹⁾

Die Eisen(schaffende)-Industrie des Saarlandes umfaßt sieben Werke:

1. Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen.
Werkstyp: Integriertes Hüttenwerk.
Schwergewicht der Produktion: Flachprodukte.
2. ARBED (Acieries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange SA),
Werk Burbach.
Werkstyp: Integriertes Hüttenwerk.
Schwergewicht der Produktion: Formstahl, Stabstahl, Bleche.
3. HADIR-Hochofen- und Stahlwerk AG, St. Ingbert.
Werkstyp: Walzwerk.
Schwergewicht der Produktion: Band- und Röhrenstreifen, Draht.
4. Halbergerhütte GmbH, Brebach.
Werkstyp: Hochofenwerk und Gießerei.
Schwergewicht der Produktion: Strangguß, Sphäroguß, Schleuderguß.
5. Neunkircher Eisenwerk AG, vorm. Gebr. Stumm, Neunkirchen.
Werkstyp: Integriertes Hüttenwerk.
Schwergewicht der Produktion: Formstahl, Stabstahl, Walzdraht, Rohre.
6. Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke GmbH, Völklingen.
Werkstyp: Integriertes Hüttenwerk und Edelstahlwerk.
Schwergewicht der Produktion: Formstahl, Stabstahl, Walzdraht, Edelstahl.
7. Röhrenwerke Bous/Saar GmbH, Bous.
Werkstyp: Elektrostahlwerk und Rohrwalzwerk.
Schwergewicht der Produktion: Nahtlose Stahlrohre und deren Verarbeitung.

Relativ am bedeutungsvollsten sind die Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen, deren Produktion sowohl auf dem Gebiet der Roheisen- und Rohstahlerzeugung als auch der Walzstahlfertigerzeugung jeweils etwa ein Drittel der Gesamtproduktion aller sieben Werke ausmacht. Gemessen am Anteil an der Gesamtproduktion folgen die Werke in Neunkirchen, Burbach und Dillingen.

Die Produktionsentwicklung der Eisenindustrie war im Zeitraum 1955 bis 1964 im Saarland ungünstiger als in der übrigen Bundesrepublik. Während von 1955 bis 1964 die Rohstahlproduktion der in der übrigen Bundesrepublik gelegenen Hüttenwerke von 21,3 Mill. t auf 33,1 Mill. t, d. h. um rd. 55 % an-

(1) Aufgrund seiner detaillierten Sachkenntnis auf dem Stahlsektor stellte uns Dozent Dr. R. Wasmuht für diesen Abschnitt wichtige Unterlagen zur Verfügung, die eine wesentliche Grundlage der vorliegenden Ausarbeitung bilden.

stieg, nahm die entsprechende Produktion im Saarland von 3,2 Mill. t auf 4,2 Mill. t, d. h. nur um etwa 32 %, zu. Diese durchschnittliche Produktionsentwicklung ist zunächst eine Folge der relativ guten Ausgangsbeschäftigung der saarländischen Eisenindustrie im Jahr 1955, die näher an der Kapazitätsgrenze lag als in der übrigen Bundesrepublik. Sie ist aber auch auf die ungünstige Zersplitterung der Produktionseinheiten zurückzuführen. Folgende Beispiele verdeutlichen die nachteiligen Produktionsverhältnisse: Im Jahr 1964 wurden im Saarland 21 Hochöfen betrieben, um 3,6 Mill. t Roheisen herzustellen. Für die gesamte Roheisenerzeugung des Saarlandes würden heute jedoch etwa vier moderne Hochöfen voll ausreichen. Im Gegensatz zum Saarland sind im Ruhrgebiet bereits mehrere Werke dazu übergegangen, Großhochöfen (mit ca. 9 m Gestelldurchmesser) in Betrieb zu nehmen. Dieser Rückstand des Saarlandes äußert sich auch in der Tagesleistung der Hochöfen: Die durchschnittliche Tagesleistung der saarländischen Hochöfen betrug 1964 475 t. Demgegenüber erreichte zur gleichen Zeit der Durchschnitt der Tagesleistung je Hochofen im Ruhrgebiet 660 t.

Die Tatsache, daß die Tagesleistung im Saarland etwas höher liegt als in Lothringen und daß auch der Unterschied in der durchschnittlichen Tagesleistung im Vergleich mit dem Ruhrgebiet nicht allzu hoch ist, sollte jedoch nicht überbewertet werden. Der internationale Vergleich läßt den Rückstand deutlicher hervortreten: So lag z. B. die durchschnittliche Hochofenleistung in den USA im Jahr 1964 bei 1250 Tagestonnen und in Japan bei 1900 Tagestonnen. Noch weitaus höhere Leistungen (4000 Tagestonnen und mehr) werden heute in Einzelanlagen, wie z. B. in einem modernen russischen Hüttenwerk, erreicht. Nach Fertigstellung der z. Z. im Bau befindlichen neuen Hüttenwerke in Übersee wird mit einem weiteren Ansteigen der durchschnittlichen Tagesleistung der Hochöfen zu rechnen sein. In Zukunft wird der Produktionsstandard entscheidend von diesen neuen Werken bestimmt.

Ähnlich ungünstig sind die Verhältnisse im Bereich der Stahlwerke. Im Saarland werden z. Z. 20 Thomas-Konverter, 2 LD-Konverter, 15 Siemens-Martin-Öfen und 5 Elektroöfen betrieben. Vom Elektrostahl abgesehen, könnte diese Gesamterzeugung von einem modernen Stahlwerk mit fünf bis sechs Großkonvertern erbracht werden. Auch bei den Walzwerken ist ein beträchtlicher Rationalisierungsrückstand zu verzeichnen: Im Saarland werden gegenwärtig 32 Walzstraßen betrieben. Für dieselbe Produktion würden acht bis zehn moderne Walzstraßen durchaus genügen.

Betrachtet man die Investitionsprogramme der Werke der saarländischen Eisenindustrie, wie sie Ende 1965 galten, so ist festzustellen, daß diese trotz des erheblichen Rationalisierungsrückstands vorwiegend auf Ersatz und Ergänzung bestehender Anlagen ausgerichtet sind. Ein Ansatz zu einem Zusammenschluß zu größeren Betrieben ist — abgesehen von einer relativ geringen Beteiligung der Firma Röchling in Völklingen am Bau eines neuen LD-Stahlwerks der Dillinger Hütte — nicht zu erkennen.

Weitere, die Entwicklung der saarländischen Eisenindustrie hemmende Einflüsse sind auf der Rohstoffseite zu verzeichnen. Aus Saarkohle allein läßt sich

Hochofenkoks geeigneter Qualität nicht herstellen; die erforderliche Zumischung von Kokskohle (Magerungskohle) aus anderen Revieren (z. B. Aachen) bedeutet eine Verteuerung des Koksensatzes. Ferner wird die Verwertung der zwar nahegelegenen, aber relativ eisenarmen Minette aufgrund des preisgünstigen Angebots an Reicherz aus Schweden und Übersee immer mehr eingeschränkt, womit gleichzeitig eine Senkung des spezifischen Koksverbrauchs im Hochofen verbunden ist.

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich für die Saarhütten aus ihren ungünstigen Transportwegen und Frachten. Insbesondere wirkt sich die räumliche Lage des Saarlandes in Verbindung mit gewissen Bestimmungen des internationalen Güterverkehrs (siehe Teil I Abschnitt II/1) nachteilig aus. Hinzu kommt, daß eine direkte Wasserstraßenverbindung zum Rhein nicht besteht. So vollzieht sich der Abtransport der Fertigprodukte bisher per Kraftfahrzeug und vor allem per Eisenbahn. Frachtvorteile gegenüber den Konkurrenten bestehen sicher im Saarland selbst und unter gewissen Bedingungen auch im süddeutschen Raum. Der innersaarländische Absatz fällt mit rd. 20 % des Absatzes der Saarhütten nicht sehr ins Gewicht. Der entsprechende Anteil für das Ruhrgebiet beträgt ca. 50 %. Ein Vergleich dieser beiden Prozentsätze macht den wesentlichen Absatzvorteil der Ruhrhütten deutlich. Die Saarhütten liefern nur etwa 40–50 % ihres Absatzes in Gebiete, in denen sie Frachtvorteile besitzen.

Die aufgeführten Nachteile in den Produktions- und Marktverhältnissen der saarländischen Eisenindustrie legen die Frage nahe, ob bzw. unter welchen Bedingungen das Saarland auch in Zukunft als ein geeigneter Standort der Eisenindustrie angesehen werden kann. Dabei ist davon auszugehen, daß die z. Z. überschaubaren Entwicklungen in der Eisenhüttentechnik keine Lösungen bringen, die die Saarhütten spezifisch begünstigen.

Insbesondere führt die Aufbereitung der Minette, sei es durch die magnetische Starkfeldscheidung, sei es durch die magnetisierende Röstung mit nachfolgender Schwachfeldscheidung oder durch Flotation, bisher nicht zu einer wirtschaftlicheren Arbeitsweise der Hütten.

Die im folgenden vorgenommene komparative Kostenanalyse ermöglicht eine Quantifizierung bestimmter Standortnachteile der saarländischen Hütten und bietet so die Grundlage für Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsstellung der saarländischen Eisenindustrie (1). Es handelt sich hierbei um einen simplifizierenden Kostenvergleich für alternative Standorte und alternative Produktionsbedingungen. Verglichen werden die sog. Assembly-Costs (im folgenden A-Kosten genannt). Diese A-Kosten umfassen die Rohstoffkosten, die zur Herstellung von einer Tonne Roheisen erforderlich sind (Erz, Kohle, Öl, Kalk und sonstige Zuschläge) zuzüglich Transportkosten bis zum Hüttentor. Interne Verarbeitungskosten, also auch von Kohle zu Koks oder von Feinerz zu Sinter, sind in diesen Kosten nicht erfaßt. Es ist Aufgabe der A-Kosten, die Kosten für das Roheisen zu repräsentieren, die ihrerseits als Basis der Kosten aller hüttenmännischen Operationen angesehen werden.

(1) Das Folgende beruht auf Berechnungen von R. Wasmuth.

Für die Regionen Saarland, Lothringen, Ruhrgebiet, „Europort“, „Japanküste“ und „Brasilküste“ gibt ein A-Kostenvergleich die Unterschiede in den Betriebsbedingungen bzw. Standortverhältnissen bei der Roheisenerzeugung wieder. In einem ersten Fall entsprechen die Betriebsbedingungen dem bislang gegebenen Stand (Status quo) im Saarland, also einem Durchschnitt von moderneren und alten Einrichtungen. Damit verbunden ist die Unterstellung, daß sowohl Minette als auch Saarkohle verwendet werden. Bei den weiteren Alternativen wird jeweils unterstellt, daß die Roheisenerzeugung in einer „Neuen Hütte“ erfolgt, jedoch variieren Art bzw. Herkunft der verwendeten Kohle und des verwendeten Erzes. Unter dem Begriff „Neue Hütte“ wird das „Hüttenwerk der Zukunft“ verstanden. Nach Rheinländer (1) wird in der Zukunft ein solches Hüttenwerk mit vorbereiteten Rohstoffen (Sinter, Pellets) unter erhöhten Windtemperaturen und unter Zusatz von Öl oder Erdgas im Hochofen arbeiten. Die Hochofenanlage wird mit großen Ofeneinheiten ausgerüstet sein. Unter diesen Voraussetzungen erwartet man, daß sich bei Verwendung von 100 % Reicherz der Koksverbrauch auf etwa 400 kg/t Roheisen und der Ölverbrauch auf etwa 100 l/t Roheisen belaufen wird. Mit steigender Ofengröße sinken relativ die betrieblichen Verarbeitungskosten erheblich. Wird der Rohstoffeinsatz bei der Neuen Hütte variiert, erhält man eine Antwort auf die Frage, inwieweit sich die A-Kosten verändern, wenn statt 100 % Reicherz Minette und/oder statt Saarkohle US-Kohle verwendet werden.

Bei einem Vergleich der A-Kosten franko Hochofenwerk unter den genannten Alternativen zeigt sich zunächst, daß eine Saarrhütte unter Status-quo-Bedingungen bei der Beschaffung ihrer Rohstoffe in allen Fällen schlechter gestellt ist, als ihre gegenwärtigen und zukünftigen Konkurrenten. Die Unterschiede zuungunsten des Saarlandes betragen gegenwärtig: 14 % gegenüber Lothringen, 10 % gegenüber dem Ruhrgebiet, 29 % gegenüber einer Neuen Hütte in Europort, 17 % gegenüber einer Neuen Hütte in Japan.

Wird im Saarland jedoch eine Neue Hütte (also ein Gemeinschafts-Hochofenwerk) errichtet, so könnten die A-Kosten gegenüber dem Status quo um ca. 12 % gesenkt werden. Dies wäre dann der Fall, wenn als Rohstoffe ausschließlich Reicherz und zollfreie US-Kohle verwendet werden bzw. der Preis der saarländischen Kohle durch Subventionen auf ein Niveau gesenkt wird, das — auch unter Berücksichtigung der Qualitätsunterschiede beim Koks — dem US-Preisniveau äquivalent ist. Unterstellt man jedoch auch in den anderen untersuchten Regionen „Neue Hütten“, so weisen diese geringere A-Kosten als im Saarland auf. Der Vorsprung der konkurrierenden Regionen wird zwar vermindert, aber nicht völlig aufgehoben.

Die Feststellung, daß das Saarland auch bei Übergang auf eine Neue Hütte keinen kostengünstigen Standort für die Roheisenerzeugung darstellt, bedeutet nicht zwangsläufig, daß das Saarland als Standort für die Eisenindustrie nicht in Frage kommt. Aufgrund seiner Nähe zu den Absatzmärkten für Walzwerk-

(1) P. Rheinländer, Die Brennstoff- und Energieversorgung der Eisenschaffenden Industrie. In: Stahl und Eisen, Nr. 85, 1965.

fertigerzeugnisse ist das Saarland zumindest für die Walzwerke ein günstiger Standort. Inwieweit das Saarland unter Kostengesichtspunkten auch für die Halbzeugproduktion in Frage kommt, zeigt die Weiterführung der A-Kostenrechnung bis zum Halbzeug. Auf dieser Grundlage läßt sich auch das Ausmaß einer möglichen Kostensenkung für die Walzwerke abschätzen. Bei den folgenden Überlegungen wird einheitlich angenommen, daß die Halbzeugherstellung durch Verarbeitung des flüssigen Roheisens in einem LD-Stahlwerk mit anschließender Stranggußanlage erfolgt und daß das Halbzeugwerk gesellschaftsrechtlich und organisatorisch mit dem Walzwerk verbunden ist (1).

Die Weiterführung der A-Kostenrechnung bis zum Halbzeug erfordert die Betrachtung der sog. Ah-Kosten (h = Halbzeug). Diese setzen sich zusammen aus den A-Kosten des Roheisens unter Berücksichtigung der bei der Verarbeitung zu Stahl bzw. Stranggußhalbzeug anfallenden Materialverluste und den Kosten des Transports zum Standort des Walzwerks. Es ergibt sich, daß die Verbesserungen in den Betriebsbedingungen der Hütten (Neue Hütte, Einsatz von Reicherz und billiger Kohle) zu einer erheblichen Kostensenkung für das Halbzeug (von ca. 18 DM/t) führen. Ein absoluter Kostenvorsprung gegenüber anderen Revieren (z. B. dem Ruhrgebiet) wird sich jedoch kaum erreichen lassen, da davon auszugehen ist, daß die Verbesserungen in den Betriebsbedingungen der Hütten nicht nur auf das Saarland beschränkt bleiben. Wichtig ist, daß in einer Neuen Hütte im Saarland nicht nur Reicherz, sondern auch US-Kohle oder entsprechend subventionierte Saarkohle eingesetzt wird. Anderenfalls würde Europort als Standort eines Halbzeugwerks – trotz zusätzlicher Transportkosten für das Halbzeug zu den saarländischen Walzwerken – in etwa ebenso günstig sein wie das Saarland.

Zusammenfassend ergibt sich somit, daß die saarländische Eisen- und Stahlindustrie im Vergleich mit konkurrierenden Gebieten sich in einer relativ ungünstigen Situation befindet, die vor allem auf den Rückstand im Produktionsstandard sowie die derzeitigen Nachteile bei den Rohstoffen (Kohle und Erz) zurückgeführt werden kann. Um zu einer erheblichen Verbesserung dieser Wettbewerbsstellung zu gelangen, sind durchgreifende Rationalisierungen notwendig. Insbesondere sind die Verhältnisse zu schaffen, die dem Bau einer „Neuen Hütte“ entsprechen. Unter Voraussetzung des Einsatzes von Reicherz und billiger Kohle (Preisniveau der US-Kohle als Richtschnur) sowie der Möglichkeit der Inanspruchnahme günstiger Tarife (etwa auf dem Niveau der heutigen „Als-ob-Tarife“) hat die Fortführung der Eisen- und Stahlerzeugung an der Saar jedoch ihre wirtschaftliche Berechtigung.

(1) Nach Einführung des LD-Stahlverfahrens steigt die Schmelzleistung (t/h) der Ofeneinheiten gegenüber den bisher üblichen Stahlerzeugungsverfahren. Das bedeutet insbesondere, daß die Thomas-Stahlwerke unrentabel werden. Der verstärkte Einsatz von LD-Stahlwerken gestaltet sich jedoch im Saarland insofern schwierig, als aufgrund der Verwendung der Minette nur ein phosphorhaltiges Roheisen erschmolzen werden kann. Für die Weiterverarbeitung dieses Roheisens werden aber üblicherweise Thomas-Konverter eingesetzt. Wegen des hohen Phosphorgehalts müßte man anstelle des LD-Verfahrens das teurer arbeitende LDAC-Verfahren anwenden. Die Anwendung des LD-Verfahrens setzt also voraus, daß auf die Herstellung phosphorreichen Roheisens und damit auf den Einsatz von Minette verzichtet wird.

cbb) Strukturprobleme der Industriezweige des Nicht-Montanbereichs
 cbba) Überblick

Wie der allgemeine Überblick zeigt, liegt auch heute noch das Schwergewicht der saarländischen Industrie im Montansektor; die übrigen im Saarland vertretenen Industrien erreichen — im Vergleich zum Montansektor — nur geringe Anteile. Es erscheint daher gerechtfertigt, alle Industrien des Nicht-Montanbereichs in einem Abschnitt zusammenfassend zu behandeln.

Die Industriezweige des Nicht-Montanbereichs sind im Saarland im wesentlichen mittelständischen Gepräges. Dieses wird allerdings kaum aus einem statistischen Vergleich der Betriebsgrößen (gemessen an den Beschäftigten oder auch am Umsatz) etwa mit der gesamten Bundesrepublik deutlich. Eine nähere Kenntnis der saarländischen Verhältnisse ist erforderlich. Diese spezifische Unternehmensstruktur erklärt auch — zumindest in vielen Industriezweigen — die großen Schwierigkeiten anlässlich der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik (1).

Sehr schwer betroffen von der wirtschaftlichen Rückgliederung wurden kleine Unternehmen, die vornehmlich für saarländischen Konsum produzierten. Die saarländische Industrie war bei Gütern, die aufgrund der saarländischen Konsumgewohnheiten (die weitgehend mit denen der Bundesrepublik übereinstimmen) wegen der Zollgrenzen zwischen dem Saarland und der Bundesrepublik in kleineren Mengen im Saarland selbst produziert wurden, nach Öffnung der Zollgrenzen zur Bundesrepublik nicht länger konkurrenzfähig. Besonders wirkte sich das etwa in der Arzneimittelindustrie aus, die bis 1959 Fabrikate aus der übrigen Bundesrepublik in Lizenz herstellte (was naturgemäß häufig war). Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, der Möbelindustrie und in vielen anderen, insbesondere Verbrauchsgüterindustrien.

Die wirtschaftliche Rückgliederung brachte aber auch eine neue Grenze gegenüber Frankreich, die besonders die im Frankreichgeschäft engagierten Unternehmen beeinträchtigte. Wenn diese Grenze auch keine Zollgrenze wurde — zumindest innerhalb der im deutsch-französischen Saarvertrag ausgehandelten Warenkontingente, die zum Teil nicht einmal voll ausgeschöpft werden —, so wurden im Warenverkehr mit Frankreich nun doch Grenzdokumente erforderlich, die namentlich Kleinbetriebe vom Exportgeschäft abschreckten. Einbußen im Frankreichgeschäft gehen ferner auf steuerliche Wirkungen zurück; die wirtschaftliche Rückgliederung brachte für das Saarland die deutsche Bruttoallphasenumsatzsteuer. Saarländische Waren — nur durch eine oft als unzulänglich empfundene Umsatzsteuerrückvergütung entlastet — werden beim Grenzübertritt mit der französischen Mehrwertsteuer belastet und büßen so erheblich an Konkurrenzfähigkeit ein. Viele Unternehmen mußten sich daher nach der Rückgliederung dem deutschen Markt zuwenden, Zugang zu Märkten finden,

(1) Es wurde in persönlichen Gesprächen mit Vertretern der saarländischen Industrie häufig die Ansicht vertreten, daß sich die mehrmalige politische Umgliederung gerade in diesen Bereichen lähmend auf die unternehmerische Initiative ausgewirkt hat.

auf denen die bundesdeutschen Unternehmen längst Fuß gefaßt hatten und die sich durch zum Teil scharfe Konkurrenzbeziehungen auszeichnen. Saarländische Unternehmen konnten nur durch große Anstrengungen (z. B. durch verstärkten Vertreterinsatz mit zum Teil überhöhten Provisionen) überhaupt einen Marktanteil in der übrigen Bundesrepublik erzielen. Eine beachtliche Umorientierung in der Absatzrichtung war also erforderlich: War in vielen Branchen Frankreich der Hauptkunde vor der wirtschaftlichen Rückgliederung, so mußte nun die übrige Bundesrepublik an dessen Stelle treten.

Die Schwierigkeiten der Umstellung wurden bald weiter erhöht durch die im März 1961 erfolgte Aufwertung der DM. Im Saarland mit seiner besonders hohen Außenhandelsverflechtung mußte dieses Ereignis die sich noch in der Umstellung befindlichen Unternehmen besonders hart treffen, da sie in eine Zeit fiel, in der sich die Unternehmen bemühten, ihren Absatz in Frankreich zu behaupten.

Und ein drittes Ereignis kam für das Saarland erschwerend hinzu: die zu dieser Zeit beginnende Strukturkrise des Kohlenbergbaus sowie die ziemlich starken Konjunkturschwankungen in der Eisenschaffenden Industrie, Ereignisse, die Rückwirkungen auch auf die Industrien des Nicht-Montanbereichs hatten.

Die einzelnen Industriezweige werden an der Saar oft nur durch wenige Unternehmungen repräsentiert. Ergeben sich so schon Bedenken bei der Feststellung von Entwicklungsrichtungen — bei Änderung der Hauptbeteiligung nur eines Betriebes kann sich das für einen Industriezweig als starker Rückgang bemerkbar machen —, so ist der kurze Zeitraum der vorliegenden vergleichbaren Statistiken von 1958 bis heute ein weiteres Hindernis für eine fundierte Studie. Wertangaben sind sogar erst seit 1960 in kontinuierlichen Zeitreihen verfügbar.

Weiterhin stellt sich hier wieder besonders die Frage nach dem Sinn von Vergleichen. Die statistische Systematik der Industrieberichte unterscheidet etwa 40 Industriezweige, wobei in einem Industriezweig oft recht unterschiedliche Produktionen vereinigt sind. Es ist also nicht verwunderlich, daß ein relativ kleines Gebiet wie das Saarland innerhalb eines Industriezweigs häufig nicht die Breite des Produktionsprogramms etwa der Bundesrepublik bietet. Wenn aber — nur um ein Beispiel zu nennen — die chemische Industrie der Bundesrepublik zum größten Teil durch Grundstoffchemie geprägt wird, die saarländische jedoch eher durch Farben- und Lackindustrie, so kann ein sinnvoller Vergleich bestimmter Wirtschaftlichkeitskennziffern (etwa Umsatz je Beschäftigten, Lohnanteil am Umsatz, der Investitionsquote und -intensität u. ä.) kaum vorgenommen werden. Aus diesem Grund wird hier auf eingehende Einzeldarstellungen verzichtet; ein Beurteilungsmaßstab könnte in vielen Fällen nur in einem Betriebsvergleich gefunden werden.

cbbb) Einzeldarstellung

Industrie der Steine und Erden: Die Geschäftsentwicklung dieser Branche ist abhängig von der Bautätigkeit. Zwar konnte über mangelnde Bautätigkeit bisher nicht geklagt werden, doch herrscht ein scharfer Konkurrenzkampf auf

dem saarländischen Baustoffmarkt mit Firmen aus Rheinland-Pfalz und insbesondere aus Frankreich. In Frankreich ist die Fertigbauweise außerordentlich beliebt und weit entwickelt; sie drängt auch stark auf den saarländischen Baumarkt. Insbesondere wird von seiten der saarländischen Industrie darüber geklagt, daß die französischen Firmen gegenüber saarländischen Firmen steuerlich und durch billigere Lohn- und Rohstoffkosten begünstigt seien. Die Industrie der Steine und Erden stagniert in den Jahren seit 1958 völlig. Die Beschäftigungslage ist weiterhin nicht gut, und die Zukunftsaussichten dieses Industriezweigs sind — trotz beachtlicher Investitionsanstrengungen (die durch einen Nachholbedarf gekennzeichnet sind) — nicht günstig zu beurteilen.

Chemische Industrie: Die chemische Industrie des Saarlandes ist eigentlich paracheimische Industrie. Bis heute hat sich keine Schwerchemie an der Saar entwickelt, obwohl früher Bestrebungen im Gange waren, eine karbochemische Industrie zu installieren. (Der richtige Zeitpunkt wurde allerdings versäumt; heute scheint der Aufbau einer Karbochemie nicht mehr sinnvoll zu sein.) Die chemische Industrie des Saarlandes umfaßt hauptsächlich Farben- und Lackproduktion sowie Arzneimittelproduktion. Daneben erlangen noch Öle, Fette, Seifen und Sprengstoff einige Bedeutung. Auch dieser Industriezweig ist an der Saar hauptsächlich durch den Familienbetrieb vertreten, der in erster Linie für den saarländischen Markt produziert. Die Entwicklung der saarländischen Chemie ist also kaum mit der bundesdeutschen Chemie zu vergleichen, die den Charakter einer ausgesprochenen großindustriellen Wachstumsindustrie hat ⁽¹⁾.

Stahlbau: Der saarländische Stahlbau stellt im wesentlichen Hallen, Brücken und Masten her. Obwohl etwa $\frac{2}{3}$ der saarländischen Firmen im Exportgeschäft tätig sind, hängt die Entwicklung doch in starkem Maß von der innersaarländischen Entwicklung, insbesondere der Eisenschaffenden Industrie, ab. In der Stahlbaubranche herrscht eine sehr scharfe Konkurrenz, einerseits mit dem Stahlbetonbau (besonders im Brückenbau), der über höhere Feuerfestigkeit verfügt, andererseits mit bundesdeutschen Stahlbauunternehmen, die auf den saarländischen Markt drängen, da ein recht enger Zusammenhang zwischen Einkauf und Verkauf der Hütten besteht, die sich für Aufträge ihrer bundesdeutschen Kunden revanchieren müssen. Die Zukunftsaussichten sind angesichts der Härte des Konkurrenzkampfes nicht besonders günstig einzuschätzen.

Maschinenbau: Ursprünglich war das Produktionsprogramm des saarländischen Maschinenbaus hauptsächlich auf den Bedarf der Gruben und Hütten ausgerichtet. Erst allmählich verfeinerte sich das Programm, enthält aber auch heute noch keine Präzisionsmaschinen. Der saarländische Maschinenbau ist durch das Überwiegen von Klein- und Mittelbetrieben gekennzeichnet, die sich auf dem saarländischen Markt bis zur wirtschaftlichen Rückgliederung gut behaupten konnten. Nach der wirtschaftlichen Rückgliederung waren allerdings erhebliche Rationalisierungsanstrengungen erforderlich zur Behauptung gegen die bundesdeutsche Konkurrenz. Einzelne Neugründungen waren im Bereich des Ma-

(1) In diesem Industriezweig zeichnen sich durch die Pläne der Saarbergwerke neue Entwicklungen ab.

schinenbaus in den letzten Jahren zu verzeichnen, die hauptsächlich auf die Attraktion der Arbeitskräfte (Vorhandensein eines Arbeitskräftereservoirs im Gebiet des Hochwaldes und dem benachbarten Rheinland-Pfalz) und Vorteile aus dem Saarvertrag zurückzuführen sind. Nach Abschluß der Umorientierung auf bundesdeutsche Verhältnisse wird sich der saarländische Maschinenbau in etwa an die gesamte Entwicklung des bundesdeutschen Maschinenbaus anschließen.

Elektrotechnik: Die saarländischen Betriebe sind in dieser Branche hauptsächlich Zulieferbetriebe (in Form von Zweigwerken bundesdeutscher Unternehmen). Auch in diesem Industriezweig fanden in den Jahren seit der Rückgliederung einige Neu- und Übernahmegründungen statt, für die in erster Linie die Arbeitskräfteorientierung (besonders das im Saarland noch nicht erschöpfte Potential an weiblichen Arbeitskräften) ausschlaggebend war. Die Entwicklung wird in Zukunft in etwa mit der bundesdeutschen Entwicklung einhergehen; es besteht jedoch das Problem, daß die Zweigbetriebe bei einem Rückschlag gefährdeter sein könnten als die Stammwerke, zumal sie häufig nur zur Abdeckung von Spitzen dienen.

Stahlverformung: Die Branche wird im Saarland hauptsächlich durch zwei Großbetriebe repräsentiert, die als Zulieferer für die Eisenbahn (DB und SNCF) und die Automobilindustrie auftreten. Die Firmen haben Zweigwerke in Frankreich errichtet, um die nach der Rückgliederung entstandene Grenze (steuerlicher Art) zu überspringen, so daß sich die Lieferbeziehungen im wesentlichen auf den bundesdeutschen Markt erstrecken. Da die beiden Unternehmen sehr leistungsfähig sind, sind die Zukunftsaussichten dieser Branche günstig zu beurteilen.

Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (EBM-Industrie): Die saarländische EBM-Industrie hatte wohl am meisten unter den Auswirkungen der Rückgliederung zu leiden. Viele Unternehmen konnten sich nur halten, solange der saarländische Markt abgekapselt war. In den Jahren seit der Rückgliederung hat ein Schrumpfungsprozeß stattgefunden. Die Branche wird heute von zwei Unternehmen beherrscht (die u. a. Zulieferer der Automobilindustrie sind); ein allmählicher Umschlag zu einem Wachstum der Branche ist zu erwarten.

Bekleidungsindustrie: Das Produktionsprogramm der saarländischen Bekleidungsindustrie — auch wieder durch den Familienbetrieb geprägt — konzentriert sich auf hoch spezialisierte Artikel im Gegensatz zur Konfektionsware bundesdeutscher Großbetriebe. Auch in dieser Branche brachte die Rückgliederung eine Umorientierung des Absatzes zum bundesdeutschen Markt mit sich; der Zugang zum bundesdeutschen Markt wurde besonders erschwert durch überhöhte Vertriebskosten. In den Jahren seit der Rückgliederung wurden einige Betriebe neu im Saarland angesiedelt. Ausschlaggebend für die Standortwahl waren das bedeutende weibliche Arbeitskräftereservoir, niedrigere Lohnkosten als in der Bundesrepublik (im Gegensatz zu anderen Branchen, in denen das bundesdeutsche Lohnniveau erreicht wird), bestimmte Vorteile aus dem Saarvertrag (z. B. bei der Beschaffung von Rohstoffen aus Frankreich) und auch Kapital zu günstigen Konditionen.

Ernährungsindustrie: Die saarländische Ernährungsindustrie verfügt über bedeutende Betriebe in der Süßwaren-, der Backwaren- und der Fleischwarenindustrie. Die Fleischwarenindustrie (Konservenindustrie) profitiert in starkem Maß vom Saarvertrag, da sich die französischen und die deutschen Konsumgewohnheiten auf diesem Gebiet gut ergänzen. Auch die Süßwarenindustrie wird durch den Saarvertrag begünstigt (Kontingente für Kakao und Zucker), was neben der Attraktivität des saarländischen Arbeitskräftepotentials ein Grund für Neuan siedlungen war.

C – Analyse der Standortlage des Saarlandes

I. Die Lage des Saarlandes in bezug auf seine Absatz- und Liefermärkte

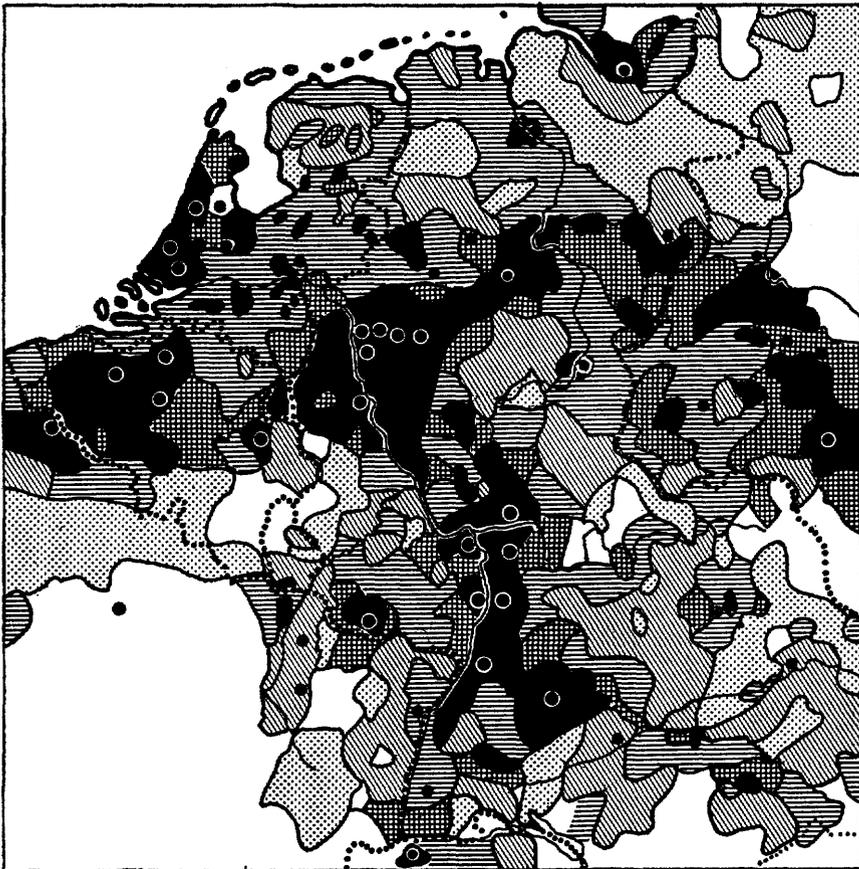
Obwohl zentral im EWG-Raum gelegen, ist das Saarland doch noch immer recht abgekapselt. Die Ursachen liegen zum großen Teil in der historisch-politischen Entwicklung. Das Saarland selbst ist mit nur etwas über einer Mill. Einwohnern kein besonders aufnahmefähiger Markt, insbesondere nicht für die bis heute noch vorherrschenden Hauptprodukte Kohle und Stahl. Hierfür kommen als Abnehmer vorwiegend Ballungsgebiete in Frage, denn die Ballungsräume sind im wesentlichen identisch mit den Hauptindustrieregionen. Hier herrscht hoher Energieverbrauch (Wärmeleistungswerke auf Kohlenbasis, Gaserzeugung) sowie starke Bautätigkeit (Baustahl). Einerseits finden wir hier den Maschinenbau als großen Stahlabnehmer, andererseits auch aufnahmefähige Märkte für bereits im Saarland gefertigte Maschinen.

Die beigelegte Bevölkerungsdichtekarte (siehe Karte 6) zeigt unmittelbar die „Insellage“ des Saarlandes. Im Westen und Südwesten schließt sich allerdings das lothringische Montangebiet an, ein bedeutender Abnehmer für die saarländischen Grundstoffe und Produktionsgüter. Ein bedeutender Markt für weiterverarbeitete Produkte ist allerdings auch dieses Gebiet nicht, wie die Bevölkerungsdichtekarte zeigt. Im Norden, Osten und Südosten schließt sich an das Saarland ein ca. 50 km breiter wenig besiedelter Streifen an, der auch nur wenige bedeutende Großstädte aufweist. Erst in einer Entfernung von ca. 100 km (Luftlinie) von Saarbrücken trifft man auf bedeutende Ballungsgebiete (Rhein-Main-Gebiet, Raum Straßburg-Karlsruhe-Stuttgart). Ganz anders ist demgegenüber die Lage im Ruhrgebiet, das selbst schon einen Markt von über fünf Mill. Einwohnern darstellt und dem sich Ostwestfalen nach Osten, das Siegerland und Rheinland im Süden, das Aachener Gebiet, Holland und Belgien im Westen als große Bevölkerungsagglomerationen und damit Absatzgebiete anschließen.

Eine etwas differenziertere Sicht ergibt sich, wenn man auf die „natürlichen“ Absatzgebiete abstellt, hier ganz schematisch verstanden als die Orte, die unter dem Gesichtspunkt des kürzesten Transportwegs (hier vereinfacht Luftlinie) bestimmten Produktionsorten zugewiesen werden.

Für die derzeit wichtigsten im Saarland erzeugten Güter (Kohlen- sowie Eisen- und Stahlprodukte) wurden solche natürlichen Absatzgebiete ermittelt,

Karte 6 – Bevölkerungsdichte in Mitteleuropa (Stand 1955)



(Bewohner je km² ausschließlich der Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern)

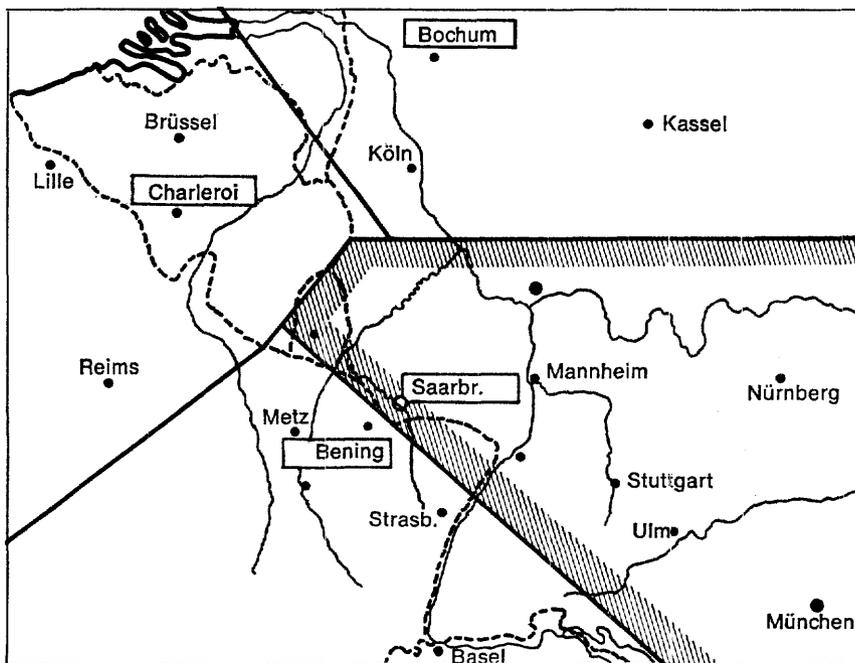
Quelle: Diercke Weltatlas, 23. Aufl. der Neubearbeitung, Braunschweig - Berlin - Hamburg - München - Kiel - Darmstadt 1963, S. 34.

wobei als Produktionsort die jeweiligen Frachtbasen der betreffenden Montanzentren gewählt wurden. Beide Karten (siehe *Karten 7a* und *7b*) zeigen, daß das natürliche Absatzgebiet des Saarlandes der süd- und südwestdeutsche Raum ist.

Die tatsächlichen Absatzgebiete hängen natürlich noch von anderen Faktoren als der Entfernung ab, so von der Art und Führung der Verkehrswege, der Tarifpolitik der Verkehrsträger, dem Produktionsprogramm der Betriebe, aber auch den politischen Verhältnissen (Ländergrenzen z. B.). So ergeben sich dann zwischen den tatsächlichen Absatzgebieten verschiedener Produktionsorte vielfältige Überschneidungen; dennoch dürften die „natürlichen“ Absatzgebiete dem Haupteinflußbereich entsprechen.

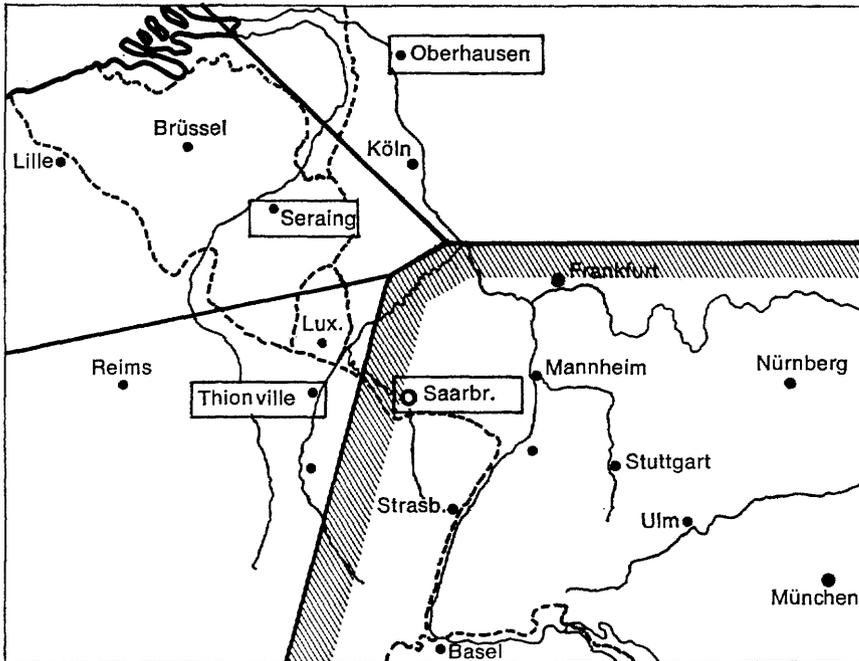
Da den Transportkosten bei Massenerzeugnissen wie Kohle und Stahl eine besondere Bedeutung beim Absatz zukommt, werden die Frachtkosten im folgenden näher untersucht. Sowohl beim Transport von Kohle als auch beim Transport von Stab- und Formeisen hatte das Saarland schon vor Einführung der Als-ob-Tarife hinsichtlich der Frachtkosten bei der Eisenbahn einen Vorsprung gegenüber dem Ruhrrevier auf dem süddeutschen Markt; beim Transport nach Binnenhäfen in Süddeutschland ergab sich jedoch ein deutlicher Frachtvorsprung für das Ruhrrevier⁽¹⁾. Bei der Belieferung des südwestdeutschen Marktes ist noch zu bedenken, daß infolge der Grenzlage des Saarlandes Um-

Karte 7 a — „Natürliche“ Absatzgebiete für Kohle und Kohleprodukte



(1) Siehe Tab. A 1 und A 2 im Anhang, S. 172 und 173.

Karte 7b – „Natürliche“ Absatzgebiete für Eisen- und Stahlerzeugnisse



wege in Kauf genommen werden müssen, da beim Transport über die kürzere Strecke durch Frankreich keine (durchgerechneten) EGKS-Tarife angewendet werden können (es handelt sich nicht um internationalen Verkehr, sondern nur um Transitverkehr) (1). Bei Benutzung der kürzeren französischen Strecke würde das Aneinanderstoßen zweier Tarifsysteme zu einer relativ überhöhten Frachtbelastung führen, da die Berechnung beim Grenzübertritt jeweils neu ansetzt. Das führte dazu, daß lothringische Kohle billiger als saarländische Kohle in den südwestdeutschen Raum geliefert werden konnte, obwohl die Entfernung zwischen den lothringischen Zechen und Südwestdeutschland größer ist als zwischen den Saargruben und diesem Absatzmarkt.

Die Als-ob-Tarife (am 1. 6. 1964 als Wettbewerbsstarife gegen den Saarpfalz-Kanal eingeführt, jedoch von der EWG-Kommission bislang abgelehnt) erhalten dem Saarland die Standortgunst in Hinblick auf sein traditionelles Absatzgebiet, das mit dem „natürlichen“ in etwa zusammenfällt. Unter der Voraussetzung der Als-ob-Tarife hat das Saarland jetzt wieder sowohl bei Kohle als auch bei Stab- und Formeisen selbst an „nassen Orten“ in Süddeutschland

(1) Zunächst erwies sich die Einführung der EGKS-Tarife als Vorteil für das Saarland, da bei deren Einführung 1955 die saarländischen Transporte auf der in vielen Fällen kürzeren Verbindung durch das Elsaß über den günstigen EGKS-Tarif abgerechnet werden konnten.

einen Frachtvorsprung gegenüber dem Ruhrgebiet und auch Lothringen, was die *Tabellen A 3 bis A 5 b* ⁽¹⁾ belegen.

Die wirtschaftliche Rückgliederung und damit die Einführung des DEGT brachte auch im binnenländischen Verkehr des Saarlandes sowie im Verkehr mit dem zweiten wichtigen Markt des Saarlandes — Frankreich — eine Verschlechterung. Die infolge der nur kurzen innersaarländischen Transportwege unverhältnismäßig hohen Nahfrachten müssen innersaarländische und Transporte nach Frankreich besonders belasten. Eine Ausnahme im Frankreichverkehr bilden nur die EGKS-Güter, die nach EGKS-Tarifen abgerechnet werden können und somit nicht unter den Frachtenbruch fallen.

II. *Güterbewegungen zwischen dem Saarland und seinen europäischen Handelspartnern*

Betrafen die bisherigen Überlegungen die „natürlichen“ Märkte, so soll die folgende Untersuchung die tatsächlichen Absatzrichtungen darstellen; diese sind — wie bereits angedeutet — von mannigfachen Faktoren abhängig, so daß sich die Absatzgebiete verschiedener Zentren durchdringen.

Zunächst ist den statistischen Aufzeichnungen ⁽²⁾ die Bedeutung der einzelnen Verkehrsträger zu entnehmen. Die Eisenbahn zieht bei weitem den größten Anteil des gesamten Transportvolumens an sich (weit über 90 v. H.).

Betrachtet man den Versand einzelner Güter, so zeigt sich, daß die Steinkohle bei weitem das tonnagemäßig wichtigste Gut des Versandvolumens ist. So beanspruchte die Steinkohle 1962 fast 70 v. H. des Versandaufkommens der Binnenschifffahrt und ungefähr 65 v. H. des Gesamtgüterversands per Eisenbahn. Da das Saarland nicht Zugang zu einer leistungsfähigen Wasserstraße hat, muß sich der Kohlenversand — der Versand eines Massenguts also, der normalerweise von der leistungsfähigeren Binnenschifffahrt übernommen wird — fast ausschließlich per Bahn abspielen. Als nächstwichtigstes Gut erscheinen in der Versandstatistik die Walzwerkerzeugnisse. Über 50 v. H. des gesamten Versands auf der Straße entfallen auf diese Güterkategorie; bei der Binnenschifffahrt macht sie etwa 25 v. H. aus, bei der Eisenbahn knapp 25 v. H. Aber auch bei diesen Erzeugnissen muß die Eisenbahn — absolut gesehen — die Hauptlast der Transporte tragen.

Ein ähnliches Bild von der Bedeutung der Verkehrsträger vermittelt die Empfangsstatistik. Auch hier befördert die Eisenbahn weitaus die meisten Mengen. Das Schlagwort, die Eisenbahn bilde das Rückgrat des Verkehrs im Saarland, läßt sich also statistisch belegen. Die Übersicht über den Gütererfang weist allerdings andere Gütergruppen als vorherrschend aus: Bei der Eisenbahn spielt das Eisenerz die überragende Rolle, aber auch Steinkohlen haben noch eine gewisse Bedeutung (Magerungskohle aus dem Ruhrgebiet). Eisenerz ist auch von beachtlichem Gewicht bei den Binnenschifffahrtstransporten, wird allerdings von Sand, Kies u. ä. übertroffen.

⁽¹⁾ Siehe Anhang, S. 174—177.

⁽²⁾ Siehe im einzelnen die *Tabellen A 6 bis A 8* im Anhang, S. 178—180.

Ein zeitlicher Vergleich — der sich allerdings aufgrund der Statistiken auf den relativ kurzen Zeitraum von vier Jahren (1958—1962) erstrecken muß — zeigte keine auffallenden Veränderungen in der gütermäßigen Struktur des Verkehrsaufkommens. Langfristig muß wohl mit einer strukturellen Verschiebung der Transporte zuungunsten der Massengüter Kohle und Stahl gerechnet werden. Inwieweit daraus allerdings Schlüsse für den Ausbau der jeweils in Frage kommenden Verkehrsträger gezogen werden können — insbesondere hinsichtlich des Baus des Saar-Pfalz-Kanals —, muß dem zweiten Teil dieses Forschungsberichts überlassen bleiben.

Interessant ist neben den globalen Verkehrsströmen (nach Gütern aufgliedert) die regionale Versand- und Empfangsverflechtung. Diese wurde für die wichtigsten Güter im gesamten saarländischen Verkehrsaufkommen (die, wie oben gezeigt wurde, im wesentlichen EGKS-Güter sind) für das Jahr 1961 kartographisch erfaßt (siehe *Karten 8 a* und *8 b*) ⁽¹⁾. Die *Karten 8 a* und *8 b* fassen die regionalen Versand- und Empfangsverflechtungen für alle EGKS-Erzeugnisse zusammen. Da die Montangüter tonnagemäßig den weitaus überwiegenden Teil der saarländischen Transporte stellen, kann *Karte 8 a* als repräsentativ für die Absatzgebiete der saarländischen Wirtschaft betrachtet werden. Die Ströme zeigen eine weite Verzweigung über den mitteleuropäischen Raum, wobei die EWG-Länder allerdings den Hauptanteil auf sich vereinigen. Innerhalb dieses engeren Gebietes lassen sich Absatzschwerpunkte erkennen: Mittel- und Ostfrankreich (Elsaß und Lothringen) sowie der gesamte süd- und südwestdeutsche Raum.

Als repräsentativ für die gesamte Empfangsverflechtung des Saarlandes können ebenfalls die EGKS-Güter gelten, so daß auch *Karte 8 b* die wesentlichen Ströme wiedergibt. Der Güterer Empfang ist regional nicht so weit gestreut wie der Versand. Als Hauptbezugsgebiete sind nur Lothringen (Eisenerz) und das Ruhrgebiet (Magerungskohle) zu nennen.

D — Zusammenfassende Beurteilung der Saarländischen Wirtschaft

I. Der Einfluß der Wirtschaftsstruktur auf die Entwicklung

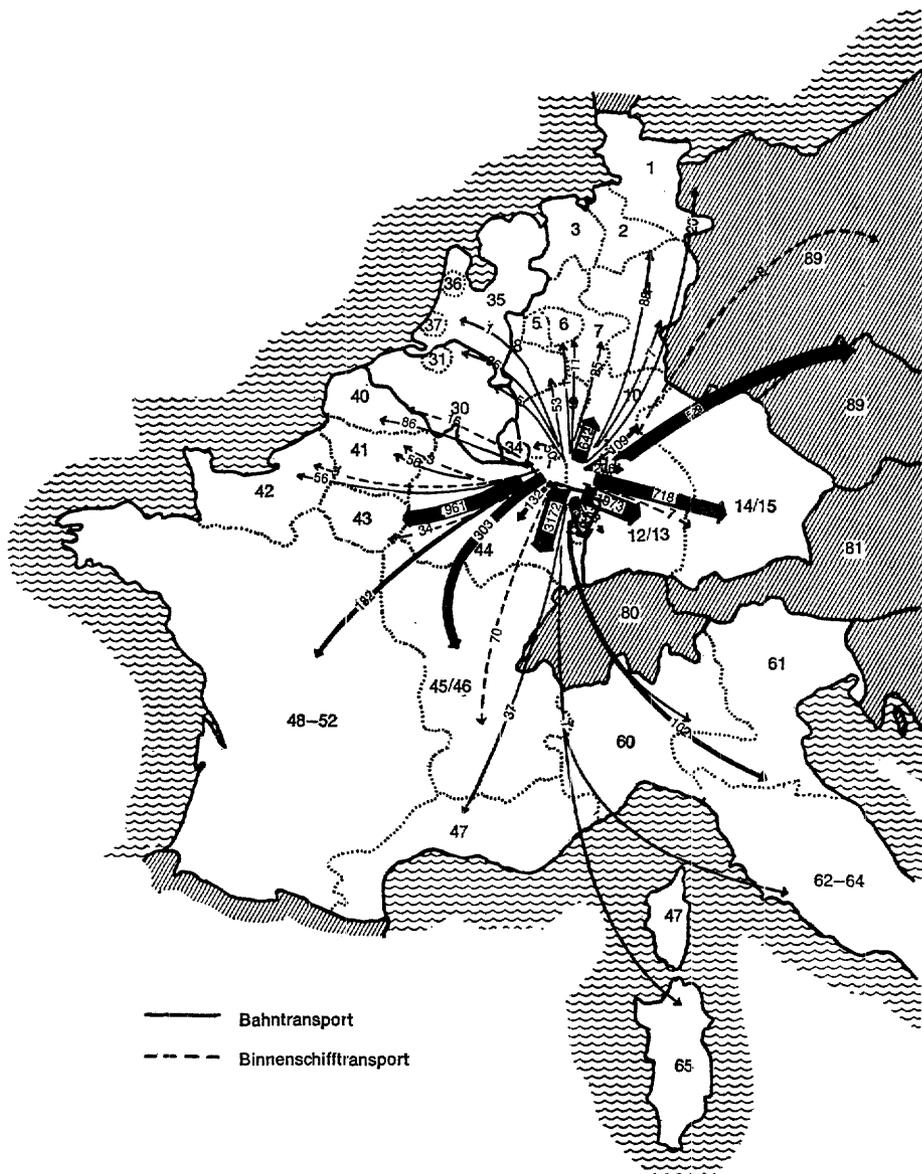
1. Die Wirtschaftsstruktur als Ursache der Entwicklungsschwäche

a) Die relative Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche

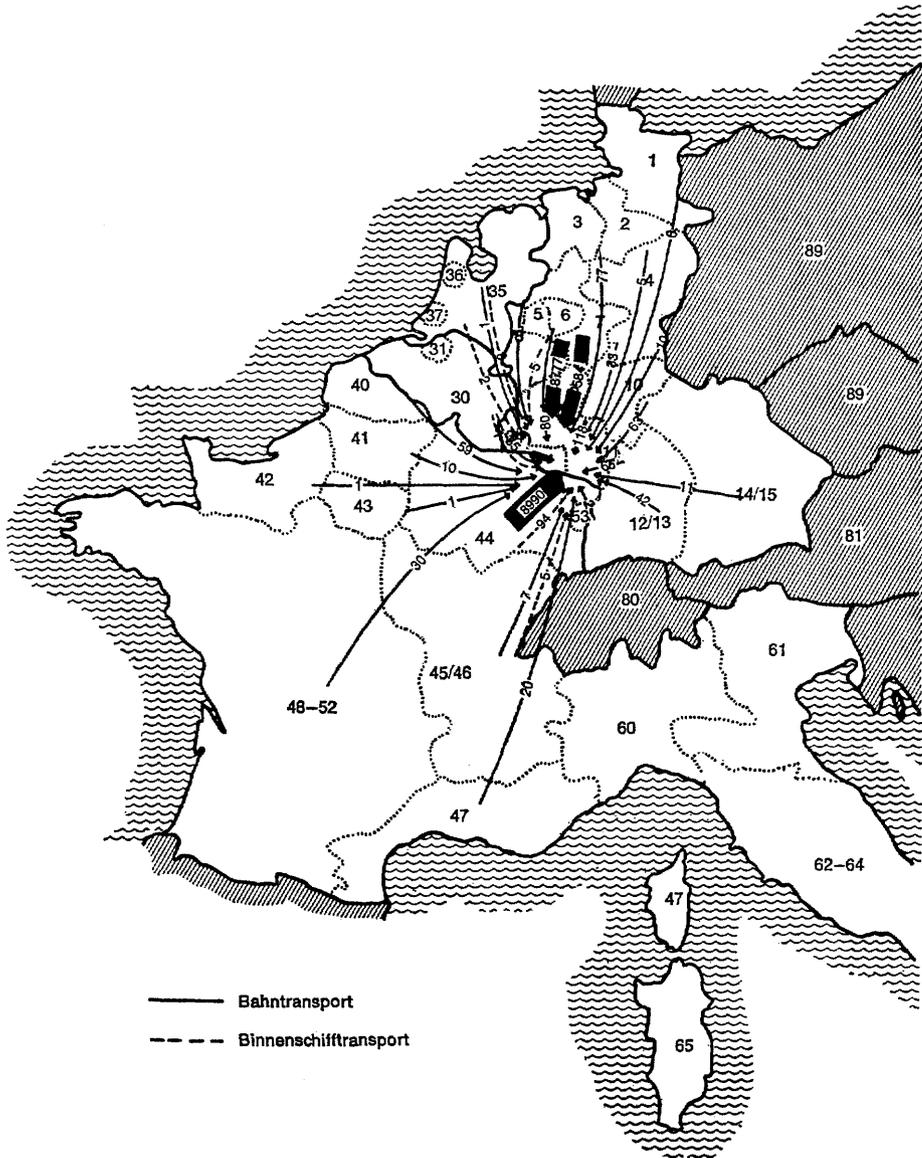
Für die vorstehend im einzelnen aufgezeigte relativ schwache Entwicklung der Saarländischen Wirtschaft in den letzten Jahren sind im wesentlichen zwei Ursachen verantwortlich: die politische Entwicklung und die spezifische saarländische Wirtschaftsstruktur.

(1) Erläuterungen zu diesen Karten finden sich im Anhang S. 181 f. Dort sind zudem auf den *Karten A 1 bis A 9* (S. 183—191) auch die Verflechtungen für einzelne Montangüter dargestellt. Die Quellen für die Schaubilder sind: Stat. Amt der Europäischen Gemeinschaften, Stat. Informationen 1962, Nr. 4, Statistik der Transporte von Gütern des EGKS-Vertrags — 1961, Stat. Übersichten Tabellen 1—10.

Karte 8 a – Versand der EGKS-Erzeugnisse insgesamt vom Saarland in 1000 t



Karte 8 b – Empfang aller EGKS-Erzeugnisse im Saarland in 1000 t



Die politische Entwicklung brachte für das Saarland ein wiederholtes Hin und Her zwischen Zugehörigkeit zum französischen und Zugehörigkeit zum deutschen Wirtschaftsgebiet. Die Umstellungen bildeten — durch die erforderlichen marktmäßigen Umorientierungen — entscheidende Hemmnisse für eine stetige Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere der Industrie. Durch die spezifischen Interessen der jeweiligen Träger der politischen Entscheidung — es bestand vorwiegend Interesse an der saarländischen Grundstoffindustrie — wurde das Entstehen einer „modernen Industriestruktur“ (gekennzeichnet durch einen bedeutenden Anteil von Wachstumsindustrien) behindert. Auch die Standortattraktivität des Saarlandes (Infrastruktur im weiteren Sinn) wurde durch die politische Entwicklung negativ beeinflusst.

Waren schon die politischen Umstände einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung hinderlich, so hat die (gegenwärtig noch bestehende) Wirtschaftsstruktur auch kein hohes wirtschaftliches Wachstum erlaubt. Die Industriestruktur — und darüber hinaus die gesamte Wirtschaftsstruktur — sind in starkem Maß durch Kohlenbergbau und Eisenschaffende Industrie geprägt (1), zwei Industriezweige, von denen der eine infolge einer strukturellen Absatzkrise vollkommen stagniert, ja bereits schrumpft, der andere nur eine — verglichen mit dem Durchschnitt der Industrie — mäßige Entwicklung und außerdem beachtliche konjunkturelle Schwankungen zeigt. Die Untersuchung über die Faktoren des industriellen Strukturwandels legt gerade auf diesen Aspekt besonderen Wert. Sie zeigt, daß ein hoher Anteil von stagnierenden und schrumpfenden Industrien zu starken negativen Auswirkungen auf die Entwicklung der gesamten regionalen Wirtschaft führt, sofern keine Kompensation durch stark expandierende Industrien erfolgt.

So sind die übrigen Industriezweige im Saarland bisher zu schwach vertreten, um als Träger der industriellen Entwicklung auftreten zu können. Einige dieser Industrien wuchsen zwar in der jüngsten Vergangenheit rascher als die entsprechenden Branchen im Bundesdurchschnitt, jedoch sind sie wegen des zu geringen Ausgangsgewichts auch heute noch ohne größere Bedeutung für die gesamte Entwicklung. Andere Industrien, die in der Bundesrepublik insgesamt als Wachstumsindustrien gelten, wie z. B. die chemische Industrie, sind im Saarland sogar Schrumpfungindustrien, wobei sich in besonderem Maß Standorteffekte bemerkbar machen.

Auch auf die Entwicklung der im allgemeinen als zukunftssträftig betrachteten Branchen wirkte die politische Entwicklung verschlechternd. Viele Unternehmer konnten wegen ihres speziellen Produktionsprogramms nicht unmittelbar auf dem nach der wirtschaftlichen Rückgliederung im Jahr 1959 attraktiv gewordenen bundesdeutschen Markt Fuß fassen.

Schließlich ist auch noch die Landwirtschaft als schrumpfender Sektor zu nennen. Aufgrund der extrem kleinbetrieblichen Struktur der saarländischen Landwirtschaft bleibt die Entwicklung hinter der für die gesamte Bundesrepu-

(1) Die einseitige Strukturierung (Spezialisierung) schlägt sich in allen verwendeten Strukturziffern nieder.

blik zurück. Mit dem Rückgang geht die Freisetzung von Arbeitskräften einher. Die freigesetzten Arbeitskräfte können zwar die Umstrukturierung erleichtern, da sie Arbeitskraftreserven für neue Wirtschaftszweige darstellen, andererseits können sie im Fall eines wirtschaftlichen Rückgangs zu einer zusätzlichen Belastung werden.

Den nachteiligen Einfluß der festgestellten besonderen Wirtschaftsstruktur auf die Wirtschaftsentwicklung macht die nachfolgende Verflechtungsbetrachtung deutlicher.

b) Verflechtungsbetrachtung

Was den produktionsbedingten Einfluß des Montanbereichs anbetrifft, so kann die analytische Auswertung der Tabellen über die intersektoralen Verflechtungen gewissen Aufschluß geben ⁽¹⁾. Schätzungsweise 30 % der gesamten saarländischen Bruttoproduktion sind direkt und indirekt durch die Endnachfrage nach Produkten der Montansektoren bedingt. Da diese Sektoren selbst rund 20 % der saarländischen Gesamtproduktion erbringen, sind die restlichen 10 % auf die produktionsbedingte Abhängigkeit der übrigen Sektoren von der Endnachfrage nach Produkten der Montansektoren zurückzuführen. Dabei zeigt sich, daß der Einfluß der Eisenschaffenden Industrie den des Kohlenbergbaus erheblich übertrifft. Die produktionsbedingten Beziehungen zwischen den Montansektoren und der übrigen saarländischen Wirtschaft lassen sich anhand der nachstehenden inversen Zwei-Sektoren-Matrix verdeutlichen.

Tabelle 37 – Matrixmultiplikatoren für die Montansektoren und die übrige Wirtschaft (Jahr 1963)

	Montansektoren	Übrige Wirtschaft
Montansektoren	1,220	0,1326
Übrige Wirtschaft	0,8278	1,8543

Aus der Matrix läßt sich für jeden Bereich die Höhe der Produktion ablesen, die für die Herstellung jeweils einer Endprodukteinheit der einzelnen Sektoren direkt und indirekt erforderlich ist. Multipliziert man die Matrixmultiplikatoren jeder Matrixspalte mit der zugehörigen Endnachfrage, so ergeben die Zeilensummen den Bruttoproduktionswert jedes Bereichs.

Ein Beispiel möge diese Überlegungen verdeutlichen:

Zur Befriedigung einer Endnachfrage in Höhe von 10 Mill. DM nach Produkten der Montansektoren muß in den Montanbereichen selbst in Höhe von 12,2 Mill. DM und im Bereich der übrigen Wirtschaft in Höhe von

(1) Die hierfür erforderlichen invertierten Koeffizienten-Matrizen $(I-A)^{-1}$ wurden im Rechenzentrum des Instituts für Angewandte Mathematik der Universität Freiburg errechnet. Die folgenden Ausführungen sind bewußt sehr vorsichtig gehalten, da wir eine ins einzelne gehende Auswertung der Input-Output-Tabelle aufgrund der unvermeidlichen theoretischen und praktischen Mängel der Input-Output-Rechnung nicht vertreten zu können glauben.

8,3 Mill. DM produziert werden. Zur Befriedigung einer Endnachfrage in Höhe von 10 Mill. DM nach Produkten der übrigen Wirtschaft muß im Bereich der übrigen Wirtschaft selbst in Höhe von 18,5 Mill. DM und in den Montansektoren in Höhe von 1,3 Mill. DM produziert werden.

Wichtig sind ferner die Einkommenswirkungen. Sie geben an, inwieweit die von der Produktion der Montansektoren direkt und indirekt abhängigen Einkommen über die Endnachfrage die Produktion der übrigen Sektoren beeinflussen. Es ist nicht möglich, diese Einkommenswirkungen exakt zu quantifizieren, jedoch muß aufgrund der saarländischen Beschäftigten- und Lohnstruktur mit erheblichen Wirkungen gerechnet werden.

Ein weiterer Anlaß zu näherer Betrachtung ergibt sich aus der festgestellten engen Koppelung der Sektoren Kohlenbergbau, Erzbergbau und Energie, Eisenschaffende Industrie und weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie. Dabei interessiert, wie und in welchem Ausmaß dieser Komplex, der etwa 40 % der gesamten saarländischen Bruttoproduktion ausmacht, aufgrund der gegebenen Verflechtung den Produktionsablauf im Saarland determiniert.

Zu diesem Zweck werden die Sektoren Kohlenbergbau, Erzbergbau und Energie, Eisenschaffende Industrie und weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie als Bereich A dem Bereich B, der die übrige Wirtschaft darstellt (mit den Sektoren Grundstoffindustrien, Verbrauchsgüterindustrien, Land- und Forstwirtschaft sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien und Dienstleistungen), gegenübergestellt. Es interessiert nun, in welchem Maß die Höhe der Produktion jedes Sektors des einen Bereichs die Produktion aller anderen Sektoren des eigenen und des anderen Bereichs beeinflusst. Die Untersuchungen zeigen, daß sowohl die Sektoren des Bereichs A als auch die des Bereichs B sich vorwiegend untereinander — d. h. bereichsintern — beeinflussen. Die Verbindung zwischen beiden Bereichen ist relativ schwach, d. h. daß die Produktion in den Sektoren des Bereichs A nur in geringem Maß die Produktion in den Sektoren des Bereichs B induziert und vice versa. Aus gegenseitiger (produktionsbedingter) Beeinflussung resultiert nur etwa $\frac{1}{6}$ der gesamten saarländischen Bruttoproduktion.

Dabei hat der Bereich A den stärkeren Einfluß, d. h. daß die stimulierende Wirkung der Produktion des Bereichs A größer ist als umgekehrt. Dies äußert sich auch darin, daß die Lieferungen des Bereichs B an den Bereich A die Bezüge des Bereichs B vom Bereich A — absolut gesehen — erheblich überschreiten.

Diese Zusammenhänge lassen sich wiederum anhand von Matrixmultiplikatoren für die zwei Bereiche A und B illustrieren:

Tabelle 38 — Matrixmultiplikatoren für den Energie-Stahl-Komplex (A) und die übrige Wirtschaft (B)

	A	B
A	1,6317	0,2029
B	0,5254	1,6723

Auch hier zunächst ein Beispiel:

Die produktionsbedingten Wirkungen zeigen sich deutlich, wenn man beiden Bereichen A und B dieselbe Endnachfrage (wiederum 10 Mill. DM) zuordnet. Dann ergibt sich, daß der Bereich B in Höhe von 5,3 Mill. DM produzieren muß, wenn die dem Bereich A zugeordnete Endnachfrage 10 Mill. DM beträgt, während der Bereich A nur in Höhe von 2,0 Mill. DM produzieren muß, wenn die dem Bereich B zugeordnete Endnachfrage 10 Mill. DM ausmacht.

Es seien nun die effektiven produktionsbedingten Wirkungen betrachtet, indem eine den wirklichen Verhältnissen angenäherte Verteilung der gesamten saarländischen Endnachfrage auf die Bereiche A und B zugrunde gelegt wird. Einer Endnachfrage im Bereich A in Höhe von 2842 Mill. DM, wie sie im Jahr 1963 bestand, entspricht eine Produktion im Bereich A in Höhe von 4637 Mill. DM und im Bereich B in Höhe von 1493 Mill. DM. Einer Endnachfrage im Bereich B in Höhe von 3466 Mill. DM entspricht eine Produktion im Bereich A in Höhe von 703 Mill. DM und im Bereich B in Höhe von 5796 Mill. DM. Für den Bereich A ergibt sich somit ein Bruttoproduktionswert in Höhe von 5340 Mill. DM und für den Bereich B von 7289 Mill. DM (der Bruttoproduktionswert beläuft sich also insgesamt auf 12 629 Mill. DM) (siehe *Tab. 25*, S. 66).

Im Hinblick auf die gegenseitige Beeinflussung beider Bereiche zeigt sich, daß die vom Bereich A stimulierte Produktion des Bereichs B einen Wert von 1493 Mill. DM erreicht, während die vom Bereich B stimulierte Produktion des Bereichs A nur 703 Mill. DM beträgt. Untersucht man die Bestimmungsgründe der Produktion genauer, so erkennt man, daß die Exporte aus dem Saarland in das übrige Bundesgebiet sowie in das Ausland eine wesentliche Determinante der saarländischen Bruttoproduktion darstellen. Schätzungsweise ist über die Hälfte der saarländischen Gesamtproduktion produktionsmäßig direkt und indirekt von Exporten abhängig, wobei zu bemerken ist, daß die Exporte für den Bereich A eine sehr viel größere Bedeutung haben als für den Bereich B. So scheint der stark exportintensive Sektor Eisenschaffende Industrie im Bereich A sogar die Rolle eines „motorischen Sektors“⁽¹⁾ zu spielen, während im Bereich B eine solche motorische Beziehung fehlt.

(1) Siehe hierzu F. Perroux, *Les industries motrices et la croissance d'une économie nationale*, *Economie appliquée*, Bd. 45, 1963, S. 151—196. Siehe auch F. Rosenfeld, *Les firmes motrices et la comptabilité régionale*, *Cahiers de l'ISEA, Série L*, No. 11, S. 71—73.

Nach Rosenfeld handelt es sich dann um einen motorischen Sektor, wenn

1. ein relativ hoher Anteil der Sektorproduktion exportiert wird (als „hoher Anteil“ werden mindestens 60 % angenommen) und wenn
2. die Bezüge des Sektors einen relativ hohen Anteil an der Produktion der Zuliefersektoren ausmachen. (Ein Schwellenwert wird nicht angegeben; jedoch wird darauf hingewiesen, daß auch der Beitrag zum Gesamtinlandsprodukt beachtet werden sollte.)

Beide Bedingungen treffen für den Sektor Eisenschaffende Industrie zu, jedoch mit der Einschränkung, daß nicht alle Sektoren, sondern hauptsächlich der Sektor Bergbau und Energie einen besonders hohen Anteil seiner Produktion an den Sektor Eisenschaffende Industrie liefert (siehe hierzu die entsprechenden Ausführungen vorn). Im Gegensatz zum Sektor Eisenschaffende Industrie, dessen Exporte über 80 % des Bruttoproduktionswerts betragen, ist für den Sektor weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie mit im Durchschnitt etwa 40 % Exportanteil die erste Bedingung nicht erfüllt.

Trotz bestehender Beziehungen zwischen dem Energie-Stahl-Komplex einerseits und der übrigen Wirtschaft andererseits muß aber davon ausgegangen werden, daß diese Beziehungen nicht übermäßig stark ausgeprägt sind. In bezug auf die Produktionsstruktur des Saarlandes kann man weit eher (zumindest für den Zeitraum von 1960 bis 1963) von einer „bipolaren Wirtschaftsstruktur“ sprechen, und zwar in dem Sinn, daß sich die produktionsbedingten Interdependenzen innerhalb der zwei Bereiche A und B „polarisieren“. Die gegenseitige produktionsbedingte Abhängigkeit ist also innerhalb des Energie-Stahl-Komplexes und auch innerhalb der übrigen Wirtschaft wesentlich stärker als die Beziehungen zwischen diesen beiden Bereichen. Auffallend ist ferner die relativ hohe Exportabhängigkeit von endverbrauchsfernen Sektoren (insbesondere der im Bereich A enthaltenen Sektoren Kohlenbergbau, Eisenschaffende Industrie und weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie).

Diese spezifische Verflechtungsstruktur dürfte ebenso von Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung der Vergangenheit gewesen sein ⁽¹⁾ wie marktmäßige Einwirkungen, z. B. die nachfragebedingte Expansionshemmung der Montansektoren. Für die Montansektoren kann festgestellt werden, daß sie einerseits zwar die Gesamthöhe der saarländischen Produktion in erheblichem Maß bestimmen, daß andererseits jedoch große Teile der saarländischen Wirtschaft von diesen Sektoren nicht entscheidend beeinflußt werden ⁽²⁾.

II. *Führung der Verkehrswege und Tarifgestaltung der Verkehrsmittel als verstärkende Faktoren der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung*

1. *Nachteile im Massengütertransport*

Die Verkehrsverhältnisse sind für die Entwicklung der schwerindustriell ausgerichteten Saarländischen Wirtschaft von besonderer Bedeutung; Kohlenbergbau und Eisenschaffende Industrie benötigen leistungsfähige Verkehrsadern für den Massengütertransport. Das Fehlen einer Wasserstraße — das Saarland ist das einzige Montanrevier ohne ausreichenden Anschluß an das mitteleuropäische Wasserstraßennetz — mußte die strukturell bedingte schwache Entwicklung noch weiter dämpfen, da das Saarland nur in größerer Entfernung Märkte für die produzierten Massengüter findet, so daß sich die Frachten besonders gravierend

(1) Es ist allerdings schwierig, die festgestellten Struktureigentümlichkeiten hinsichtlich ihres Einflusses auf den Wirtschaftsablauf zu beurteilen, da Kriterien bzw. Vorstellungen von einer „richtigen“ Wirtschaftsstruktur weitgehend fehlen. Eine Hilfe könnte hier ein Vergleich der aufgrund triangulierter Input-Output-Matrizen ermittelten Hierarchie der Wirtschaftsgruppen mit dem in der empirischen Forschung (in Umrissen) ermittelten Normalbild vom Aufbau einer Volkswirtschaft sein. Es ist jedoch zu bedenken, daß für regionale Wirtschaften eventuell nur in abgewandelter Form zutrifft, was für nationale Volkswirtschaften gilt. Insbesondere müßten die Einflüsse des Spezialisierungsgrads (und dadurch mitbestimmt der Außenabhängigkeit und der relativen Bedeutung der Sektoren), des Entwicklungsniveaus der regionalen (saarländischen) Wirtschaft sowie auch der besonderen statistischen Konzeption der triangulierten Input-Output-Tabellen (vor allem hinsichtlich der durch die Einbeziehung der Importe in die Transaktionsmatrix möglicherweise bewirkten Verzerrungen in der Hierarchie der Wirtschaftsgruppen) auf die Rangfolge der Sektoren bekannt sein. Aufgrund dieser weitgehend noch ungelösten Schwierigkeiten wird in diesem Rahmen auf eine Betrachtung und Auswertung der Triangulierungsergebnisse verzichtet.

(2) Gemeint sind wiederum nur produktionsbedingte Wirkungen; Einkommenswirkungen bleiben außer Betracht.

im Endverkaufspreis bemerkbar machen. Wenn auch rein entfernungsmäßig das Saarland gegenüber seinem Hauptkonkurrenten — dem Ruhrgebiet — auf dem süddeutschen Markt einen Standortvorteil aufweist, so wird dieser Vorteil doch durch die kostenmäßige Überlegenheit des Binnenschiffs im Massengütertransport zugunsten des Ruhrgebiets mehr als kompensiert. So konnten die Montanerzeugnisse der Ruhr vor Einführung der Als-ob-Tarife für die Saar viele süddeutsche Orte — besonders die Hafentplätze — mit einer geringeren Frachtbelastung erreichen als die der Saar.

Die Einführung der EGKS-Tarife 1955 brachte zunächst dem auf den Eisenbahntransport angewiesenen Saarland — das zu der Zeit wirtschaftlich noch zu Frankreich gehörte — gewisse Erleichterungen im Absatz nach Süd- und Südwestdeutschland, da die für viele — insbesondere südwestdeutsche — Orte kürzeste Entfernung durch das Elsaß gewählt werden konnte. Seit der Rückgliederung ist es jedoch nicht mehr zweckmäßig, diese kürzeste Strecke zu benutzen, weil nun für das Saarland die EGKS-Tarife nicht mehr zur Anwendung kommen, da es sich jetzt um Transitverkehr im innerdeutschen Verkehr handelt ⁽¹⁾. Durch diese mit der Rückgliederung verbundene Änderung der Tarifsituation wurde die Wettbewerbslage des Saarlandes gegenüber Lothringen und dem Ruhrgebiet auf dem süd- und südwestdeutschen Markt verschlechtert, da z. B. lothringische Transporte in dieses Gebiet weiterhin nach EGKS-Tarifen vorgenommen werden können und so teilweise trotz größerer Entfernung mit geringeren Frachtkosten belastet sind als die saarländischen Erzeugnisse.

Diese schon seit geraumer Zeit wirkenden Nachteile haben immer wieder Diskussionen um einen Kanalbau von Saarbrücken nach Ludwigshafen (Saarpfalz-Kanal) hervorgerufen. Als sich in jüngster Zeit die Baupläne konkretisierten, führte die Bundesbahn zur Vermeidung des Kanalbaus „Als-ob-Tarife“ ein, die die Stellung des Saarlandes auf dem süddeutschen Markt wieder verbesserten. Inwieweit sie allerdings eine dauerhafte Lösung der Verkehrsprobleme sein können — insbesondere unter Berücksichtigung der ablehnenden Haltung der EWG-Kommission — wird unten noch zu erörtern sein.

2. Nachteile im übrigen Transportwesen

Während im Massengütertransport die Nachteile fehlender Verkehrswege z. T. durch tarifliche Vereinbarungen ausgeschaltet werden können, bietet sich im übrigen Transportwesen dieser Ausweg nur schwer. Hier wird daher die ungünstige Führung der meisten Verkehrswege zu einem Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung des Saarlandes; denn trotz der zentralen Lage im EWG-Raum berühren die Hauptverkehrsadern das Saarland nicht und rücken es eher in eine Randlage. Im Vergleich zu anderen mitteleuropäischen Zentren erweist sich z. B. das Verhältnis der Bahnentfernungen zur Entfernung in Luft-

(1) EGKS-Tarife kommen nur bei Transporten vom Inland in ein EGKS-Ausland zur Anwendung, nicht aber, wenn der Bestimmungsort der Montangüter im Inland liegt, zur Erreichung dieses Bestimmungsortes aber das Ausland durchfahren wird. Ob das Ausland EGKS-Mitglied ist oder nicht, spielt keine Rolle.

linie zwischen dem Saarland und wichtigen mitteleuropäischen Industriezentren als recht ungünstig. Erschwerend kommt hinzu, daß in vielen Fällen die Reisegeschwindigkeit der Züge unbefriedigend ist, Nachteile, die sich im wesentlichen dann bemerkbar machen, wenn schneller Personenreiseverkehr und Frachtgut-schnellverkehr erforderlich sind.

Im Straßennetz konnte eine Verbesserung durch den Anschluß an das deutsche Autobahnnetz erzielt werden. Die für den Frankreichabsatz bedeutsame Fortführung der Autobahn auf französisches Gebiet befindet sich dagegen bislang immer noch im Planstadium. Es ist damit zu rechnen, daß der Ausbau der ehemals bedeutsamen Verkehrsachse Rhein-Main-Gebiet/Paris standortbildende Kraft für das Saarland haben wird.

Als ungenügend und besonders für Lkw-Transporte ungeeignet müssen die direkten Fernstraßenverbindungen des Saarlandes mit dem Rhein-Ruhr-Gebiet bezeichnet werden. Weder ein Personen- noch ein Güterschnellverkehr ist über diese Straßen möglich. Das ist um so bedeutsamer, als das Saarland auch mit diesem Industriegebiet in engen Handelsbeziehungen steht. Der innersaarländische Straßenverkehr wird besonders durch die Vielzahl von Ortsdurchfahrten behindert.

Auch der Anschluß an das Luftverkehrsnetz muß als nicht besonders günstig charakterisiert werden. In diesem Zusammenhang muß die Einstellung des zeitweilig aufgenommenen Flugverkehrs von Saarbrücken nach Düsseldorf besonders nachteilig erscheinen, da so dem Saarland mit seiner hohen Exporttätigkeit neuerlich eine schnelle Verkehrsverbindung zu seinen Kunden in aller Welt genommen wurde.

III. *Geringe Ausnutzung des saarländischen Arbeitskräftepotentials als Ursache und Folge der besonderen saarländischen Verhältnisse*

1. *Geringe Erwerbstätigkeit*

a) *Geringe Frauenarbeit und männliche Frühinvalidität als Folge der besonderen saarländischen Wirtschaftsstruktur*

Die Untersuchung der Erwerbstätigkeit im Saarland zeigt eine relativ geringe Gesamterwerbsquote, insbesondere eine niedrige weibliche Erwerbsquote. Ein Grund für die niedrige Gesamterwerbsquote ist in der besonderen saarländischen Wirtschaftsstruktur (mit ihrer schwerindustriellen Ausrichtung) zu sehen. Die Schwerindustrie bietet einerseits relativ wenig Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Andererseits ruft sie bei den männlichen Erwerbstätigen in besonderem Maß Frühinvalidität hervor, was sich deutlich in der Abnahme der altersspezifischen männlichen Erwerbsquoten (etwa ab 45 Jahren) niederschlägt.

Die saarländische Wirtschaft vermochte bislang wegen ihrer besonderen Struktur das weibliche Arbeitskräftepotential⁽¹⁾ nicht voll auszunutzen. So ist

(1) Daß hier im Saarland tatsächlich Reserven liegen, zeigen die vielen erfolgreichen Ansiedlungsvorhaben, die auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen waren.

die relativ niedrige Gesamterwerbsquote als ein Grund für das geringe saarländische Entwicklungsniveau zu sehen, denn regionale Abweichungen im Pro-Kopf-Einkommen vom bundesrepublikanischen Durchschnitt beruhen sicherlich z. T. auch auf Unterschieden in der Erwerbsquote. Da saarländische Frauen hauptsächlich als Hausfrauen tätig sind, beziehen sie keine statistisch erfaßbaren Einkommen. Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung dieses Gebietes ist also *ceteris paribus* um so niedriger, je geringer der Anteil der berufstätigen Frauen an der Gesamtbevölkerung ist ⁽¹⁾.

b) Die Erwerbsmentalität der weiblichen Bevölkerung

Wurde die geringe weibliche Erwerbstätigkeit im vorhergehenden Abschnitt auf die Wirtschaftsstruktur zurückgeführt, so scheint doch eine gewisse Einschränkung geboten. Wie die bereits erwähnte Untersuchung zeigt ⁽²⁾, mangelt es nicht nur an Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, vielmehr scheint auch die Erwerbswilligkeit der saarländischen Frauen nicht ganz den Standard anderer Gebiete zu erreichen. Einerseits ist das Einkommen der Männer in schwerindustriellen Berufen hoch, so daß sich eine Arbeit der Ehefrau zur Erhöhung des Familieneinkommens erübrigt, andererseits erschwert die besondere Siedlungsstruktur im Saarland eine Erwerbstätigkeit der Ehefrauen, da die Wohnungen häufig weit entfernt von den Arbeitsstätten liegen und die Pflege der Einfamilienhäuser mit ihren Gärten sehr viel Zeit in Anspruch nimmt.

Wirkt sich somit die geringe weibliche Erwerbstätigkeit zwar negativ auf den wirtschaftlichen Entwicklungsstand aus, so ist die besondere Erwerbsmentalität unter sozialen Gesichtspunkten durchaus positiv zu bewerten. Die nicht-berufstätige Ehefrau kann sich voll ihren häuslichen Pflichten, insbesondere der Erziehung der Kinder, widmen. Einem Wiedereintritt der verheirateten Frau in das Erwerbsleben mit etwa 40 bis 45 Jahren (wenn die Kinder eine gewisse Selbständigkeit erreicht haben) würde allerdings auch unter diesem Gesichtspunkt nichts entgegenstehen.

Die beschriebene weibliche Erwerbsmentalität sollte allerdings als Ursache für das geringe saarländische Entwicklungsniveau nicht überbetont werden. Bei Umstellungsmaßnahmen in verschiedenen Regionen (in der Pfalz und auch im Saarland selbst) hat sich nämlich herausgestellt, daß die Frauen eine Beschäftigung annehmen, falls sich ihnen günstige Arbeitsmöglichkeiten bieten ⁽³⁾.

2. Leistungsschmälerung durch Pendelwanderung

Die Arbeitsverhältnisse an der Saar sind durch extrem lange Pendelwege (und Pendelzeiten) zwischen Wohn- und Arbeitsort gekennzeichnet. Grundsätz-

(1) Siehe H. Giersch, Probleme der regionalen Einkommensverteilung, in: Probleme des räumlichen Gleichgewichtes in der Wirtschaftswissenschaft, Schriften d. Vereins für Sozialpolitik, NF Bd. 14, Berlin 1959, S. 98.

(2) Siehe Arbeitskammer des Saarlandes (Hrsg.): Menschen an der Saar, a.a.O., S. 19, sowie S. 37 dieser Untersuchung.

(3) Siehe auch EWG-Kommission, Strukturverbesserung in alten Industrieregionen, Bd. 1: Bericht, Brüssel 1964, S. 47.

lich sind in allen industriellen Ballungsräumen bedeutende Pendlerströme anzutreffen — die Zahl der Beschäftigten liegt in solchen Räumen also gewöhnlich über der Zahl der am Ort wohnenden Arbeitskräfte —; jedoch übertrifft sowohl das Saarland hinsichtlich der Pendelzeiten als auch hinsichtlich der zurückgelegten Wege vergleichbare Gebiete bei weitem (1).

Die Pendelwanderung ist vorwiegend unter sozialem Aspekt von Nachteil. Lange Pendelzeiten bedeuten lange Abwesenheit von der Familie mit entsprechenden Auswirkungen auf Familienleben und Freizeit. Darüber hinaus zehren lange Fahrten in der Hauptverkehrszeit — in voll besetzten Massenverkehrsmitteln oder auf verstopften Straßen — an der Arbeitskraft und wirken sich leistungsschmälernd im eigentlichen Arbeitsprozeß aus. Würden die vorhandenen Arbeitskräfte in nahe den Wohnstätten gelegenen Arbeitsplätzen beschäftigt und dadurch die negativen Einflüsse des Pendelns entfallen, so wäre produktivere Arbeit und damit eine gesamtwirtschaftliche Leistungssteigerung zu erwarten.

Der Gedanke liegt daher nahe, an den Wohnorten selbst Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, um Arbeitnehmer und Verkehrsmittel zu entlasten. Man sollte jedoch die Quote der Pendler, die lieber am Wohnort arbeiten, kurzfristig nicht zu hoch ansetzen, denn Anhänglichkeit an die alte Firma sowie Prestige Gesichtspunkte (z. B. Arbeit in der Großstadt) sind Aspekte, die berücksichtigt werden müssen.

3. *Entwicklungsbedingte und entwicklungsbedingende Wanderungsverluste*

Die Wanderungsbilanz für das Saarland war in den letzten Jahren uneinheitlich. Waren bis zum Jahr 1962 z. T. beachtliche Wanderungsgewinne zu verbuchen, so stellten sich danach Verluste in der Gesamtwanderungsbilanz ein. Da die vorwiegend von Bergbau und Schwerindustrie lebenden Regionen heute allgemein weniger zukunftssträftig erscheinen, die Attraktionskraft solcher Regionen also geringer ist — auch NRW hat in neuerer Zeit Binnenwanderungsverluste zu verzeichnen —, kann auch für das Saarland — zumindest für die allernächste Zukunft, in der strukturpolitische Maßnahmen noch nicht voll zum Tragen kommen — nicht mit einem positiven Binnenwanderungssaldo gerechnet werden (2). Wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung solcher gefährdeter Gebiete weiter verlangsamt, kann es zu verstärkten Abwanderungen gerade der jüngeren und aktiven Arbeitskräfte kommen; die alten Leute bleiben zurück: Eine Überalterung der Bevölkerung und des Arbeitskräfteangebots tritt ein.

Damit hört die Wanderungsbewegung auf, bloße Folge der wirtschaftlichen Entwicklung zu sein; sie wird zur selbständigen Ursache, weil die Überalterung

(1) Siehe hierzu *Schaubilder 4a—d*, S. 43 u. 45.

(2) Siehe auch die nachfolgende Projektion der saarländischen wirtschaftlichen Entwicklung, die zu dem Ergebnis kommt, daß ohne strukturpolitische Maßnahmen Wanderungsverluste zu erwarten sind. Im Gegensatz dazu nehmen O. Sievert und M. Streit in ihrer Saarlandstudie „Entwicklungsaussichten der Saarwirtschaft im deutschen und westeuropäischen Wirtschaftsraum“, Saarbrücken 1964, selbst bei ihrer pessimistischen Hypothese wenigstens einen Ausgleich der Gesamtwanderungsbilanz an. In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß einem positiven Binnenwanderungssaldo des einen Bundeslandes ein negativer eines anderen gegenüberstehen muß.

der Bevölkerung einer Region zu einem Verlust an wirtschaftlicher Dynamik führt. Durch Wanderungsbewegungen können also kumulative Prozesse ausgelöst werden (1). Dieser Prozeß ist selbst dann zu erwarten, wenn die Wanderungsbilanz zwar durch Zuwanderungen ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen wird, diese ausländischen Arbeitskräfte im Gegensatz zu gut ausgebildeten und aktiven abwandernden heimischen Arbeitskräften aber wenig qualifiziert sind.

Vom regionalen Standpunkt sind Abwanderungen auch insofern negativ zu beurteilen, als Investitionen, die in die Ausbildung der Arbeitskräfte vorgenommen wurden, der Region nicht mehr zugute kommen, daß die Region jedoch für einen Teil der Altersversorgung der zurückbleibenden alten Leute aufkommen muß (2).

Wird die Wanderung im Zuge des beschriebenen kumulativen Prozesses so groß, daß sie die natürliche Bevölkerungsbewegung übersteigt, die Bevölkerung insgesamt also schrumpft, so werden vorhandene, praktisch ortsfeste Infrastrukturanlagen nicht mehr voll ausgenutzt — eine Entwicklung, die letztlich volkswirtschaftliche Verluste mit sich bringen kann.

IV. Rückstände im Bildungswesen

Obwohl auch im Saarland eine positive Korrelation zwischen wachsendem Sozialprodukt und relativem Schulbesuch (3) festgestellt werden kann, die man — Carnap und Edding folgend (4) — auf eine im Wachstumsprozeß steigende Nachfrage nach Bildungsleistungen zurückführen könnte, liegen doch Kennziffern für den Stand des saarländischen Bildungswesens in vielen Fällen noch weit unter denen anderer Bundesländer. Auch die Einsicht, daß Bildung Produktionskapital darstellt, ist wohl noch nicht in allen Fällen in ausreichendem Maß vorhanden. Hier liegt u. a. auch eine Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit.

Den Rückständen im Bildungswesen ist im Hinblick auf die Erleichterung von Umstrukturierungen und das Wachstum (das seinerseits mit strukturellem Wandel verbunden ist) besondere Aufmerksamkeit zu widmen (5). Der Strukturwandel bedingt Änderungen im Bedarf an beruflichen Qualifikationen. Diesen Änderungen kann um so eher entsprochen werden, je höher der durchschnittliche Ausbildungsgrad der Bevölkerung ist. Eine gute Grundausbildung, Berufsbildung und Umschulungsmöglichkeiten sind geeignet, den Ausbildungsgrad zu heben. Sind diese Bedingungen nicht gegeben, so kann die Aufnahme neuer Produktionen in das regionale Produktionsprogramm (Umstrukturierung) unter Umständen auf Schwierigkeiten stoßen. Investitionen im Sachkapital nach dem

(1) Siehe G. Myrdals Prinzip der zirkulären und kumulativen Verursachung. Siehe dazu sein Buch: *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, Stuttgart 1959, S. 9 ff.

(2) Auf die damit verbundenen Probleme des Finanzausgleichs soll hier nicht eingegangen werden.

(3) Der relative Schulbesuch ist dabei zu verstehen als Anteil der Schüler eines bestimmten Alters an der gesamten Wohnbevölkerung.

(4) Siehe R. v. Carnap und F. Edding: *Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952—1960*, Frankfurt/M. 1962.

(5) Siehe dazu Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1965/66: *Stabilisierung ohne Stagnation*, Stuttgart/Mainz 1965, S. 173 ff.

neuesten Stand der Technik erreichen dann möglicherweise nicht ihre volle Produktivität.

Die technische Entwicklung verlangt einerseits eine weitgehende berufliche Spezialisierung, andererseits die Möglichkeit einer hohen beruflichen Mobilität. Die berufliche Mobilität, die der einzelne durch eine fundierte Grundausbildung (verstärkter Besuch von Realschulen oder Gymnasien) erhalten kann, bedeutet für ihn erhöhte Sicherheit, denn „die ‚zünftlerische‘ Vorstellung von einem Beruf, dem man gleichsam von der Wiege bis zur Bahre verpflichtet ist, wird der Zukunft noch weniger gerecht als der Gegenwart“ (1).

Die Untersuchungen haben ergeben, daß das Saarland diesen Anforderungen an das Bildungswesen noch nicht voll entspricht, obwohl gerade bei seiner wirtschaftlichen Lage Strukturwandlungen als unumgänglich erscheinen. Die Unzulänglichkeit der Ausbildung zeigt sich – trotz der obengenannten positiven Korrelation zwischen Wachstum des Volkseinkommens und Nachfrage nach höherer Schulbildung – besonders darin, daß ein relativ hoher Anteil der Schüler nur die Volksschule besucht. Insgesamt wird man sich daher der Forderung anschließen müssen: Das Saarland muß in bezug auf das Bildungswesen noch viel aufholen (2).

(1) Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1965/66, a.a.O., S. 178.

(2) Siehe P. Springer, a.a.O., S. 305.

Teil II

DIE ENTWICKLUNGSAUSSICHTEN DER SAARWIRTSCHAFT IN DEN NÄCHSTEN 15 JAHREN

TENDENZEN UND MÖGLICHKEITEN DER POSITIVEN BEEINFLUSSUNG

A – Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung und des Arbeitskräfte- potentials bis 1980

I. *Ziel und Methode der Prognose*

Die Analyse der Saarwirtschaft zeigt in manchen Aspekten ein ungünstiges Bild. Verbesserungsvorschläge allein auf dieser Grundlage erscheinen jedoch nicht sinnvoll, da nicht zu übersehen ist, ob sich die wirtschaftliche Situation nicht „von selbst“ bessert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie sich ohne spezifische Maßnahmen ergeben würde. Wenn hier dennoch von diesem Prinzip für den Bereich der Eisenschaffenden Industrie abgegangen wird, so erscheint das nötig, da einerseits nicht damit gerechnet werden kann, daß die Eisenschaffende Industrie des Saarlandes mit ihrer gegenwärtigen Produktionsstruktur 1980 noch konkurrenzfähig sein kann, andererseits aber die wirtschaftspolitischen Vorstellungen dahin tendieren, daß Eisenindustrie im Saarland verbleiben soll (wobei aber offen bleibt, ob auch die Verhüttung im Saarland weiterhin durchgeführt wird). Abseits aller anderen Erwägungen erscheint ein Verbleiben der Eisenindustrie im Saarland – zumindest in ihren weiterverarbeitenden Teilen – in den nächsten zwei Jahrzehnten schon deshalb unbedingt erforderlich, weil sonst ein extremer Abfall der Beschäftigung unvermeidlich ist, der noch weit über die nachstehend projizierten Beschäftigungsverluste hinausgeht. Eisenindustrie kann aber nur dann im Saarland verbleiben, wenn sich die notwendigen tiefgreifenden Änderungen in den Produktionsbedingungen möglichst frühzeitig innerhalb des Prognosezeitraums durchsetzen. Ob die hier vorgelegte Prognose tatsächlich eintreffen wird, hängt zu einem Teil von den Prognosemethoden und den gemachten Annahmen ab. Zu einem anderen Teil ist jedoch zu hoffen, daß die Prognose Anlaß zu wirt-

schaftspolitischen Maßnahmen gibt, die dann gerade das Eintreten der prognostizierten Ergebnisse verhindern (1).

Um einen Gesamtüberblick über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung geben zu können, sind Prognosen über mehrere Einzelphänomene zu kombinieren: Auszugehen ist von einer Bevölkerungsprognose für das Saarland, die unter der Annahme vorgenommen wird, daß keine Wanderungen stattfinden. Es wird also die natürliche Bevölkerungsentwicklung projiziert. Unter Berücksichtigung des Alters, zu dem normalerweise der Eintritt in das (und das Ausscheiden aus dem) Erwerbsleben stattfindet, läßt sich aus der Zahl der Gesamtbevölkerung die Zahl der Erwerbspersonen ableiten.

In einem weiteren Schritt ist die wirtschaftliche Aktivität des Saarlandes zu projizieren. Dies geschieht auf der Grundlage sektoral aufgegliederter Voraussetzungen der Gesamtproduktion. Dazu wird zunächst die Produktionsentwicklung der kritischen Wirtschaftsbereiche Bergbau und Eisenschaffende Industrie vorausgeschätzt. In systematischer Abstimmung und unter Berücksichtigung der intersektoralen Interdependenzen (Input-Output-Tabelle) wird sodann versucht, die Produktion im Bereich der übrigen Wirtschaft (aufgeteilt in die drei großen Bereiche Land- und Forstwirtschaft, übriges produzierendes Gewerbe sowie Handel, Verkehr und Dienstleistungen) zu bestimmen.

Die Höhe der Gesamtproduktion stellt allerdings nur ein Zwischenergebnis dar, da schließlich Arbeitskräftepotential und Arbeitskräftebedarf des Saarlandes einander gegenübergestellt werden sollen. Der Arbeitskräftebedarf wird mit Hilfe des nach den Wirtschaftsbereichen aufgegliederten Bruttoinlandsprodukts und bereichsspezifischer Arbeitsproduktivitätsvorausschätzungen ermittelt (2).

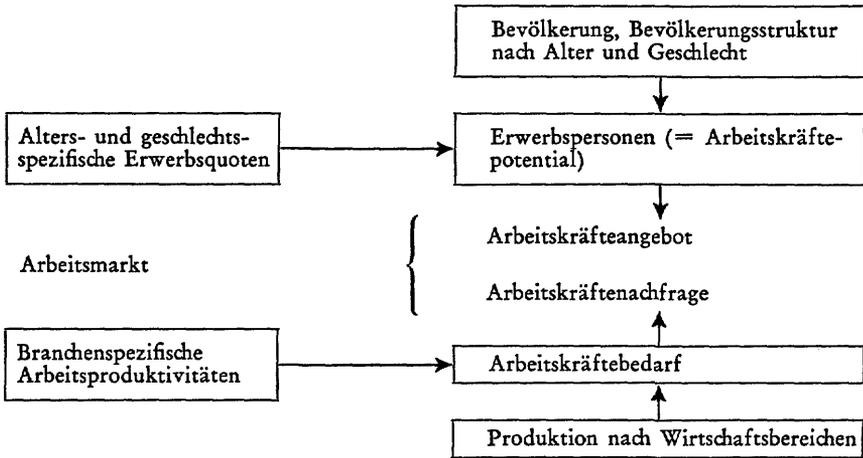
Das Arbeitskräftepotential, das sich aus der Prognose der Bevölkerung ableiten läßt, und der Arbeitskräftebedarf, der als Ergebnis der wahrscheinlichen wirtschaftlichen Entwicklung anfällt, lassen sich gedanklich als Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt gegenüberstellen. Das Ergebnis kann ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sein, kann aber auch in einem Mangel oder Überschuß an Arbeitskräften bestehen. Obwohl ein Überschuß an Arbeitskräften infolge ökonomisch induzierter Wanderungen voraussichtlich regional nicht unbedingt voll wirksam wird, so gibt doch gerade die Feststellung eines Überschusses (ohne induzierte Abwanderungen) Anlaß zu der Überlegung, ob nicht eine zu erwartende Abwanderung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen in der betreffenden Region verhindert werden soll.

Das Vorgehen im Rahmen der hier durchgeführten Prognose sei zum Schluß noch anhand eines Schemas erläutert.

(1) Wir schließen uns hier der von Jöhr und Kneschaurek vertretenen Ansicht über den Zweck von Prognosen an. Siehe W. A. Jöhr und F. Kneschaurek, Die Prognose als Basis der Wirtschaftspolitik, in: Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF Bd. 25, Berlin 1962, S. 426 f.

(2) Voraussetzung hierfür ist die Ermittlung der den jeweiligen Bruttoproduktionswerten entsprechenden Bruttoinlandsprodukte (mit Hilfe von konstanten BIP-Koeffizienten).

Schematische Darstellung der wirtschaftlichen und demographischen Beziehungen



II. *Prognose über die demographische und wirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 1980*

1. *Prognose der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials*

a) *Prognose der Gesamtbevölkerung bis 1980*

Entsprechend dem obigen Schema ist zur Vorausschätzung des saarländischen Arbeitskräftepotentials zunächst eine Prognose der Gesamtbevölkerung Voraussetzung. Eine Prognose der Bevölkerung läßt sich am besten wohl über die direkte Anwendung der speziellen Bevölkerungsbewegungsziffern erstellen, die mittels Trendextrapolation in die Zukunft fortgeschrieben werden. Dieses Verfahren erfordert jedoch einen sehr aufwendigen Rechenapparat. Wenn für eine Gesamtheit (wie die Bundesrepublik) eine Prognose vorhanden ist, dann läßt sich über indirekte Methoden für einen Teil dieser Gesamtheit (wie das Saarland) eine Vorhersage machen.

Diese indirekten Methoden bestehen darin, daß die Strukturdaten der Region mit denen der Gesamtheit verglichen werden und beobachtete Abweichungen der regionalen Daten von den nationalen Daten zu einer Korrektur der Werte führen. Als Grundlage dieses indirekten Verfahrens einer Bevölkerungsprognose für das Saarland kann auf die Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes für die gesamte Bundesrepublik zurückgegriffen werden (1).

(1) Siehe Stat. Bundesamt, Bevölkerung und Kultur, Reihe 1: Bevölkerungsstand und -entwicklung, Sonderbeitrag: Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1964—2000. Die neuesten Berechnungen des Stat. Bundesamtes, die im Rahmen dieser Arbeit nicht mehr berücksichtigt werden konnten, lassen jedoch eine stärkere Zunahme der Bevölkerung in der Bundesrepublik erwarten. (Siehe Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1966—2000. In: Wirtschaft und Statistik, 1966, Heft 11, S. 677 ff.) Das weiter unten abgeleitete Angebot an Erwerbsfähigen für das Jahr 1980 dürfte dadurch aber kaum beeinflußt werden, da der Eintritt der ab 1965 Neugeborenen ins Erwerbsleben in der Regel nach 1980 erfolgen wird.

Die Berechnungen für das Saarland werden dabei nur an die Prognose einer mittleren Entwicklung angelehnt. Darauf hinzuweisen ist noch, daß Wanderungsbewegungen über die Grenzen des Saarlandes ausgeschaltet sind.

Bei einem Vergleich der für eine Bevölkerungsprognose wichtigen Strukturdaten fällt auf, daß sich der Altersaufbau der saarländischen Bevölkerung von dem der Bevölkerung der Bundesrepublik unterscheidet. Im Zeitraum von 1951 bis 1961 waren die jüngeren Jahrgänge im Saarland relativ stärker vertreten als im Bund insgesamt (siehe *Tab. 7*, S. 33). Die Geburtenziffer (Zahl der Lebendgeborenen auf 1000 Personen der mittleren Bevölkerung) lag im Saarland in den Jahren 1951 bis 1961 um etwa 2 ‰-Punkte über der Ziffer der Bundesrepublik, während die saarländische Sterbeziffer um 1 ‰-Punkt niedriger war als diejenige der Bundesrepublik. Der Geburtenüberschuß im Saarland übertraf daher in den letzten Jahren mit jährlich insgesamt 9 ‰ den der Bundesrepublik um 3 ‰-Punkte. Des weiteren ist zu berücksichtigen, daß die Sexualproportion im Saarland ausgeglichener ist als in der Bundesrepublik insgesamt.

Wenn sich möglicherweise auch diese besonderen Strukturdaten des Saarlandes langfristig an die der Bundesrepublik angleichen werden, so müssen sie für den hier betrachteten Zeitraum auf jeden Fall berücksichtigt werden. Diese Strukturdaten werden nämlich bewirken, daß die natürliche Bevölkerungsentwicklung des Saarlandes eine raschere sein wird als die der Bundesrepublik insgesamt. Das führt dazu, daß in der vorliegenden Untersuchung die mittlere Prognose für die Bundesrepublik entsprechend korrigiert werden muß.

Im einzelnen muß zur Bestimmung der saarländischen Bevölkerung im Jahr 1980 die nach Altersjahrgängen aufgeteilte Bevölkerung des Ausgangsjahrs (1964) mit alters- und geschlechtsspezifischen Sterberaten fortgeschrieben werden. Als alters- und geschlechtsspezifische Sterberaten des Saarlandes werden die in Anbetracht der saarländischen Besonderheiten korrigierten Werte für die Bundesrepublik angewendet.

Durch die Fortschreibung der Bevölkerung erhält man die wahrscheinliche Bevölkerung des Saarlandes von 16 bis 90 und mehr Jahren im Jahr 1980. Der Rest der Bevölkerung geht auf die Geburten der Jahre 1965 bis 1980 zurück. Auch diese Geburten werden auf indirektem Wege geschätzt. Für die Bundesrepublik ergibt sich nach der Schätzung des Statistischen Bundesamtes im Jahr 1980 ein Anteil der Personen im Alter von 0 bis unter 16 Jahren an der gesamten Bevölkerung von etwa 24 ‰. Unter Berücksichtigung der größeren Geburtenhäufigkeit im Saarland wurde der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung des Saarlandes auf 25 ‰ festgesetzt.

Die Gesamtbevölkerung des Saarlandes ergibt sich somit zu 75 ‰ aus der Fortschreibung und zu 25 ‰ aus den Geburten der Jahre 1965 bis 1980. Sie errechnet sich nach dem hier angewandten Verfahren auf etwa 1,24 Mill. Personen (1). Ihre Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht geht aus *Tabelle 39* hervor.

(1) Isbary, Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2000 für die Raumordnung des Saarlandes, Saarbrücken 1964, schätzt nach der gleichen Methode die Bevölkerungszunahme auf 131 000 bis 175 600. Da Isbary aber die Wanderungen einbezieht, sind diese Zahlen kaum mit den hier vorgelegten vergleichbar.

Tabelle 39 — Altersaufbau der saarländischen Bevölkerung 1965 und 1980 (in 1000)

1965						
Altersgruppe	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
0 bis unter 15	288,1	25,6	147,5	27,4	140,6	24,0
15 bis unter 45	466,4	41,5	232,1	43,1	234,3	40,0
45 bis unter 65	259,7	23,1	113,6	21,1	146,1	24,9
65 und älter	110,1	9,8	45,2	8,4	64,9	11,1
Insgesamt	1124,3	100,0	538,4	100,0	585,9	100,0
1980						
0 bis unter 15	310,0	25,0	159,0	26,4	151,0	23,7
15 bis unter 45	502,2	40,5	256,1	42,5	246,1	38,6
45 bis unter 65	260,4	21,0	122,6	20,3	137,8	21,6
65 und älter	167,4	13,5	64,9	10,8	102,5	16,1
Insgesamt	1240,0	100,0	602,6	100,0	637,4	100,0

Quelle: Für 1965 Stat. Amt des Saarlandes; für 1980 eigene Prognose.

Besonders herauszuheben ist das Ergebnis der Prognose, daß der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65jährige Personen) zugunsten besonders der alten (über 65jährigen) Personen zurückgehen wird.

b) Prognose des Arbeitskräftepotentials bis 1980

Das Arbeitskräftepotential läßt sich aus der Gesamtbevölkerung ableiten, indem man die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten der einzelnen Jahrgänge der Gesamtbevölkerung berücksichtigt. Mit einer Konstanz der im Jahr 1961 für das Saarland ermittelten alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten kann kaum gerechnet werden, da wichtige Einflüsse auf Änderungen hindeuten. So wird eine verlängerte Ausbildung (10. Schuljahr und vermehrter Besuch einer höheren Schule) die Erwerbsquote der 15- bis unter 20jährigen Personen zurückgehen lassen. Der Rückgang in der Beschäftigung im Bergbau und in der Eisenschaffenden Industrie wird zu einem Nachlassen der Frühinvalidität führen und somit die Erwerbsquote der älteren Männer anheben. Ebenso dürfte die im Saarland recht niedrige Erwerbstätigkeit der Frauen in Zukunft einen höheren Stand erreichen. Damit werden sich die saarländischen Erwerbsquoten mehr an die bundesrepublikanischen angleichen (1). Aufgrund

(1) Siehe auch PROGNOSE AG, Die Bundesrepublik Deutschland 1980, prognos report nr 1, Basel 1965, Tabelle 50*.

Die weibliche Erwerbsquote liegt nach dieser Prognose auch weiterhin unter der der Bundesrepublik. Sie entspricht allerdings in etwa einem internationalen Vergleichswert, wie er sich als Durchschnitt für 10 Länder ergibt, nämlich: Belgien, Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Schweden und USA. Siehe Stat. Jb. BRD 1964, S. 38*.

dieser Überlegungen werden im Jahr 1980 etwa die folgenden Zahlen an Erwerbspersonen im Saarland erreicht sein.

Tabelle 40 — Erwerbspersonen und Erwerbsquoten im Saarland 1980

Altersgruppen	Erwerbspersonen in 1 000			Erwerbsquoten		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
15 bis unter 45	354,2	236,2	118,0	70,5	92,2	47,9
45 bis unter 65	155,2	105,5	49,7	59,6	86,0	36,1
65 und älter	10,6	6,3	4,3	6,3	9,7	4,2
Insgesamt	520,0	348,0	172,0	41,9	57,7	27,0

Die Steigerung der Zahl der Erwerbspersonen von 1961 mit 434 706 auf 1980 mit ca. 520 000 ist recht beachtlich, was besonders auf die verstärkte Erwerbstätigkeit weiblicher Personen zurückgeführt werden kann. Trotz der absoluten Steigerung in der Zahl der männlichen Erwerbspersonen geht die männliche Erwerbsquote gegenüber 1961 allerdings zurück, was im wesentlichen auf den größeren werdenden Anteil älterer männlicher Personen zurückzuführen ist. Auch für den weiblichen Bevölkerungsteil gilt die Tendenz, daß der Anteil der alten Personen zunimmt. Diese Zunahme wirkt sich jedoch auf die weibliche Erwerbsquote noch nicht aus, da diese Tendenz durch die wachsende Erwerbstätigkeit der Frauen überkompensiert wird.

Nun ist noch die andere Seite des Arbeitsmarkts, der Arbeitskräftebedarf, zu bestimmen. Das geschieht — wie oben bereits angedeutet — über eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Sektoren.

2. *Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis 1980*

a) *Prognose der Entwicklung der Eisenschaffenden Industrie bis 1980*

aa) *Die Produktion der Eisenschaffenden Industrie bis 1980*

Es erscheint angebracht, zunächst die mögliche Walzwerkproduktion im Saarland bis zum Jahr 1980 von der Angebotsseite (Produktionskapazität) her zu untersuchen. Aus praktisch-statistischen Gründen kann hier aber nicht die Walzwerkproduktion direkt, sondern nur die einer bestimmten Walzwerkproduktion äquivalente Rohstahlproduktion vorausgeschätzt werden ⁽¹⁾.

Unter der Annahme, daß im Bereich der Eisenschaffenden Industrie des Saarlandes keine tiefgreifenden Verbesserungen in den Produktionsbedingungen eintreten, erscheint es nicht gerechtfertigt, die für die Vergangenheit festgestellte Entwicklung der saarländischen Rohstahlproduktion auch für die Zukunft zu unterstellen, d. h. den für den Zeitraum 1950 bis 1964 ermittelten Trend der

(1) Es handelt sich also um eine Umrechnung von Walzwerkfertigerzeugnissen auf Rohstahlgewicht.

Rohstahlproduktion bis 1980 zu extrapolieren. Denn mit der gegenwärtigen Produktionsstruktur dürfte die Eisenschaffende Industrie des Saarlandes im Jahr 1980 nicht mehr konkurrenzfähig sein. Selbst die Durchführung der oben angedeuteten Maßnahmen (Neue Hütte oder Rationalisierungsmaßnahmen, die einer Neuen Hütte entsprechen) dürfte nicht einmal mit Sicherheit gewährleisten, daß der Trend der saarländischen Rohstahlproduktion langfristig über Schwankungen hinweg auch in Zukunft gehalten werden kann. Eine Anhebung des Trends erscheint in Anbetracht der Entwicklung der Eisenschaffenden Industrie in der Welt als nicht realistisch.

Die langfristige produktionstechnisch mögliche Entwicklung der Produktion der saarländischen Eisenschaffenden Industrie wird hier in folgenden Phasen gesehen. Von 1970 an kann frühestens mit dem Beginn einer umfassenden Rationalisierung gerechnet werden, die bis zum Jahr 1975 abgeschlossen sein könnte. Während des Zeitraums bis 1975 ist infolge zu erwartender Umstellungsschwierigkeiten (Unterbleiben von Reinvestitionen bei den alten Anlagen) eher mit einer Stagnation der Produktion zu rechnen. Eine wesentliche Produktionssteigerung wird erst ab 1975 nach Fertigstellung der neuen leistungsfähigeren Anlagen eintreten, die 1980 maximal zu einer Walzstahlproduktion führen könnte, für die — wenn man den günstigsten Fall annimmt, daß der Trendwert (der Rohstahlproduktion) im Jahr 1980 wieder erreicht wird — eine Rohstahlmenge von etwa 6,4 Mill. t benötigt wird. Dieser Fall ist in *Schaubild 9* dargestellt (Variante I).

Die in Variante I unterstellte Produktionssteigerung für den Zeitraum von 1975 bis 1980 ist jedoch wahrscheinlich zu optimistisch, so daß einer zweiten Variante der Vorzug zu geben sein wird, in der nach Beendigung der Übergangsphase ab 1975 nur eine Produktionsentwicklung zugrunde gelegt wird, die der Durchschnittsentwicklung der Vergangenheit entspricht⁽¹⁾. Die Walzstahlproduktion 1980 würde sich dann auf einen Wert belaufen, der einen Einsatz von gut 5 Mill. t Rohstahl erfordert (Variante II).

Eine dritte Möglichkeit, die aufgrund der Ausführungen im Teil I dieser Arbeit zwar nicht wahrscheinlich ist, aber auch nicht völlig ausgeschlossen werden kann, besteht darin, daß im Jahr 1980 eine Roheisenerzeugung im Saarland nicht mehr stattfindet (Variante III), aber die weitere Verarbeitung im Saarland verbleibt.

Um die von der Angebotsseite her ermittelte mögliche saarländische Rohstahlproduktion von der Nachfrageseite her überprüfen zu können, genügt es, von der ersten Variante (6,4 Mill. t Rohstahl) auszugehen; denn der mögliche Absatz von 6,4 Mill. t impliziert naturgemäß auch die Möglichkeit des Absatzes von nur 5 Mill. t.

Für die Nachfrage nach saarländischem Rohstahl (bzw. dessen Weiterverarbeitung in Walzwerkfertigerzeugnissen) sind die Märkte der Bundesrepu-

(1) Im Gegensatz zur ersten Variante, wo unterstellt wird, daß der alte Trend erreicht wird, wird hier davon ausgegangen, daß die Produktionsentwicklung parallel zum Trend — auf einem tieferen Niveau — verläuft. Siehe ebenfalls *Schaubild 9*.

blik und Frankreichs von besonderem Interesse. Befassen wir uns zunächst mit der innerdeutschen Nachfrage.

Um die Entwicklung abzuschätzen, ist es erforderlich, die Nachfrage nach Rohstahl in der Bundesrepublik im Jahr 1980 zu bestimmen. Für die Jahre 1950 bis 1964 wurde das Verhältnis der Marktversorgung mit Rohstahl in der Bundesrepublik zum Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik (in konstanten Preisen von 1954) berechnet. Nach Ausschaltung der Konjunkturschwankungen in der Rohstahlmarktversorgung ergab sich ein im Zeitablauf in etwa konstantes Verhältnis von 105 000 t Rohstahl pro 1 Mrd. DM Bruttoinlandsprodukt. Im Hinblick auf die sich abzeichnende Verstärkung der Substitutionskonkurrenz⁽¹⁾ erscheint eine Reduktion dieses Verhältnisses auf 100 000 t Rohstahl pro 1 Mrd. DM Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1980 als durchaus wahrscheinlich.

Bei einer von PROGNOSE vorausgeschätzten Höhe des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik von ca. 600 Mrd. DM im Jahr 1980 ergibt sich dann eine Rohstahlnachfrage in der Bundesrepublik von 55 Mill. t. Der Beitrag der saarländischen Eisenschaffenden Industrie zur Rohstahlmarktversorgung in der gesamten Bundesrepublik wird wesentlich durch die Nachfrage in den süddeutschen Bundesländern determiniert. Ihre Schätzung setzt eine Kenntnis der Rohstahlnachfrage in den relevanten Bundesländern, also vor allem Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern, aber auch Nordrhein-Westfalen, voraus. Diese Nachfrage läßt sich (wie oben für die Bundesrepublik insgesamt) annähernd mit Hilfe der von PROGNOSE vorausgeschätzten Bruttoinlandsprodukte der Bundesländer bestimmen. In den genannten Bundesländern wird sich die Rohstahlnachfrage im Jahr 1980 danach auf etwa 42 Mill. t belaufen. Unterstellt man, daß der Anteil des saarländischen Rohstahls an der Marktversorgung dieser Bundesländer im Jahr 1980 jeweils in etwa dem von 1964 entspricht⁽²⁾, so entfällt auf das Saarland ein Anteil an der Marktversorgung der Bundesrepublik mit Rohstahl von etwa 3,1 Mill. t⁽³⁾.

Für die Nachfrage nach (saarländischem) Rohstahl in Frankreich wurden ähnliche Überlegungen (d. h. Überlegungen zum Wachstum des Bruttosozialprodukts sowie zum Verhältnis von Rohstahlmarktversorgung zu 1 Mrd. ffrs Bruttosozialprodukt) angestellt. Unter der Annahme, daß in Frankreich der Anteil der saarländischen Produktion an der Marktversorgung insgesamt konstant bleiben wird, beläuft sich die französische Nachfrage nach saarländischem Rohstahl auf 2,1 Mill. t, wobei aufgrund alternativer Sozialprodukt-schätzungen ein Schwankungsbereich von 1,8 bis 2,5 Mill. t möglich erscheint. Hier wird die mittlere Zahl von 2,1 Mill. t zugrunde gelegt.

(1) Vor allem durch Aluminium, Kunststoffe und Stahlbeton. Siehe hierzu M. J. Pasdach, Die langfristige Stahlnachfrage in der Bundesrepublik. Bestimmungsgründe und Prognose bis zum Jahr 1975. Schriften des Instituts für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Bonn, Nr. 6, Köln/Opladen, 1966, S. 42 ff. Allerdings erscheint es uns nach der jüngsten Entwicklung angebracht, mit weit höheren Substitutionswirkungen zu rechnen.

(2) Die Anteile des Saarlandes an den Marktversorgungen der Bundesländer konnten über Hilfsrechnungen ermittelt werden.

(3) Es ist zu beachten, daß konstante Marktanteile des Saarlandes jeweils an der Rohstahlmarktversorgung der süddeutschen Bundesländer wegen des in diesen Gebieten wahrscheinlich überproportionalen Wachstums (im Vergleich zur gesamten Bundesrepublik) zu einem steigenden Anteil der saarländischen Rohstahlproduktion an der Rohstahlmarktversorgung der gesamten Bundesrepublik führen.

In der „übrigen Welt“ dürfte die Nachfrage nach saarländischem Stahl 1980 absolut gesehen allenfalls die gleiche Höhe wie 1964 aufweisen. Eine solche Entwicklung ist wahrscheinlich, da aufgrund der starken Expansion der Eisenschaffenden Industrie in der „übrigen Welt“ dort die Absatzchancen europäischer Werke erheblich zurückgehen werden.

Die bisherigen Überlegungen ergeben, daß sich die saarländische Rohstahlproduktion im Jahr 1980 aufgrund der zu erwartenden Aufnahmefähigkeit des Marktes zwischen 5 und 6 Mill. t bewegen wird. Hierbei können die Standortvorteile bezüglich des süddeutschen Marktes nur dann voll zum Tragen kommen, wenn eine Tarifgestaltung der Verkehrsträger besteht, wie sie sich etwa in den Als-ob-Tarifen niederschlägt. Das in Variante II genannte Produktionsvolumen von 5 Mill. t Rohstahl erscheint aufgrund der Ausführungen durchaus als realisierbar. Ein Produktionsvolumen von 6,4 Mill. t Rohstahl (Variante I) ist marktmäßig jedoch nicht ohne weiteres gerechtfertigt, soll im folgenden aber als günstigster Fall weiterhin berücksichtigt werden.

ab) Die Beschäftigung in der Eisenschaffenden Industrie 1980

Um angeben zu können, wieviele Arbeitskräfte im Jahr 1980 für die vorausgeschätzte Rohstahlproduktion (einschließlich der folgenden Weiterverarbeitung zu Walzwerkfertigerzeugnissen) benötigt werden, muß die (auf die Arbeitskräfte bezogene) Produktivitätsentwicklung bis 1980 bekannt sein. Diese Produktivitätsentwicklung wird durch die Verwirklichung umfassender Rationalisierungen (z. B. Neue Hütte) entscheidend beeinflusst. Hierbei ist davon auszugehen, daß das Beschäftigungsniveau selbst bei Produktionsausweitung gegenüber dem gegenwärtigen Stand erheblich zurückgehen wird.

Besonders stark wird der relative Rückgang der Beschäftigung bei den Hochöfen und Stahlwerken sein, so daß nach erfolgter Rationalisierung bei einer Stahlproduktion von 6,4 Mill. t (Variante I) 1980 nur noch mit ca. 5000 Beschäftigten zu rechnen ist. Dabei kann angenommen werden, daß das Beschäftigungsniveau im Zuge der weiteren Rationalisierung eher dazu tendiert, auf 4000 abzusinken. Unterstellt man mit Variante II eine Jahresproduktion von nur 5 Mill. t Rohstahl, so wird die Beschäftigung bereits 1980 höchstens 4000 Personen betragen. Verglichen mit dem Beschäftigungsstand von 1964 (1964 waren bei den Hochöfen und Stahlwerken 12 139 Arbeitskräfte beschäftigt) muß demnach bis 1980 allein bei der Rohstahlerzeugung mit einem Beschäftigungsrückgang gerechnet werden, der zwischen 7000 und 8000 Arbeitskräften liegt (Variante I und II).

Wenn der Verhüttungsprozeß sogar vom Saarland fort, etwa nach Europort, verlegt wird, so würde der Beschäftigungsrückgang sämtliche 12 139 Arbeitskräfte betreffen (Variante III).

In der übrigen Eisenschaffenden Industrie (d. h. ohne Hochöfen und Stahlwerke) waren 1964 30 282 Arbeitskräfte beschäftigt. Auch hier sind Rationalisierungen unbedingt erforderlich, wenn diese Produktion dem Saarland erhalten bleiben soll (z. B. Zusammenlegung von Walzwerken). Da aber der Rationali-

sierungsrückstand in diesem Bereich nicht so groß ist, wird der Rückgang der Arbeitskräfte hier wahrscheinlich geringer sein. Schließt man sich allgemeinen Aussagen über die Produktivitätsentwicklung in der Eisenschaffenden Industrie an, so wird man bei einer Ausweitung der Rohstahlproduktion auf 6,4 Mill. t (Variante I), die sich naturgemäß auch auf die Walzwerkproduktion erstreckt, mit 25 000 Beschäftigten in diesem Bereich rechnen können. Damit ergibt sich für die gesamte Eisenschaffende Industrie im Jahr 1980 eine Beschäftigung, die bei 30 000 Arbeitskräften liegen dürfte (Variante I).

Eine weitere Senkung der Beschäftigung in der übrigen Eisenschaffenden Industrie um etwa 3000 Personen ist zu erwarten, wenn 1980 die Eisenverarbeitung sich der in Variante II unterstellten Rohstahlproduktion von 5 Mill. t anpassen muß. Die Gesamtbeschäftigung in der Eisenschaffenden Industrie wird sich dann auf etwa 26 000 Personen belaufen. Die Beschäftigung von ca. 30 000 bzw. 26 000 wäre noch um 5000 bzw. 4000 zu verringern, wenn der Verhüttungsprozeß aus dem Saarland verlegt würde (Varianten III a und b).

b) Prognose der Entwicklung des Bergbaus bis 1980

ba) Die Produktion des Bergbaus 1980

Da langfristig nur die Steinkohlenmengen gefördert werden können, die auch absetzbar sind, ergibt sich die Steinkohlenförderung der Saarbergwerke im Jahr 1980 durch die Vorausbestimmung des Bedarfs ⁽¹⁾ folgender Verbrauchergruppen:

- a) Eisenschaffende Industrie,
- b) saarländische und außersaarländische Kraftwerke,
- c) übrige Verbraucher in der Bundesrepublik,
- d) Frankreichexport,
- e) Eigenverbrauch der Saarbergwerke.

Zu a) Zunächst ist der Verbrauch an Steinkohle der saarländischen Eisenschaffenden Industrie zu ermitteln. Da für die eigentliche Rohstahlproduktion im Gegensatz zur Roheisenproduktion kein Koks benötigt wird, ist das Verhältnis von Roheiseneinsatz und Rohstahlausstoß zu berücksichtigen. Es wird unterstellt, daß auch 1980 das bisherige Verhältnis gelten wird, d. h. daß der Schrotteinsatz nicht wesentlich intensiviert wird. Die Variante I: 6,4 Mill. t (Variante II: 5 Mill. t) Rohstahl bedingt dann einen Einsatz von 5,35 Mill. t (4,2 Mill. t) Roheisen. Experten rechnen für 1980 mit einem spezifischen Bedarf von etwa 650 kg Kohle pro t Roheisen ⁽²⁾. Da von ihnen aber ca. 20 % Magerungskohle sind, entfallen nur 525 kg Saarkohle auf 1 t Roheisen. Für 6,4 Mill. t (5,0) Rohstahl werden demnach 2,8 (2,2) Mill. t Saarkohle benötigt ⁽³⁾.

(1) Bei dem im folgenden ermittelten Bedarf werden bei einzelnen Verbrauchergruppen gewisse Stützungsmaßnahmen zugunsten der Kohle unterstellt.

(2) Der Wert gilt einschl. der für die Sinterung benutzten Kohle (nach Information von R. Wasmuht).

(3) Saarländische Kohle bzw. Koks wird nur dann von den Saarbütten weiterhin gekauft werden, wenn ihr Preis auf das Weltmarktniveau herabgesenkt wird (sei es durch Rationalisierung, sei es durch Subventionen). Wird der saarländische Kohlenpreis auch weiterhin über dem Weltmarktniveau liegen, wären die Saarbütten selbst nach dem Bau einer Neuen Hütte im Saarland bei Bezug von Saarkohle kaum konkurrenzfähig. Allerdings stellt das kein spezifisch saarländisches Problem dar, sondern eine Existenzfrage der gesamten deutschen Eisen- und Stahlindustrie.

Dieser Verbrauch von saarländischer Steinkohle wird dann entfallen, wenn der Verhüttungsprozeß außerhalb des Saarlandes stattfindet (Variante III).

Zu b) Zwecks Bestimmung des Steinkohleneinsatzes für die Verstromung in saarländischen Kraftwerken wird von einer Verdoppelung der Stromerzeugung bis 1980 (gegenüber 1964/65) ausgegangen ⁽¹⁾. Obwohl die Pläne der Saarbergwerke schon bis 1975 eine Verdoppelung der Kraftwerkskapazitäten anstreben, erscheint es in Anbetracht des wahrscheinlichen Auftretens neuer Träger von Primärenergien angebracht, für die Zeit von 1975 bis 1980 mit einer nur unwesentlichen weiteren Steigerung zu rechnen. Danach ergibt sich unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts, daß 1980 etwa 6 Mrd. kWh mit 3,4 Mill. t Saarkohle erzeugt werden (1964 wurden für rd. 3 Mrd. kWh 1,8 Mill. t Saarkohle benötigt).

Der Absatz saarländischer Steinkohle an außersaarländische Kraftwerke wird sich wegen bestehender Lieferverträge und staatlicher Förderungsmaßnahmen absolut konstant auf dem Niveau von 1964 halten. Das wären somit 520 000 t Steinkohle ⁽²⁾.

In den weiteren Überlegungen wird für die gesamte Stromerzeugung innerhalb und außerhalb des Saarlandes von einem Einsatz an saarländischer Steinkohle in Höhe von 3,9 Mill. t im Jahr 1980 ausgegangen.

Zu c) Unter den „übrigen Verbrauchern“ werden (unter Ausschluß des Frankreichabsatzes sowie des Eigenverbrauchs der Saarbergwerke) alle übrigen saarländischen und außersaarländischen Verbraucher, d. h. alle Industrien, private Haushalte und öffentliche Institutionen, zusammengefaßt. Bei dieser Verbrauchergruppe ist aufgrund der großen Substitutionskonkurrenz, vornehmlich des Öls, bis 1980 mit einem starken Rückgang des Steinkohlenverbrauchs zu rechnen. Es wird bis 1980 eine Reduktion des Verbrauchs auf ein Drittel des Standes von 1964 (1964 rd. 1,5 Mill. t) angenommen. Somit verbleiben für 1980 etwa 0,5 Mill. t Steinkohle für die „übrigen Verbraucher“.

Zu d) Der Frankreichexport wird bis zum Jahr 1982 durch den Saarvertrag geregelt. Es ist jedoch nicht möglich, die Ermittlung des Steinkohleabsatzes nach Frankreich nach Maßgabe der einzelnen Bestimmungen des Saarvertrags durchzuführen, da hierfür die notwendigen Detailangaben (wie z. B. Angaben über die Förderung im Warndt, die bei der Bestimmung des Frankreichexports außer Ansatz bleibt) nicht zur Verfügung stehen. Aufgrund dieser Schwierigkeiten wird der Export an Steinkohle nach Frankreich als ein bestimmter Prozentsatz der gesamten, zum Verkauf vorgesehenen Fördermenge bestimmt. Entsprechend der jüngsten Entwicklung ⁽³⁾ wurde dieser Anteil auf ca. 30 1/2 % festgesetzt. Demnach ergeben sich folgende Fördermengen an Steinkohle ⁽⁴⁾ für den Frankreichexport:

(1) Voraussetzung dafür ist, daß der Strompreis der auf Kohlenbasis gewonnenen Elektrizität 1980 noch gegenüber neuen Energieträgern (Atomstrom) attraktiv ist (sei es auch mit Hilfe staatlicher Maßnahmen).

(2) Nach Information von F. Bettag.

(3) Siehe Teil I, unter B III 3 c.

(4) In diesen Fördermengen ist auch die Steinkohlenmenge enthalten, die zur Erzeugung der nach Frankreich gehenden Koksmenge erforderlich ist.

Variante I: 3,1 Mill. t, Variante II: 2,8 Mill. t, Variante III: 1,9 Mill. t.

Zu e) Die bisher ermittelten alternativen Gesamtfördermengen von rd. 10,3 Mill. t (Variante I), 9,4 Mill. t (Variante II) bzw. 6,3 Mill. t Steinkohle (Variante III) sind nun noch um den Eigenverbrauch der Saarbergwerke zu erhöhen. Der in der Vergangenheit festgestellte Eigenverbrauchsanteil von 7 % der verwertbaren Förderung wird wegen der angestrebten Erneuerung der Grubenkraftwirtschaft mit dem dadurch bedingten merklich geringeren Eigenverbrauch der Gruben im Jahr 1980 nicht mehr gelten; er wird hier für 1980 mit 5 % angesetzt. Nach Maßgabe der Alternativen resultieren somit folgende Werte des Eigenverbrauchs:

Variante I: 0,5 Mill. t, Variante II: 0,4 Mill. t, Variante III: 0,3 Mill. t.

Nach Addition aller fünf Posten ergibt sich bei den einzelnen Varianten jeweils der folgende Gesamtverbrauch an saarländischer Steinkohle, den man in etwa auch mit der Förderung im Jahr 1980 gleichsetzen kann.

Variante I: 10,8 Mill. t, Variante II: 9,8 Mill. t, Variante III: 6,6 Mill. t.

bb) Die Beschäftigung im Bergbau 1980

Die für die alternativen Fördermengen benötigten Arbeitskräfte im Jahr 1980 werden wie folgt berechnet: Laut Generalplan der Saarbergwerke sollen ab 1967/68 in sieben Zechen 13,5 Mill. t Steinkohle mit einer Belegschaft von 29 000 Beschäftigten gefördert werden. Im Durchschnitt entfallen also auf eine Zeche 2 Mill. t Steinkohle und 4140 Beschäftigte. Diese Durchschnittsziffern auch für 1980 als Richtgröße zu verwenden, scheint nicht vertretbar, da

1. mit einer weiteren Erhöhung der Schichtleistung infolge weiterer technischer Entwicklung zu rechnen ist,

2. bei Schließung weiterer Zechen die durchschnittliche Schichtleistung ansteigt, da zuerst die Zechen mit unterdurchschnittlicher Schichtleistung geschlossen werden. Daraus folgt, daß 1980 1 Mill. t Steinkohle mit weniger als 2070 Beschäftigten gefördert werden können; es werden hier knapp 2000 Beschäftigte angenommen. Es ergeben sich dann bei den einzelnen Varianten folgende Beschäftigtenzahlen im Saarbergbau 1980:

Variante I: ca. 22 000 Beschäftigte auf etwa 5 Zechen,
 Variante II: ca. 20 000 Beschäftigte auf etwa 5 Zechen,
 Variante III: ca. 13 000 Beschäftigte auf etwa 3 Zechen.

c) Die Beschäftigung in der übrigen Wirtschaft des Saarlandes im Jahr 1980

ca) Das Berechnungsverfahren

Die von der PROGNOSE vorgelegte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesländer kann für das Saarland nicht übernommen werden, da für die im Saarland bedeutsamen Sektoren Bergbau und Energie sowie Eisenschaf-

fende Industrie zu optimistische Annahmen über die Produktionshöhen dieser Sektoren im Jahr 1980 gemacht wurden, die mit den Ergebnissen dieser Arbeit nicht in Einklang zu bringen sind. Das beweist auch die seit Abschluß der Arbeiten am PROGNOSE-Gutachten eingetretene Entwicklung. Obwohl somit die PROGNOSE-Prognose für das Saarland (1) in ihrer Gesamtheit nicht übernommen werden kann, sind Teile daraus doch verwertbar. So erscheinen insbesondere die Annahmen über die Produktion der Sektoren der „übrigen Wirtschaft“ im wesentlichen als realistisch. Die von PROGNOSE angegebenen Beschäftigtenzahlen für diese Bereiche können jedoch nicht unkorrigiert übernommen werden. Ein Teil der Bruttonproduktion eines jeden Sektors ist nämlich allein davon abhängig, daß andere Sektoren in entsprechender Höhe produzieren. Wenn nun, wie im vorstehenden ausführlich begründet, die Produktion des Bergbaus wahrscheinlich zurückgeht, so werden auch die vom Bergbau benötigten Zulieferungen absinken. Ein ähnlicher Effekt ergibt sich gegenüber dem PROGNOSE-Gutachten auch für die Eisenschaffende Industrie, wenn im Rahmen dieser Arbeit für 1980 eine geringere Rohstahlproduktion als von PROGNOSE unterstellt wird.

Aufgrund der eigenen Prognosen für die beiden Montansektoren kann daher unter Benutzung der Input-Output-Tabelle für das Saarland versucht werden, die durch die intersektoralen Effekte bedingte Fehleinschätzung der Beschäftigtenhöhe im Bereich der übrigen Wirtschaft – Fehleinschätzungen, die aus den zu optimistischen Projektionen der Entwicklung in den Sektoren Kohle und Stahl indirekt resultieren – zu quantifizieren und somit die PROGNOSE-Prognose zu modifizieren.

Auch jetzt sind – gemäß den obigen Ausführungen – mehrere Varianten durchzurechnen, die sich aus der Zusammenfügung der Prognosen für die Eisenschaffende Industrie und den Bergbau ergeben. Die Varianten sind dann folgende:

In Variante I wird davon ausgegangen, daß der Verhüttungsprozeß im Saarland verbleibt. Bei einer Rohstahlproduktion von 6,4 Mill. t im Jahr 1980 produziert der Bergbau 2,8 Mill. t Steinkohle für die Eisenschaffende Industrie, 8,0 Mill. t für alle übrigen Verbraucher, insgesamt also 10,8 Mill. t.

In Variante II wird ebenfalls angenommen, daß die Verhüttung im Saarland durchgeführt wird, die Rohstahlproduktion jedoch nur 5 Mill. t beträgt. Dann werden vom Bergbau insgesamt nur 9,8 Mill. t Kohle benötigt.

In Variante III wird unterstellt, daß die Verhüttung nicht im Saarland stattfindet. In diesem Fall müßte der Bergbau stets 7,8 Mill. t produzieren. Jedoch ergeben sich für die Folgewirkungen Unterschiede aus den alternativen Produktionshöhen der im Saarland noch verbleibenden Eisenindustrie:

(1) Ähnliche Überlegungen müßten für alle Bundesländer angestellt werden, in denen Bergbau und/oder Eisenschaffende Industrie eine bedeutsame Rolle spielen.

III a) Die saarländische Industrie produziert Walzwerkfertigerzeugnisse, die einer Rohstahlproduktion von 6,4 Mill. t entsprechen.

III b) Die saarländische Industrie produziert Walzwerkfertigerzeugnisse entsprechend einer Rohstahlproduktion von 5 Mill. t.

Mit Hilfe von Matrixmultiplikatoren (1), die die sektoralen Interdependenzen im Saarland quantifizieren, wird zunächst die von PROGNOSE unterstellte Produktionshöhe in allen anderen Sektoren berichtigt. Diese Berichtigungen sind die Folge einer niedrigeren Produktion im Bergbau und – allerdings weit weniger – in der Eisenschaffenden Industrie. Nach der notwendigen Umrechnung der ermittelten Bruttoproduktionswerte auf die entsprechenden Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt ergibt sich durch Anlegung von Produktivitätsziffern für jeden Sektor (der Input-Output-Tabelle) die durchschnittliche Anzahl von Beschäftigten pro 1 Mill. DM Bruttoinlandsprodukt bzw. die den ermittelten Rückgängen (gegenüber den von PROGNOSE angegebenen Werten) der Bruttoinlandsprodukte entsprechenden Beschäftigtenabnahmen für jeden Sektor.

cb) Die Beschäftigung in der übrigen Wirtschaft 1980

Nach Durchführung dieser Berechnung ergeben sich im Bereich der übrigen Wirtschaft für die einzelnen Varianten die folgenden Beschäftigungszahlen. Unter Berücksichtigung der bis 1980 erwarteten Produktivitätssteigerungen und der zusätzlichen Einkommenseffekte sind weitere Beschäftigungseinbußen möglich. Diese lassen sich jedoch nicht quantifizieren und bleiben daher unberücksichtigt. Die Gesamtbeschäftigung 1980 in der übrigen Wirtschaft – untergliedert nach drei großen Bereichen – zeigt die folgende *Tabelle 41*. Sie weist deutlich die zu erwartende Verlagerung der Beschäftigten aus den übrigen Wirtschaftsbereichen zum tertiären Sektor nach.

Tabelle 41 – Die Beschäftigten (Arbeitsplätze) in der übrigen Wirtschaft des Saarlandes im Jahr 1980

Wirtschaftsbereich	Variante I	Variante II	Variante III	
			a	b
Land- und Forstwirtschaft	16000	16000	16000	16000
Handel, Verkehr und übrige Dienstleistungen	187000	186000	185000	185000
Übriges produzierendes Gewerbe	169000	167000	166000	165000

(1) Diese Matrixmultiplikatoren beziehen sich auf 1963 und ergeben sich durch eine Invertierung der eigenestellten Input-Output-Tabelle für das Saarland. Kohärenztests wurden aufgrund zweier Matrizen für 1960 durchgeführt.

d) Zusammenfassung: Die Beschäftigung (Arbeitsplätze) in der saarländischen Wirtschaft 1980

Eine Zusammenfassung sämtlicher Einzelkomponenten der jeweiligen Alternativen ermöglicht es, einen Überblick über die Beschäftigungsmöglichkeiten im Jahr 1980 im Saarland zu geben, wenn außer den erwähnten Maßnahmen im Bereich der Eisenschaffenden Industrie und des Kohlenbergbaus keine weiteren spezifischen Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung eingeleitet werden. Die vier Varianten vermitteln dann das folgende Bild der saarländischen Wirtschaft im Jahr 1980.

Tabelle 42 – Die Beschäftigung in der Wirtschaft des Saarlandes im Jahr 1980 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Variante I	Variante II	Variante III	
			a	b
Land- und Forstwirtschaft	16000	16000	16000	16000
Steinkohlenbergbau	22000	20000	13000	13000
Eisenschaffende Industrie	30000	26000	25000	22000
Handel, Verkehr und übrige Dienstleistungen	187000	186000	185000	185000
Übriges produzierendes Gewerbe	169000	167000	166000	165000
Summe	424000	415000	405000	401000

3. Vergleich von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage im Jahr 1980

Die vorliegenden Teilprognosen über die wirtschaftliche und demographische Entwicklung im Saarland lassen sich nun derart zusammenfügen, daß sichtbar wird, in welchem Maß das saarländische Arbeitskräftepotential durch die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergebende Arbeitskräftenachfrage ausgeschöpft werden wird.

Tabelle 43 – Gegenüberstellung von Erwerbspersonen und Arbeitsplätzen im Saarland 1980

	Variante I	Variante II	Variante III	
			a	b
Erwerbspersonen	520000	520000	520000	520000
Arbeitsplätze	424000	415000	405000	401000
Überschuß an Erwerbspersonen	96000	105000	115000	119000

Die Tabelle zeigt eindeutig, daß im Jahr 1980 ein außerordentlich hoher Überschuß an Arbeitskräften bestehen wird, wenn mit Ausnahme des Eisenschaffenden Sektors keine weiteren Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt

werden. Die Zahl der Arbeitsplätze liegt nach dieser Prognose selbst im günstigsten Fall noch unter der von 1961.

Wirtschaftlich würde sich diese Entwicklung der Arbeitsplätze außer auf die direkt betroffenen Erwerbspersonen auch auf deren Angehörige auswirken. Eine Quantifizierung der Gesamtzahl der betroffenen Personen ist schwierig. Überträgt man jedoch das projizierte Verhältnis von Erwerbspersonen und Gesamtbevölkerung auf diesen Fall, so dürfte die Zahl der Personen je nach Alternative 230 000 bis 285 000 betragen.

Die Differenz zwischen Zahl der Erwerbspersonen und Arbeitsplatzangebot wird — sofern keine spezifischen Maßnahmen getroffen werden — Anlaß zu ökonomisch induzierten Abwanderungen sein, zumal andere Regionen der Bundesrepublik und benachbarter Länder wahrscheinlich eine wesentlich günstigere Entwicklung nehmen werden. Die Beurteilung solch großer Wanderungsbewegungen kann nicht einheitlich sein. Unter gesamtwirtschaftlichen Wachstumsaspekten kann eine Binnenwanderung, auch eine solche größeren Ausmaßes, im Prinzip positiv bewertet werden. In vielen Fällen dürfte sie sogar unbedingt nötig sein, um den Beschäftigtenbedarf in anderen Regionen mit höheren Wachstumschancen befriedigen zu können. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird durch die Mobilität der Faktoren gesteigert. So ist etwa auch die PROGNOSE-Prognose zu verstehen, die von der These der Vollbeschäftigung in bezug auf die gesamte Bundesrepublik ausgeht und zu dem Ergebnis kommt, daß in einigen Bundesländern ein über das eigene Bevölkerungswachstum hinausgehender Arbeitskräftebedarf eintreten wird, der durch Abwanderungen aus anderen Bundesländern — auch dem Saarland — befriedigt werden wird. Ein rechnerisch ermittelter regionaler Arbeitsplatzbedarf — wie er auch in der vorliegenden Prognose für das Saarland angegeben wird — muß dann unter gesamtwirtschaftlichen Wachstumsaspekten nicht notwendig zu der Forderung führen, daß in der betreffenden Region Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

Aus der regionalen Sicht heraus wird das Wanderungsproblem im allgemeinen jedoch anders beurteilt. Aus aufgetretenen und drohenden Abwanderungen wird auf einen Niedergang der wirtschaftlichen Aktivität einer Region geschlossen, der unbedingt vermieden werden müsse. In der Tat wurde vorn die Möglichkeit kumulativer Prozesse angedeutet, die — durch Abwanderungen in zunächst geringerem Umfang — zu einem beschleunigten Verfall einer Region führen können. So sind denn auch die Fragen des zurückgehenden Steueraufkommens, der möglichen Unterauslastung der Infrastruktur, der Verluste an Bildungsinvestitionen unmittelbar mit diesem Problem verknüpft. Vor allen Dingen ist herauszustellen, daß die endgültige Abwanderung von Menschen aus einem Raum stets erhebliche Kapitalverluste als Folge der Unterbelegung von Wohnungen und der Unterauslastung von infrastrukturellen Einrichtungen (Schulen, Straßen usw.) zur Folge hat.

Obwohl diese Probleme theoretisch noch nicht voll geklärt sind, es also noch nicht schlüssig beantwortet werden kann, ob es gesamtwirtschaftlich und letztlich damit auch für die Einwohner einer Region besser ist, Abwanderungen zuzulassen und möglicherweise sogar noch zu erleichtern, spricht doch einiges dafür,

Abwanderungen in einem derartigen Ausmaß, wie sie die Prognose für 1980 erwarten läßt, zu verhindern. Selbst wenn man annimmt, daß vielleicht 50 000 Erwerbspersonen freiwillig ihren Wohnsitz im Saarland aufgeben und Arbeitsplätze in anderen Bundesländern finden, so bleiben doch noch ca. 50 000 bis 70 000 Saarländer, für die im Saarland Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden müßten, um einen beschleunigten Verfall mit den oben angedeuteten Folgen zu verhindern. Wenn sich so auch möglicherweise nicht für alle (im Maximalfall etwa 120 000) Erwerbspersonen die Notwendigkeit einer Arbeitsplatzbeschaffung im Saarland ergibt, so bleibt doch eine erhebliche Zahl an Arbeitsplätzen zu schaffen. Zwar könnte einem Teil der saarländischen Bevölkerung auch dadurch Beschäftigung geboten werden, daß man in der Nähe der saarländischen Grenzen Arbeitsplätze schafft. Dies würde eine Verstärkung der Auspendlerbewegung und eine Verminderung des Einpendlerstroms bewirken und gleichzeitig die sonst zu erwartende endgültige Auswanderung aus dem Saarland verringern. Die wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten der Nachbarregionen des Saarlandes bieten jedoch insgesamt gesehen wenig Ansatzpunkte für Arbeitsplatzbeschaffungen größeren Ausmaßes, zumal in einem Teil von ihnen ähnliche Entwicklungen wie im Saarland zu verzeichnen sind (1).

So scheinen trotz der uneinheitlichen Wertung des Wanderungsproblems, die im übrigen letztlich nicht nur unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Wachstums, sondern auch unter politischen und sozialen Aspekten vorgenommen werden muß, Überlegungen darüber geboten, wie man das Arbeitsplatzangebot an der Saar der Zahl der Erwerbspersonen besser angleichen kann. Eine Antwort auf diese Frage erfordert einen Überblick über die Möglichkeiten einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Saarlandes.

B – Ansatzpunkte zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung

I. Die Attraktivität peripherer Gebiete im Wachstumsprozeß

Das Saarland muß trotz seiner zentralen Lage im EWG-Raum zur Zeit wirtschaftlich noch als periphere Region angesehen werden. Allgemein wird angenommen, daß solche Gebiete im Wachstumsprozeß stark benachteiligt sind (2). Für die Bundesrepublik läßt sich jedoch nachweisen, daß sich seit etwa 1957 – mit Erreichung der Vollbeschäftigung – die räumliche Verteilung der Wirtschaft zugunsten der bislang weniger bevorzugten Gebiete geändert hat. Während noch bis 1957 die traditionellen Wachstumszentren das stärkere Wachstum zeigten, holten danach die weniger begünstigten Gebiete deutlich auf. Nach Erreichen der Vollbeschäftigung hatte die überkommene Wirtschaftsstruktur nicht mehr die gleiche Bedeutung für die wirtschaftliche Expansion. Andere Faktoren rückten in

(1) An diesem Punkt zeigt sich sehr deutlich, daß sich eine Studie über regionale Probleme nicht auf einen durch Verwaltungsgrenzen fixierten Raum beschränken kann.

(2) Siehe etwa Prebischs Theorie der peripheren Wirtschaft.

den Vordergrund: Besonders wichtig wurden nun Arbeitskraftreserven, gute Verkehrsbedingungen, Infrastrukturvorteile, gute Absatzmöglichkeiten, gute Lebensverhältnisse (Wohnungswesen) u. ä. (1).

In gewissem Umfang machte das Saarland diese Entwicklung mit. So wurden durch die saarländischen Arbeitskraftreserven (Freisetzung aus der Landwirtschaft und Bergbau; Reserven in der weiblichen Bevölkerung) in den letzten Jahren eine Reihe von Betrieben angezogen, wobei die weiblichen Arbeitskraftreserven einen besonders wichtigen Anlaß für die Standortwahl im Saarland bildeten (2).

Die Attraktivität des Saarlandes scheint aber noch nicht ganz die anderer peripherer Gebiete erreicht zu haben, denn wesentliche Faktoren wie Verkehrsverbindungen, gute sonstige Infrastruktureinrichtungen, Führungsvorteile u. ä. scheinen noch nicht in ausreichendem Maß vorhanden zu sein. „Natürliche“ Ansätze zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung sind aufgrund der Standortvorteile des Saarlandes vorhanden. Inwieweit diese allein schon ausreichen, wird allerdings noch zu prüfen sein.

II. *Das Standortangebot des Saarlandes*

1. *Das globale Angebot*

In einem Überblick über das gesamte Saarland, der sich weitgehend auf die bisherigen Untersuchungsergebnisse stützt, wird versucht, die Standortvorteile des Saarlandes zu erfassen. Als die im Wachstumsprozeß allgemein wesentlichen Faktoren wurden schon genannt:

- a) die Lage auf dem Arbeitsmarkt,
- b) industrialisierungsfähiges Gelände,
- c) die Lage in bezug auf Liefer- und Absatzmärkte,
- d) Führungsvorteile und Industrieklima,
- e) allgemeine Lebensbedingungen (Wohnungswesen, kulturelle Gegebenheiten, landschaftliche Lage).

Zu prüfen ist, inwieweit diese Voraussetzungen im Saarland erfüllt sind.

Zu a) Die Bestandsaufnahme sowie die Prognosen haben hinsichtlich des Arbeitskräfteangebots ein sehr günstiges Ergebnis vermittelt. Die Projektion zeigt — unter der Annahme, daß keine durchgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen und keine Abwanderungen erfolgen —, daß sich wahrscheinlich bis zum Jahr 1980 ein Arbeitskräfteüberschuß von über 100 000 Personen einstellen wird; zukünftige Industrialisierungsvorhaben können also mit genügend Arbeitskräften rechnen. Überhaupt ist dieser Arbeitskräfteüberschuß als einer der größten Aktivposten für die wirtschaftliche Zukunft des Saarlandes zu werten, zumal in neuerer Zeit oft die Befürchtung geäußert wird, daß das zukünftige

(1) Siehe Jahresgutachten 1965/66 des Sachverständigenrats, a.a.O., S. 159.

(2) Siehe auch Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961 bis 1963, Bonn 1964, Tabelle 2.

Wirtschaftswachstum durch Arbeitskräftemangel empfindlich behindert werden könnte. Diese Gefahr ist im Saarland nicht zu erwarten.

Muß auch ein — verglichen mit anderen Gebieten — niedrigeres Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte konstatiert werden, so stehen doch gerade im Kohlenbergbau und in der Eisenschaffenden Industrie gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung, die einen wachstumsfördernden Strukturwandel erleichtern.

Zu b) Die topographischen Karten des Saarlandes zeigen ein hügeliges Gelände, in dem nur in den Flußniederungen größere ebene Flächen auftreten. Gerade diese Flußniederungen sind aber bereits weitgehend durch Wohn- und Industriebauten genutzt, so daß die Flächenfrage im Saarland eine sehr große Rolle spielt. Erschwerend kommt hinzu, daß die noch freien ebenen Flächen vielfach aus dem wertvollsten Ackerboden des Saarlandes bestehen. Dennoch verhindert dieser Gesichtspunkt keineswegs jede weitere Industrialisierung. Trotz des hügeligen Geländes können nämlich für kleinere Betriebe wohl in jeder saarländischen Gemeinde ausreichende Flächen zur Verfügung gestellt werden. Jedoch fehlt es für eine Industrieansiedlung größeren Ausmaßes in vielen Gemeinden an den erforderlichen zusammenhängenden Flächen. Bei der Ansiedlung größerer Betriebe ist es vielfach erforderlich, daß sich bereits bestehende Unternehmen, insbesondere Gruben und Hütten, an der Aufbringung des notwendigen Geländes mitbeteiligen.

Zu c) Die Lage in bezug auf Liefer- und Absatzmärkte wird in erster Linie durch die Verkehrsverhältnisse bestimmt. Hier zeigt das Saarland bislang noch kein günstiges Bild, wie aus der Beurteilung des Transportwesens hervorgeht.

Zu d) Beim Saarland handelt es sich um ein „altes Industriegebiet“. Alte Industrieviertel zeigen trotz ihrer strukturellen Schwierigkeiten vielfältige Verbindungen zwischen den vorhandenen Gewerbebetrieben. Diese gewerbliche Struktur kommt neu hinzukommenden Unternehmen in Form von Führungsvorteilen zugute. Außerdem sind im Saarland — aufgrund der politischen Vergangenheit und geographischen Lage — Führungsvorteile zum französischen Markt ausgeprägt. Zu erwähnen sind etwa sprachliche Kenntnisse, die Anwesenheit französischer Banken in Saarbrücken sowie langjährige Geschäftsbeziehungen saarländischer Firmen zu Frankreich.

Zu e) Das saarländische Wohnungswesen bietet ein recht günstiges Bild, insbesondere hinsichtlich Ausrüstung und Belegung der Wohnungen. Daß die Lage am Wohnungsmarkt entspannt ist, beweist die Tatsache, daß alle saarländischen Kreise, also selbst der Stadtkreis Saarbrücken, zu „weißen Kreisen“ erklärt wurden.

Die kulturellen Gegebenheiten, die insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche Führungskräfte (neuanziedelnder Unternehmen) von größerer Bedeutung sind, werden in der Beurteilung als nicht voll zufriedenstellend bezeichnet. Dies gilt besonders für die Lage im Bildungswesen, obwohl das Saarland über eine moderne Universität verfügt. Wichtige kulturelle Einrichtungen

(Theater- und Konzertaufführungen) beschränken sich im wesentlichen auf Saarbrücken.

Das Saarland weist aufgrund seiner Mittelgebirgsstruktur z. T. recht reizvolle Landstriche auf (die in kleinem Umfang im Norden des Landes zum Aufbau von Erholungszentren Anlaß gaben); selbst bis in das eigentliche Industriegebiet hinein erstrecken sich Grünzonen. Darüber hinaus ist die Lage zu den mitteleuropäischen Erholungsgebieten durchaus günstig; Schwarzwald, Vogesen und Schweiz sowie Eifel und Ardennen sind in wenigen Autostunden zu erreichen.

Insgesamt kann das Standortangebot des Saarlandes — abgesehen von Schwächen im Verkehrs- und Bildungswesen — als nicht ungünstig bezeichnet werden. Durch entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung der genannten Schwächen wird sich die standortmäßige Attraktivität des Saarlandes noch erheblich steigern lassen.

2. Standortangebot auf Gemeindeebene

a) Der Standortkatalog als Instrument zur Erfassung lokaler Entwicklungsmöglichkeiten

Die globale Erfassung des saarländischen Standortangebots reicht noch nicht aus, um Anhaltspunkte für spezielle Ansiedlungsvorhaben zu gewinnen. Gerade die Methode des Standortkatalogs ist jedoch geeignet, das gemeindliche Standortangebot mit den branchenspezifischen Standortwünschen zu vergleichen und so eine Grundlage für die Beurteilung der Ansiedlungsmöglichkeiten (zum Zweck einer regionalen Strukturpolitik) zu bieten.

Der eine Teil des Standortkatalogs besteht aus der Untersuchung einzelner Gemeinden hinsichtlich ihres Standortangebots. Dazu müssen möglichst detaillierte Fragebögen aufgestellt werden, die sämtliche wichtigen Standortkomponenten aufführen, etwa Größe, Art und Beschaffenheit industrialisierungsfähiger Flächen, deren Verkehrsanschluß, Arbeitskräfteangebot, bereits vorhandene Betriebe, aber auch kulturelle und soziale Einrichtungen. Der andere Teil besteht aus einer Übersicht über die Standortanforderungen stark eingegrenzter Industriebranchen ⁽¹⁾. Eine Kombination beider Seiten liefert zunächst negative Hinweise, d. h. sie läßt ziemlich genaue Angaben darüber zu, daß eine bestimmte Gemeinde für gewisse Industrien aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geeignet ist. Aber auch positive Hinweise sind möglich, und zwar in der Art, daß das Standortangebot einer Gemeinde für bestimmte Industrien ausreichen dürfte. Damit sind aber wichtige Vorbedingungen dafür erfüllt, daß der Betrieb sich in dieser Gemeinde gut entwickelt.

Da über die Standortanforderungen der Industrien bereits Unterlagen vorliegen, war nur die Erfassung der Standortangebote saarländischer Gemeinden

(1) Als brauchbare Ansätze sind zu nennen: Schriften des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Heft 35, Standortwahl und Industrieförderung — Materialsammlung für Unternehmer und Planungsstellen — Auszugsweise Übersetzung des Community Industrial Development Kit, Köln 1958, sowie die von Carol, Custer und Wegenstein im Rahmen der „Aufstellung eines Industriezonen-Planes über das Gebiet des Kantons Zürich“, 1954, erarbeitete Standort-Anforderungstabelle.

erforderlich ⁽¹⁾. Eine vollständige Erfassung aller Gemeinden war jedoch nicht nur aus erhebungstechnischen Gründen, sondern auch aus methodischen Erwägungen nicht zu befürworten. Trotz der intensiven Propaganda „Industrie aufs Land“ macht nämlich eine zusammenfassende Betrachtung der großen Zahl von Industrieansiedlungen im Bundesgebiet deutlich, daß Industriebetriebe im allgemeinen nicht in sehr kleine Orte gehen, sondern die Mehrzahl der Industrieansiedlungen in ländlichen Gebieten entweder in den Kreisstädten oder aber in größeren Orten erfolgt, in denen gewisse zentrale Dienste angeboten werden. Das Vorhandensein gerade dieser zentralen Einrichtungen und Dienste ist es, was eine Ansiedlung für den Unternehmer — abgesehen von betrieblichen Einzelanfordernissen, der Arbeitskräftefrage usw. — anziehend macht.

Daraus ergibt sich, daß Orte, in denen größere Industrieansiedlungen erfolgen, in der Regel eine gewisse Mindesteinwohnerzahl aufweisen müssen. So ist festgestellt worden, daß die Standorte neuer Industriebetriebe in der Regel Einwohnerzahlen von mindestens 2000 bis 3000 aufweisen. Kleinere von standortsuchenden Industriebetrieben gewählte Gemeinden liegen vielfach in der engeren Nachbarschaft von Städten oder aber in dichter besiedelten Räumen bzw. innerhalb von Ballungsgebieten ⁽²⁾.

Entsprechend diesen Überlegungen wurden von vornherein nur solche Gemeinden ausgewählt, die selbst größere Einwohnerzahlen aufweisen oder aber in unmittelbarer Nachbarschaft von größeren Orten gelegen sind (siehe *Karte 9*). Das gilt nicht für eine größere Gruppe von Gemeinden im nördlichen Saarland (Niederlosheim, Münchweiler, Nunkirchen, Büschfeld, Lockweiler). Für die Auswahl dieser Gemeinden sprachen folgende Gründe: Es war die Frage zu klären, ob im nördlichen Saarland ein kleineres Zentrum geschaffen werden könne, das

- a) die derzeit noch beachtlichen Pendlerströme ins südliche Saarland z. T. an sich ziehen könnte,
- b) die voraussichtlich aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen könnte.

Weitere Gemeinden in diesem Raum wurden nicht einbezogen, da aufgrund der topographischen Gegebenheiten in den übrigen Gemeinden mit größeren ebenen Flächen nicht zu rechnen ist.

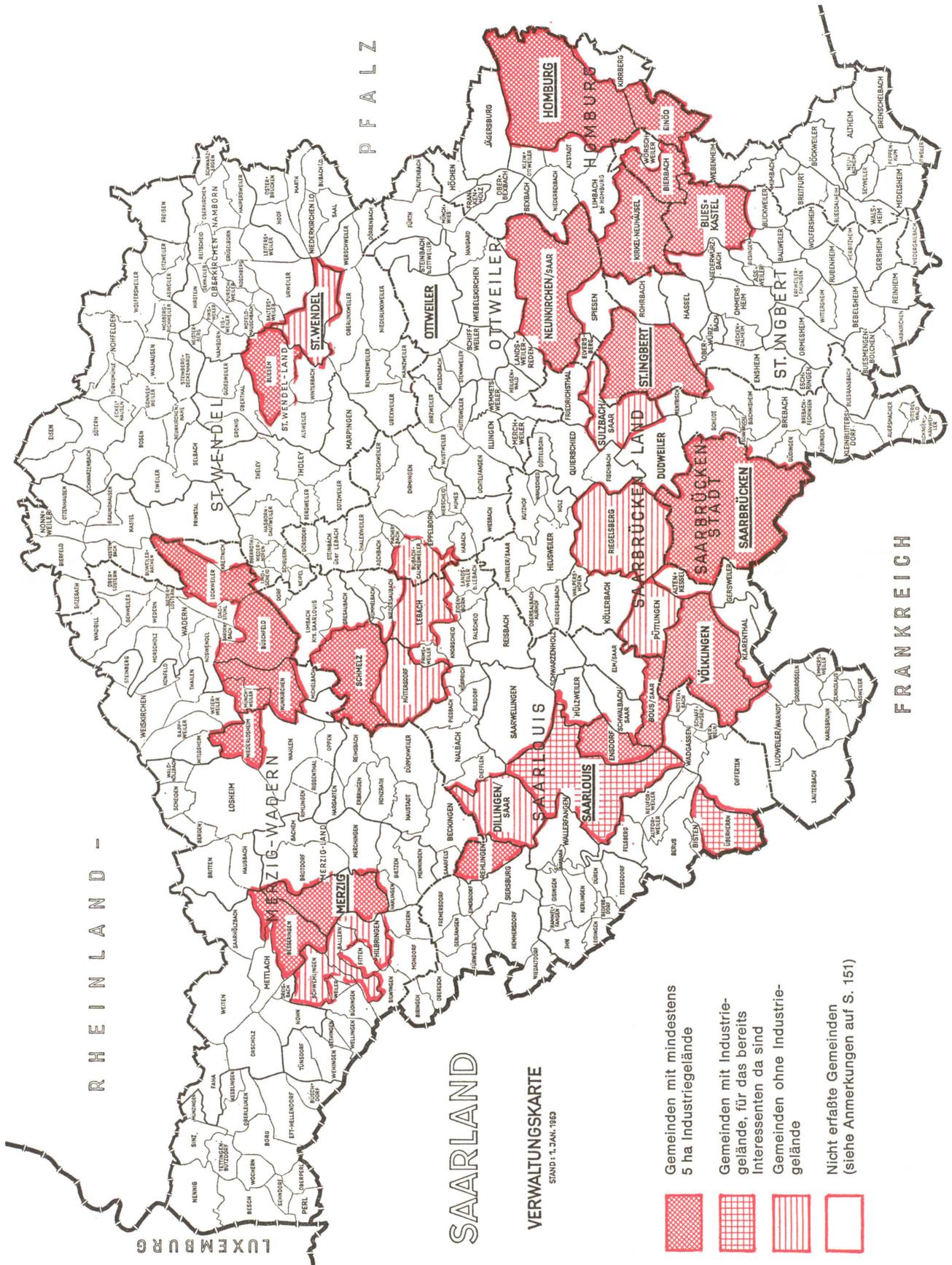
Die Gebiete um Merzig, Lebach und St. Wendel wurden ebenfalls hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, eine Antwort auf die Frage zu erhalten, inwieweit eine Stärkung dieser schon bestehenden Zentren möglich ist, um die zu erwartenden Arbeitskräftereserven (Landwirtschaft, Pendler) aufzunehmen.

Bei den Gemeinden des Industriegürtels, der sich von Merzig über Saarbrücken bis Homburg erstreckt, war an eine umfassende Erhebung gedacht. Für einige Gemeinden erübrigte sich diese jedoch, da das Landesplanungsamt aufgrund seiner guten Kenntnisse der Gemeinden schon eine Vorauswahl unter dem

⁽¹⁾ Siehe den Fragebogen im Anhang, S. 192 ff.

⁽²⁾ Siehe Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), a.a.O., S. 12 f.

Karte 9 — Mit Standortkatalog untersuchte Gemeinden



-  Gemeinden mit mindestens 5 ha Industriegelände
-  Gemeinden mit Industriegelände, für das bereits Interessenten da sind
-  Gemeinden ohne Industriegelände
-  Nicht erfaßte Gemeinden (siehe Anmerkungen auf S. 151)

SAARLAND

VERWALTUNGSKARTE
STAND: 1. JAN. 1983

Gesichtspunkt treffen konnte, ob überhaupt noch industrialisierungsfähige Flächen vorhanden sind. Im übrigen spielten bei der Auswahl folgende Faktoren eine besondere Rolle: In einigen Gemeinden dieses Industriegebiets ist infolge des Rückgangs des Bergbaus ein absoluter Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, eine Entwicklung, die aus mancherlei Gründen (insbesondere auch wegen der Unterauslastung bestehender Infrastruktureinrichtungen) nicht gern gesehen wird. Der genannte Industriegürtel zeichnet sich des weiteren durch ein hohes weibliches Arbeitskräfteangebot aus. Hier erschien daher eine Untersuchung des Standortangebots zweckmäßig.

b) Das Standortangebot ausgewählter saarländischer Gemeinden

Im Rahmen der weiteren Untersuchungen wurden ferner jene Gemeinden ausgeschieden, bei deren Befragung sich ergab, daß sie kein industrialisierungsfähiges Gelände anzubieten haben. Für weitere Überlegungen hinsichtlich der Entwicklungsaussichten kann man sich auf die Gemeinden beschränken, die über entsprechende nutzbare Flächen verfügen (siehe *Karte 9*).

Die Geländefrage bildet selbstverständlich nur einen Bestandteil bei Standortentscheidungen. Wichtig ist vor allem auch das Arbeitskräfteangebot. Obwohl die Betrachtung des globalen saarländischen Standortangebots ein günstiges Ergebnis hinsichtlich des Arbeitskräfteangebots zeigt, müssen für die speziellen Überlegungen in diesem Zusammenhang die Arbeitskräfteverhältnisse auf lokaler Ebene berücksichtigt werden.

Da sich Industrialisierungsmaßnahmen — wie oben angedeutet — auf wenige Orte konzentrieren müssen, ist davon auszugehen, daß die Pendelwanderung zwar eingeschränkt, jedoch nicht beseitigt werden kann. Für die schwerpunktmäßig ausgewählten Gemeinden können sich daher unter Berücksichtigung der Verkehrsverbindungen und Entfernungen (d. h. zumutbarer Pendelbewegungen) die Einflußzonen, wie sie im Teil I dieser Untersuchung aufgezeigt sind (*Karte 2*, S. 47), verschieben.

Für die einzelnen Zonen wurden Überlegungen hinsichtlich der Arbeitskraftreserven angestellt. Diese Reserven sind schon gegenwärtig als latente Möglichkeiten anzusehen, da sich die Berechnungen auf die Volkszählungsergebnisse von 1961 stützen. Die Reserven resultieren aus erwerbswilligen Frauen und latenten Reserven (Auspendler) vor allem bei den zur Zeit in Bergbau und Eisenschaffender Industrie Beschäftigten (siehe *Tab. 44*). Aus der Projektion geht hervor, daß gerade im landwirtschaftlich orientierten nördlichen Saarland noch bedeutende Arbeitskraftreserven durch Freisetzung aus der Landwirtschaft zu erwarten sind.

Schließlich beeinflussen die Qualität vorhandener Infrastruktureinrichtungen und das Angebot an zentralen Diensten die Standortwahl der Unternehmer. Die Erhebung über die Gemeinden läßt den Schluß zu, daß — bis auf die bereits oben genannten Mängel in der Ausrüstung mit höherwertigen Infrastruktureinrichtungen — vor allem der Standard der Gemeinden im bisherigen Industriegebiet befriedigt. Hier sind weiterführende Schulen, Fachschulen und ärztliche

Tabelle 44 — Gegenwärtig vorhandene und in nächster Zukunft zu erwartende Arbeitskraftreserven in verschiedenen Gebieten des Saarlandes (Stand um 1965)

Gebiet	Erwerbspersonen am 6. 6. 1961					Weibliche Erwerbsquote 1961	Weibliche Arbeitskraftreserve bei einer Erwerbsquote von ca. 27 %	Mögliche maximale Freisetzung aus Hütten und Bergbau
	Männlich	Weiblich	Davon in		Bergbau			
			Hütten	Bergbau				
Losheim-Wadern	9666	5303	1551	1191	30,2	..	2750	
Merzig	8716	4872	503	247	28,9	..	750	
Rehlingen	7986	4132	1638	514	29,1	..	2150	
Lebach	14755	5865	2059	4068	21,5	1550	6100	
Ensdorf-Bous	42475	15741	20,8	5050	..	
Völklingen	25075	8724	19,6	3500	..	
Saarbrücken	80557	35130	24,2	5000	..	
St. Ingbert	25832	9964	20,7	3300	..	
Blieskastel	10267	5177	606	1082	28,2	..	1650	
Homburg	10528	4468	1297	382	23,2	800	1650	
Neunkirchen	37870	14374	20,2	5300	..	
St. Wendel	19425	8154	2558	4395	23,2	1500	6950	
Arbeitskräftepotential der Gebiete insgesamt						ca.	26000	22000

Zeichenerklärung:

- Unter der Annahme einer weiblichen Erwerbsquote von 27 % keine Reserven.
- .. Nicht erfaßt, da Freisetzungen in diesen Gebieten z. Z. wenig wahrscheinlich.

Betreuung in ausreichendem Maß vorhanden. Auch sind in diesem Gebiet eine Vielzahl von Industriebetrieben bereits ansässig, so daß hier erhebliche Fühlungsvorteile zu erwarten sind. Inwieweit dieser Punkt von Bedeutung ist, hängt jedoch stark vom Einzelfall ab. Diese Feststellung kann für das nördliche Saarland, insbesondere für das Gebiet Losheim-Wadern nicht in gleichem Maß aufrechterhalten bleiben. Gerade in diesem Raum sind die Bedingungen, die oben mit „allgemeinen Lebensbedingungen“ umschrieben wurden, nicht überall so günstig zu beurteilen. Auch sind die Verkehrsanschlüsse an das übrige Saarland in diesem Gebiet noch nicht besonders vorteilhaft. Insgesamt erscheint daher das nördliche Saarland weniger attraktiv.

C — Empfehlungen für regionalpolitische Maßnahmen

I. *Maßnahmen zur Steigerung der saarländischen Standortattraktivität*

1. *Im Verkehrswesen*

Die Beurteilung der infrastrukturellen Gegebenheiten im Saarland muß einen Rückstand konstatieren, der sich besonders auf dem Verkehrssektor und auf dem Bildungssektor bemerkbar macht. Eine Besserung der Lage in diesen Sektoren scheint dringend geboten, da nur dann die Gewähr gegeben ist, daß die an späterer Stelle vorgeschlagenen Umstrukturierungsmaßnahmen voll wirksam werden.

Die Lage im saarländischen Verkehrswesen hat sich zwar nach der Fertigstellung der Autobahn für den Straßenverkehr nach den östlichen Nachbargebieten entscheidend verbessert, doch sind die übrigen Vorhaben bislang noch vorwiegend im Planungsstadium geblieben. Der Ausbau eines innersaarländischen Schnellstraßennetzes ist um so vordringlicher, als heute noch — wie gezeigt wurde — der überwiegende Teil der saarländischen Straßen unter Ortsdurchfahrten leidet. Die saarländische Straßenplanung trägt diesem Gedanken Rechnung, denn umfangreiche Neubauten an Umgehungsstraßen sind vorgesehen. Die Straßenplanungen sind aber nicht unmittelbar in Übereinstimmung mit landesplanerischen Vorstellungen entstanden, denn die Planungen scheinen vorwiegend an der Vergangenheit orientiert zu sein, d. h. die Neubauten sind als Entlastungsstraßen bereits bestehender Verbindungen gedacht. Gesichtspunkte der Landesentwicklung bleiben dabei aber oftmals außer acht; nach diesen Planungen bleiben nämlich die Bundesausbauorte Schmelz und Lebach ohne direkten Anschluß an das Schnellstraßennetz, eine Lösung, die wenig sinnvoll erscheint. Die Planungen der Straßenführung scheinen überhaupt unter dem Gesichtspunkt der Landesentwicklungspläne revisionsbedürftig. Neben dem Raum Lebach bleibt nämlich nach den bisherigen Plänen nahezu das gesamte nordwestliche Saarland vom Ausbau unberührt. Auch Perl, das in den Vorhaben der

Saarbergwerke eine bedeutende Rolle spielt, wird danach ohne Anschluß an das Schnellstraßennetz bleiben. Es wäre daher zu erwägen, durch das nördliche Saarland eine Trasse zu ziehen, die St. Wendel mit Merzig verbinden würde und etwa über Tholey, Büschfeld, Losheim verlaufen könnte. Eine solche Verkehrsverbindung könnte das nördliche Saarland etwas attraktiver machen, was im Hinblick auf die hohe Zahl von Auspendlern aus dem nördlichen Saarland bedeutsam ist.

Der Effekt eines solchen Ausbaus würde unterstützt durch den geplanten Ausbau der B 408, an die das Saarland über die B 327 angeschlossen wird. Die B 408, die in ihrer Weiterführung als E 42 bis in den Raum Köln reichen soll, würde dann mehreren Zwecken genügen. Einmal wird eine schnelle Verbindung zum Ruhrgebiet erstellt, zum anderen könnte diese Verbindung eine Entlastung der Verbindung Niederlande—Schweiz bilden. Gleichzeitig würde dadurch das Saarland zu einem Schnittpunkt bedeutsamer Verkehrsachsen in Nord-Süd-Richtung (etwa Köln—Saarbrücken—Straßburg—Basel) und in Ost-West-Richtung (Frankfurt—Mannheim—Saarbrücken—Metz—Paris). Auch für das Problemgebiet Eifel dürften sich positive Effekte ergeben, würde doch einerseits ein besserer Zugang für ansiedlungswillige Unternehmer geschaffen, andererseits auch eine Möglichkeit der besseren Erschließung für den Fremdenverkehr erreicht.

Die im letzten Abschnitt genannten Planungen sind z. T. auch im Programm für den Ausbau der Bundesautobahnen vorgesehen. Die Fertigstellung der entsprechenden Abschnitte ist aber erst für die fernere Zukunft zu erwarten. Hier könnte eine politische Entscheidung, einen beschleunigten Ausbau herbeizuführen, die lange Benachteiligung des Saarlandes und auch der Eifel im Ausbau der Verkehrswege — zum größten Teil auch bedingt durch militärische Erwägungen — beheben.

Den Ausbau des Straßennetzes halten wir für besonders vordringlich, da eine Umstrukturierung der Saarländischen Wirtschaft aller Voraussicht nach nur in Richtung auf die Produktion hochwertiger Güter führen wird, für deren Absatz (neben der Eisenbahn) verstärkt der Lkw in Frage kommen dürfte.

Bezüglich des Eisenbahnnetzes scheinen keine Änderungen nötig. Das Netz ist ziemlich dicht und enthält kaum Stichbahnen, die für eine Stilllegung in Betracht zu ziehen wären. Die Elektrifizierung der Strecke nach Ludwigshafen hat eine Verbesserung gebracht. Die noch bestehenden Mängel wurden bereits genannt. Gerade im Personenverkehr wären noch wesentliche Verbesserungen erwünscht.

Die Lage im saarländischen Luftverkehrswesen würde entscheidend durch den Ausbau des Flughafens Saarbrücken-Ensheim, der nach Pressemeldungen feststeht, verbessert. Regelmäßige und günstige Flugverbindungen könnten einen rentablen Betrieb ermöglichen, wie die Studie von Porger nachweist. Dennoch sollten die saarländischen Pläne besonders mit den französischen, die den Bau eines größeren Flughafens bei Metz vorsehen, und eventuellen luxemburgischen Ausbauplänen abgestimmt werden, da die Kapazität dreier Flughäfen auf engem Raum sicherlich nicht wirtschaftlich ausgenutzt werden kann.

Die Frage des Anschlusses des Saarlandes an das Wasserstraßennetz spielt in der verkehrs- und wirtschaftspolitischen Diskussion eine besondere Rolle. Schon außerordentlich lange ist das Projekt eines Saar-Pfalz-Kanals, der Saarbrücken über Kaiserslautern mit dem Rhein in Höhe von Ludwigshafen/Worms verbinden soll, zur Hebung der Standortlage des Saarlandes in der Diskussion. Der Bau des Kanals selbst ist nicht zuletzt wegen der wechselnden politischen Zugehörigkeit des Saarlandes aufgeschoben worden. Die Notwendigkeit eines Kanals wird vor allem damit begründet, daß das Saarland als Montanrevier auf billige Transportmöglichkeiten für Massengüter angewiesen sei und zudem im letzten Jahrzehnt durch den Bau des Mosel-Kanals eine zusätzliche Standortverschlechterung erfahren habe.

Es steht außer Frage, daß Montanreviere mit Anschluß an das Wasserstraßennetz gegenüber „trockenen“ Revieren sowohl beim Bezug als auch beim Absatz im Vorteil sind. Setzt man daher das Vorhandensein einer leistungsfähigen Wasserstraße als infrastrukturelle Prämisse für die Existenzfähigkeit eines jeden größeren Montanreviers voraus, so müßte eine solche auch für das Saarland geschaffen werden. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß ein solcher Kanal sehr hohe Investitionssummen und laufende Betriebskosten erfordert. Es steht fest, daß in dieser Beziehung der Saar-Pfalz-Kanal niemals seine vollen Kosten decken wird. Jedoch ist dabei zu beachten, daß — von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen — kaum ein deutscher oder französischer Kanal eine solche Vollkostendeckung erzielt. Auch erfolgen im Augenblick in Deutschland noch Kanalbauten (Fortbau des Rhein-Main-Donau-Kanals), bei denen feststeht, daß sie ihre volkswirtschaftlichen Kosten nicht aufbringen. Schließlich ist auch die Moselkanalisierung rein volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen.

Es ergibt sich somit die Frage, ob den berechtigten Wünschen des Saarlandes nach niedrigen Tarifen nicht auf andere Weise entsprochen werden kann. Solche Tarife sind, wie oben gezeigt wurde, Voraussetzung für die Erhaltung der Montanindustrie an der Saar. Hier deckt sich nun das eigenwirtschaftliche Interesse der Eisenbahn an der Verkehrserhaltung mit dem der Saarwirtschaft. Die Eisenbahn ist aus eigenwirtschaftlichen Überlegungen daran interessiert, daß weiterhin der Verkehr aus dem Saarland zu seinen Abnehmern erhalten bleibt und daß dieser Verkehr von ihr bewältigt wird. Es ist daher von ihrem Standpunkt aus vertretbar, daß sie langfristig günstige Tarife — etwa in Höhe der heutigen Alsob-Tarife — anbietet, zumal diese die Grenzkosten des Transports übersteigen. Im Interesse der Saarwirtschaft muß allerdings die Fortdauer solcher Frachtraten garantiert sein, denn nur unter dieser Voraussetzung werden Unternehmen bereit sein, im Saarland größere Beträge zu reinvestieren oder gar neu zu investieren. Ohne eine entsprechend langfristig gesicherte niedrige Tarifgestaltung der Verkehrsträger kann der Niedergang der gefährdeten Montanindustrie nicht aufgehalten werden. Ohne diese Tarife erscheint die im Prognoseteil unterstellte Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie absatzmäßig nicht gesichert. Eine Belebung des Absatzes des Bergbaus ist aber auch bei den angesprochenen Tarifen nicht zu erwarten.

2. *Im Bildungswesen*

Da die Lage im saarländischen Bildungswesen als nicht besonders günstig gekennzeichnet werden mußte, andererseits der personellen Infrastruktur (Ausbildung der Bevölkerung) immer größere Bedeutung zukommt, ist zu untersuchen, welche Wege sich anbieten, um diesen Hinderungsfaktor in der saarländischen Entwicklung auszuschalten. Zunächst erscheint es angebracht, in Anbetracht der immer größer werdenden Anforderung an die berufliche Ausbildung im Saarland eine erhöhte Bereitschaft zu verlängerter Ausbildung zu wecken, besonders um den hohen Anteil an Personen, die nur die Volksschule besuchen, zu mindern. Dazu ist naturgemäß ein paralleler Ausbau des Schulwesens nötig. Ohne diesen Ausbau könnten nämlich selbst bei Bereitwilligkeit eines größeren Bevölkerungsanteils zum Besuch einer weiterführenden Schule letztlich kaum Verbesserungen in der höheren Schulbildung erreicht werden, da schon jetzt die Klassenfrequenzen an den saarländischen Oberschulen zu den höchsten in der ganzen Bundesrepublik zählen. Neben dem Ausbau höherer Schulen muß aber auch die mittlere Stufe stark erweitert werden, denn das Mittelschulwesen ist im Saarland ebenfalls nur unterdurchschnittlich entwickelt.

Wenn hier bislang nur der Ausbau und die verstärkte Förderung des Besuchs weiterführender Schulen betont wurde, so ist dennoch nicht die Lage der Volksschulen zu vergessen. Auch hier sollten unbedingt notwendige Maßnahmen, wie das Auflösen von Zwergschulen und deren Zusammenlegung zu Mittelpunktsschulen, in nächster Zukunft durchgeführt werden, zumal der Lehrermangel durch eine Vielzahl kleinster Schulen noch verstärkt wird.

Wahrscheinlich macht auch die sich abzeichnende Notwendigkeit einer Auflockerung der Industriestruktur intensivere Maßnahmen auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung erforderlich, da Weiterbildungs- und Umschulungskurse in größerem Ausmaß notwendig sind, um die berufliche Mobilität zu erhöhen. Die damit verbundenen finanziellen Belastungen der bereits im Erwerbsleben stehenden Personen sollten so gering wie möglich gehalten werden. Nur durch entsprechende bildungspolitische Maßnahmen erscheint es möglich, das saarländische Arbeitskräftepotential qualitativ so zu verbessern, daß es den steigenden Anforderungen entspricht, die neu anzusiedelnde Betriebe stellen.

II. *Maßnahmen zur Auflockerung der Industriestruktur*

1. *Vorschläge zur Förderung bestimmter Industriezweige*

Die Maßnahmen, die geeignet sind, das Entwicklungsniveau im Saarland zu heben, müssen vor allem die Industriestruktur betreffen. Hier wiederum sind zunächst die Möglichkeiten einer „Auflockerung“ der Industriestruktur zu diskutieren. Eine solche Industrialisierungspolitik könnte erreichen, daß einerseits der expansionshemmende Einfluß der stagnierenden Montansektoren auf die gesamte saarländische Wirtschaft gemildert wird und andererseits die Wachstumskräfte in der übrigen saarländischen Wirtschaft verstärkt werden. Der entwicklungshemmende Einfluß der Montansektoren im Bereich A ⁽¹⁾ kann abge-

(1) Dieser Bereich enthält die Sektoren I (Bergbau und Energie), II (Eisenschaffende Industrie) und III (Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie).

schwächt werden, wenn die relative Bedeutung der Sektoren im Bereich B ⁽¹⁾ erhöht wird ⁽²⁾. Zwar kommt für eine Erweiterung im Prinzip auch der Sektor Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie im Bereich A in Frage, da sich so eine Stärkung der Montansektoren ergeben kann.

Da sich jedoch aufgrund der starken Verflechtung des Sektors Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie mit den Montansektoren eventuelle Nachfrageschwankungen in bestimmten Branchen dieses Sektors (z. B. in der Automobilindustrie) auf einen größeren Teil der saarländischen Wirtschaft auswirken als Nachfrageschwankungen in Branchen der übrigen Wirtschaft, ist im Interesse der Verwirklichung einer gleichmäßigeren und krisenfesten Industriestruktur eine selbständige Expansion oder eine Förderung im Bereich B (übrige Wirtschaft) eine wünschenswerte Voraussetzung für einen verstärkten Ausbau des Sektors Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie im Saarland. Die Erweiterung des Bereichs B müßte in dem Ausmaß erfolgen, daß nicht nur die unterdurchschnittliche Entwicklung des Montanbereichs selbst kompensiert wird, sondern auch die Produktion, die aufgrund der produktionsbedingten Abhängigkeit mit dem stagnierenden Montanbereich bei allen anderen Sektoren indirekt ausfällt. Günstig wäre ferner, wenn die Produktion im Bereich B nun die Produktion im Bereich A mehr stimulieren würde als bisher. Dadurch würde erreicht, daß der hohe interindustryeffekt des Bereichs A durch die Erweiterung des Bereichs B kompensiert wird. Dann wäre aufgrund seiner relativ hohen Bedeutung der effektive interindustryeffekt des Bereichs B größer als der des Bereichs A, obwohl der potentielle interindustryeffekt des Bereichs A höher ist als der des Bereichs B. Die Abhängigkeit der saarländischen Wirtschaft von den Montansektoren wäre dadurch abgeschwächt; eventuell würde sich sogar die Entwicklung dergestalt umkehren, daß die Produktion des Bereichs A in stärkerem Umfang als bisher von der übrigen saarländischen Wirtschaft bestimmt wird. Eine Folge der Stärkung der Inlandsabhängigkeit (Saarland) der exportintensiven Sektoren des Bereichs A wäre, daß — bedingt durch die sektoralen Interdependenzen — die relativ hohe Auslandsabhängigkeit (Ausland und übrige Bundesrepublik) der gesamten saarländischen Wirtschaft gemildert würde ⁽³⁾. Daraus

(1) Dieser Bereich enthält die Sektoren IV (Grundstoffindustrien), V (Verbrauchsgüterindustrien), VI (Land- und Forstwirtschaft; Nahrungs- und Genussmittelindustrien) und VII (Dienstleistungen).

(2) Welche Sektoren im Bereich B am meisten förderungswürdig sind, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Unter Verflechtungsaspekten kämen die Sektoren IV (Grundstoffindustrien) und V (Verbrauchsgüterindustrien) in Frage. Diese Sektoren weisen höhere potentielle interindustrielle Effekte auf als die anderen Sektoren (VI und VII). Durch den Ausbau dieser Sektoren könnte erreicht werden, daß die gegenseitige produktionsbedingte Abhängigkeit der Sektoren der Bereiche A und B größer wird (wenn auch weniger aufgrund direkter als vielmehr indirekter Wirkungen). Die Stärkung dieser Sektoren hätte ferner zur Folge, daß der relativ hohe Importbedarf an Gütern dieser Sektoren abgeschwächt würde. Diese Sektoren sind branchenmäßig im Saarland zwar vielfältig vertreten; die einzelnen Zweige sind jedoch oft nur schwach entwickelt. Allerdings ist eine Beurteilung der Förderungswürdigkeit dieser Sektoren auch unter anderen Aspekten notwendig. Hinsichtlich Wachstumschancen und Standortbedingungen siehe die späteren Ausführungen.

(3) Die Ausführungen dürfen nicht mißverstanden werden; sie implizieren nicht die Vorstellung, daß eine Exportintensität der saarländischen Wirtschaft bzw. einzelner Sektoren von Nachteil sei: Im Hinblick auf den beschränkten saarländischen Markt sind Exporte in die übrige Bundesrepublik und ins Ausland durchaus wichtig. Gesagt wurde nur, daß die festgestellten Struktureigentümlichkeiten zu stark ausgeprägt erscheinen und daß aus den genannten Gründen eine Milderung (z. B. durch Verstärkung des Sektors „Verbrauchsgüterindustrien“) des Schwergewichts der Montansektoren und eine größere Ausgeglichenheit der Wirtschaftsstruktur vorteilhaft wäre.

ergibt sich, daß die Montansektoren zunächst aus dem Kreis der förderungswürdigen Sektoren ausscheiden. Die Möglichkeiten der Erhaltung der Montansektoren (insbesondere der Eisenschaffenden Industrie) wurden oben ausführlich behandelt.

Zu diskutieren sind alle Industrien mit guten, d. h. möglichst überdurchschnittlichen (verglichen mit der prognostizierten Sozialproduktentwicklung) Zukunftsaussichten. Für die Klassifizierung der Industrien nach ihren Entwicklungsaussichten sind umfangreiche Branchenanalysen und vor allem Branchenprognosen erforderlich. Eine wesentliche Hilfe bilden dabei bereits vorliegende Arbeiten, wie z. B. die Untersuchungen des Ifo-Instituts (1), deren Auswertung zu der folgenden Liste von Wachstumsindustrien führt:

Sektor Grundstoffindustrien:

Chemische Industrie,
Mineralölindustrie,
Kunststoffindustrie,
Kautschuk- und Asbestindustrie,
Glasindustrie.

Sektor Verbrauchsgüterindustrien:

Papier- und Pappeindustrie,
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie.

Sektor Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrien:

Automobilindustrie,
Maschinenbauindustrie,
EBM-Industrie,
Elektrotechnische Industrie.

Ob und inwieweit diese „Wachstumsindustrien“ auch für das Saarland bei einer Umstrukturierung zu bevorzugen sind, muß von den besonderen saarländischen Verhältnissen, vor allem von dem zu erwartenden Arbeitskräfteüberschuß aus beurteilt werden.

Im Hinblick auf die festgestellten Besonderheiten der intersektoralen Verflechtungen im Saarland scheint es geraten, die dem Sektor „Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie“ zuzurechnenden Industriezweige erst in zweiter Linie zu behandeln. Es dürfte nämlich eine Förderung anderer Industriezweige vorrangig sein, um die Einseitigkeit der saarländischen Wirtschaft so weit wie möglich zu verringern. Daher sind zunächst die in Frage kommenden Sektoren der übrigen Wirtschaft zu untersuchen, nämlich die Sektoren „Grundstoffindustrien“ und „Verbrauchsgüterindustrien“.

Innerhalb der Grundstoffindustrien dürften vor allem der kunststoffverarbeitenden Industrie im Saarland gute Entwicklungschancen eingeräumt werden. Die kunststoffverarbeitende Industrie ist bislang im Saarland nur schwach vertreten: das saarländische Produktionsprogramm ist daher nur sehr begrenzt. Da die Hauptabnehmerindustrien für Kunststoffe — Bauwirtschaft, Ver-

(1) Struktur und Wachstum, Reihe Industrie.

packungsindustrie, elektrotechnische Industrie und Maschinenbau — im Saarland bereits vertreten sind und da diese Zweige durchweg zu den Industrien mit guten Entwicklungschancen zählen, dürfte eine Förderung der saarländischen Kunststoffindustrie Erfolg haben. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß die starke Tendenz der Materialsubstitution in allen Bereichen den Kunststoffabsatz stark fördert. Die Gefahr einer zukünftigen Marktengung ist daher relativ gering, da immer neue Absatzmärkte für Kunststoffprodukte aller Art erschlossen werden.

Ferner kann die kunststoffverarbeitende Industrie in gewissem Umfang als arbeitsorientiert angesehen werden. Sie kommt somit den saarländischen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt — nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Möglichkeit der Beschäftigung eines größeren Anteiles weiblicher Arbeitskräfte — entgegen.

Obwohl in faktischer und potentieller Substitutionskonkurrenz mit der Kunststoffindustrie stehend, haben die Glasindustrie und die Kautschuk- und Asbestindustrien ebenfalls relativ gute Zukunftsaussichten. Glasprodukte haben sich bisher gegen Substitute aus Kunststoff im allgemeinen gut behaupten können. Vor allem im Baugewerbe (Fenster und Glasfronten) und in der Fahrzeugindustrie (Sicherheitsglas) dürften Glasprodukte auch in Zukunft eine Vorrangstellung einnehmen.

Dagegen stellt die Substitutionskonkurrenz durch Kunststoffe auf dem Gebiet der Gummiherstellung innerhalb der Kautschuk- und Asbestindustrie einen wesentlichen Unsicherheitsfaktor dar, insbesondere dann, wenn sich die Kunststoffindustrie im Saarland ausdehnen sollte.

Sowohl die Glasindustrie als auch die Kautschuk- und Asbestindustrie scheinen im Saarland zwar durchaus ausbaufähig, sowohl im Hinblick auf die Produktionsmenge als auch im Hinblick auf die Vielfältigkeit des Angebots. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß das Saarland für beide Industrien keine ausgesprochenen Standortvorteile bietet. Für die Glasindustrie dürfte, obwohl sie energieorientiert ist, die Nähe des Kohlenbergbaues infolge der Substitutionsmöglichkeit von Kohle durch Heizöl keinen ausschlaggebenden Standortfaktor mehr darstellen. Für die Kautschuk- und Asbestindustrie — und das gilt auch in starkem Maß für die Glasindustrie — könnte ein Ausbau der saarländischen Fahrzeugindustrie die Absatzchancen im Saarland stark verbessern. Für die Zukunft ergibt sich ein besonders starker Rationalisierungszwang, was bei einem Ausbau bzw. einer Förderung dieser Industriezweige im Saarland zu berücksichtigen wäre.

Obwohl die chemische Industrie zu den ausgesprochenen Wachstumsindustrien zählt, ist der verstärkte Ausbau dieser Industrie im Saarland nicht ohne Einschränkung zu empfehlen. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß die guten Zukunftsaussichten der chemischen Industrie weniger im Bereich der Kohlechemie als vielmehr im Bereich der Petrochemie liegen. Die Aussichten der Kohlechemie, für die das Saarland zunächst als günstiger Standort erscheint, dürften darüber hinaus durch die ungewisse Entwicklung der Zechen- und Hüttenkokereien als Basis der Kohlechemie einerseits und durch die Kostenvor-

sprünge in vielen Bereichen der Petrochemie andererseits stark beeinträchtigt werden. Auch umfangreiche Investitionen auf dem Gebiet der Petrochemie sind im Saarland nicht unproblematisch. Angesichts der bereits bestehenden und leistungsfähigen Chemiezentren außerhalb des Saarlandes ist grundsätzlich die Frage zu stellen, ob der Aufbau einer Großchemie — auch hinsichtlich der bisher schwachen chemischen Basis im Saarland — ein realistisches Ziel sein kann und ob für eine „Kleinchemie“ ein ausreichender Absatzspielraum unterstellt werden kann.

Dieses Problem ist eng verknüpft mit der Entwicklung der Mineralölindustrie bzw. mit den Plänen zur Errichtung einer Raffinerie im Saarland. Die im Raffinationsprozeß anfallenden Erdölprodukte könnten die Basis für die petrochemische Weiterverarbeitung bilden. Bisher waren im Saarland nur bescheidene Anfänge der Mineralölverarbeitung (vor allem bei einigen Hütten) zu verzeichnen.

Unter industrialisierungspolitischen Aspekten ist der Ausbau der Mineralölindustrie im Saarland insofern bedeutungsvoll, als eine Raffinerie das Zentrum eines umfangreichen, räumlich verbundenen Industriekomplexes werden kann. Wie die Untersuchungen im Rahmen einer Industriekomplexanalyse (für Puerto Rico) zeigten, sind u. a. auch die Düngemittelindustrie⁽¹⁾ und die Kunstfaserherstellung Komplemente eines Industriekomplexes auf Petrobasis. Zu klären ist jedoch vor allem, ob das Saarland ein geeigneter Standort für eine Raffinerie sein kann. Diese Frage läßt sich bisher nicht mit völliger Sicherheit bejahen. Immerhin bestehen keine ausgesprochenen Standortnachteile, so daß die verschiedentlich geäußerte Skepsis bezüglich der Rentabilität der Raffinerie nicht unbedingt berechtigt erscheint. Während allgemein angenommen wird, daß eine Raffinerie aus technischen und wirtschaftlichen Gründen eine Mindestkapazität von 2 Mill. t Durchsatz haben sollte, wird das Absatzvolumen von einigen Stellen zumindest in den Anfangsjahren auf nur 1 Mill. t bis 1,5 Mill. t veranschlagt. Allerdings wäre zu erwarten, daß durch den Bau einer Raffinerie aufgrund der angesprochenen Industriekomplexbeziehungen neue Absatzmöglichkeiten entstehen. Der innersaarländische Absatz dürfte vor allem von dem Ausbau der Petrochemie abhängen. Ähnliches gilt für die hauptsächlich in Frage kommenden Absatzorte Perl und Carling, wobei der diskutierte Verbund noch einen gewissen Unsicherheitsfaktor darstellt. Der Bezug des Rohöls macht den Anschluß an das Pipelinennetz erforderlich. Dazu müßte gesichert sein, daß die Kapazität der bestehenden Pipeline die Versorgung und den weiteren Ausbau der Saar-Raffinerie ermöglicht. Unter dem Gesichtspunkt der Schaffung von Arbeitsplätzen bietet eine Raffinerie — zumindest in ihren direkten Auswirkungen — kaum Vorteile.

Innerhalb des Sektors „Verbrauchsgüterindustrien“ bieten sich der Papier- und Pappeindustrie wie auch der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie relativ günstige Entwicklungschancen. Die Entwicklung dieser Industrien ist im allgemeinen eng mit der gesamtwirtschaftlichen Expansion gekoppelt. Aller-

(1) Tatsächlich ist bereits bei Perl der Bau einer Harnstoff-Mischdüngerfabrik in Angriff genommen.

dings ist neben der Importkonkurrenz des Auslandes ⁽¹⁾ mit Neuentwicklungen vor allem auf dem Kunststoffsektor bzw. auf dem Gebiet der Kombination von Kunststoffen mit Papier und Pappe zu rechnen.

Durch Erweiterung eines von H. König und R. Thoss auf die westdeutsche Papier- und Pappeindustrie angewandten interregionalen Programmierungsmodells ⁽²⁾ ergibt sich, daß das Saarland als günstiger, noch nicht ausgelasteter Standort für die Papier- und Pappeindustrie angesehen werden kann ⁽³⁾. Neben dem durchaus noch erweiterungsfähigen Produktionsfächer spricht ferner für eine Erweiterung sowohl der Papier- und Pappeindustrie als auch der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie im Saarland, daß besonders dem Wunsch nach weiblichen Arbeitskräften entsprochen werden könnte.

Ferner sind, allerdings mit dem Vorbehalt der dadurch verstärkten Einseitigkeit, die Wachstumsindustrien innerhalb des Sektors „Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie“ zu diskutieren. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um die Industrien: Automobilindustrie, Maschinenbau, EBM-Industrie und elektrotechnische Industrie.

Für den Ausbau dieser Industrien im Saarland sprechen allgemein folgende Argumente:

Diese Industrien fügen sich organisch in den Verflechtungskomplex A (bestehend aus den Sektoren „Bergbau und Energie“, „Eisenschaffende Industrie“ und „Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie“) ein. Das Studium der interindustriellen Verflechtungen hat ergeben, daß die Industrien des Sektors „Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie“ einerseits stark von der produktionsbedingten Nachfrage der Sektoren „Bergbau und Energie“ und „Eisenschaffende Industrie“ abhängen, andererseits aber selbst diese Sektoren wesentlich stimulieren.

Hinsichtlich der allgemeinen Standortfaktoren ergeben sich von seiten der genannten Industrien keine außergewöhnlichen Anforderungen (eine einseitige Orientierung auf einen bestimmten Standortfaktor liegt nicht vor) und von seiten des Saarlandes als Standort keine wesentlichen Limitierungen. Unter anderem ist nochmals darauf hinzuweisen, daß im Saarland auch für diese Industrien hinsichtlich des Arbeitskräftepotentials besondere Standortvorteile bestehen. Auch die Nähe der „Eisenschaffenden Industrie“ als Zulieferer ist von Bedeutung.

(1) Die Aussichten der pappe- und papierverarbeitenden Industrie sind günstiger zu veranschlagen als die der pappe- und papiererzeugenden Industrie, da die Importkonkurrenz bei der Erzeugung stärker ist.

(2) Siehe H. König und R. Thoss, Der optimale Standort der Industrie. Ein interregionales Programmierungsmodell für die westdeutsche Papierindustrie, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 121, 1965, S. 385—432. Das Ziel der empirischen Studie bestand darin, „unter Berücksichtigung regionaler Nachfragebedingungen für Papier und Pappe einerseits sowie regionaler Kapazitätsrestriktionen für Faserholz und Altpapier andererseits die räumlichen Produktionsniveaus und die interregionalen Güterströme zu bestimmen, die minimale Produktions- und Transportkosten zur Folge haben“. Ebenda, S. 386.

(3) Im Hinblick auf die der Industrie unmittelbar vorgelagerte Rohstoffproduktion ergibt sich, daß das Saarland für die Herstellung von Papierzellstoff im Gegensatz zur Holzschliffproduktion als Standort weit weniger geeignet ist.

Allerdings wird das Produktionsprogramm dieser Industrien nicht nur auf den innersaarländischen Absatz ausgerichtet sein dürfen, vielmehr sollten im Interesse der Verhinderung einer einseitigen Ausrichtung des Produktionsprogramms auf die saarländischen Montansektoren vor allem solche Güter verstärkt produziert werden, die auch auf außersaarländischen Märkten konkurrenzfähig sind. Dadurch würde gleichzeitig erreicht, daß die einer Massenfertigung adäquaten Betriebsgrößen verwirklicht bzw. aufrechterhalten werden können. Allerdings kann der Wettbewerb in ferner gelegenen Absatzgebieten auch für solche Industrien Vergünstigungen in den Transporttarifen zur Voraussetzung haben.

2. *Die räumlichen Aspekte der Umstrukturierung*

Obwohl die beiden Komponenten des Standortkatalogs, das Standortangebot der Gemeinden und die Standortanforderungen der Industrien, vorliegen, kann eine Zusammenfügung dieser beiden Teile zwecks Beantwortung der Frage nach dem jeweils besten Standort für einzelne Industriebetriebe in dieser Arbeit nicht durchgeführt werden, da die zur Verfügung stehenden Unterlagen für einzelne spezielle Ansiedlungsfragen nicht ausreichend detailliert sind. Zwar wurde mit Hilfe des saarländischen Landesplanungsamtes Spezialmaterial über die Standortangebotsfaktoren saarländischer Gemeinden gesammelt, jedoch können standortpolitische Einzelfragen erst gelöst werden, wenn auf umfangreiche Spezialkenntnisse sowohl im Hinblick auf das Standortangebot als auch hinsichtlich der Standortanforderungen bestimmter in Frage kommender Industriebetriebe zurückgegriffen werden kann. Die Sammlung und Auswertung solcher Spezialuntersuchungen kann sinnvollerweise nur die Aufgabe einer diesbezüglichen Planungsinstitution sein. Im folgenden begnügt sich die Arbeit daher mit der Darlegung einiger grundsätzlicher Aspekte.

Die Erfassung einiger wichtiger Faktoren des Standortangebots einiger saarländischer Gemeinden (siehe zur Auswahl der Gemeinden *Karte 9*) zeigt keine ausgeprägten Attraktivitätsunterschiede einzelner Gemeinden bezüglich der Anforderung bestimmter Industrien. Eine negative Ausnahme bilden lediglich die nördlichen saarländischen Gemeinden (Nunkirchen, Niederlosheim usw.), deren Infrastruktur im weitesten Sinn noch nicht voll ausgebaut ist und die daher kurzfristig für einzelne besonders infrastrukturabhängige Industrialisierungsvorhaben nicht in Frage kommen.

Wenn man so im großen und ganzen von einer Indifferenzlage der untersuchten Gemeinden bezüglich der Eignung zur Ansiedlung von Industriezweigen sprechen kann, so erscheint dennoch die Bevorzugung einiger Gemeinden bei der Ansiedlung geboten: Die mit der Kohlenkrise verbundene Stilllegung von Zechen wird vor allem (wie schon bisher) die Gemeinden im nordöstlichen Kohlenabbaugebiet betreffen. In diesen Gemeinden ist es daher besonders wichtig, durch die Ansiedlung neuer Industriezweige einen Ausgleich zu schaffen. Dieses Problem ergibt sich jedoch nicht nur für die Zechengemeinden und deren unmittelbare Nachbargemeinden, sondern auch für die weiter entfernt im Norden des Saarlandes gelegenen Gemeinden, von denen bisher noch eine große Zahl an Personen in die Zechengemeinden pendelt. Es ist also erforderlich, vor allem in den

Gebieten Neunkirchen, Ottweiler und St. Wendel industrialisierungspolitisch, d. h. hier im Sinn einer stärkeren Umstrukturierung, tätig zu werden. Auch der autobahnähnliche Ausbau der B 408 dürfte hier von positivem Einfluß sein.

Obwohl sich auch im westlichen und nordwestlichen Saarland der Rückgang des Kohlenbergbaus und die Freisetzung von Arbeitskräften aus der Eisenschaffenden Industrie bemerkbar machen wird, sind in diesem Teil des Saarlandes aufgrund des sich abzeichnenden Baues eines Ford-Zweigwerks und eines Kaltwalzwerks industrialisierungspolitische Maßnahmen mit dem Zweck der Arbeitsplatzbereitstellung nicht ganz so dringlich. Die Industrialisierung an den Grenzen des jetzigen Industriegebiets sollte auch mit Rücksicht auf die dadurch mögliche Vermeidung überlanger Pendelwege gefördert werden. Sollte eine positive Entscheidung im Hinblick auf die Kanalisierung der Saar in Richtung Mosel getroffen werden, so sollten die entlang der Saar von Merzig bis Saarbrücken noch zur Verfügung stehenden industrialisierungsfähigen Flächen weitgehend solchen Industriebetrieben vorbehalten werden, die besonderen Wert auf einen Kanalanschluß legen. Das betrifft vor allem die Industrieflächen von Merzig und Besseringen, bei denen sich allerdings wegen der Bodenbeschaffenheit bauliche Beschränkungen ergeben könnten.

Das weibliche Arbeitskräftepotential ist gegenwärtig besonders im alten Industriegürtel noch nicht ausgenutzt. Hier dürften sich gute Ansiedlungschancen für Betriebe ergeben, die vorwiegend auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen sind. Neben dem Arbeitskräftepotential ist in diesem Gebiet auch mit dem Vorhandensein aller übrigen Standortkomponenten (gute Infrastruktur, Führungsvorteile) zu rechnen, so daß auch unter diesem Gesichtspunkt dort eine Ansiedlung zu empfehlen wäre.

III. Wichtige Einzelfragen der Umstrukturierung

Einen wesentlichen Faktor für das Gelingen von Umstrukturierungsmaßnahmen stellt eine umfassende psychologisch geschickte Information der Bevölkerung über die notwendigen Maßnahmen dar⁽¹⁾. In der Bevölkerung muß der Wille hervorgerufen werden, aktiv an der Umstrukturierung mitzuarbeiten, d. h. es muß versucht werden, der Bevölkerung klarzumachen, daß ohne ihre Mithilfe von der Regierung getroffene Maßnahmen keinen Erfolg haben könnten. Das erfordert insbesondere die Bereitschaft der Beschäftigten, ihren Arbeitsplatz, falls erforderlich, zu wechseln. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines Arbeitsplatzwechsels, möglicherweise sogar eines Berufswechsels, muß gefördert werden. Da die Notwendigkeit eines Berufswechsels vorwiegend für Bergleute akut wird, ist zunächst an geeignete Umschulungsmöglichkeiten für Bergleute zu denken. Sodann sollten Zechenstilllegungspläne so abgestimmt werden, daß gleichzeitig neuangesiedelte Betriebe ihre Arbeit aufnehmen. Die Arbeiter sind

(1) M. Bonnemaïson, Umstellung älterer Industriegebiete, in: Regionale Wirtschaftspolitik und Agrarstrukturpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Gustav-Stresemann-Institut e. V., Hiltrup b. Münster 1966, S. 139 f.

rechtzeitig über die Maßnahmen und die sich ihnen bietenden Ausweichmöglichkeiten zu informieren (1).

Eine umfassende Information über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und die daraus resultierenden notwendigen Maßnahmen wird sich nicht auf die Arbeiter der Montanbetriebe beschränken dürfen. So ist die gesamte Bevölkerung des Saarlandes in geeigneter Weise darüber aufzuklären, daß die Montanindustrie in der Zukunft einen gewissen Bedeutungsschwund hinnehmen muß, daß ihr aber bei geeigneten Rationalisierungsmaßnahmen weiter noch eine wesentliche Rolle zukommt. Der Erfolg angestrebter Umstrukturierungsmaßnahmen dürfte um so eher und nachhaltiger einsetzen, je mehr die Bevölkerung auch über erfolgreiche Neuansiedlungen unterrichtet wird.

Zu dieser Öffentlichkeitsarbeit gehört, daß die verantwortlichen Stellen (Wirtschaftsministerium, Landesplanungsamt, Wirtschaftsförderungsgesellschaft u. ä.) nicht nur im Saarland selbst, sondern auch in den übrigen Gebieten der Bundesrepublik und in Frankreich aktive Werbung treiben, in der auf die Standortvorteile des Saarlandes hingewiesen wird. Zeitungsanzeigen, die in guter graphischer Gestaltung die Aufmerksamkeit auf sich lenken, können als Werbemittel genannt werden.

Es muß jeder Verdacht bei der Bevölkerung vermieden werden, daß die Verantwortlichen die Region schon „abgeschrieben“ hätten, da sonst negative kumulative Prozesse, wie sie in der Borinage beobachtet werden mußten, möglich werden. Vordringlich ist daher, „ein allgemeines Klima der Wirtschaftsausweitung und des Optimismus zu schaffen“ (2). Ein solches „Klima des wirtschaftlichen Fortschritts“ kann u. a. dadurch erzeugt werden, daß der vorn geforderte Ausbau der Infrastruktur erheblich forciert wird. Das könnte zur Vermeidung des „Borinage-Effekts“ beitragen und bei der Bevölkerung die Ansicht bestärken, in einer dynamischen Region zu leben, die im Zentrum Westeuropas durchaus gute Entwicklungschancen hat, wie es ja den Tatsachen entspricht.

Um die Umstrukturierung zu erleichtern, sind gewisse finanzielle Hilfen von Vorteil, wie sie durch die regionalen Förderprogramme der Bundesrepublik und die Bestimmungen des Montanunionvertrags ermöglicht werden.

Zunächst kommt den direkten personellen Hilfen besondere Bedeutung zu, die für umzuschulende Bergleute vorgesehen sind. Artikel 56 des Montanunionvertrags eröffnet hier gute Möglichkeiten. Vor allem gilt es, die materiellen Nachteile, die mit einem Stellungswechsel verbunden sind, möglichst klein zu halten. Daher sollten anfallende Umschulungskosten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Sodann müßten Wartegelder gezahlt werden, sofern eine sofortige Neueinstellung nicht möglich ist. Eine ausführliche Diskussion der vielfäl-

(1) Siehe hierzu insbesondere L. Sermon, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgruppe: Die sozialen Aspekte der Umstellung, in: EGKS — Hohe Behörde (Hrsg.), Regional- und wirtschaftspolitische Studienreihe I: Die industrielle Umstellung in Europa, Bd. III: Die Finanzierung der Investitionen und die sozialen Aspekte der Umstellung, Luxemburg 1963, S. 153—164.

(2) L. Sermon, a.a.O., S. 161.

tigen Möglichkeiten erscheint hier nicht notwendig, da in der Bundesrepublik und in der EWG auf diesem Gebiet bereits große Erfahrungen vorliegen ⁽¹⁾.

Besondere Beachtung verdienen die finanziellen Hilfen, die an Unternehmer zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gegeben werden können. Hier ist die Regelung hervorzuheben, wonach von der Montanunion in den Fällen Beihilfen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gezahlt werden, in denen freiwerdende Arbeitskräfte der Montanindustrie eingestellt werden. Das Problem der Freisetzung geht aber tiefer. Zwar spielt auch die direkte Freisetzung z. B. von Bergleuten durch Zechenschließungen eine Rolle; nicht weniger wichtig ist aber die langfristige indirekte Freisetzung, die dadurch zustande kommt, daß den Söhnen der Bergleute, die normalerweise in vielen Fällen ebenfalls den Bergmannsberuf ergriffen hätten, keine Beschäftigungsmöglichkeit im Bergbau mehr gegeben ist. Diese langfristige Freisetzung aus Bergbau und Eisenschaffender Industrie (aber auch der Landwirtschaft) ist es, die den künftigen Arbeitsplatzmangel in hohem Maß bedingt. Es sollte also überlegt werden, ob die strikte Koppelung der Zahlung von Beihilfen an die tatsächliche Umsetzung eines Montanarbeiters nicht zugunsten einer flexibleren Lösung aufgegeben werden kann. Im Prinzip ist diese Lösung ja auch bereits in Artikel 56 des Montanunionvertrags dadurch gegeben, daß die Hohe Behörde auch die Finanzierung der Errichtung von Nicht-Montanbetrieben unterstützen kann, wenn aufgrund der Marktentwicklung in der Montanindustrie ein Rückgang an Arbeitsplätzen auftritt.

Bei den finanziellen Hilfen wäre zunächst an umfangreiche, nicht rückzahlungspflichtige Ausrüstungszuschüsse bei der Neuansiedlung zu denken. Auch sollte erwogen werden, ob nicht während einer Anfangsphase Steuerfreiheit gewährt werden könnte (was natürlich das Problem einer ungleichen Behandlung gegenüber den bereits bestehenden Betrieben aufwirft) ⁽²⁾.

Daneben kommen alle übrigen bekannten Hilfen in Betracht, vor allem günstige Kreditbedingungen, wie sie in den regionalen Förderprogrammen angesprochen sind, die sich auf Bundesausbauorte (erst in jüngster Zeit wurden im Saarland einige Orte neu in dieses Programm aufgenommen) und Bundesausbaugebiete beziehen.

Vor allem müßten aber auch Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur bereitgestellt werden, wobei in erster Linie an eine Verbesserung der Verkehrsmöglichkeiten gedacht ist. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwieweit ansiedlungswilligen Unternehmern, bei denen die Transportkosten ein starkes Gewicht haben, entgegengekommen werden kann. Sollten tarifpolitische Möglichkeiten ausscheiden, so könnte ihre Ansiedlung vielleicht nur über erhöhte Zuschüsse erreicht werden.

Zur Verbesserung der Infrastruktur zählen auch Maßnahmen zur Schaffung von Industriezonen. Wenn auch in der Bundesrepublik vorläufig noch keine Industriezonen „auf Verdacht“ errichtet wurden, so sollte in alten Industrie-

(1) Siehe K. J. Meyer, Die sozialen Probleme bei der Stilllegung von Zechen und der Wiederbeschäftigung entlassener Bergleute, in: EGKS — Hohe Behörde (Hrsg.), a.a.O., S. 179—190.

(2) Siehe L. Sermon, a.a.O., S. 156 f.

gebieten wie dem Saarland evtl. damit ein Anfang gemacht werden. Auf jeden Fall sollten Mittel bereitgestellt werden, um gegebenenfalls sehr schnell ein Industriegelände herzurichten, damit sich ansiedlungswillige Unternehmer nicht doch noch anderen Regionen zuwenden.

D – Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung hat versucht, die Besonderheiten der saarländischen Wirtschaftsstruktur herauszuarbeiten. Neben den politischen Einflüssen mußte besonderes Gewicht auf die einseitige Wirtschaftsstruktur gelegt werden. Diese ist für die bisherige Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen, wie die Verflechtungsanalyse im Rahmen der Input-Output-Analyse zeigt. Die negativen Effekte der Struktur schlagen sich in der wirtschaftlichen Entwicklung besonders stark nieder. Neben diesen Struktureffekten erweisen sich auch die infrastrukturellen Mängel für eine stark expandierende Entwicklung als hinderlich.

Die Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 1980 muß davon ausgehen, daß die von den Saarbergwerken beabsichtigte Fördermenge von jährlich 13,5 Mill. t auch nach Durchführung des Generalplans infolge der Substitutionswirkungen auf dem Energiemarkt unrealistisch ist. Gefahren für den Steinkohlenabsatz bieten sich selbst beim bislang sichersten Abnehmer – der Eisenschaffenden Industrie –, da einerseits der derzeitige Kohlenpreis – international gesehen – für die Eisenschaffende Industrie zu hoch ist, andererseits die Bindung des Verhüttungsprozesses an die Steinkohlenlagerstätten immer weniger von Bedeutung ist. Darüber hinaus ist für die Zeit nach 1982 – nach Auslaufen des Saarvertrags – damit zu rechnen, daß eine Abnahme von saarländischer Steinkohle durch Frankreich im gegenwärtigen Umfang entfällt. Diese Entwicklung wird einerseits die Beschäftigung des Bergbaus selbst sowie die anderer Industriezweige – vor allem durch den verringerten Absatz an die Saarbergwerke – betreffen. Pessimistisch sind die Aussichten auch für die saarländische Eisenschaffende Industrie, im wesentlichen allerdings nur dann, wenn es ihr nicht gelingt, die Umstellungsmaßnahmen durchzuführen. In Anbetracht der sich stark entwickelnden Eisenindustrie außereuropäischer Länder ist allerdings mit einer Beschränkung des Marktes auf europäische Gebiete, insbesondere den süd- und südwestdeutschen sowie den französischen Markt, zu rechnen. Allerdings setzt die Behauptung in Süd- und Südwestdeutschland günstige Transporttarife nach dort voraus. Wenn so im Bereich der Eisenschaffenden Industrie auch nicht – wie beim Bergbau – von einem absoluten Produktionsrückgang auszugehen ist, so werden sich dennoch die erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen in einem Beschäftigungsrückgang gegenüber dem gegenwärtigen Stand auswirken.

Die Prognose ergibt, daß unter diesen Annahmen im Jahr 1980 mit einem erheblichen Überschuß an Arbeitskräften im Saarland zu rechnen ist, wenn keine

Arbeitsplätze in größerem Umfang neu geschaffen werden. Zwar könnte ein gewisser Teil dieser Arbeitskräfte ohne Schwierigkeiten in anderen Bundesländern Arbeit finden. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich im Saarland eine kumulative Abwärtsbewegung einstellt, so daß die Schaffung neuer Betätigungsmöglichkeiten auch an der Saar dringend notwendig erscheint.

Wenn diese Probleme erkannt sind, scheint es durchaus möglich, das pessimistische Ergebnis der Prognose zu vermeiden. Neben der Tatsache, daß das Saarland ein altes Industriegebiet mit vielfältigen Vorteilen solcher Gebiete für Neuan siedlungen bildet, ist das errechnete Arbeitskräftepotential der größte positive Faktor für eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung in der Zukunft. Durch geschickte Werbung und genügende finanzielle Anreize sowie einige Verbesserungen auf dem Gebiet der Infrastruktur könnte im Saarland ein „Klima des wirtschaftlichen Fortschritts“ geschaffen werden, das dem Saarland jene Stellung im Zentrum der EWG gibt, die ihm aufgrund seiner Standortlage und dem Fleiß seiner Bevölkerung zukommt.



ANHANG

Erläuterungen zur Erstellung der Input-Output-Tabellen

a) Zur Berechnung der Tabellen

Die Berechnung der vorliegenden Input-Output-Tabellen erfolgte nach einer von W. Isard entwickelten Methode ⁽¹⁾, d. h. unter Verwendung nationaler (bundesdeutscher) Inputstrukturen und regionaler (saarländischer) Bruttoproduktionswerte ⁽²⁾. Um Besonderheiten in der saarländischen Wirtschaftsstruktur zu berücksichtigen, wurde eine Aggregation auf sieben bzw. acht Sektoren bei gleichzeitiger Gewichtung der Inputkoeffizienten mit regionalen Gewichten (saarländischen Bruttoproduktionswerten) vorgenommen ⁽³⁾.

Die Berechnungen basieren ferner auf Befragungen der beiden wichtigen Sektoren Kohlenbergbau und Eisenschaffende Industrie (Hütten). Die Inputspalten dieser Sektoren enthalten daher in der Tabelle für 1963 (beim Kohlenbergbau vollständig, bei der Eisenschaffenden Industrie für die wichtigsten Posten) Originärdaten. Aus diesem Grund konnte der Sektor Kohlenbergbau in der Tabelle für 1963 gesondert ausgewiesen werden.

Die Tabellen zeigen die Marktproduktion. Unternehmensinterne Lieferungen und Leistungen sowie betrieblicher Eigenverbrauch sind nicht enthalten. Die Diagonalkwerte der Tabellen umfassen daher nur die durch die Aggregation verursachten sektorinternen Lieferungen einschließlich der Eigenimporte sektorgleicher Güter.

Die in den Tabellen aufgeführten Exporte sind die Exporte der entsprechenden saarländischen Sektoren ins übrige Inland und Ausland. Über die Exporte

-
- (1) Siehe W. Isard, *Some Empirical Results and Problems of Regional Input-Output Analysis*, in: W. Leontief u. a., *Studies in the Structure of the American Economy*, New York 1953, S. 116—181. Sowie: *Regional Commodity Balances and Interregional Commodity Flows*, in: *AER*, 1953, I, S. 167—180. Weitere Anwendungen der Methode sind u. a.: F. T. Moore, J. W. Petersen, *Regional Analysis: An Interindustry Model of Utah*, in: *Rev. of Econ. and Stat.*, Vol. XXXVII, 1955, S. 368 ff. G. Hille, *The Balance of Payments of the Southeast in 1950*, in: *Papers and Proceedings of the Regional Science Association*, Cambridge, Mass., Vol. I, 1955.
- (2) Die Grundlagen zur Ermittlung der Inputstrukturen bildete die vom Stat. Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichte Input-Output-Tabelle für die Bundesrepublik für das Jahr 1960, Brüssel 1964.
- (3) Siehe hierzu T. Y. Shen, *An Input-Output Table with Regional Weights*, in: *Papers and Proceedings of the Regional Science Association*, Vol. VI, 1960, S. 113—119.

des Sektors Dienstleistungen existieren keinerlei Unterlagen (das Stat. Landesamt erfaßt nur die Warenlieferungen ins Ausland und aus dem Ausland).

Die in den Tabellen aufgeführten Sektorbezeichnungen sind als Abkürzungen zu verstehen. Eine nähere Bestimmung des Inhalts der Sektoren liefert folgende Übersicht.

b) *Die Sektoreneinteilung*

Die Sektoren enthalten folgende Wirtschaftszweige (1):

Bergbau und Energie:

Kohlenbergbau (einschließlich Kokereien und Gaserzeugung) (211) – in Tabelle 1963 gesondert ausgewiesen,
Erzbergbau (im Saarland nicht vorhanden) (213),
Öffentliche Energie.

Eisenschaffende Industrie:

Dieser Sektor umfaßt die Hütten mit deren vollem Produktionsprogramm.

Weiterverarbeitende Eisen- und Stahlindustrie:

NE-Metallindustrie (28),
Gießereien (29),
Ziehereien, Kaltwalzwerke und Stahlverformung (30),
Stahl- und Maschinenbau (31; 32),
Schiff- und Fahrzeugbau (33; 34),
Elektrotechnische Industrie (36),
Feinmechanische und optische Industrie (37),
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (38).

Grundstoffindustrien:

Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie (22),
Industrie der Steine und Erden (25),
Chemische Industrie (40),
Glasindustrie (52),
Keramische Industrie (51),
Kunststoffindustrie (58),
Gummi- und Asbestindustrie (59).

Verbrauchsgüterindustrien:

Holz- und Korkindustrie (53; 54),
Papier- und Pappeindustrie (55; 56),
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie (57),
Leder- und Schuhindustrie (61; 62),
Textilindustrie (63),
Bekleidungsindustrie (64).

(1) Die Ziffern in den Klammern bezeichnen die entsprechenden Nummern des systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik.

Land- und Forstwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrien:

Land- und Forstwirtschaft,
Ernährungsindustrie (einschl. Getränkeherstellung) (68),
Tabakverarbeitende Industrie (69).

Dienstleistungen:

Baugewerbe,
Handel (Groß- und Einzelhandel),
Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
Banken und Versicherungsgewerbe,
Staat,
Sonstige Dienstleistungen und Vermögensveränderungskonto.

Tabelle A 1 — Gegenüberstellung der Frachten für Kohle von der Ruhr (1) auf dem Wasserweg und von der Saar (2) auf dem Eisenbahnweg nach Süddeutschland (Stand 26. 3. 1962)

Bestimmungsbahnhof	Eisenbahnenfernung in km		Eisenbahnfracht in DM/t		Fracht- vorsprung Saar in DM/t	Oberrhein- zuschlag (3) vom 20. 3. 1962 frei Schiff in DM/t	Vorteil Wasserweg Ruhr gegenüber Eisenbahnweg Saar	
	Ruhr	Saar	Ruhr	Saar			in DM/t	in %
Aschaffenburg	286	210	17,30	14,40	2,90	12,30	2,10	15
Hanau	263	210	16,60	14,40	2,20	12,00	2,40	17
Heilbronn	399	223	20,60	15,40	5,20	13,60	1,80	11
Kitzingen (ORZ frei Waggon)	399	323	20,60	18,50	2,10	16,90	1,60	8
Stuttgart	451	240	22,10	15,70	6,40	15,50	0,20	1
Würzburg	376	300	19,90	17,50	2,40	13,90	3,60	21

(1) Bodum-Riemke.

(2) Saarbrücken-Maisratt — Hafen.

(3) Der Oberrheinzuschlag enthält die festgesetzte Wasserfracht ab Duisburg-Ruhrort und bestimmte Nebenkosten des Kohlenhandels.

Quelle: Bericht der Expertengruppe „Tarife“ zum Memorandum des saarländischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft „Verbesserung der saarländischen Standorte durch Verkehrsmaßnahmen“, Anlage 11.

Tabelle A 2 — Gegenüberstellung der Frachten für Stab- und Formeisen von der Ruhr (1) auf dem Wasserweg und von der Saar (2) auf dem Eisenbahnweg nach Süddeutschland (Stand 26. 3. 1962)

Bestimmungsbahnhof	Eisenbahnenentfernung in km		Eisenbahnfracht in DM/t		Fracht- vorsprung Saar in DM/t	Preis- zuschlag (3) bei Liefere- rung franko Schiff für Partien ab 50 t von der Ruhr in DM/t	Vorteil Wasserweg Ruhr gegenüber Eisenbahnweg Saar	
	Ruhr	Saar	Ruhr	Saar			in DM/t	in %
	Aschaffenburg	312	209	37,30			26,80	10,50
Bamberg	473	370	48,50	41,30	7,20	20,40	20,90	50
Eberbach	361	189	41,30	23,50	17,80	16,20	7,30	31
Hanau	289	209	34,80	27,40	7,40	15,80	11,60	42
Heilbronn	397	222	43,60	22,20	21,40	17,30	4,90	22
Kitzingen	425	322	45,90	38,10	7,80	18,50	19,60	51
Stuttgart	442	239	47,20	28,20	19,00	20,70	7,50	26
Würzburg	402	299	44,70	35,70	9,00	17,70	18,00	50

(1) Oberhausen.

(2) Saarbrücken-Malstatt (Burbacher Hütte).

(3) Der Preiszuschlag gilt bei Wasserverladung für Franko-Anlieferung Wagon Tariftation Enladehafen bei Versand für Walzwerkzeugnisse.

Quelle: Bericht der Expertengruppe „Tarife“ zum Memorandum des saarländischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft „Verbesserung der saarländischen Standorte durch Verkehrsmaßnahmen“, Anlage 12.

Tabelle A 3 — Frachtkosten je t Kohle und Koks in Einzelwagen ab Saar, Ruhr, Lothringen (31. 3. 1965)

Empfangsstation	Lieferstation	Saarbrücken RBF	Bochum- Riemke	Béning (1)
		Bahn-Fracht (AT 6 B 1 bzw. AT 6 B 16)	Bahn bzw. Wasserweg	Bahn
		DM/t	DM/t	DM/t
Aalen/Württ.		18,39*	22,82	19,67
Aschaffenburg-Süd		10,35	16,63**	17,07
Augsburg Hbf		21,16*	24,12	23,41
Bad Kreuznach Gbf		10,26*	16,35	12,63
Bamberg		16,63	20,35**	22,33
Bingen/Rh.		9,15	13,99**	14,11
Darmstadt Hbf		12,29	17,46	14,77
Frankfurt/M. Osthafen		9,52	16,41**	16,41
Freiburg/Br.		15,25	22,92	15,21
Geislingen		17,74*	22,92	19,59
Hanau Hbf		9,98	15,30**	17,07
Heidelberg Hbf		11,27	17,74**	14,05
Heilbronn Hbf		10,81	18,38**	17,25
Kaiserslautern Hbf		6,47	18,02	9,06
Karlsruhe Hafen		9,06	16,35**	13,81
Konstanz		20,79*	24,67	19,82
Ludwigshafen/Rh.		8,59	15,18**	12,90
Mainz Hafen		8,84	14,75**	14,66
Mannheim Hgfb		8,13	15,02**	13,50
München Hbf		22,82*	24,95	24,49
Neuwied		15,06*	12,47	16,67
Nürnberg Hbf		20,79*	22,82	22,85
Pforzheim Hbf		13,68*	20,53**	15,22
Rheinfelden/Baden		12,66	24,11**	18,26
Singen		19,87*	24,12	19,16
Stuttgart Hafen		12,66	20,56**	18,44
Sulzbach-Rosenberg		22,73*	23,56	24,40
Tübingen Hbf		17,19*	22,92	18,42
Ulm Hbf		18,94*	23,56	20,49
Villingen/Schwarzwald		18,02*	23,19	16,42
Wiesbaden Hbf		10,44	16,82	14,87
Würzburg Hbf		13,40	18,16**	19,85

* = AT 6 B 1; ** gebrochener Weg (Bahn — Schiff) oder nur Wasserweg

(1) Zu den in dieser Spalte genannten Frachtsätzen kommen jeweils 3,25 DM/t für Umsatzausgleichsteuer und Grenzgebühren hinzu. — Bei allen in Frage kommenden Sätzen ist die Frachthilfe von 7,6 % aus dem Aufkommen der Heizölsteuer bereits abgesetzt.

Quelle: Auskünfte der Oberrheinischen Kohlenunion Bettag, Puton & Co., Mannheim.

*Tabelle A 4 – Frachtkosten für Kohlen in geschlossenen Zügen (Bahnwagen)
von 1200 t mit voller Regelmäßigkeit (Stand 31. 3. 1965)*

von nach	Saarbrücken RBF		Béning (1)	
	Entfernung km	Fracht DM/t	Entfernung km	Fracht DM/t
Plochingen	261	13,31	276	17,02
Walheim	223	9,06	233	15,99
Stuttgart-Ost	252	13,21	267	16,74
Mannheim-Rheinau Hafen	147	8,17	162	13,48

(1) Einschl. Grenzgebühren, Taxe redevence und Umsatzausgleichsteuer.

Quelle: Nach Auskunft der Oberrheinischen Kohlenunion Bettag, Puton & Co., Mannheim.

Tabelle A 5 a — Eisenbahnfrachten für Walzwerkfertigerzeugnisse (Stand 5. 2. 1965)

von nach	Saarbrücken Hgbf. DM/t	Oberhausen DM/t	Thionville DM/t
Köln	14,70	10,60	25,61
Düsseldorf	15,40	6,10	29,—
Aachen	21,40	13,90	24,83
Neuß	15,40	7,30	28,60
Hannover	25,—	24,20	41,37
Lübeck	41,40	29,10	48,06
Hamburg	35,70	26,30	46,36
Bremen	28,30	20,80	42,97
Frankfurt/M.	12,90	22,—	25,75
Biebesheim	11,50	26,90	23,37
Wiesbaden	18,60	20,80	23,99
Darmstadt	13,40	24,—	24,73
Ludwigshafen	10,90	23,70	21,92
Zweibrücken	6,70	29,80	14,19
Neuwied	13,70	16,50	22,46
Bad Kreuznach	14,80	23,60	20,77
Trier	11,50	24,20	11,74
München	36,50	43,80	42,59
Nürnberg	26,60	37,70	39,—
Augsburg	33,70	42,10	40,—
Würzburg	18,—	29,10	34,18
Stuttgart	17,40	30,70	27,25
Mannheim	11,20	23,70	22,68
Karlsruhe	12,20	26,80	20,52
Aalen	24,10	37,20	33,56
Ebersbach (Fils)	19,60	33,50	29,61
Ludwigsburg	17,90	30,80	26,16
Kehl	13,20	30,70	16,48
Heilbronn	14,70	28,30	26,08
Saarbrücken	1,60	29,80	11,10
Homburg	6,40	29,20	13,90
St. Ingbert	4,20	30,30	12,20
Völklingen	4,20	29,20	10,—
Beckingen	6,40	28,10	9,59
Dillingen	5,80	28,10	9,09
Neunkirchen	5,40	29,80	13,10

Quelle: Nach Auskunft des Verbandes der weiterverarbeitenden Eisen- und Metallindustrie des Saarlandes — WEMS

Tabelle A 5 b – Eisenbahnfrachten für Walzwerkfertigerzeugnisse (Stand 5. 2. 1965)

von	Saarbrücken Hgbf. FF/t	Thionville FF/t
nach		
Lille	34,71	28,24
Paris	34,13	30,40
Tours	47,70	44,01
Rouen	43,30	39,61
Alençon	52,07	48,41
St. Brieuç	69,70	66,02
Nantes	60,90	57,22
Niort	60,90	57,22
Guéret	60,88	57,22
Bordeaux	69,69	66,02
Toulouse	77,04	73,35
Amiens	38,90	31,90
Mézières	22,76	15,94
Verdun	19,80	13,24
Metz	11,91	7,87
Sarreguemines	10,11	13,76
Strasbourg	15,74	18,96
Mulhouse	22,49	25,30
Belfort	25,21	26,04
Dijon	29,70	26,04
Chalon	34,13	30,44
Clermont-Ferrand	52,07	48,41
Lyon	41,83	38,14
St. Etienne	46,23	42,55
Marseille	62,37	58,68
Montpellier	60,90	57,22

Quelle: Nach Auskunft des Verbandes der weiterverarbeitenden Eisen- und Metallindustrie des Saarlandes — WEMS.

Tabelle A 6 – Der Verkehr des Saarlandes mit der übrigen Bundesrepublik und dem Ausland per Binnenschiff nach Hauptgütergruppen 1962 (in 1000 t)

Gütergruppe	Versand		Empfang	
	Absolut	In %	Absolut	In %
Sand, Kies, Bims, Ton	19,7	4,5	271,6	59,2
Eisenerze	–	–	109,5	23,9
Schrott	–	–	31,8	6,9
Steinkohle	300,8	68,7	–	–
Benzol, Teer u. ä.	14,4	3,3	–	–
Kalk, Zement	–	–	34,2	7,5
Roheisen, Rohstahl	5,1	1,1	6,8	1,5
Walzwerkerzeugnisse	102,7	23,5	0,7	0,2
Alle Güter	437,8	100,0	458,4	100,0

– = Unbedeutende Anteile bzw. Mengen.

Quelle: Stat. Bundesamt, Verkehr, Fachserie 1, Binnenschifffahrt 1962.

Tabelle A 7 — Der Verkehr des Saarlandes mit der übrigen Bundesrepublik und dem Ausland per Eisenbahn nach Hauptgütergruppen 1962 (in 1000 t)

Gütergruppe	Gebiet	Versand		Empfang	
		Absolut	In %	Absolut	In %
Eisenerz	Bundesrepublik	—	—	267,7	2,1
	Ausland	—	—	8458,9	65,0
Eisen- und Stahlschrott	Bundesrepublik	20,7	0,2	223,7	1,7
	Ausland	64,0	0,7	280,8	2,2
Steinkohle (1)	Bundesrepublik	2599,5	26,4	1110,0	8,5
	Ausland	3755,5	38,2	132,3	1,0
Benzol, Teer u. ä.	Bundesrepublik	130,8	1,3	10,2	—
	Ausland	66,7	0,7	4,0	—
Düngemittel	Bundesrepublik	241,2	2,5	15,5	—
	Ausland	275,2	2,8	42,9	0,3
Walzwerk- erzeugnisse	Bundesrepublik	724,7	7,4	94,7	0,7
	Ausland	1528,1	15,5	404,3	3,1
Alle Güter	Bundesrepublik und Ausland	9841,0	100,0	13018,8	100,0

— = Unbedeutende Mengen bzw. Anteile.

(1) Steinkohle = Steinkohle + Steinkohlenbriketts + Steinkohlenkoks.

Quelle: Stat. Bundesamt, Verkehr, Fachserie 4, Eisenbahnverkehr 1962, S. 269—273.

Tabelle A 8 – Verkehrsleistungen des Kfz-Fernverkehrs 1961 – Wichtigste im Saarland beförderte Gütergruppen, vom Saarland in die Bundesrepublik, von der Bundesrepublik in das Saarland in v. H.

Gütergruppe		Verkehr innerhalb des Saarlandes	Versand nach Gebieten außerhalb	Empfang von Gebieten außerhalb
Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus		12,3	–	10,6
Mineralöl und Mineralölderivate		14,6	–	–
Steine, Erden, Bindemittel, Schutt		–	–	25,1
Holz und Holzwaren		–	10,6	–
Kunststein-, Ton-, Glaswaren		15,6	–	21,2
Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren		18,2	52,5	8,7
Nicht besonders genannte Industrieerzeugnisse, Sammelgut		13,9	–	–
Alle Güter	In v. H.	100,0	100,0	100,0
	Absolut in t	23200	838600	868500

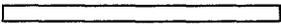
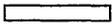
– = Unbedeutende Anteile

Quelle: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (Hrsg.), Der Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen im Jahr 1961 in seiner Gesamtleistung und Entwicklung, Köln 1964, S. 50 f.

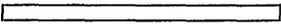
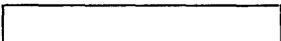
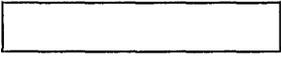
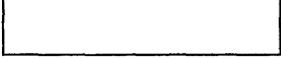
Hinweise zu den Karten 8 a und 8 b sowie A 1 bis A 9

Zeichenerklärung

a) für die Schaubilder der Bahn- und Schifftransporte

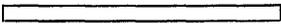
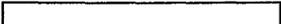
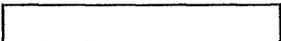
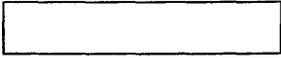
	= Bahntransporte
  	= Binnenschiffahrtstransporte

Die Dicke der Balken gibt die jeweilige Größenklasse der Transportmengen an.
Die eingetragenen Zahlen geben die Transportmengen in 1000 t pro Jahr an.

	bis 100
	101 – 250
	251 – 500
	501 – 1000
	1001 – 5000
	5001 und mehr

b) für die Schaubilder der Lkw-Transporte

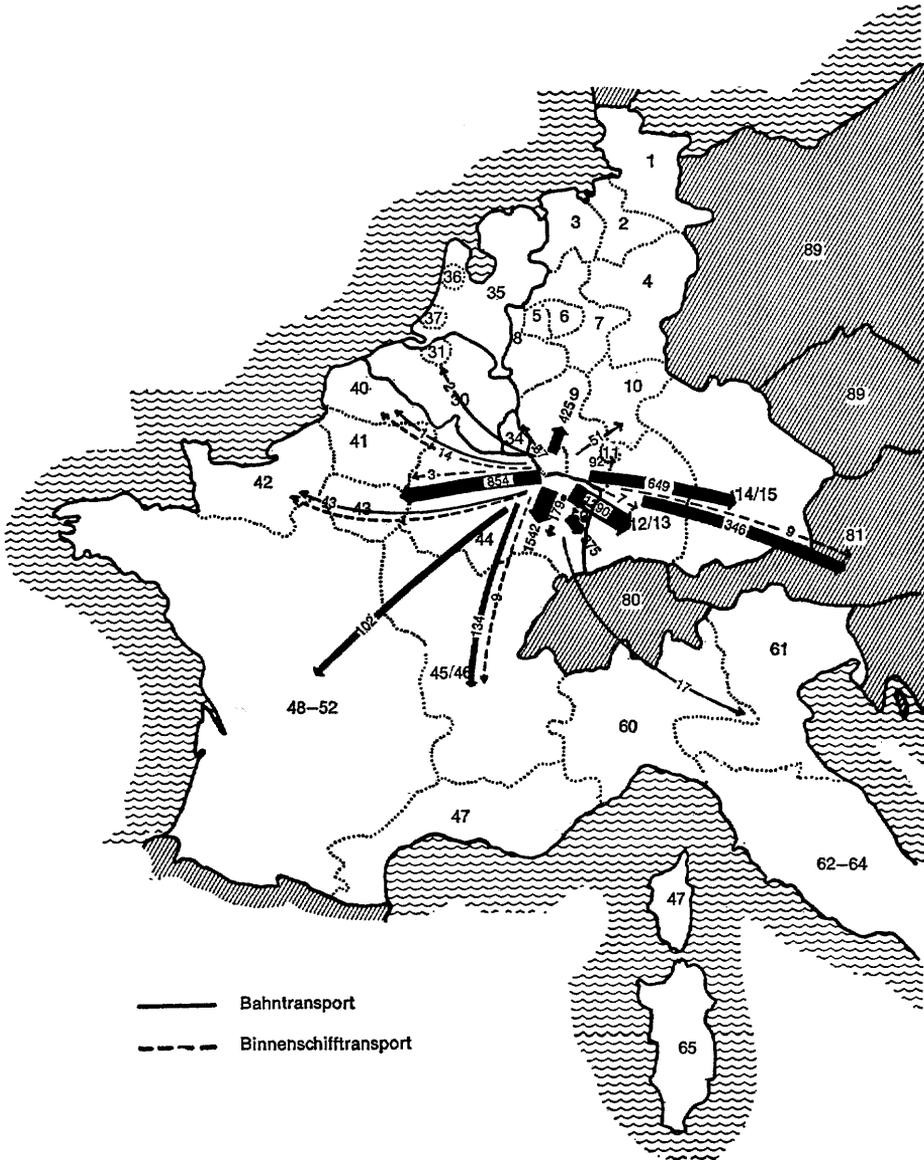
Die Dicke der Balken gibt die im Jahr 1961 auf der Straße beförderten Mengen in t an.

	1 – 500
	501 – 1 000
	1 001 – 5 000
	5 001 – 10 000
	10 001 – 100 000
	100 001 und mehr

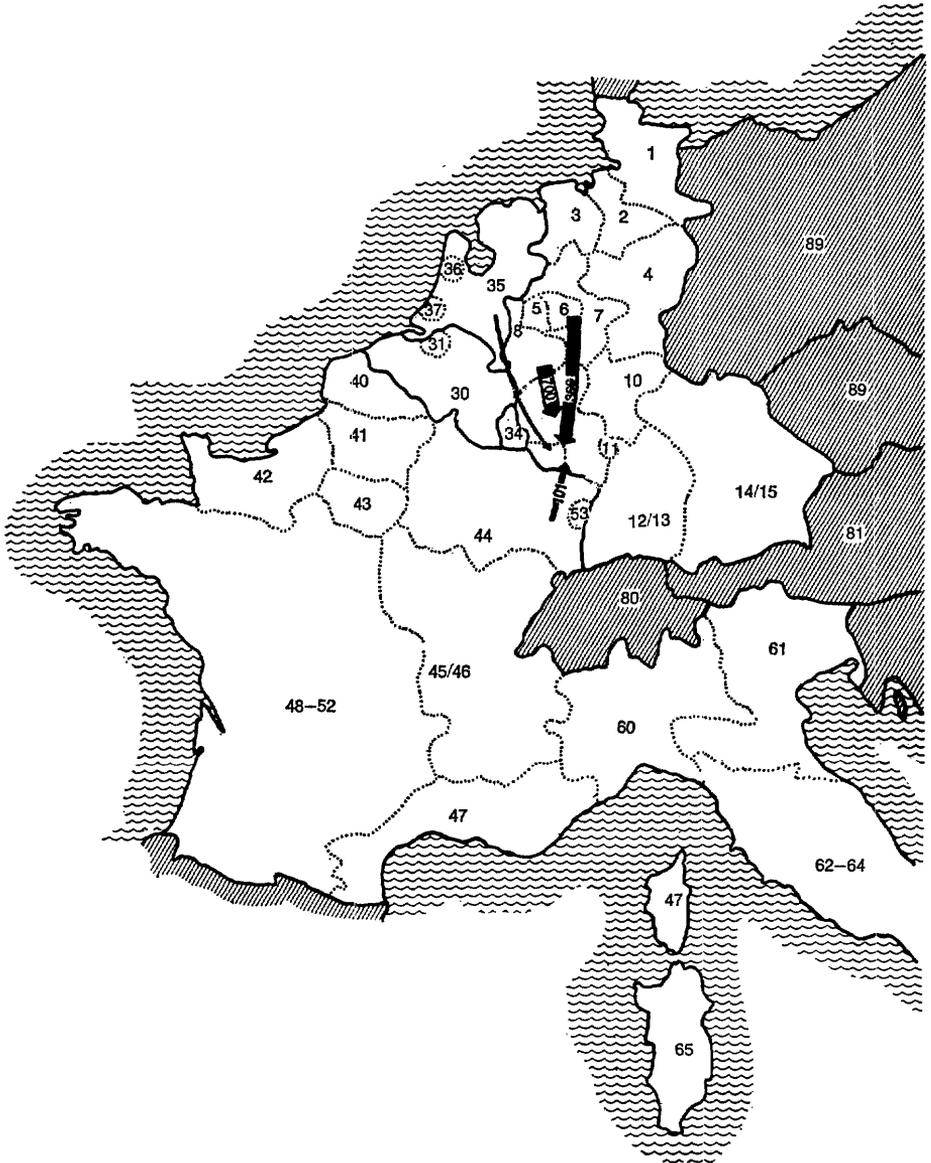
Verzeichnis der Verkehrsgebiete

- | | |
|-------------------------------------|------------------------------|
| Bundesrepublik Deutschland | 42 Normandie |
| 1 Schleswig-Holstein, Elbegebiet | 43 Ile de France |
| 2 Mittel-, Unterwesergebiet | 44 Nord — Est |
| 3 Emsland — Oldenburg | 45 Bourgogne — Franche-Comté |
| 4 Übriges Niedersachsen, Nordhessen | 46 Rhône-Alpes |
| 5 Duisburg | 47 Méditerranée |
| 6 Ruhrgebiet | 48 Midi — Pyrénées |
| 7 Westfalen | 49 Sud — Ouest |
| 8 Nord-Rheinland | 50 Bretagne — Loire |
| 9 Rheinland-Pfalz | 51 Centre |
| 10 Mittel-, Südhessen | 52 Limousin — Auvergne |
| 11 Ludwigshafen — Mannheim | 53 Strasbourg |
| 12 Baden — Oberrheingebiet | |
| 13 Württemberg — Neckargebiet | Italien |
| 14 Franken | 60 Nordwestitalien |
| 15 Südbayern — Oberpfalz | 61 Nordostitalien |
| 16 Saarland | 62 Mittelitalien |
| | 63 Süditalien |
| Belgien | 64 Sizilien |
| 30 Belgien (ohne Antwerpen) | 65 Sardinien |
| 31 Antwerpen | |
| 34 Luxemburg | Dritte Länder |
| 35 Niederlande (ohne 36, 37) | 80 Schweiz |
| 36 Noordzeekanal | 81 Österreich |
| 37 Nieuwe Waterweg | 82 Großbritannien |
| | 83 Skandinavien |
| Frankreich | 84 USA |
| 40 Nord | 85 Übrige Länder |
| 41 Picardie | |

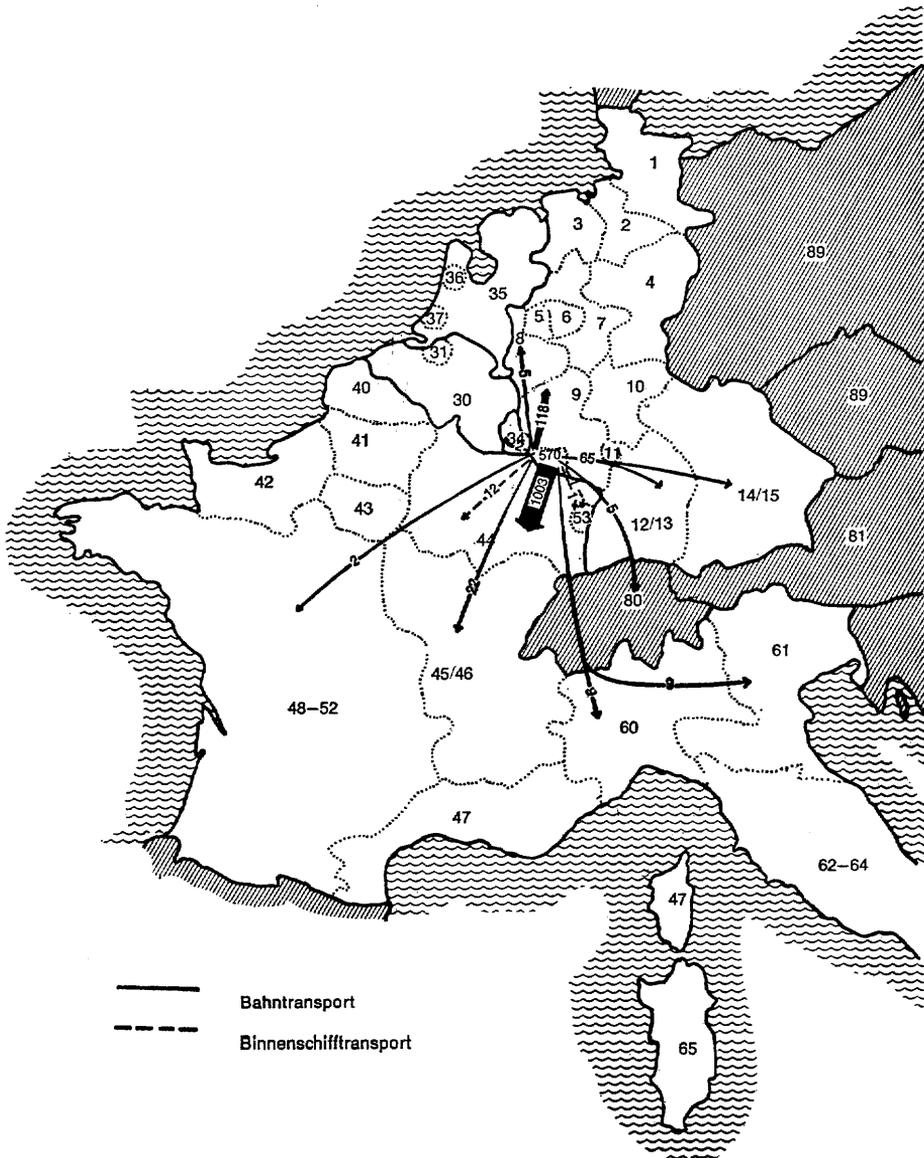
Karte A 1 – Versand an Steinkohle aus dem Saarland in 1000 t per Bahn und Binnenschiff



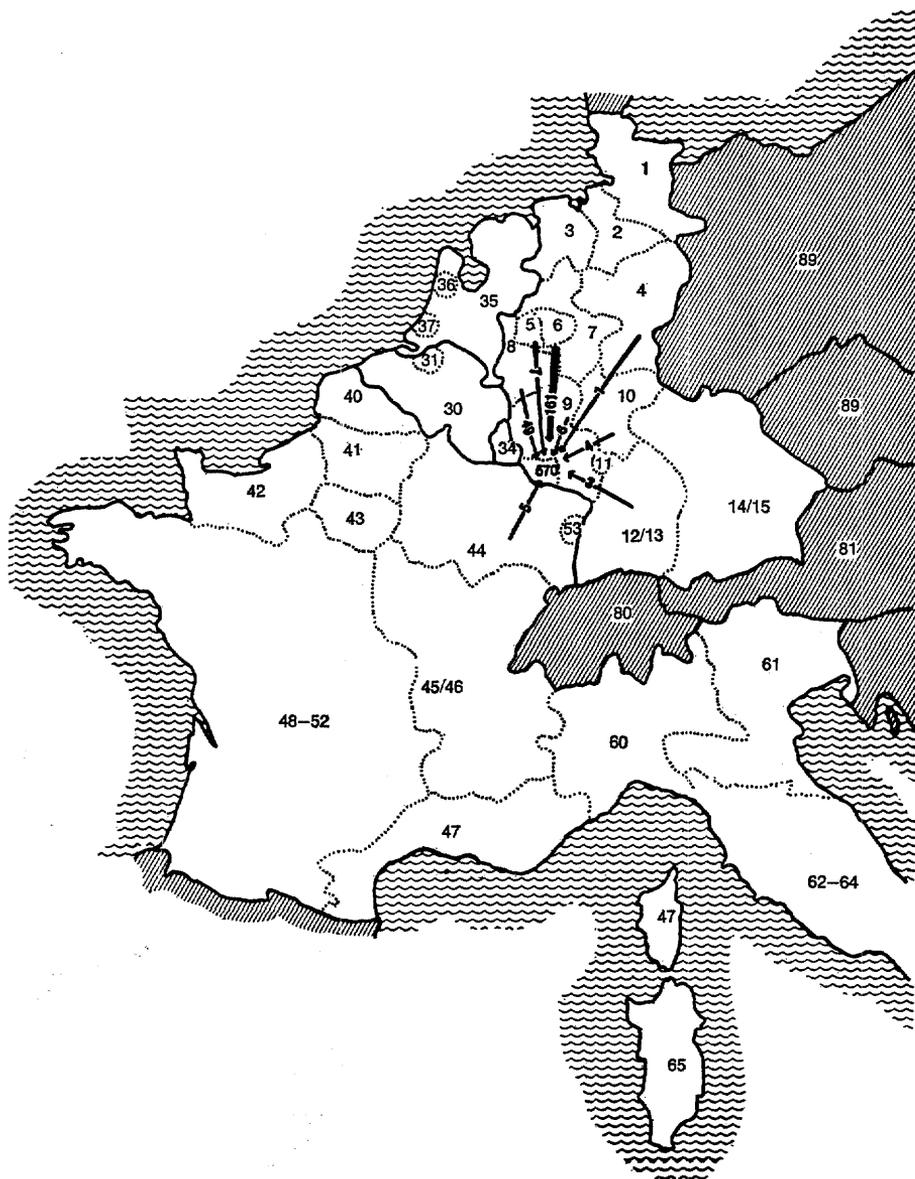
Karte A 2 – Empfang an Steinkohle im Saarland in 1000 t per Bahn



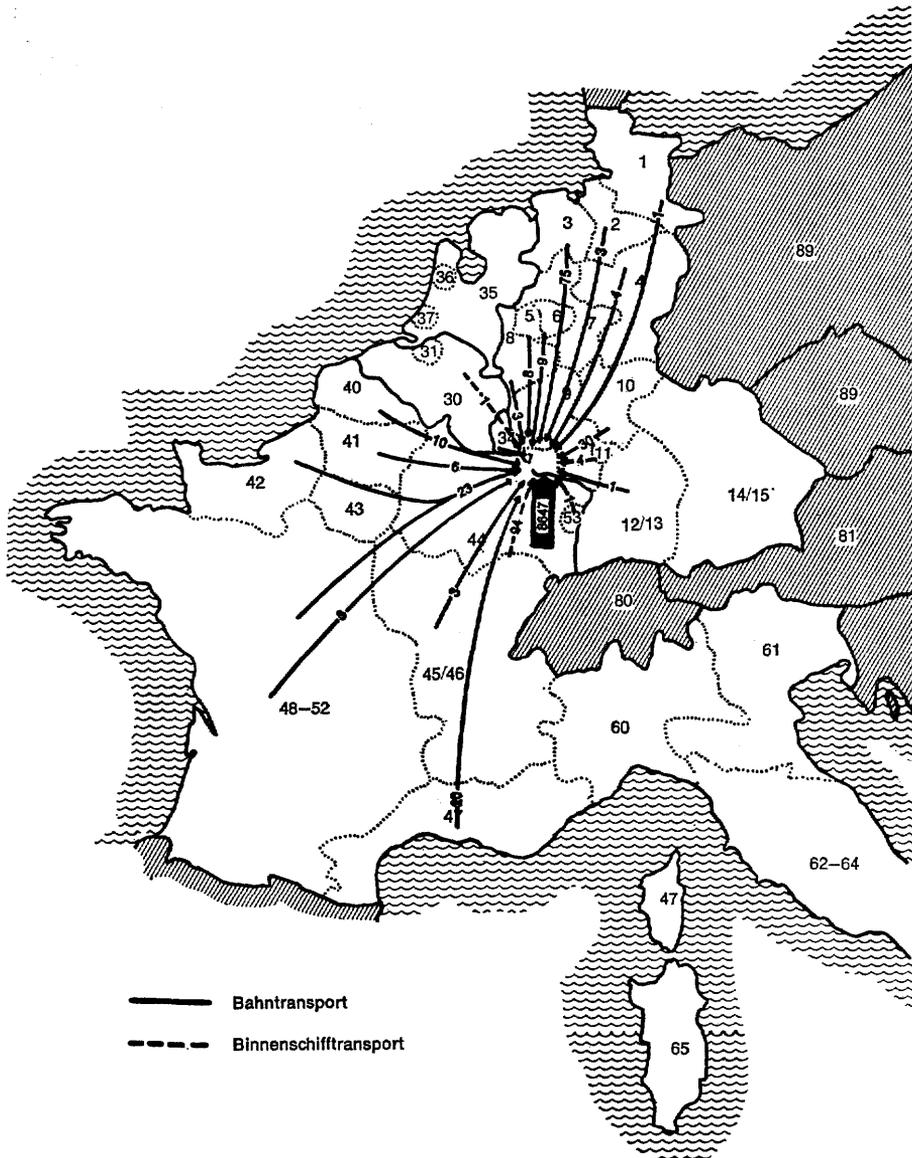
Karte A 3 – Versand an Koks aus dem Saarland in 1000 t per Bahn und Binnenschiff



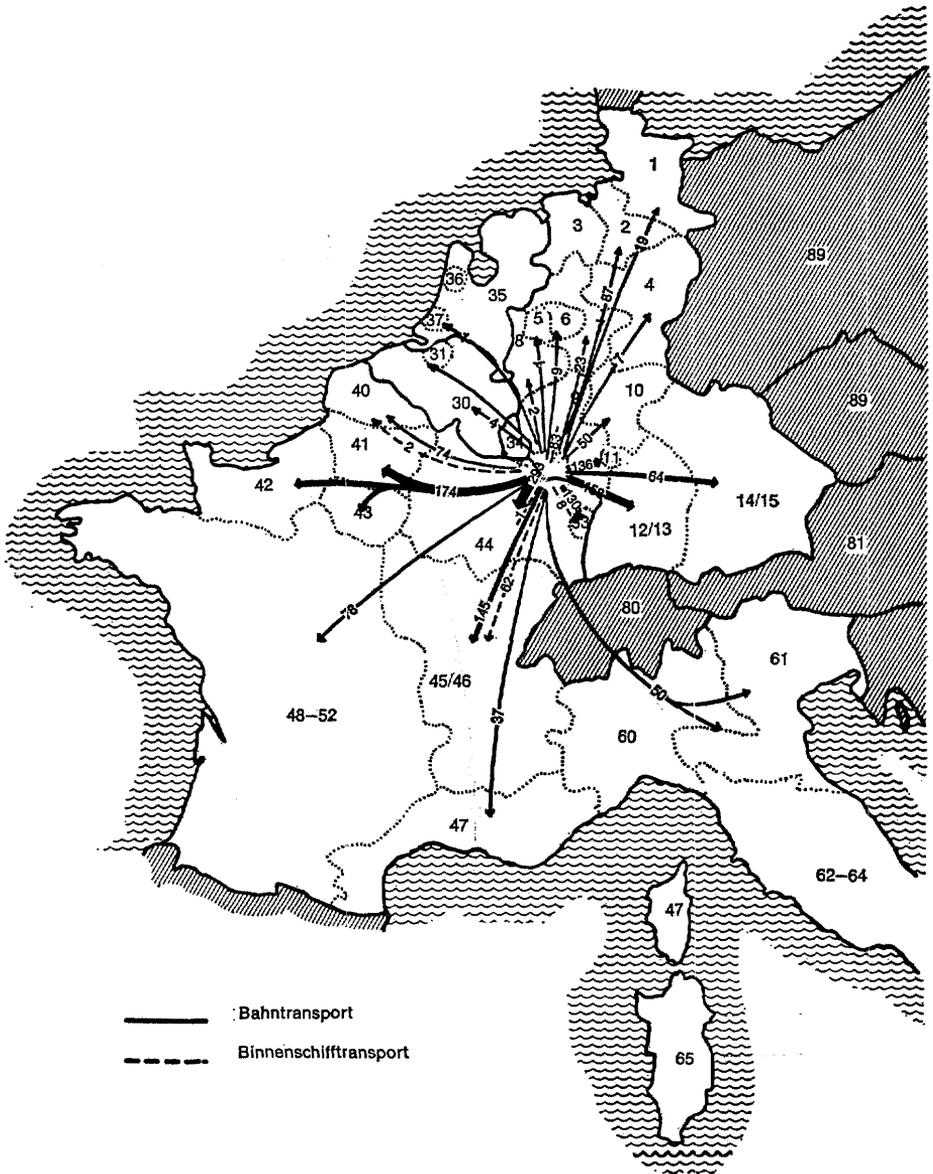
Karte A 4 – Empfang an Koks im Saarland in 1000 t per Bahn



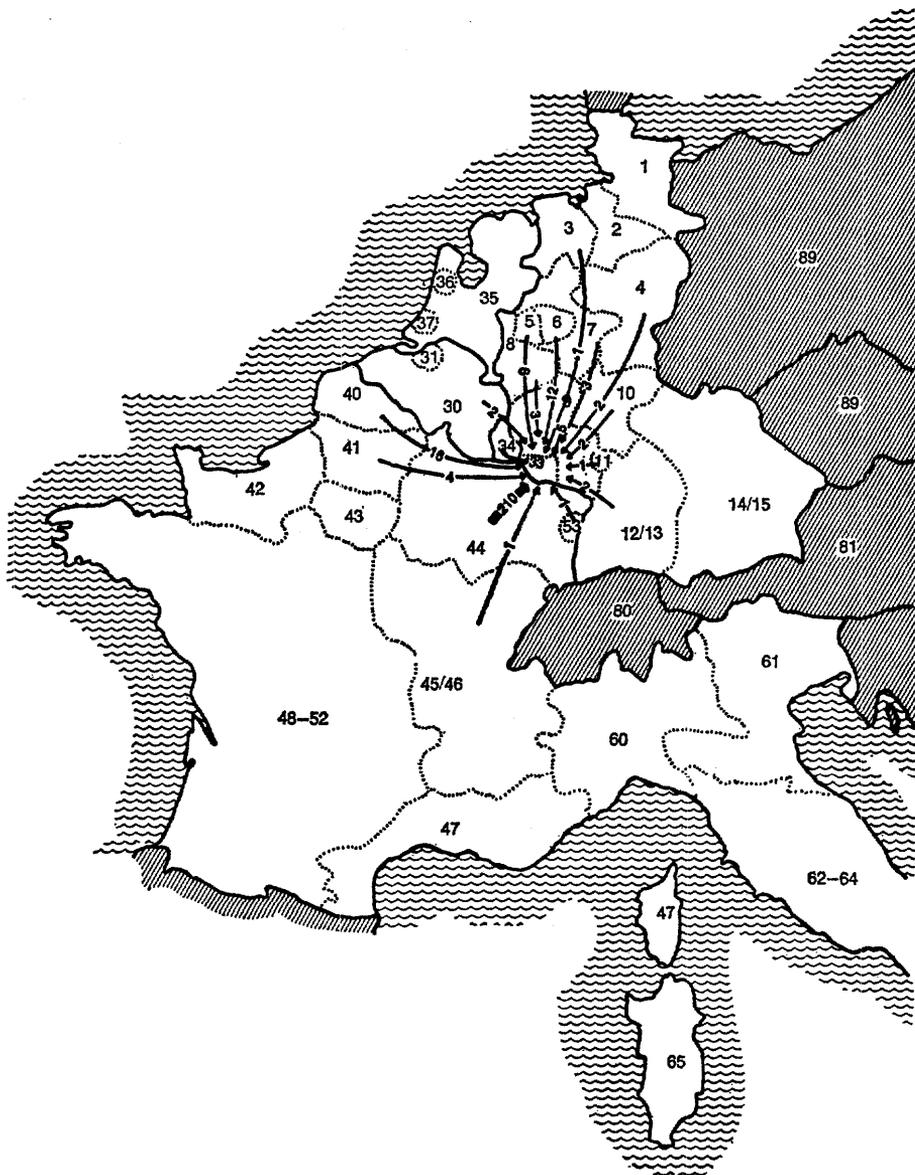
Karte A 5 – Empfang an Eisenerz im Saarland in 1000 t per Bahn und Binnenschiff



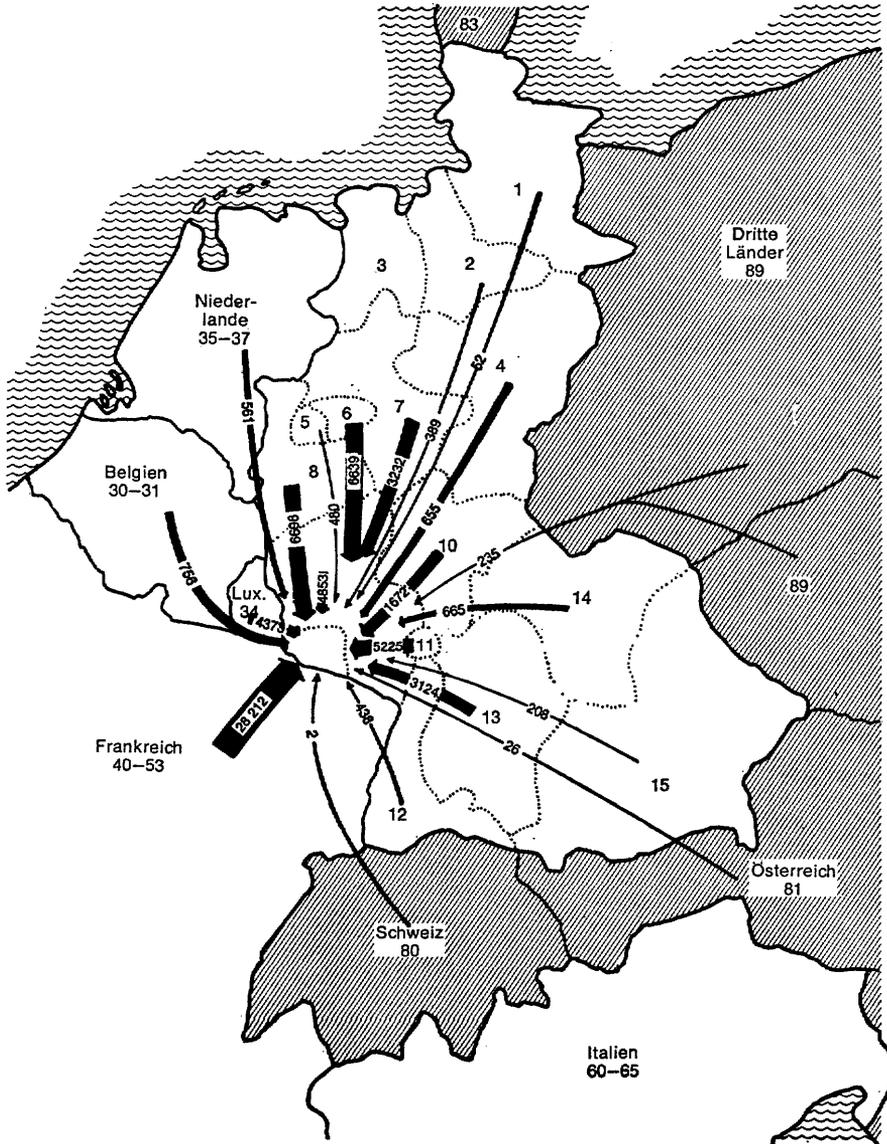
Karte A 6 – Versand an Walzstahlfertigerzeugnissen aus dem Saarland in 1000 t per Bahn und Binnenschiff



Karte A 8 – Empfang an Walzstahlfertigerzeugnissen im Saarland in 1000 t per Bahn



Karte A 9 – Empfang an Walzstahlfertigerzeugnissen per Lkw in t



Fragebogen zur Erfassung des Standortangebots

Gemeinde

Kreis

Einwohner insgesamt

14. 11. 1951 m

w davon 15 — u. 45 45 — u. 60

6. 6. 1961 m

w

30. 6. 1964 m

w

Erwerbstätige in den Wirtschaftsabteilungen

	männlich		weiblich	
	insg.	Ausp.	insg.	Ausp.
Land- u. Forstwirtschaft
Energiewirtschaft, Wasserversorgung
Kohlenbergbau
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)
Baugewerbe
Handel
Verkehr und Nachrichten- übermittlung
Kreditinstitute und Ver- sicherungsgewerbe
Dienstleistungen
Organisationen ohne Er- werbscharakter u. Haus- halte
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Gemeinde

Bereits bestehende Industriebetriebe

Branche	Anzahl	Beschäftigte	
		m	w
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Ausstattung der Gemeinden

1. Industrialisierungsfähige Flächen

vorhanden ja nein

wenn ja: Größe in qm

wenn mehrere nicht zusammenhängende Flächen

qm qm

qm qm

qm qm

Welche von diesen Flächen sind nicht völlig eben? (ankreuzen)

In wessen Hand sind diese Flächen? Gemeinde, Bergbau?

.....

.....

.....

Wie ist die Bodenbeschaffenheit der Flächen zu beurteilen (Tragfähigkeit u. ä.; Bergschäden)?

.....

.....

Gemeinde

Entstehen noch besondere Erschließungskosten? Wer muß diese übernehmen?

.....

Gibt es in der Gemeinde noch leerstehende nutzbare Industriegebäude?
 Welcher Art sind sie und wofür wären sie eventuell geeignet?

.....

2. Verkehrsverhältnisse

a) Güterverkehr

Bahnanschluß der Gemeinde für Güterverkehr ja nein

Bahnanschluß der Industriegelände
 vorhanden möglich kaum möglich

für einige für alle

Straßen für Lkw-Verkehr gut ausgebaut ja nein

Autobahnanschluß in Entfernung von km

b) Personenverkehr

gute Verkehrsverbindungen mit Bahn nach

gute Verbindungen mit Bus nach

Fernverbindungen nach

schlechte Personenverkehrs-
 verbindungen nach

3. Besteht Anschluß an das Ferngasnetz? ja nein

Wenn ja: Ist die Kapazität bereits ausgelastet? ja nein

Wenn nein: Läßt sich ein Anschluß leicht herstellen? Geplant?
 ja nein

4. Wasserversorgung

Frischwasser: Lieferbare Menge in cbm

Kapazität ausgelastet? ja nein

Ausbaupläne?

Abwässer: Kläranlage vorhanden? ja nein

Wenn ja: biologisch mechanisch

Kapazität ausgelastet? ja nein

Ausbaupläne?

Gemeinde

5. Großhandelsfirmen am Ort Branchen

.....

.....

6. Allgemeine Lebensbedingungen

a) Lage am Wohnungsmarkt schwierig gut

 Einfamilienhäuser

 Mietwohnungen

b) Telefon (Selbstwählferndienst)

 Netz öfter überlastet in Richtung

 Fernschreibanschluß

c) Schulen

 Volksschule einklassig

 mehrklassig

 voll ausgebaut

 Mittelschule

 Progymnasium

 Gymnasien altsprachlich

 neusprachlich

 naturwiss. mathem.

 Fachschulen

 Berufsfachschulen

 Volkshochschule

d) Kindergärten vorhanden ja nein

e) Krankenhäuser vorhanden ja nein

 Zahl der Betten Besondere Stationen

 Fachärzte in der Gemeinde für

f) Kreditinstitute

 Sparkasse ja nein

 Genossenschaftsbanken ja nein

 Banken ja nein

 Versicherungsagenturen ja nein

Gemeinde

g) Gerichte	Amts-	ja	nein	in
	Land-	ja	nein	in
	Rechtsanwälte	ja	nein	
	Spezialanwälte (Steuer)	ja	nein

h) Kulturelle Einrichtungen

Kino	ja	nein	
Theater	ja	nein	zeitweilig
Museum	ja	nein	
öffentl. Bibliothek	ja	nein	
Sportanlagen	ja	nein	
Freibad	ja	nein	
Hallenbad	ja	nein	

i) Erholungsmöglichkeiten

in näherer Umgebung	ja	nein
in weiterer Umgebung	ja	nein
Ist Gemeinde Kurort?	ja	nein	

k) Einkaufsmöglichkeiten am Ort

Warenhaus	ja	nein	
Spezialgeschäfte für

l) Grund- und Gewerbesteuerhebesätze

.....

.....

REGIONAL- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STUDIENREIHE

2. *Entwicklungs- und Umstellungsprogramme*

- I. Untersuchung über die Wirtschaftsentwicklung der Gebiete Charleroi, Centre und Borinage (Belgien) *Erschienen 1963*
- II. Untersuchung über das Gebiet von Piombino (Italien) *Erschienen 1963*
- III. Die Umstellung der Grube von Champagnac (Puy-de-Dôme, Frankreich) *Erschienen 1964*
- IV. Untersuchung über die industrielle Entwicklung des Gebiets von Montceau-les-Mines (Frankreich) *Erschienen 1963*
- V. Regionaluntersuchung über Umbrien (Italien) *Erschienen 1965*
- VI. Untersuchung über das Gebiet von Carbonia (Italien) *Erschienen 1965*
- VII. Die Region Amberg – Tendenzen und Möglichkeiten ihrer wirtschaftlichen Entwicklung *Erschienen 1966*
- VIII. Auswirkungen der Gründung eines Hüttenwerks auf das Gebiet Gent/Zelzate *Erschienen 1967*
- IX. **Probleme der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes**

DM 20,— FB 250,— FF 25,— Lire 3120 Fl. 18,—

VERÖFFENTLICHUNGSDIENSTE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
4098/1/67/1